

GESCHÄFTSBERICHT DES REGIERUNGSRATS 2006

	Seite
1 Vorwort	1
2 Bericht des Regierungsrats zur Umsetzung der Schwerpunkte in den einzelnen Politikbereichen	5
3 Kantonsrat mit Bericht über parlamentarische Vorstösse	29
4 Departementsberichte	
4.1 Staatskanzlei	39
4.2 Finanzdepartement	63
4.3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	85
4.4 Volkswirtschaftsdepartement	127
4.5 Bildungs- und Kulturdepartement	163
4.6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement	193
5 Bericht zur Staatsrechnung 2006	225
6 Genehmigungsbeschluss des Kantonsrats	249
Anhänge zur Staatsrechnung	253
Anhang Abweichungsbegründungen der Departemente	265

Landammann und Regierungsrat des Kantons Obwalden an den Kantonsrat

„Die überarbeitete Strategie- und Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 umschreibt und bezeichnet die politischen Ziele und Vorhaben für die nächsten vier Jahre. Dadurch macht sie die politische Arbeit der Behörden greifbarer und berechenbarer – und rückt sie somit näher an die Bevölkerung heran.“

Hans Wallimann, Landammann 2006/07

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Regierungsrat legt Ihnen Rechenschaft über die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit 2006 ab.

Mitte 2006 haben wir die neue Amtsdauer 2006 bis 2010 begonnen. Mit Wirkung ab diesem Zeitpunkt wurden im strategischen und operativen Steuerungskreislauf die Strategie- und Amtsdauerplanung erneuert. Bereits mit dem vorliegenden Geschäftsbericht nehmen wir die Gelegenheit wahr, erstmals Zwischenbericht zur Erreichung der Wirkungsziele und der für 2006 geplanten Massnahmen der Amtsdauerplanung, welche auch in der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung für das Jahr 2006 bis Stufe Amt konkretisiert worden waren, zu erstatten. Im Zwischenbericht des Regierungsrats gehen wir schwerpunktmässig auf jene Ziele und Massnahmen ein, wo bereits bis Ende Geschäftsjahr 2006 wesentliche Erfolge erzielt wurden oder grössere Veränderungen stattgefunden haben.

2006 war das Jahr eins nach zwei Ereignissen, die den Kanton Obwalden nachhaltig verändert haben: die Initiierung der Steuerstrategie und die Hochwasserkatastrophe. Die Annahme der Steuergesetzrevision durch das Obwaldner Stimmvolk am 11. Dezember 2005 brachte gesellschaftlich, wirtschaftlich, aber auch für das Unternehmen Kanton einen Wachstumsschub. Diesen Vorwärtsdrang gilt es nun weiterzuführen. Die Voraussetzungen sind gut: Die Staatsfinanzen sind gesund – weitere wichtige institutionelle Schritte sind mit der Richtplanung und dem Kantonsmarketing eingeleitet. Die Hochwasserkatastrophe lastet dennoch wie ein schweres Joch über den jüngsten Erfolgen. Der Wohn- und Wirtschaftsraum Obwalden muss attraktiv, aber eben auch sicher vor Naturgefahren sein. Hierfür braucht es in den nächsten Jahren wesentliche Anstrengungen in der Naturgefahrenabwehr am Sarnersee und entlang der Sarner Aa sowie in der Talschaft Engelberg. Ein entsprechendes Projekt ist in die Wege geleitet worden. Nun liegt es an den Behörden, die wichtigen Entscheide zu fällen.

Der vorliegende Geschäftsbericht richtet sich als Controllinginstrument zunächst unmittelbar an den Kantonsrat. Zusammen mit der Staatsrechnung gewährt er eine Leistungs- und Kostenübersicht über die gesamte kantonale Aufgabenerfüllung. Gleichzeitig werden die wichtigsten staatlichen Ereignisse sowie die Leistungen der Departemente und Amtsstellen für die Nachwelt dokumentiert. Ergänzende Angaben finden sich im Internet unter www.obwalden.ch, in den Berichten der Kantonsschule und des Berufs- und Weiterbildungszentrums sowie in den Geschäftsberichten des Kantonsspitals, der kantonalen Ausgleichskasse und der interkantonalen Anstalten, an denen der Kanton massgeblich beteiligt ist.

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, den Geschäftsbericht sowie die Jahresrechnung 2006 zu genehmigen.

Sarnen, 20. März 2007

Im Namen des Regierungsrats



Hans Wallimann, Landammann

2 Bericht des Regierungsrats zur Umsetzung der Schwerpunkte der Strategieplanung und der Amtsdauerplanung in den einzelnen Politikbereichen im Jahr 2006

KANTON OBWALDEN

WOHN-ATTRAKTIV, WIRTSCHAFTS-DYNAMISCH UND OPTIMAL VERNETZT
IHR PARTNER IN DER ZENTRALSCHWEIZ

Der Regierungsrat erneuerte 2006 die Strategieplanung 2012+ mit den **strategischen Leitideen** und **Wirkungszielen** zu den einzelnen Politikbereichen und legte die prioritären staatlichen **Massnahmen** (Projekte, Gesetzgebungsvorhaben und Investitionen) für die **Amtsdauerplanung 2006 bis 2010** fest. Er verfolgte damit weiterhin eine konsequente Positionierung und Zukunftsgestaltung des Kantons mit folgender strategischer Stossrichtung:

- *Der Kanton Obwalden ist wohn-attraktiv:* Die bereits bestehende hohe Lebensqualität in einem intakten wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Umfeld bildet eine günstige Voraussetzung. Bewohnerinnen und Bewohner sollen sich im Kanton wohl fühlen und in der Gesellschaft integriert sein, unabhängig davon, ob sie ihr wirtschaftliches Einkommen in der weitem Region bzw. städtischen Agglomeration oder im Kanton selbst erzielen oder den bevorzugten Wohnsitz im Kanton wählen ohne erwerbstätig zu sein. Der ganze Kanton Obwalden entwickelt sich deshalb primär als attraktive Wohnregion mit einem weitem, verträglichen Bevölkerungswachstum.
- *Der Kanton Obwalden ist wirtschafts-dynamisch:* Die mit Erfolg geführte Politik des lebendigen, offenen Wirtschaftsraumes wird fortgesetzt. Auf der Grundlage der erfolgreich etablierten Unternehmen im Kanton wird besonders die weitere Clusterbildung mit dynamischen, wertschöpfungsintensiven Betrieben gefördert. Die Entwicklungspotenziale innerhalb des Kantons sind naturgemäss unterschiedlich. Da vor allem die Stärken gefördert werden sollen, ergibt sich ein unterschiedliches Entwicklungsbild für die einzelnen Kantonsteile bzw. Gemeinden. Das Potenzial ist so zu nutzen, dass daraus für den Kanton insgesamt der grösste Nutzengewinn entsteht. Als **Wohn- und bevorzugte Wirtschaftsregion** mit Agglomerationscharakter wird vor allem die **Talachse des unteren Sarneraats** um das Regionalzentrum Sarnen entwickelt. Dies erlaubt eine stärkere räumliche Konzentration der notwendigen Infrastrukturausstattung. Als **Wohn- und bevorzugte naturnahe Erholungsregion** werden das **obere Sarneraatal und Engelberg** bezeichnet. Hier im ausgeprägten ländlichen Raum bilden das lokale Gewerbe, die Landwirtschaft und der Tourismus – mit Engelberg und Melchsee-Frutt als touristischen Schwerpunkten – das wirtschaftliche Rückgrat.

- *Der Kanton Obwalden ist mit der Zentralschweiz und dem Grossraum Zürich optimal vernetzt:* Die Lage des Kantons verlangt am Rand der Agglomeration Luzern eine optimale Vernetzung mit dem übergeordneten Wirtschaftsraum Zentralschweiz und den Anschluss an den Grossraum Zug – Zürich. Dies gilt im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Wohn-, Arbeits- und Erholungsgebietes für alle drei Bereiche. Die Vernetzung wird umfassend verstanden, insbesondere bezüglich Wirtschafts- und Erwerbstätigkeit, Aus- und Weiterbildung, des öffentlichen und privaten Verkehrs, der Kommunikationstechnologie, der zentralörtlichen Dienstleistungen und der Freizeitangebote. Der Kanton pflegt in den staatlichen Handlungsbereichen eine partnerschaftliche, interkantonale Zusammenarbeit.

Im Sinne des Controllings auf der Stufe der Staatsleitung erstattet der Regierungsrat einen **ersten Zwischenbericht über die Umsetzung der strategischen Leitideen und Wirkungsziele sowie der übergeordneten Massnahmen in den einzelnen Politikbereichen im Jahr 2006** (mit Klammerhinweisen auf die entsprechende Leitidee [z.B. „L1“] oder Massnahme [„M 1.5“]). Auf einzelne strategische Kennzahlen, welche bereits für 2006 vorliegen, wird in einer Übersicht unter Ziff. 2.11 hingewiesen.

In den Departementsberichten (siehe ab Kapitel 42) werden dann die umgesetzten Leistungsaufträge und Jahresziele gemäss der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung für das Jahr 2006 dargestellt.

2.1 Volkswirtschaft

Der Kanton Obwalden setzt auf eine Steigerung des Volkseinkommens durch Wachstum (L1).

2006 wuchs die Wohnbevölkerung im Kanton gemäss der Einwohnerkontrollen mit 507 Personen (Vorjahr 30) oder um 1.5 Prozent auf 34 042 Einwohner und Einwohnerinnen. Darin inbegriffen sind 106 Asylsuchende oder vorläufig Aufgenommene. Alle Gemeinden verzeichneten eine Zunahme, die stärkste Kerns mit 174 Personen. Lungern hat erstmals die Zweitausender-Grenze überschritten und kann eine Einwohnerzahl von 2 007 ausweisen. Damit wurde das prognostizierte jährliche Bevölkerungswachstum von 300 Personen übertroffen.

Zum Volkseinkommen liegen die definitiven Zahlen 2003 mit einem Wachstum von 3.1 Prozent gegenüber dem Vorjahr vor (Gesamtschweiz 5.7 Prozent). Nach den provisorischen Zahlen für 2004 nahm das Volkseinkommen um 1.8 Prozent zu.

Die Steuerreform hat Obwalden im Kantonevergleich den Spitzenplatz mit dem tiefsten Unternehmenssteuersatz von 6.6 Prozent gebracht und bei den natürlichen Personen mit hohem Einkommen unter die attraktivsten (siehe unter Politikbereich 2.10 Finanzen und Steuern). Die Steuerstrategie zeigt bereits im ersten Jahr positive volkswirtschaftliche Auswirkungen. Der Zuzug von juristischen Personen umfasste 446 Firmen, was bei 91 Löschungen und Sitzverlegungen 345 Firmen ergibt, das heisst fünfmal mehr als im Vorjahr (70).

Am 1. Oktober 2006 erfolgte die Ablösung der bisherigen Wirtschaftsförderung Obwalden (WFO) mit dem operativen Start der Standort Promotion in Obwalden (iOW). Die Aufgaben des Kantonsmarketings wurden mit einer Leistungsvereinbarung dem Verein Standort Promotion in Obwalden übertragen. Damit ist ein weiterer wichtiger

Pfeiler des mit der Steuerstrategie eingeleiteten wirtschaftlichen Aufbruchs errichtet (M 1.1). Dazu kommt als dritter Pfeiler die erneuerte kantonale Richtplanung (siehe unter Politikbereich 2.6 Raumordnung).

Den Vollzug des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit hat der Regierungsrat durch eine interkantonale Vereinbarung der gemeinsamen Vollzugsstelle des Entsendegesetzes der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden in Altdorf übertragen. Mit den flankierenden Massnahmen nach Einführung des freien Personenverkehrs werden inländische Arbeitnehmende vor Sozial- und Lohndumping geschützt und die Schwarzarbeit bekämpft (M 1.4).

Der Kanton Obwalden optimiert die Standortqualität für dynamische und wertschöpfungsstarke Branchen sowie zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (L2).

Beim Standortqualitäts-Indikator (SQI) der Credit Suisse, wo eine Zielgrösse von > 0.10 angestrebt wird, erreichte der Kanton 2006 den Wert von 0.13 (Vorjahr 0.09).

Für das Micro Center Central-Switzerland (MCCS) wurde ein namhafter Kantonsbeitrag für 2007 bereitgestellt, damit die Forschung für die Wirtschaft in der Zentralschweiz mit Standort Alpnach erhalten bleibt (M 2.1). Der Kanton hat den Forschungsbeitrag der Obwaldner Kantonalbank übernommen, die nach dem neuen Kantonalbankgesetz den Kanton dafür über die Abgeltung der Staatsgarantie entschädigt.

Für die Obwaldner Kantonalbank steht seit 1. Juli 2006 die neue Gesetzesgrundlage in Kraft. Die Kantonalbank dient aufgrund ihrer Zweckbestimmung der volkswirtschaftlichen Entwicklung des Kantons. Der Kanton partizipiert neu über eine Dividende (2006: 26 Prozent) auf dem Dotationskapital sowie der Abgeltung der Staatsgarantie am wirtschaftlichem Erfolg der Kantonalbank, 2006 mit insgesamt rund 7.5 Millionen Franken (2005 rund sechs Millionen Franken).

Der Regierungsrat hat einen ersten Zwischenbericht zur Zielerreichung des Agrarleitbilds 2004 entgegengenommen. Für die Umsetzung der agrarpolitischen Ziele und Massnahmen sind neben den eidgenössischen und kantonalen Vollzugsstellen vor allem die direkt betroffenen Bauern und Bäuerinnen sowie ihre Berufs- und Branchenorganisationen gefordert.

Der Kanton nutzt seine überregionalen Standortpotenziale in attraktiven touristischen Marktsegmenten (L3).

Die Destinationen Vierwaldstättersee-Tourismus und Engelberg-Titlis Tourismus sind im Markt gut positioniert. Die Zusammenarbeit mit der Luzern Tourismus AG (LTAG) ist namentlich auf die Gästeinformation, die Marketingkoordination sowie die PR- und Medienkommunikation ausgerichtet. Gegenstand von laufenden Verhandlungen bildet die künftige Finanzierung der Service-public-Leistungen durch die LTAG (M 3.1).

In der erneuerten kantonalen Richtplanung haben einerseits die touristischen Schwerpunktgebiete Engelberg und Melchsee-Frutt (Richtplantext [RPT] 66) sowie die Entwicklung der übrigen Tourismusgebiete (RPT 66) Eingang gefunden. Die Machbarkeitsstudie „Schneeparadies“ kann weiterentwickelt werden (M 3.4).

2.2 Bildung

Der Kanton Obwalden verfügt über ein leistungsfähiges, attraktives sowie qualitativ hochstehendes Bildungswesen und fördert somit die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung (L4).

Am 21. Mai 2006 nahmen die Stimmberechtigten das neue und moderne Bildungsgesetz an. Damit verfügt der Kanton über eine umfassende gesetzliche Grundlage für die Entwicklung im ganzen Bildungsbereich. Zu diesen Herausforderungen gehören die Qualitätssicherung und Chancengleichheit, das Schritthalten mit der gesellschaftlichen Entwicklung, namentlich im Bereich der Blockzeiten und schulergänzenden Tagesstrukturen aber auch der Harmonisierung der obligatorischen Schule (Projekt HarmoS), sowie die Stärkung der Berufs- und Weiterbildung. Besonders ins Gewicht fällt auch die konsequente Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden, wie der Übergang des schulischen Brückenangebots an den Kanton und der neue Norm-Lastenausgleich zur Unterstützung der Volksschule der Gemeinden.

Der innerkantonale Vollzug sowie die interkantonale Zusammenarbeit wurden 2006 namentlich in folgenden Bereiche gesichert bzw. ausgebaut:

- Ausführungsbestimmungen über die Brückenangebote;
- Ausführungsbestimmungen über die Berufsmaturitätsschule;
- Zustimmung zu einem neuen Statut der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ);
- Tarifierung beim Regionalen Schulabkommen Innerschweiz mit Ergänzung der anerkannten Vertragsschulen;
- grundsätzliche Zustimmung zum HarmoS-Konkordat (Harmonisierung der obligatorischen Volksschule);
- Ergänzung der interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen (Diplomvereinbarung);
- Verlängerung der Übergangsphase für die Ausbildung in den Gesundheitsberufen (bis zum Abschluss einer interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die höhere Berufsbildung [HFSV] im Rahmen der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz).

Am 25. November 2006 konnten die architektonisch gut eingefügten Erweiterungsbauten des Berufs- und Weiterbildungszentrums (BWZ) in Sarnen dem Bestimmungszweck übergeben werden. Für die Wiederinstandstellung bzw. einen allfälligen Neubau der Kantonsschule und Mehrfachturnhalle nach der Hochwasserkatastrophe 2005 wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt. Die künftigen Raumbedürfnisse der Kantonsschule wurden ermittelt. Die Raumansprüche der Gemeinde Sarnen bezüglich Schulbauten und Mehrfachturnhalle konnten noch nicht endgültig festgelegt werden, da sich die Gemeinde wegen der eigenen Schulanlagen ebenfalls im Planungsstadium befindet. In der Zwischenzeit werden die Raumbedürfnisse der Kantonsschule und des Sports durch Provisorien überbrückt.

2.3 Gesundheit

Der Kanton Obwalden fördert die Gesundheit aller Bewohnerinnen und Bewohnern und sichert den Zugang zu einer bedarfsgerechten, qualitativ guten medizinischen sowie pflegerischen Gesundheitsversorgung (L5).

Der Regierungsrat verfolgte gestützt auf den politischen Grundsatzentscheid vom September 2005 in Art. 16 des Gesundheitsgesetzes das strategische Ziel, den Spitalstandort Sarnen zu erhalten und zu stärken. Aufgrund der durch die allgemeine Entwicklung im Gesundheitsbereich bekannten engen Rahmenbedingungen für das Kantonsspital, wie steigender Kostendruck und zunehmende Spezialisierung, legte der Regierungsrat für das weitere Vorgehen im April 2006 die Eckwerte fest.

Die konkretisierende Klärung der strategischen Ausrichtung des Kantonsspitals Obwalden wurde auf dieser Grundlage aufgenommen und im Rahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 präzisiert. Danach positioniert sich das Kantonsspital Sarnen neu und erbringt Spitalleistungen der Grundversorgung (mit überkantonalem Psychiatrieangebot), in guter Qualität und zu vertretbaren Kosten. Die bestehende Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Kantonsspital Nidwalden und Luzern, wird weitergeführt. Als Massnahmen mit hoher Priorität wurden unter anderem vorgesehen:

- „– Die Weiterentwicklung des Kantonsspitals zu einem Gesundheitszentrum wird geprüft;
- Die Entwicklung des Kantonsspitals zu einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt wird geklärt;
- Der Investitionsbedarf eines Umbaus des Kantonsspitals wird in einer Machbarkeitsstudie geklärt;
- Art. 16 des Gesundheitsgesetzes wird unter anderem mit einer neuen Vereinbarung über die operative Zusammenarbeit zwischen den Kantonsspitalern von Obwalden und Nidwalden umgesetzt.“

Über die Art und Weise der Sicherstellung der strategischen Zusammenarbeit mit Nidwalden entstanden unterschiedliche Auffassungen zwischen Aufsichtskommission und Spitalleitung. Der Regierungsrat sah sich deshalb veranlasst, vorsorglicherweise (ohne inhaltliche Festlegung) die Prüfung eines gemeinsamen strategischen Organs für die beiden Spitäler in eine kantonsinterne Abklärung zu geben. Dies hat die „Aktion pro Kantonsspital Obwalden“ auf den Plan gerufen, welche mit einer Volksmotion und einem Volksbegehren eine engere Fassung von Art. 16 des Gesundheitsgesetzes forderte, nämlich ein „selbstständiges“ Kantonsspital am Standort Sarnen unter „eigener Leitung“. Der Regierungsrat will die entstandenen unterschiedlichen Auffassungen zur strategischen Ausrichtung des Kantonsspitals in einem Bericht an den Kantonsrat aufarbeiten und über die zukünftige Entwicklung des Kantonsspitals am Standort Sarnen einen Volksentscheid herbeiführen.

Die Vereinbarung über die Aufnahme und Behandlung von Patientinnen und Patienten aus dem Kanton Nidwalden in der psychiatrischen Abteilung am Kantonsspital Obwalden wurden auf den 1. Juli 2006 gesamthaft erneuert und auf das erweiterte Angebot von 25 Betten ausgerichtet. Damit wird die psychiatrische Grundversorgung für die Bevölkerung beider Kantone am Standort Sarnen sichergestellt.

Die Sicherstellung von Zentrumsleistungen wurde mit interkantonalen Verträgen erneuert und ausgebaut, so unter anderem für die Neurochirurgie mit dem Kantonsspital Aarau und allgemein mit dem Inselspital Bern.

Im Bereich der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsprävention konnten bei verschiedenen Projekten und Massnahmen Fortschritte erzielt werden (M 5.4), unter anderem:

- die Umsetzung der Verordnung über den koordinierten Sanitätsdienst durch ein Konzept über die Organisation des Sanitätsdienstes bei Katastrophen und in Notlagen (KSD) mit einer mobilen Sanitätshilfsstelle sowie Leistungsaufträge an den

Samariterverband Unterwalden und dem Care Team Zentralschweiz sowie einer Vereinbarung mit dem Regierungsrat Nidwalden über den Einsatz der mobilen Sanitätshilfsstelle und der Care-Organisation des Kantons Nidwalden in der Gemeinde Engelberg;

- durch neue Leistungsaufträge an das Labor bzw. den Veterinärdienst der Urkantone (LdU, VdU) für die Bekämpfung der Vogelgrippe, die Umsetzung der Meldepflicht für Vorfälle mit Hunden (das heisst bei Verletzung von Menschen oder übermässigem Aggressionsverhalten) sowie die Vollzugsverantwortung bei der Milchproduktion und Milchverarbeitung in Ablösung des bisherigen milchwirtschaftlichen Inspektions- und Beratungsdienstes (MIBD).

Bei der Prämienverbilligung nach dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) konnten weitere Verbesserungen eingeführt werden: Einerseits die Einführung einer Prämienverbilligungsverfügung für Personen, die aufgrund der Steuerdaten Anspruch auf eine Prämienverbilligung haben, ohne dass sie zunächst ein Antragsformular einreichen müssen, sowie andererseits die Sicherstellung des Mindestanspruchs für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung.

2.4 Soziale Wohlfahrt und soziale Sicherheit

Der Kanton Obwalden tritt für eine integrale Familienpolitik ein, unterstützt in sozialen Notlagen die Vorsorge, Selbsthilfe und Eigeninitiative und sichert eine vernetzte Sozialarbeit (L6).

Der Regierungsrat hat die Umsetzung des Motionsauftrags des Kantonsrats zur Einführung einer Kleinkinderbetreuungszulage abgeklärt, taugliche Modelle untersucht, und die Bezugsberechtigung geprüft. Aufgrund einer erheblich veränderten Faktensituation gegenüber dem Leitbild und Grundlagenbericht zur Familienpolitik beantragte er dem Kantonsrat den Verzicht auf die Einführung einer Kleinkinderbetreuungszulage. Ausschlaggebend waren viel höhere Kosten, der Alleingang mit dem neuen Unterstützungssystem in der Zentralschweiz, die Auswirkungen der Exportierbarkeit in EU-Mitgliedstaaten und der falsche Anreiz, welcher den erwünschten Effekt der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit nicht unterstützte. Der Anreiz soll deshalb auf die bessere Finanzierung der ausserfamiliären Kinderbetreuung gelegt werden (M 6.1).

2006 konnten als Übergangslösung bis zu einer neuen gesetzlichen Regelung zur mittelbaren Stärkung der Familien ein jährlicher Sockelbeitrag an den Verein Kinderbetreuung für den Betrieb der Tagesfamilienvermittlung und eine Kostengarantie an den Betrieb des „Chinderhuis“ Sachseln gesprochen werden.

2.5 Sicherheit und Recht

Der Kanton Obwalden bietet der Bevölkerung und den Unternehmen ein sicheres Umfeld (L7).

Dem Regierungsrat ist eine funktionierende Kantonspolizei, die ihre Aufträge zeitgerecht und qualitativ einwandfrei erfüllt, ein Anliegen. Deshalb hat er Grundauftrag und Organisation der Kantonspolizei einer umfassenden Analyse unterzogen, namentlich auch in Bezug auf einen wirkungsorientierten Einsatz der bestehenden Ressourcen und unter Berücksichtigung der interkantonalen Kooperationsmöglichkeiten. Das Ergebnis der Analyse zeigt, dass die Kantonspolizei mit den gegebenen Ressourcen

eine gute Sicherheitsversorgung im Kanton gewährleistet. Erkannte Wirkungsgrenzen und Wirkungsdefizite sollen unmittelbar durch Priorisierung der Aufgaben, korpsinterne Effizienzsteigerungen, die bessere Abgrenzung von polizeilichen und zivilen Aufgaben sowie die verstärkte interkantonale Zusammenarbeit bewältigt werden. Gestützt auf diese Erfahrungen soll im Rahmen der Erneuerung der Polizeigesetzgebung der Grundversorgungsauftrag neu festgelegt werden (M 7.1).

Um dem gesellschaftlichen Phänomen zunehmender Ruhestörungen und Vandalenakte zu begegnen, verfolgt der Regierungsrat eine flexible Strategie durch Anpassen der Prioritäten im Polizeieinsatz und flankierende Massnahmen. Entsprechende Massnahmen der Polizeipräsenz in der Nacht wurden insbesondere zugunsten von Ruhe und Ordnung im Tourismusort Engelberg eingeleitet. Auf kantonaler Ebene wird eine Gesetzesgrundlage zur Einführung von Sofortbussen vor Ort (kantonale Ordnungsbussen) vorbereitet.

Der Kanton ist der Vereinbarung über die Interkantonalen Polizeieinsätze (IKAPOL) beigetreten. Sie kommt zur Anwendung, wenn ein Kanton die Ordnungsaufgaben zur Bewältigung eines Ereignisses auch mit Unterstützung der Nachbarkantone (Nachbarschaftshilfe) und innerhalb des Zentralschweizer Polizeikonkordats (Konkordatseinsatz) nicht mehr erfüllen kann und deshalb auf weitere Hilfeleistung aus andern Kantonen angewiesen ist. Auslöser kann sowohl eine nicht voraussehbare Katastrophe als auch ein planbarer Anlass (wie beispielsweise Sportanlass oder internationale Konferenz) sein (M 7.1). Nachbarschaftshilfe und Konkordatsunterstützung forderte der Kanton vorsorglicherweise – im Zusammenhang mit den Polizeiaufgebot für die 1. Augustfeier auf dem Rütli – für die Gewährleistung der Sicherheit der Bundesfeier mit einem Vertreter des Bundesrats in Kerns an.

Für die Einführung des neuen Sanktionensystems im Schweizerischen Strafrecht wurden zeitgerecht die kantonalen Rechtsgrundlagen bereitgestellt und mittels Ausführungsbestimmungen auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt (M 7.4).

Zur besseren Abwicklung des kantonalisierten Zivilschutzes wurde die „alte Parkettfabrik“ in Kägiswil als zentraler Logistikstandort von der „armasuisse“ gemietet. Die zentrale Lagerhaltung mit Reparaturwerkstatt ist notwendig, um die dezentralen Einsatzformationen logistisch zu versorgen. (M 7.2).

Die umfangreichen Wiederherstellungsmassnahmen zur Beseitigung der Folgen der Hochwasserkatastrophe vom August 2005 prägten nach wie vor die Arbeiten im Bereich des Wasserbaus, der Kantonsstrassen, von Erschliessungsanlagen, des Rufenverbau und von forstlichen Massnahmen zur Minderung der Naturgefahren. Einige wichtige Projekte konnten bereits erfolgreich abgeschlossen werden, namentlich die Wiederinstandstellung der Melchtalerstrasse beim Felsrutsch Cholrütli. Bei den übrigen Projekten sind Provisorien in Betrieb, die eine sichere Verbindung garantieren, so beispielsweise die beiden provisorischen einspurigen Brücken beim eingestürzten Lehnenviadukt Boden an der Kantonsstrasse nach Engelberg.

Im Zentrum der mittel- und längerfristigen Massnahmen stand die Planung der Hochwassersicherheit im Sarneraatal. Zunächst wurde das Hochwasserschutzziel festgelegt, nämlich ein vollständiger Schutz bis zu einem hundertjährigen Hochwasser (HQ₁₀₀) für geschlossene Siedlungen, Industrieanlagen und Wasserversorgung sowie Infrastrukturbauten (Bahn, National- und Kantonsstrassen). Aufgrund einer Konzeptstudie wurden drei Varianten vorprojektiert:

- I. Tieferlegung und Verbreiterung der Sarneraas,
- II. Entlastungsgerinne und Entlastungstollen Landenberg,

III. Entlastungsstollen durch die Bergflanke Ost.

Darauf favorisierten die Projektorganisation und der Regierungsrat die dritte Variante. Wegen der hohen Kosten bedarf der Entlastungsstollen durch die Bergflanke Ost vertiefter Abklärungen durch den Bund, weshalb der Variantenentscheid frühestens im Frühjahr 2007 gefällt werden kann. Geprüft wird für alle Varianten als Sofortmassnahme ein vorgezogener Uferschutz entlang des Industriegebietes in Sarnen. Ebenso steht ein Gesetz über die Regelung der Abflussverhältnisse des Sarnersees zur Sicherheit des Sarneraatales in Vorbereitung. Danach soll die Planung und Umsetzung der Wasserbaumassnahmen zur Regelung der Abflussverhältnisse federführend dem Kanton übertragen werden, da die bestehenden Grundlagen im Wasserbaugesetz dem überregionalen Sachverhalt nicht gerecht werden.

2.6 Raumordnung, Umwelt und Energie

Der Kanton Obwalden entwickelt die Agglomeration auf der Sarneraa-Talachse mit dem Regionalzentrum Sarnen als Wohn- und Wirtschaftsraum. Das Potenzial des ländlichen Raums wird optimal genutzt (L8).

Im Geschäftsjahr 2006 trat die Erneuerung der kantonalen Richtplanung in die entscheidende Phase. Zum Richtplanbericht, zu den Richtplantexten und zur Richtplankarte wurde des öffentliche Mitwirkungsverfahren durchgeführt und der Vorentwurf dem Bund zur Vorprüfung eingereicht. Die aus beiden Verfahren sich ergebenden wesentlichen Sachfragen konnten in einem Entwurf des Regierungsrats bereinigt und dieser zuhanden einer ersten Lesung im Kantonsrat verabschiedet werden. Von grundlegender Bedeutung ist die Verknüpfung der kantonalen Richtplanung mit der Strategieplanung 2012+ sowie der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010. Die Richtplanung ist wesentlicher Teil der kantonalen Gesamtplanung. Sie ist neben der Steuerstrategie und dem Standortmarketing der dritte Pfeiler für die künftige Entwicklung des Kantons. Die prioritären Projekte aus dem Aktionsprogramm zur Richtplanung wurden in die Amtsdauerplanung integriert.

Der Kantonsrat stimmte dem kantonalen Richtplan in erster Lesung mit zahlreichen inhaltlichen und redaktionellen Anmerkungen zu den Richtplantexten und zur Richtplankarte zu. Der Regierungsrat hat diese für den Erlass des erneuerten kantonalen Richtplans aufgearbeitet, sodass einer Genehmigung durch den Kantonsrat sowie den Bund nichts mehr im Wege stehen sollte.

Im Aktionsprogramm zur Umsetzung der erneuerten kantonalen Richtplanung spielt die Bereitstellung von attraktiven Wohnzonen in den Gemeinden und eines kantonalen Arbeitsplatzgebietes sowie die Erhöhung der Verfügbarkeit des Baulandes eine wichtige Rolle. Verschiedene inzwischen eingeleitete Massnahmen dienen diesem Ziel: die Einrichtung eines Baulandkatasters durch die Standortpromotion in Obwalden, die Ausführungsbestimmungen über die Verfahrenskoordination im Baurecht und die Erneuerung der Ausführungsbestimmungen über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland.

Der Kanton Obwalden trägt zu einer intakten Umwelt bei. Die attraktive Natur- und Kulturlandschaft wird als Lebensraumqualität und touristisches Kapital gepflegt (L9).

Verschiedene im Geschäftsjahr 2006 erneuerte Erlasse und Schutzmassnahmen tragen zur einer intakten Umwelt und Qualität des Lebensraumes bei: So enthält der

kantonale Richtplan verschiedene Aktionsprogramme zum gezielten Schutz und zur Nutzung der Landschaft und Biotope. Die Gewässerschutzverordnung vom 16. März 2006 stärkt neben dem bisherigen qualitativen schwergewichtig auch den quantitativen Gewässerschutz, namentlich die Sicherung der Wassermenge in den Bächen und im Grundwasser sowie die Trinkwasserversorgung in Notlagen. Die neue Umweltschutzverordnung vom 16. März 2006 vereinheitlicht die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden im ganzen Umweltbereich, namentlich hinsichtlich umweltgefährdende Stoffe, Belastung des Bodens, Luftreinhaltung, Schall und Laser, Abfallbewirtschaftung und nichtionisierende Strahlen.

Um den Ausstoss von Luftschadstoffen zu reduzieren, hat der Regierungsrat einen Massnahmenplan zur Luftreinhaltung erlassen (M 9.1). Die Reduktion der Schadstoffe wurde notwendig, weil die Immissionsgrenzwerte trotz vorsorglicher Begrenzungen des Schadstoffausstosses zum Teil massiv überschritten worden waren. Der Massnahmenplan wurde gemeinsam von den Zentralschweizer Umweltschutzdirektionen erarbeitet. Er umfasst fünf Massnahmen, welche behördenverbindlich sind und im Falle der Partikelfilterpflicht für grosse Baumaschinen auf Baustellen auch Drittwirkung haben, nämlich:

- Gezielte Information der Strassenbenützer über Handlungsmöglichkeiten zur Schadstoffreduktion und Langzeitbeobachtung der Umweltbelastungen entlang der Nationalstrassen,
- Ausweitung der Kontrollen bei hoch emittierenden Fahrzeugen auf Nationalstrassen,
- Emissionsminderung beim öffentliche Verkehr durch Aufrüstung der Postautobusse mit Partikelfiltern,
- Einführung einer umfassenden Partikelfilterpflicht für grosse Baumaschinen auf Baustellen,
- Information und Beratung über den richtigen Betrieb von Holzfeuerungen, insbesondere auch bei Kleinanlagen in Wohnbauten.

Der Regierungsrat stimmte auch dem interkantonalen Interventionskonzept bei Feinstaub zu, das ein dreistufiges Vorgehen mit einer Informationsstufe (Auslösung durch das Volkswirtschaftsdepartement) und zwei Interventionsstufen (Auslösung durch den Regierungsrat) vorsieht, welche unter anderem den Verkehr (z.B. Tempo 80), die Haushalte (z.B. Betrieb von Feuerungsanlagen), die Land- und Forstwirtschaft (z.B. Fahrzeuge ohne Partikelfilter) oder das Gewerbe (z.B. Baumaschinen ohne Partikelfilter) betreffen.

Schutz- und Nutzungsplanungen wurden erlassen für die kantonale Naturschutzzone Wichelsee (definitiv) sowie die kantonale Naturschutzzone Usser Allmend – Schwerzbachried, Giswil (Entwurf im Anhörungsverfahren) (M 9.3).

2.7 Verkehr und Infrastruktur

Der Kanton Obwalden gewährleistet attraktive Verkehrsverbindungen, hohe Mobilität von und zu den Zentren und Grossagglomerationen Richtung Luzern – Zug – Zürich sowie eine optimale Verknüpfung der Verkehrssysteme und Telekommunikationsmittel (L10).

Die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr konnte in planerischer und betrieblicher Sicht vorangetrieben werden: Für die Doppelspurausbauten und die Tieflegung

der Zentralbahn in Luzern wurde (M 10.2) ein erster Planungskredit freigegeben. Für den Kanton Obwalden ist die optimale Anbindung als Wirtschaftsstandort an den öffentlichen Verkehr des übergeordneten Wirtschaftsraums Luzern und der Anschluss an den Grossraum Zug – Zürich von grosser Bedeutung. Durch Vereinbarungen mit der Postauto Schweiz AG Region Zentralschweiz wurden die touristische Postautolinie Stalden – Langis, der Skibus Mörialp und das Nachtbusangebot im Sarneraatal erweitert (M 10.1). Als Entscheidungsgrundlage zur besseren Verknüpfung von Individualverkehr und öffentlichem Verkehr wurde ein „Park + Ride-Konzept“ zusammen mit dem Kanton Nidwalden entwickelt und einem Vernehmlassungsverfahren unterstellt (M 10.2).

Der Neubau der Steilrampe Tunnel Engelberg hat sich aufgrund der Hochwasser-Schadensituation und der entstandenen Mehrkosten erneut verzögert. Verschiedene offene Fragen harren einer Klärung durch die zb Zentralbahn AG: Bauliches Sanierungskonzept, Tunnelsicherheit, Verantwortlichkeiten, Haftpflicht, Endkostenprognose und Eröffnungstermin.

Der Nationalstrassenbau erfolgte gemäss dem 7. langfristigen Programm, namentlich im Bereich N2/N8-Kirchenwald-Loppertunnel. Die Vorbereitungsarbeiten zum Umfahrungstunnel Lungern konnten erfolgreich abgeschlossen, die Hauptarbeiten für den 3.5 Kilometer langen Tunnel vergeben werden. Die Fertigstellung ist 2012 vorgesehen. Beim Abschnitt N8 Giswil Nord – Ewil sind die Detailprojekte genehmigt, erste Vorbereitungsarbeiten ausgeführt und die Hauptarbeiten für den Tagbautunnel Zollhaus vergeben. Im Kantonsstrassenbereich wurde die Melchtalerstrasse beim Felsrutsch „Cholrütli“ definitiv in Stand gestellt, der Verkehrskreisel Abzweigung Brüningstrasse – Panoramastrasse in Giswil wurde gebaut und das Brückenprojekt für die endgültige Wiederherstellung des Lehnenviadukts Boden in Engelberg wurde ausgearbeitet, genehmigt und zur Ausführung in den Jahren 2007 bis 2008 freigegeben.

2.8 Gesellschaft, Kultur, Medien, Sport und Erholung

Der Kanton Obwalden unterstützt das konstruktive Zusammenwirken der Sozialpartner, die Solidarität und die Chancengleichheit (L11).

Im Bereich der Sozialpartnerschaft oder der Integration von Ausländerinnen und Ausländern waren im Geschäftsjahr 2006 auf strategisch-politischer Ebene keine grundlegenden Entscheide zu fällen. Zum Projekt der Gleichstellungskommission „Fit für die Familie“, das bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie anstrebt, hat der Regierungsrat das Patronat mitgetragen. Der Regierungsrat unterstützte den Beitritt der Schweiz zum Fakultativprotokoll des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen (CEDAW). Als kantonales Jugendprojekt fand die Errichtung eines Skate- und Rollerparks Obwalden in Sarnen die regierungsrätliche Unterstützung.

Der Kanton Obwalden bietet seiner Bevölkerung ein optimales Umfeld für Sport, Kultur und Erholung (L12).

Im Bereich Sport wurde auf Regierungsebene insbesondere die Sanierung der Titlisschanze zugunsten der Förderung touristischer Identität in Engelberg und der medialen Ausstrahlung sowie im Interesse der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Weltcupspringens (M 12.5) unterstützt.

Mit dem Kulturfest OBWALD, das in der einheimischen Kunst und Kultur seine Wurzeln hat, wird eine nationale Ausstrahlung und attraktive Wahrnehmung des Kantons angestrebt. Die erstmalige Durchführung 2006 gelang trotz engen Rahmenbedingungen. Mit einer einmaligen Inszenierung in der Waldlichtung „Gsang“ in Giswil konnte eine innerkantonale Akzeptanz und positive Wahrnehmung erzielt und ein erster Aufbau für die künftige nationale Kommunikation erreicht werden (M 12.3).

Als Folgemassnahme des Generellen Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramms (GAP) wurden die kantonalen Beitragssätze innerhalb des von der Denkmalschutzverordnung festgelegten Spielraums für regionale und nationale Kulturobjekte neu abgestuft. Im Nachgang zur Hochwasserkatastrophe vom August 2005 wurde die Sicherung der Kulturgüter und Archive neu konzipiert. Der Regierungsrat sprach sich dabei für ein dezentrales Kulturgüterschutzkonzept aus und beauftragte eine Arbeitsgruppe mit der Vorbereitung der Umsetzung (M 12.6).

2.9 Staatsorganisation – föderalistische Zusammenarbeit

Der Kanton Obwalden gewährleistet mit einer einfachen, bürgernahen Staatsorganisation eine starke Verbindung zwischen Kanton, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (L13).

Mit der Gesamterneuerung von Regierungsrat und Kantonsrat auf die Amtsdauer 2006 bis 2010 wurde auch die Parlamentsreform in Kraft gesetzt, deren Ziele eine wirksame, effiziente und miliztaugliche Arbeitsweise sind. Die neuen parlamentarischen Instrumente haben ihre erste Bewährungsprobe bei der Behandlung der Strategie- und Amtsdauerplanung sowie der kantonalen Richtplanung und auch beim verstärkten Einbezug des Parlaments bei Vereinbarungen der interkantonalen Zusammenarbeit bestanden (M 13.1).

In der Verwaltungsorganisation konnte durch eine Neufassung der Schätzungs- und Grundpfandgesetzgebung die Organisation der amtlichen Schätzung, des Grundpfandrechts und die Versicherungspflicht zeitgemäss gestaltet werden. Im Gesamtprojekt NOW, das sich in drei Teilprojekte gliedert, wurden folgende Fortschritte erzielt: Erstes Teilprojekt strategische Steuerung: Die Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 wurde in aktualisierter Form mit strategischen Kennzahlen zu den Wirkungszielen ergänzt sowie mit Indikatoren und Standards zu den Massnahmen versehen. Dazu wurden Vollzugsrichtlinien für das Controlling erlassen. Im zweiten Teilprojekt operative Steuerung wurden je Departement Amtsstellen als Testeinheiten ausgeschieden, in welchen eine Kosten-/Leistungsrechnung mit Produktegruppen erprobt wird. Im dritten Projekt Führung – Personal wurden die Grundsätze der Personalpolitik verabschiedet und gestützt darauf Vorarbeiten zur zeitgemässen Erneuerung des Personalrechts (Staatsverwaltungsgesetz und Personalverordnung) geleistet.

Für das durch die Hochwasserkatastrophe 2005 stark in Mitleidenschaft gezogene Rathaus wurde neben der hochwasserbedingten Sanierung ein Umbau beschlossen, der die Nutzungsmöglichkeiten optimiert, die behindertengerechte Erschliessung ermöglicht sowie Präventionsmassnahmen des Hochwasserschutzes und der allgemeinen Sicherheit umfasst. Das aus einem jurierten Wettbewerb hervorgegangene Projekt muss auch den denkmalpflegerischen und architektonischen Anforderungen dieses barocken Repräsentativbaus genügen. Der Bau schreitet programmgemäss voran.

Das Optimierungspotenzial der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) wird laufend genutzt. Seit Anfang 2006 präsentiert sich der Kanton unter „www.ow.ch“ in einem neuen, benutzerfreundlichen Internetauftritt, der auf Anhieb eine hohe Besuchendefrequenz verzeichnete. Der Kanton verfolgt das Ziel, mit der elektronischen Abwicklung von kantonalen Dienstleistungen Schritt zu halten. Dabei richtet sich der Kanton auf die erneuerte E-Government-Strategie der Schweiz aus, welche der Regierungsrat unterstützt. Er ist deshalb auch dem Verein eCH für eGovernment-Standards beigetreten.

Der Kanton Obwalden und seine Gemeinden stärken in enger partnerschaftlicher Zusammenarbeit das Gesamtwohl und den Ausgleich im Kanton (L14).

Für das Jahr 2006 wurden die Ausgleichssysteme strukturell und institutionell zugunsten der Gemeinden erheblich gestärkt. Erstmals wurden nebst dem Ressourcenausgleich (bisheriger Finanzausgleich) zusätzlich ein Lastenausgleich Schule sowie ein Steuerstrategieausgleich ausbezahlt. Damit stiegen die Ausgleichszahlen des Kanton an die Gemeinden auf einen Betrag von insgesamt 10.3 Millionen Franken an, gegenüber dem bisherigen Finanzausgleich von 2.44 Millionen Franken (M 14.2).

Im Zusammenwirken von Kanton und Gemeinden wurde das Einbürgerungsverfahren für ausländische Personen in Übereinstimmung mit der bundesgerichtlichen Rechtsprechung auf eine neue Gesetzesgrundlage gestellt. Sie führt zu einer verbesserten Rechtssicherheit in Bezug auf die Begründungspflicht von Nichteinbürgerungsentscheiden und die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung.

Aussprachepunkte des Regierungsrats mit der Gemeindepräsidentenkonferenz vom 28. November 2006 bildeten die kantonale Richtplanung, die öffentliche Ruhe und Ordnung in den Gemeinden, die Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 sowie die Umsetzung der Steuerstrategie.

Der Kanton Obwalden stärkt durch eine koordinierte kantonale Zusammenbeitspolitik (Aussenpolitik) die Anbindung an die grösseren Wirtschaftsräume (L15).

Die gesamtschweizerische Zusammenarbeit wurde im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) gepflegt. Der Regierungsrat hat namentlich die Weiterentwicklung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) mitgetragen. Der Kanton hat den Beitritt zur Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV) beschlossen, welche verschiedene Grundsätze für die Zusammenbeitsverträge in der Form der gemeinsamen Trägerschaft oder des Leistungskaufs sowie des Lastenausgleichs festlegt. Die formelle Beitrittsklärung wurde vom Regierungsrat noch nicht abgegeben, da die Dotierung der Ausgleichsgefässe in der NFA (Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich) vom eidgenössischen Parlament noch nicht abschliessend behandelt ist. Die Vorbereitung für die Umsetzung der NFA auf kantonaler Ebene mit dem voraussichtlichen Inkrafttreten auf 2008 ist in vollem Gange.

Im Rahmen der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK), welche unter dem Vorort des Kantons Schwyz am 11. Mai 2006 sowie 2. November 2006 tagte, beteiligt sich der Kanton namentlich an folgenden Projekten: Vereinbarung über den Vollzug des Messwesens, Projekt Nationalstrassen Zentralschweiz – das in reduziertem Ausmass zwischen Luzern, Obwalden, Nidwalden und Zug weiterbearbeitet wird –,

Projekt Polizei XXI, Projekt Häusliche Gewalt, Verwaltungsvereinbarung über die Hilfeleistung und Zusammenarbeit im Bereich Strahlenwehr, Defizitdeckungsbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz, Projekt Kulturlastenabgeltung, Projekt unabhängige Datenschutz-Kontrollstelle im Hinblick auf das bilaterale Schengen-Abkommen, Projekt Controlling in der interkantonalen Zusammenarbeit.

Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden wurde auf die Konsolidierung und den Ausbau der bisherigen erfolgreichen Projekte gelegt (vgl. insbesondere unter den Politikbereichen 2.2 Bildung und 2.3 Gesundheit).

2.10 Finanzen und Steuern

Der Kanton Obwalden erhöht seine fiskalische Konkurrenzfähigkeit und ist in Teilbereichen der steuerattraktivste Kanton (L16).

Auf den 1. Januar 2006 wurde mit dem Inkrafttreten des Steuergesetznachtrags vom 11. Dezember 2005 die Steuerstrategie umgesetzt. Der Kanton Obwalden wurde im Standortwettbewerb auf einen Schlag wesentlich attraktiver. Für juristische Personen gilt der schweizweit tiefste Steuersatz. Tiefere und mittlere Einkommen natürlicher Personen wurden entlastet und für hohe Einkommen konkurrenzfähige Steuertarife eingeführt. Der Staatsrechnungsabschluss 2006 zeigt, dass die Steuerstrategie bereits im ersten Jahr auf eine positive Entwicklung hinweist. Einzelheiten des Erfolgs der Steuerstrategie werden in dem in Aussicht gestellten gesonderten Evaluationsbericht dargestellt.

Gegen die Tarifgestaltung im Steuergesetz für hohe Einkommen und Vermögen natürlicher Personen ist eine staatsrechtliche Beschwerde eingereicht worden. Dieser kommt keine aufschiebende Wirkung zu. Der Regierungsrat hat dazu Nichteintreten bzw. Abweisung – unterstützt durch ein grundsätzliches Rechtsgutachten – beantragt. Der Regierungsrat ist davon überzeugt, dass der durch eine Volksabstimmung im demokratischen Verfahren beschlossene Steuertarif für hohe Einkommen und Vermögen einer bundesgerichtlichen Überprüfung standhält. Er erwartet ein baldiges Urteil des Bundesgerichts, um die mit der Beschwerde bei Dritten bewirkte Rechtsunsicherheit zu beseitigen.

Die kantonale Steuerstrategie hat auch im Rahmen der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz eine Diskussion über den interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb entfacht. Der Grundsatz des föderalistischen Steuerwettbewerbs blieb jedoch unangetastet. Eine Arbeitsgruppe nimmt sich vertieft des Themas an.

Der Kanton Obwalden führt eine nachhaltige Finanzpolitik (L17).

Auf Anfang 2006 wurde die „Ausgabenbremse“ im Staatsverwaltungsgesetz bzw. der Finanzhaushaltsverordnung in Kraft gesetzt, welche mittelfristig das Haushaltsgleichgewicht sichert. Der Erfolg einer nachhaltig geführten Finanzpolitik kommt im Bericht zur Staatsrechnung 2006 ausgiebig zum Ausdruck.

Im Berichtsjahr wurde die Gebührenordnung für die Rechtspflege teilerneuert. Diese gleicht die seit 1993 aufgelaufene Teuerung aus und berücksichtigt stärker das Verursacherprinzip. Ebenso werden die Entschädigungen der Rechtsanwälte in Rechtsstreitigkeiten vor den staatlichen Gerichten angepasst.

2.11 Zwischenstand ausgewählter strategischer Kennzahlen über die Entwicklung des Kantons

In der Strategie- und Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 finden sich strategische Kennzahlen, welche ein Controlling der strategischen Leitideen und Wirkungsziele in den einzelnen Politikbereichen ermöglichen. Im Geschäftsbericht wird jeweils eine Auswahl dieser Kennzahlen aufgeführt, um bereits vor dem Gesamtüberblick am Ende der Amtsdauer wichtigste Entwicklungen im Kanton Obwalden erkennen zu können.

Strategische Kennzahl nach Politikbereichen	2005	2006	Δ
<i>Volkswirtschaft</i>			
Standortsqualitätsindikator der CS (SQI)	0.09	0.13	0.04
Bevölkerungsentwicklung gemäss Einwohnerkontrolle Stand Ende Dezember	33 535	34 042	+ 507
Neueintragungen im Handelsregister (netto)	70	345	+ 5 x
CS-Hightech-Indikator (Region Sarneraatal)	> 2	¹⁾	
Volkseinkommen in Franken pro Kopf *2003 und **2004	*38 276	**37 474	- 802
<i>Bildung</i>			
Einschulung in Volksschule Anfang Schuljahr	413	370	- 43
Lehrbetriebsquote	26.21 %	25.59 %	- 0.6 %
Lehrvertrags-Auflösungsquote	3.32 %	3.52 %	+ 0.2 %
Berufsberatungsquote	¹⁾	18.42 %	
<i>Gesundheit</i>			
Gesundheitskosten in Franken pro Kopf und Jahr *2004 und **2005	*OW 757 CH 1 087	¹⁾	
Gesamtkosten Spitalversorgung in tausend Franken *2004 und **2005	*21 541	**20 664	- 877
<i>Soziale Wohlfahrt / soziale Sicherheit</i>			
Auszahlung von Prämienverbilligungen (Prozentanteil an Gesamtbevölkerung)	53 %	55 %	+ 2 %
Sozialhilfe-Quote	OW 1.2 % CH 3.0 %	¹⁾	

¹⁾ Zahlen nicht vorhanden

Regierungsrat

Strategische Kennzahl nach Politikbereichen	2005	2006	△
<i>Sicherheit und Recht</i>			
Strafanzeigen insgesamt	2 694	2785	+ 91
 <i>Raumordnung, Umwelt und Energie</i>			
Einhaltung Grenzwert Luftreinhalteverordnung Anzahl h über Grenzwert Ozon O ₃ (Schönbüel)	135 h	212 h	
Feinstaub PM ₁₀ (Stans)	-	34 h	
 <i>Verkehr und Infrastruktur</i>			
Angebotsentwicklung zb Zentralbahn: Kurse Obwalden	67	68	+ 1
Abfahrten Obwalden	591	654	+ 63
 <i>Gesellschaft, Kultur, Medien, Sport und Erholung</i>			
Ausländeranteil an Gesamtbevölkerung	12 %	12.5 %	+ 0.5 %
 <i>Staatsorganisation und föderalistische Zusammenarbeit</i>			
Anzahl Zugriffe (Hits) im Monat November auf www.ow.ch	1)	2'667'955	
 <i>Finanzen und Steuern</i>			
Anzahl Steuerpflichtige ab Rechnungsbetrag > Fr. 100 000.–	44		
Kriterien nachhaltige Finanzpolitik:			
– Ertragsüberschuss Laufende Rechnung	+ 120 Mio. Fr.	+ 11 Mio. Fr.	
– Eigenfinanzierungsgrad in % der Investitionen	798	116	

¹⁾ Zahlen nicht vorhanden

2.12 Vernehmlassungen an den Bund

Der Regierungsrat bzw. die Departemente haben im Jahr 2006 zu den nachstehenden Vorlagen des Bundes Stellung genommen:

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
20050858	04.01.2006	VD	Bundesgesetz über das Eidgenössische Nuklear-Sicherheitsinspektorat
RRB 338	10.01.2006	RR	Asyl Suchende: Anpassung der Asylstrukturen, Änderung der Asylverordnung 2, weiterer Verordnungen und Anpassung der Nothilfepauschalen; Konsultation
20050839	17.01.2006	SGD	Änderung des Schwerverkehrsabgabegesetzes
20060032	17./19.01.2006	SGD	Änderung der Tierschutzverordnung betreffend gefährliche Hunde
RRB 412	21.02.2006	RR	Abgabe der Bundesbeteiligung am Unternehmen Swisscom AG
RRB 413	21.02.2006	RR	Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland und Änderung des Raumplanungsgesetzes
20060049	21.02.2006	SGD	Entwurf zur Teilrevision der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV)
20050861	21.02.2006	SGD	Internationale Gesundheitsvorschriften: Revision des Internationalen Sanitätsreglements
20050726	24.02.2006	RD	Entwurf eines Datenmodells für die Strukturierung schweizerischer Erlasse (Schema CHLexML)
20060108	06.03.2006	VD	Pilotprojekt Sans-papiers der Eidgenössischen Ausländerkommission
20060140	10.03.2006	VD	Teilrevision der Glückspielautomatenverordnung des EJPD
20060046	14.03.2006	VD	EKAS-Richtlinie „Asbest“
20060119	14.03.2006	SGD	Verordnungsänderung über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen (VPAA)
20060146	16.03.2006	BRD	Änderung der Waldverordnung und Revision des Reglements über die praktisch-forstliche Ausbildung der Forstingenieurinnen und Forstingenieure

Regierungsrat

20050851	21.03.2006	VD	Änderung der Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt (Freisetzungsverordnung)
RRB 484	28.03.2006	RR	Obligationenrecht: Mietzinsgestaltungsregeln
RRB 485	28.03.2006	RR	Arbeitsmarkt: Medizinisch-arbeitsmarktliche Assessments
20060165	05.04.2006	VD	Anpassungen an die Schengen- und Dublin-Assoziierungsabkommen Verordnung über das Einreiseverfahren (VEV und Asylverordnungen I und III)
RRB 516	11.04.2006	RR	Anpassung des Mindestumwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge
20060044	13.04.2006	VD	Bundesgesetz über die von der Schweiz als Gaststaat gewährten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen sowie finanziellen Beiträge
RRB 529	25.04.2006	RR	Fakultativprotokoll zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
RRB 530	25.04.2006	RR	Bericht über Erfahrungen mit dem Spielbankenbetrieb
RRB 537	02.05.2006	RR	Parlamentarische Initiative: Rolle des Bundesrats bei Volksabstimmungen
RRB 551	02.05.2006	RR	Rahmenvereinbarung über den Betrieb des Schweizer Portals ch.ch für die Jahre 2007 bis 2010
20060287	05.05.2006	VD	Teilrevision Integrationsverordnung
20060121	10.05.2006	SGD	Entwurf zu einer Verfassungsbestimmung und einem Bundesgesetz über die Forschung am Menschen
20050838	11.05.2006	SGD	Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts im Obligationenrecht
20060191	11.05.2006	VD	Bundesgesetz über die Produktesicherheit
20060263	15.05.2006	SGD	Anpassung der Verordnung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (VWIS) im Rahmen des Gesetzgebungsprojektes BWIS I

Regierungsrat

20060288	20.05.2006	VD	Verordnung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verwendung von meldepflichtigen Druckgeräten (Druckgeräteverwendungsverordnung) und Entwurf EKAS-Richtlinie 6516 „Druckgeräte“
20060171	22.05.2006	VD	Änderung der Grundversorgungsbestimmungen in der Fernmeldedienstverordnung
RRB 602	30.05.2006	RR	Rahmengesetz für kommerziell angebotene Risikoaktivitäten und das Bergführerwesen
20060125	30.05.2006	SGD	Revision der Binnenschiffverkehrsverordnung und der Abgasvorschriften für Schiffsmotoren
20060192	31.05.2006	SGD	Verordnung über die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Personen im öffentlichen Veterinärnärdenst Änderung der Tierseuchenverordnung
20060230	02.06.2006	SGD	Verordnung über Waffen, Waffenzubehör und Munition
20060395	20.06.2006	VD	Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer; Änderung der Verteilschlüssel und Kontingentsfreigabe
RRB 11	04.07.2006	RR	Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit
RRB 57	11.07.2006	RR	Stromversorgungsgesetz und Änderung Elektrizitätsgesetz
20060364	28.07.2006	VD	Anpassung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb im Zusammenhang mit der Durchführung der Fussball-Europameisterschaft 2008
20060403	08.08.2006	VD	PRTR-Verordnung (Pollutant Release and Transfer Register)
20060416	08.08.2006	BRD	Seilbahnverordnung zum neuen Seilbahngesetz
20060578	16.08.2006	VD	Unrühmliches Geschäft mit Tänzerinnen aus der Ukraine und Moldavien? Konsultation zum Statut der Cabaret-Tänzerinnen (L-Visa)
20060378	17.08.2006	VD	Aufhebung und Vereinfachung von Bewilligungen

20060552	17.08.2006	JV	ZGB, Schutz der Persönlichkeit gegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen (Änderung vom 23. Juni 2006): Inkrafttreten; Revision/Anpassung kantonaler Erlasse
20060544	31.08.2006	VD	Anhörung der ersten Revision der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung
RRB 139	12.09.2006	RR	Schlussbericht der Projektorganisation betreffend die Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs
20060554	18.09.2006	SGD	Anhörung zur Teilrevision von vier Verordnungen des Chemikalienrechts
20060597	12.10.2006	VD	Anhörung zur Ergänzung Emissionsplan 2015 (Lärmsanierung der Eisenbahnen)
RRB 179	17.10.2006	RR	Strukturreform in der beruflichen Vorsorge: Massnahmen für ältere Arbeitnehmende
RRB 180	17.10.2006	RR	Änderung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit
RRB 182	17.10.2006	RR	Neuregelung der finanziellen Abgeltung der Schadenwehren auf Nationalstrassen: Bericht TP 9 des Bundesamtes für Strassen (ASTRA)
20060521	17.10.2006	SGD	Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen
RRB 201	24.10.2006	RR	Güterverkehrsvorlage
20060626	24.10.2006	SGD	Änderung der Schwerverkehrsabgabe
20060504	25.10.2006	VD	Parlamentarische Initiative Fluglärm. Verfahrensgarantien
20060655	27.10.2006	SGD	Teilrevision der Verordnung über die Krankenversicherung und zur Verordnung über die Versichertenkarte für die obligatorische Krankenpflegeversicherung
20060738	06.11.2006	BRD	Schaffung einer Spezialfinanzierung Luftverkehr
RRB 229	07.11.2006	RR	Totalrevision der Tierschutzverordnung
RRB 241	14.11.2006	RR	E-Government-Strategie Schweiz
RRB 242	14.11.2006	RR	Revision 09 der Militärgesetzgebung (Militär-gesetz, Armeeorganisation, Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme)

Regierungsrat

20060643	22.11.2006	FD	Änderung des Bundesgesetzes über die Tabakbesteuerung
20060633	27.11.2006	VD	Verordnung über die Lärmemissionen von Geräten und Maschinen, die im Freien verwendet werden (Maschinenlärmverordnung)
20060464	27.11.2006	SGD	Teilrevision der Strahlenschutzverordnung, der Strahlenschutz-Ausbildungsverordnung und der Dosimetrieverordnung
20060838	27.11.2006	SGD	Bundesgesetz über das Bundespatentgericht und Patentanwaltsgesetz
RRB 268	28.11.2006	RR	Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption (PAVO): Expertenbericht Zatti
RRB 298	12.12.2006	RR	Bundesgesetz über die Schweizerische Landeswerbung

2.13 Beschwerdeentscheide des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat im Amtsjahr 2005/06 über folgende Beschwerden entschieden:

	Amtsjahr		
	2000/01	2004/05	2005/06
Bürgerrecht	–	4	–
Niederlassung, Aufenthalt, Ausländerrecht	2	3	1
Volksabstimmungen	–	1	1
Initiative und Referendum	–	–	1
Personalrecht	–	1	1
Einwohner- und Bezirksgemeinden	2	2	4
Bürgergemeinden, Korporationen, Teilsamen, Alpgenossenschaften	1	–	–
Namensänderungen	1	–	–
Vormundschaft	1	5	7
Sachenrecht, Grundbuch und Schiffsregister	3	1	2
Grundstücksschätzungen	–	1	–
Volksschule	2	4	3
Mittelschule	2	–	–
Kulturpflege	2	–	–
Zivilschutz (Schutzplätze)	–	1	–
Raum-/Ortsplanung	8	8	3
Baupolizei	12	7	16
Feuerpolizei	1	–	–
Strassenbau (Bezeichnung)	–	1	–
Wasserbau	–	–	1
Gewässernutzung	–	–	1
Strassenverkehr	7	3	2
Nationalstrasse	7	–	–
Lärmschutz	–	2	–
Umweltschutz	2	1	–
Gewässerschutz	1	–	3
Gesundheitswesen	–	1	–
Sozialhilfe	–	2	1
Landwirtschaft	–	–	1

Regierungsrat

Landwirtschaftliche Pacht	–	1	–
Bodenrecht	–	2	–
Wasserversorgungen (Wassergebühren)	–	1	–
Fremdenverkehr (Kurtaxen)	2	2	1
Gastgewerbe	1	–	–
Insgesamt	57	54	49

3 Kantonsrat

Kantonsratspräsidium im Amtsjahr 2006/2007: Dominik Brun, Engelberg

Zusammensetzung in der Amtsdauer 2006 bis 2010 nach Fraktionen:

Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)	23 Mitglieder
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	10 Mitglieder
Christlichsoziale Partei (CSP)	10 Mitglieder
Sozialdemokratische Partei (SP)	6 Mitglieder
Schweizerische Volkspartei (SVP)	6 Mitglieder

„Ich bin davon überzeugt, dass Obwalden demokratischer geworden ist, das heisst auch „sozial demokratischer“. Demokratie heisst für mich Diskussion. Die Echtheit der demokratischen Prinzipien widerspiegelt sich im Behandeln, im Anerkennen und Wertschätzen von Minderheiten. (...) Ich glaube an den Kantonsrat von Obwalden. Ich glaube an die Obwaldnerinnen und Obwaldner, die demokratischer geworden sind. Ich glaube, dass der Spagat zwischen dem weltfreundlichen, also auch umweltfreundlichen, offenen Obwalden und dem Hegen und Pflegen von Kleinräumigem, von Nischen, gelingt.“

Kantonsratspräsident Dominik Brun

Kantonsratssitzungen und -geschäfte

An neun Plenarsitzungen (Vorjahr acht) behandelte der Kantonsrat im Amtsjahr 2005/06 insgesamt 105 Geschäfte (Vorjahr 124) und zwar im Vergleich zu den Vorjahren:

Geschäfte	2000/01	2004/05	2005/06
Wahlen	12	16	9
Gesetzgebung	23	30	28
Verwaltungsgeschäfte	57	54	54
Parlamentarische Vorstösse	8	24	14
Insgesamt	100	124	105

Der Kantonsrat musste als Folge der Hochwasserkatastrophe vom August 2005 wegen der Renovation und des Umbaus des Rathauses seine Sitzungen in die Aula des Berufs- und Weiterbildungszentrums (BWZ) verlegen. Die Eröffnungssitzung des Amtsjahres 2006/07 fand im Barocksaal des Klosters Engelberg statt, die folgenden Sitzungen wegen des gleichzeitigen Umbaus des BWZ in der Aula „Altes Gymnasium“ in Sarnen.

Neue Kantonsratsgesetzgebung ist wirksam

Auf Beginn der neuen Amtsdauer 2006 bis 2010, welche der Kantonsrat an seiner ersten Sitzung in neuer Zusammensetzung am 30. Juni 2006 in Engelberg eröffnete, wurde auch die neue Kantonsratsgesetzgebung in Kraft gesetzt. Damit traten die Neuerungen der Parlamentsreform in die Bewährungsprobe. Um die dreifache Zielsetzung dieser Reform, das heisst die wirksame, effiziente und miliztaugliche Arbeitsweise des Kantonsrats zu stärken, wurden die Kantonsratsmitglieder an einem Ausbildungstag „Obwaldner Kantonsrat im Aufbruch“ vom 1. September 2006 mit den Neuerungen vertraut gemacht.

Als neue Instrumente hatten sich bei der Behandlung der Strategie- und Amtsdauerplanung sowie der kantonalen Richtplanung die neuen parlamentarischen Instrumente, namentlich die Vorberatung durch die Kommission für strategische Planung und Aussenbeziehungen (KSPA) sowie die parlamentarischen Anmerkungen, als zweckmässig erwiesen.

Vom Kantonsratsbüro zur Ratsleitung

Das bisherige Kantonsratsbüro wurde auf den Amtsjahresbeginn 2006/07 durch die Ratsleitung abgelöst. In dieser ist neu die Mitwirkung der Fraktionspräsidien fest verankert.

Die Geschäfte im Kalenderjahr 2006 wurden an vier Sitzungen des Kantonsratsbüros sowie an drei Sitzungen der Ratsleitung behandelt. Neben der üblichen Vorbereitung der Kantonsratssitzungen mit Festlegung der Geschäftsliste und der Wahl der vorberatenden Kommissionen wurden namentlich folgende Geschäfte in grundsätzlicher Hinsicht behandelt:

- Die Sitzverteilung in kantonsrätlichen Kommissionen wurde entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen nach der Gesamterneuerungswahl des Kantonsrats neu festgelegt (siehe Kasten).
- Für die Gesamterneuerung der nichtständigen Kommissionen auf Zeit wurden zuhanden der Fraktionen folgende Grundsätze aufgestellt:
 - Zu Beginn der neuen Amtsdauer werden alle nichtständigen Kommissionen grundsätzlich einer Gesamterneuerungswahl unterzogen;
 - sowohl die Kommissionsgrösse wie Kommissionssitze und Präsidien stehen zur Disposition;
 - auch bei den Fachkommissionen auf Zeit (bisher faktisch ständige Kommissionen) der letzten Amtsdauer ist sowohl eine gewisse Rotation wie Kontinuität erwünscht;
 - bei den Präsidien ist im Gesamtüberblick auf eine angemessene Verteilung unter den Fraktionen zu achten;
 - die nichtständigen Kommissionen werden jeweils auch zu Beginn eines neuen Amtsjahres erneuert (Art. 13 Abs. 3 GO), was die Möglichkeit zur erneuten Rotation eröffnet.
- Die Ratsleitung hat am 26. Oktober 2006 im Grundsatz positiv zur Weiterführung der Arbeiten für die Schaffung einer „Konferenz der Kantonsparlamente“ Stellung genommen. Das Bedürfnis eines übergreifenden Koordinationsgremiums der Parlamente wird angesichts der wachsenden Bedeutung und zunehmenden Verflech-

tung der interkantonalen Aufgaben erkannt. Gleichzeitig wird aber darauf hingewiesen, dass dafür eher ein schlankes, effizientes und wirtschaftliches Koordinationsgremium in Frage kommt, das die innerkantonalen Gremien bei der frühzeitigen parlamentarischen Mitsprache in der interkantonalen Zusammenarbeit unterstützt. Die einzelnen Vorfragen wurden wie folgt beantwortet:

- Die Vorarbeiten zur Gründung einer „Konferenz der Kantonsparlamente“ sind fortzusetzen;
 - die Kosten sollen grundsätzlich nach Massgabe der Bevölkerungszahl von den Kantonen getragen werden;
 - es wird jene Variante vorgezogen, bei der jeder Kanton die Abordnung von zwei Mitgliedern nach kantonsinternen Kriterien selbst bestimmen kann; eine jährliche Zusammenkunft wird als richtig erachtet;
 - für die rechtsgültige Gründung ist der Beitritt von mindestens zwei Dritteln der Kantonsparlamente vorzusehen;
 - ein endgültiger Beitrittsbeschluss des Obwaldner Kantonsrats wird erst nach Vorliegen eines Status und der daraus hervorgehenden Kostenfolgen gefasst.
- Die Volksmotion „Aktion pro Kantonsspital Obwalden“ wurde aufgrund des Sachzusammenhangs gestützt auf Art. 22 Abs. 1 Bst. c des Kantonsratsgesetzes zur Vorberatung an die kantonsrätliche Spitalkommission übertragen (anstelle der Rechtspflegekommission gemäss Art. 60 des Kantonsratsgesetzes).

Vertretungsverhältnis in den Kommissionen						
Kommissionsgrösse	Verteilungszahl	Anzahl Mitglieder nach Fraktionen				
(x)	(55 : x + 1)	CVP 23	FDP 10	CSP 10	SP 6	SVP 6
15	3.4	<u>7</u>	3	3	<u>2</u>	<u>2</u>
13	3.9	6	<u>3</u>	<u>3</u>	1	1
11	4.6	5	2	2	1	1
9	5.5	4	<u>2</u>	<u>2</u>	1	1
7	6.9	3	1	1	1	1

Unterstrichene Zahlen = gleicher Restquotient und deshalb abwechselungsweise Berücksichtigung der betreffenden Fraktionen in den Kommissionen dieser Grösse.

Empfänge und Anlässe

Am 27. Januar 2006 empfing das Kantonsratsbüro das Präsidium und Büro des Grossen Rats des Kantons Bern. Die Berner Delegation verfolgte die Kantonsratsdebatte, pflegte den Austausch parlamentarischer Erfahrungen und besichtigte nach einer Fahrt durch den Kanton mit Orientierung über die Folgen der Hochwasserkatastrophe 2005 den Übungstunnel für Ereignisdienste der Gasser Felstechnik AG sowie die Schiessanlage „Brünig Indoor“.

Vizepräsident Franz Enderli vertrat die Ratsleitung anstelle des verhinderten Präsidenten am Parlamentspräsidenten-Treffen vom 15. September 2006 in Schwyz. Die

Tagung war ganz dem Thema der Vorbereitung einer „Konferenz der Kantonsparlamente“ gewidmet.

Eine stättliche Vertretung des Kantonsrats nahm an der Jahrestagung 2006 der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen vom 23. September 2006 in Basel teil. An ihr wurde das Thema „Was ist ein effizientes Parlament?“ behandelt.

Bericht über die überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Anmerkungen

Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse

Nach Art. 57 Abs. 3 und 4 des Kantonsratsgesetzes (GDB 132.1) erstattet der Regierungsrat im Geschäftsbericht über den Stand der Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse oder allenfalls unmittelbar über die Erledigung von Postulaten Bericht. Eine Kommission oder der Regierungsrat können die Abschreibung beantragen wenn:

- a. der Vorstoss erfüllt ist oder nicht aufrechterhalten werden soll;
- b. die Urheberin oder der Urheber aus dem Rat ausgeschieden ist und der Vorstoss nicht durch ein anderes Ratsmitglied aufrechterhalten wird.

Übersicht parlamentarische Vorstösse

Amtsjahr	2000/01		2004/05		2005/2006	
	Eingereicht	hängig Ende 2001	Eingereicht	hängig Ende 2005	Eingereicht	hängig Ende 2006
Motionen	2	0	5	2	5	4
Postulate	3	13	8	9	0	9
Interpellationen	2	–	6	–	3	–
Kleine Anfragen	2	–	5	–	6	–
Insgesamt	9	13	24	11	14	13

Von den im Amtsjahr 2005/06 eingereichten fünf Motionen wurden eine erheblich erklärt, eine in ein Postulat umgewandelt und drei nicht überwiesen.

Hängige Motionen

Stand der angenommenen, Ende 2006 noch hängigen Motionen:

Motion für die Revision des Gesetzes über den Schutz vor Feuer und andere Naturgewalten (Feuerschutzgesetz) (52.03.09) von Kantonsrat Charly Pichler, Alpnach, und Mitunterzeichnenden:

Der Regierungsrat hat einen Analysenbericht des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements vom 21. November 2006 entgegengenommen und die Eckwerte für die Gesetzgebungsarbeiten festgelegt, welche unmittelbar danach aufgenommen worden sind.

Motion zur Umsetzung der Familienpolitik (52.05.04) von Kantonsrat Ernst Michel, Kerns, im Namen der vorberatenden Kommission Familienpolitik:

Der Teilmotionsauftrag für die Schaffung einer Grundlage für die Ausrichtung von Kleinkinderbetreuungszulagen ist vom Kantonsrat am 30 November 2006 abgeschlossen worden. Die weiteren Arbeiten zur Umsetzung der verschiedenen familienpolitischen Anliegen gemäss Motionsauftrag laufen weiter.

Motion zur Energiepolitik (52.06.02) von fünf Unterzeichnenden namens aller im Kantonsrat vertretenen Fraktionen und weiteren Mitunterzeichnenden:

Nach der Amtsdauerplanung bzw. dem IAFP ist vorgesehen, 2007 ein Energiekonzept und Massnahmenplan zu erarbeiten und diese ab 2008 umzusetzen.

Motion betreffend Motorfahrzeugsteuern, Anpassung der Bemessungsgrundlagen (52.06.03) von Kantonsrätin Ruth Koch-Niederberger, Kerns, im Namen der SP-Fraktion, und weiteren Mitunterzeichnenden:

Der Motionsauftrag wird bei der bereits laufenden Revision der Strassenverkehrs- und Schifffahrtsgesetzgebung als Alternativvorschlag bearbeitet.

Hängige Postulate

Stand der angenommenen, Ende 2006 noch hängigen Postulate:

Postulat betreffend Strassenunterhalt der öffentlichen Wald- und Alpstrassen (53.96.02) von Kantonsrat Josef Ettlin, Kerns, und Mitunterzeichnenden:

Das eidgenössische Waldgesetz steht in Überarbeitung. Der Postulatauftrag wird in der darauf folgenden Erneuerung der kantonalen Waldgesetzgebung bearbeitet, voraussichtlich im Jahr 2009.

Postulat betreffend Gesetz über die amtliche Schätzung und das Grundpfandrecht (Schätzungs- und Grundpfandgesetz) (52.00.01) von Kantonsrat Alois Hurschler, Engelberg:

Der Postulatsauftrag ist mit dem Erlass des neuen Schätzungs- und Grundpfandgesetzes vom 26. Oktober 2006 erfüllt. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

Postulat zur Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens von Regierungsmitgliedern (52.01.02) von Kantonsrat Franz Enderli, Kerns, und Mitunterzeichnenden:

Der Postulatsauftrag – ursprünglich als Motion eingereicht – wird im Rahmen einer künftigen Verfassungsrevision bzw. Änderung des Behördengesetzes bearbeitet.

Postulat betreffend Liquidationsgewinnsteuern (52.02.01) von Kantonsrat Paul Vogler, Sachseln, und Mitunterzeichnenden:

Dem Postulatsanliegen – ursprünglich als Motion eingereicht – wird bereits in der Steuerpraxis Rechnung getragen. Sobald die Unternehmensbesteuerungsreform auf Bundesebene abgeschlossen ist, soll auch eine entsprechende Anpassung im kantonalen Recht vorgenommen werden.

Postulat für eine sozial gerechtere Ausgestaltung der Familienbesteuerung im Kanton Obwalden (53.02.04) von Kantonsrat Donat Knecht, Sarnen, und Mitunterzeichnenden:

Dem Postulat soll im Anschluss an eine Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung auf Bundesebene im kantonalen Recht Rechnung getragen werden.

Postulat zur Förderung von energieeffizienten Personenwagen (53.03.02) von Kantonsrat Franz Enderli, Kerns, und Mitunterzeichnenden:

Der Postulatsauftrag wird bei der laufenden Revision des Gesetzes über die Strassenverkehrssteuer in Harmonisierung mit der Verkehrssteuergesetzgebung des Kantons Nidwalden bearbeitet.

Postulat betreffend Anpassung der Prämienverbilligung (abgestufte Entlastung) an die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (52.04.01) von Kantonsrat Dr. Guido Steudler, Sarnen:

Die Prämienverbilligung (IPV) wird 2007 wiederum aufgrund des bisherigen Prozentmodells (Nachtragsgesetz vom 26. Januar 2007) durchgeführt. Verbesserungen im geltenden System werden aufgrund von Modellrechnungen für eine allfällige Anpassung ab 2008 geprüft.

Postulat für eine rasche Revision der Steuergesetzgebung (Tarif) zur Reduktion der Steuerbelastung(52.04.02) von Kantonsrätin Esther Gasser Pfulg, Lungern, und Mitunterzeichnenden:

Der Postulatsauftrag ist mit dem Erlass des Steuergesetznachtrags vom 14. Oktober 2005 durch das Volk teilweise erfüllt; er bleibt für die zweite Phase der Umsetzung der Steuerstrategie aufrechterhalten.

Postulat zum Schutz der nichtrauchenden Mehrheit von Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern (52.05.05) von Kantonsrat Charly Pichler, Alpnach:

Das Postulat ist mit dem Ausscheiden des Urhebers aus dem Rat **abzuschreiben**.

Postulat betreffend sexualpädagogischer Präventionsarbeit durch Fachpersonen (53.06.02) von Kantonsrätin Heidi Wernli Gasser, Sarnen, und Mitunterzeichnenden:

Ein Bericht mit allfälligen Massnahmenvorschlägen steht in Vorbereitung.

Behandlung der parlamentarischen Anmerkungen

Nach Art. 62 Abs. 3 des Kantonsratsgesetzes (GDB 132.1) informiert die zuständige Behörde in der Regel im nächsten Geschäftsbericht über die Behandlung der erheblich erklärten parlamentarischen Anmerkungen. Zu folgenden Berichten des Regierungsrats wurden parlamentarische Anmerkungen vorgebracht und behandelt:

Kantonsrats-sitzung vom	Bericht	parlamentarische Anmerkung	Behandlung
30.11.2006	Amts-dauer-planung 2006 bis 2010	13 Anmerkungen (veröffentlicht im Kantonsratsbeschluss zur Amtsdauerplanung)	Den Anmerkungen wurde vom Regierungsrat zuhanden der Schlussfassung der Amtsdauerplanung Rechnung getragen.
30.11.2006	Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung	Fünf Anmerkungen (veröffentlicht im Kantonsratsbeschluss zum IAFP)	Den Anmerkungen wurde vom Regierungsrat bei der Schlussbereinigung des IAFP Rechnung getragen.
30.11.2006	Bericht zur Einführung einer Kleinkinderbetreuungszulage	Anmerkung zur Entlastung der Familien mit Minderjährigen und tiefem Einkommen bei der Steuergesetzrevision	Die Anmerkung wird im Rahmen der nächsten Steuergesetzrevision bearbeitet.

Kantonsrat

01.12.2006	Bericht zur ersten Lesung der kantonalen Richtplanung	Zahlreiche inhaltliche und redaktionelle Anmerkungen zu den Richtplantexten und zur Richtplankarte.	Alle Anmerkungen wurden im endgültigen Richtplan umgesetzt. Der bereinigte Richtplan wurde dem Kantonsrat zur Genehmigung unterbreitet.
------------	---	---	---

4.1 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei (STK) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2005	2006
Kanzleistab	3.2	3.2
Kanzleisekretariat	4.7	4.7
Rechtsdienst	2.6	2.6
Staatsarchiv	2.5	2.5
Finanzkontrolle	1.5	1.5
Insgesamt	14.5	14.5

"Wir erfüllen unsere Leistungsaufträge kunden- und ergebnisorientiert, partnerschaftlich und teamorientiert sowie wirtschaftlich und entwicklungsorientiert, lernen aus Erfahrungen und streben stetig weiter nach Verbesserungen."

Aus: Übergeordnete Leitideen der Staatskanzlei zur Jahresplanung 2006

Das Jahr 2006 in Zahlen

Die Staatskanzlei hat im Amtsjahr 2005/2006 44 Regierungsratssitzungen mit 655 behandelten Geschäften und neun Kantonsratssitzungen mit 105 Geschäften betreut. Das Regierungsratsprotokoll 2005/2006 umfasst 1 950 Protokollseiten, das Kantonsratsprotokoll 348.

Das Amtsblatt verzeichnete eine beglaubigte Auflage von 8 264 Exemplaren (Basis 2005/2006), 1 933 Seiten mit amtlichen Veröffentlichungen und 1 232 Seiten Inserate.

Vor dem Stichtag vom 26. Oktober 2006 wurde im laufenden Jahr vom bisherigen Passmodell 2003 die Rekordzahl von 3785 Exemplaren ausgestellt, weil dieses erlaubt weiterhin ohne biometrischen Pass visafrei in die USA einzureisen.

Im neuen kantonalen Webauftritt bieten 105 Amtsstellen 421 Dienstleistungen an, hinter denen 534 Verwaltungspersonen stehen. Weiter sind 662 Personen erfasst, die als Behördemitglieder, Kommissionsmitglieder oder anderweitig politisch tätig sind. 80 Personen erscheinen im Bereich der Gerichte.

Der Rechtsdienst bereitete 48 Rechtsmittelentscheide bzw. Vernehmlassungen dazu vor und erarbeitete oder überprüfte 35 Erlasse und interkantonale Vereinbarungen.

An drei Abstimmungstagen befanden die Stimmberechtigten über sechs eidgenössische Vorlagen und drei kantonale Vorlagen. Die tiefste Stimmbeteiligung betrug 30 Prozent, die höchste 47 Prozent. Durchschnittlich gaben 95 Prozent der Stimmenden ihre Stimme brieflich ab.

Das Staatsarchiv hat 32 Ablieferungen nacherschlossen und 80 Bücher katalogisiert.

Die umgesetzten Staatskanzleiziele 2006 im Überblick (Controlling)

	Jahresziele 2006	Stand der Erfüllung
	Die Sanierung und der Umbau des Rathauses erfüllt die funktionalen Anforderungen der Behörden und Staatskanzlei.	Mit der Krediterteilung für die Sanierung und den Umbau des Rathauses durch den Kantonsrat im März 2006 wurde in der Projektorganisation die Ausführungsplanung freigegeben und umgesetzt, so dass mit den Arbeiten Mitte Jahr begonnen werden konnte. Den funktionalen Anforderungen wird im Rahmen der finanziellen Ressourcen sowie der architektonischen und denkmalpflegerischen Ansprüche bestmöglich Rechnung getragen.
2	Der kantonale Internetauftritt ist gemäss e-Gov-Strategie weiterentwickelt.	Der neue Internetauftritt wurde Anfang Februar 2006 online geschaltet und im Angebot laufend weiterentwickelt. Die Benutzerfreundlichkeit wurde mit einem Content-Management-System (CMS) verbessert und erlaubt einen mehrfachen Zugang über einen Suchbegriff, die Lebensbereiche sowie die Verwaltungs- bzw. Dienstleistungsstruktur. Der Kanton beteiligt sich an der Harmonisierung und den Standards der e-Gov Strategie Schweiz sowie insbesondere der Sicherstellung von Qualität und Angebot von www.ch.ch gemäss einer neuen Vereinbarung mit dem Bund für die Jahre 2007-2010.
1	Die Parlamentsreform ist umgesetzt.	Die neue Kantonsratsgesetzgebung konnte plangemäss auf die neue Amtsdauer umgesetzt werden. An einer Ausbildungstagung wurde der Kantonsrat mit den Neuerungen der Parlamentsreform für die künftige Praxis vertraut gemacht.
	Die Qualität der Kanzleidienstleistungen ist gesichert.	Die ersten Schritte zur Einführung eines Prozess- und Qualitätsmanagements sind erfolgt. Die Abläufe der KR- und RR-Geschäfte sind dokumentiert und bemustert.
	Die Landbuchbereinigung II ist abgeschlossen.	Das Bereinigungsgesetz II wurde vom Regierungsrat am 21. November 2006 zuhänden des Kantonsrats verabschiedet, die Ausführungsbestimmungen über die Bereinigung des Verordnungsrechts des Regierungsrats wurden vom Regierungsrat in erster Lesung verabschiedet.

	Die Sicherung von Archivgut/Kulturgütern ist überprüft.	Die Überprüfung wurde im Rahmen einer Arbeitsgruppe eingeleitet, deren Vorschlag eines dezentralen Kulturgüterschutzraumkonzepts vom Regierungsrat zugestimmt (RRB vom 19. September 2006). Als kurzfristige Massnahmen werden sicherheitstechnische Massnahmen für das Verwaltungsarchiv sowie ein Einsatzplan für das renovierte Rathaus an die Hand genommen.
	Die ersten Massnahmenvorschläge des Audits zur Weiterentwicklung der Finanzkontrolle sind umgesetzt.	Infolge des Leiterwechsels hatte die Einarbeitung Priorität und die Umsetzung der Vorschläge zur Weiterentwicklung mussten auf das folgende Jahr zurückgestellt werden.

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2006	Stand der Erfüllung
Gesetz über die Bereinigung der amtlichen Gesetzessammlung (Bereinigungs-gesetz II)	Botschaft und Entwurf sind zuhanden des Kantonsrats verabschiedet.

Aussagen zu Querschnittsfragen

Folgemassnahmen 2006 zur Hochwasserkatastrophe

Kantonsrat, Regierungsrat und Staatskanzlei waren von den Folgen der Hochwasserkatastrophe 2005 nach wie vor durch die Nichtverfügbarkeit des Rathauses stark betroffen. Die Sitzungen mussten in provisorische Räumlichkeiten verlegt werden, was einen erheblichen betrieblichen Einrichtungs- und zusätzlichen Kommunikationsaufwand erforderte. Die Dienstleistungen der Staatskanzlei konnten dank der elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten und geeigneter Ausweichräume trotzdem erbracht werden. Für die Dienstleistungen am Schalter wirkte sich der dezentrale Standort aber nachteilig aus, was sich nicht zuletzt auch zusätzlich auf den Inserateumsatz beim Amtsblatt auswirkte.

Die von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Archivbestände wurden gefriergetrocknet und konnten Ende Oktober zum grössten Teil in befriedigendem Zustand wieder ins Staatsarchiv zurückgeführt werden. Die älteren Bestände, welche im Zwischenarchiv im Rathaus eingelagert waren, wurden ins Verwaltungsarchiv im Verwaltungsgebäude Hostett überführt.

Interkantonale Zusammenarbeit

Der Kanton kann mittelbar aus der interkantonalen Zusammenarbeit im Rahmen der Zentralschweizer sowie der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz Nutzen zie-

hen. Schwerpunktthemen waren die vorbereitende Unterstützung der Zentralschweizer Regierungskonferenz sowie auf schweizerischer Ebene Koordinationsaufgaben im Bereich von E-Government.

Bei der Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden standen die gemeinsame Weiterentwicklung des Internet- und Intranetauftritts und der Geschäftsverwaltung Konsul im Vordergrund.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Zusammen mit den Gemeindekanzleien konnte insbesondere die Durchführung der Gesamterneuerungswahlen für Regierungsrat und Kantonsrat für die Amtsdauer 2006 bis 2010 gewährleistet werden.

14 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei wirkt als Stabsstelle des Regierungsrats und Kantonsrats, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungscoordination. Sie erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

140 Kanzleistab

Zielerreichung

	Abteilungsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
	Die Sanierung und der Umbau des Rathauses erfüllen die funktionalen Anforderungen der Behörden und Staatskanzlei.	Mit der Krediterteilung für die Sanierung und den Umbau des Rathauses durch den Kantonsrat im März 2006 wurde in der Projektorganisation die Ausführungsplanung freigegeben und umgesetzt, so dass mit den Arbeiten Mitte Jahr begonnen werden konnte. Den funktionalen Anforderungen wird im Rahmen der finanziellen Ressourcen sowie der architektonischen und denkmalpflegerischen Ansprüche bestmöglich Rechnung getragen.
2	Der kantonale Internetauftritt ist gemäss der e-Gov-Strategie weiterentwickelt.	Der neue Internetauftritt wurde Anfang Februar 2006 online geschaltet und im Angebot laufend weiterentwickelt. Die Benutzerfreundlichkeit wurde mit einem Content-Management-System (CMS) verbessert und erlaubt einen mehrfachen Zugang über einen Suchbegriff, die Lebensbereiche sowie die Verwaltungs- bzw. Dienstleistungsstruktur.
	Die Behördenanlässe sind als Kantonsmarketing präsentiert	Als Behördenanlässe konnten im Sinne des Kantonsmarketings u.a. erfolgreich durchgeführt werden: Militärempfang Obwalden/Nidwalden, Empfänge des Präsidiums des Grossen Rates des Kantons Bern, des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt und des Regierungsrats des Kantons Nidwalden.

Information und Internet

Medien

Die Medien, die Gemeindekanzleien, die Mitglieder des Kantonsrats, die Obwaldner Vertreter im eidgenössischen Parlament und die Departementssekretariate wurden von der Staatskanzlei mit 81 Medienmitteilungen auf 209 Seiten zu den Geschäften des Regierungsrats bedient. Weiter wurden fünf bzw. vier Mitteilungen über Belange des Kantonsrats und der Staatskanzlei verbreitet. Hinzu kommen fünf gemeinsame Mitteilungen der Regierungsräte von Obwalden und Nidwalden zu Ergebnissen der Zusammenarbeit. Auch sorgte die Staatskanzlei für die elektronische Verbreitung zahlreicher Medienmitteilungen der Departemente. Die Medienpräsenz des Kantons in den lokalen, regionalen und überregionalen Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen war – berücksichtigt man die Grösse unseres Staatswesens – sehr hoch. Diese Tatsache weist auf ein offenes, sachliches, häufiges und kontinuierliches Kommunikationsverhalten der Behörden und Amtsstellen hin sowie auf die gelebte Erkenntnis, dass mit den Medienschaffenden als Partner zusammengearbeitet wird.

Internet

Anfang Februar erfolgte die Onlineschaltung des neuen, CMS-gestützten kantonalen Internetauftritts. Das Content Management System (CMS) mit der entsprechenden Lizenz wurde gemeinsam mit dem Kanton Nidwalden beschafft und zusammen mit der Firma Innovative Web AG (i-web) und dem Informatikleistungszentrum Obwalden/Nidwalden (ILZ) den Anforderungen eines Kantonsauftritts mit Behörden-, Gerichts- und Verwaltungsteil angepasst, um so gegenüber dem alten Auftritt eine wesentlich grössere Benutzerfreundlichkeit zu erreichen und ein bedeutend erweitertes Onlineangebot bereitzustellen. Benutzerinnen und Benutzer können nun unabhängig von genauer Kenntnis der Verwaltungs- und Behördenstrukturen dank einer leistungsfähigen Suchmaschine zahlreiche Informationen und Dienstleistungen abrufen und sich ein umfassendes Bild über die Behördentätigkeit machen.

Nach der Überführung des vorherigen Webinhalts in den neuen Auftritt und den erfolgten Erweiterungen und Anpassungen wurde das Angebot im Laufe des Jahres ausgebaut und verbessert. Die laufenden Arbeiten werden dezentral ausgeführt, das heisst, die Departemente und die Gerichte sind für die Informationen und Online-dienste in ihrem Bereich selbst verantwortlich, während die Gesamtkoordination und der Behördenteil vom Internetbeauftragten der Staatskanzlei betreut wird. Dieser sorgt auch für die konsequente Umsetzung der strategischen und gestalterischen Vorgaben, welche für alle gelten, und betreut die Webmasterinnen und Webmaster der Departemente und Ämter. Diese trafen sich nach der Onlineschaltung an drei Meetings zum Erfahrungsaustausch und zur Optimierung des elektronischen Angebots.

Die Webstatistik zeigt folgendes Bild:

2006	Zugriffe (Hits)	Besuche (Visits)	Seitenansicht (Pviews)
Februar	1 897 927	60 213	374 180
März	3 899 412	93 733	1 079 756
Juni	2 181 202	88 153	722 510

September	2 270 846	43 564	711 079
November	2 667 955	39 926	1 014 626

Die Statistik zeigt Rekordwerte für den Monat März 2006, in dem insbesondere die Informationen über die Gesamterneuerungswahlen nachgefragt wurden. Ersichtlich ist auch die Abnahme des Neuigkeitswerts des propagierten neuen Internetauftritts. In der Statistik wird nicht zwischen internen und externen Abfragen unterschieden.

E-Government

Der Kanton unterstützt das Anliegen der E-Government-Strategie Schweiz, die Verwaltungstätigkeit dank des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) so bürgernah, effizient und so wirtschaftlich wie möglich zu gestalten. Wert wird auf die Anwendung der Standards des e-CH-Vereins sowie auf eine nach den kantonalen Bedürfnissen und Ressourcen angepasste Umsetzung gelegt. In der Folge wurde eine neue Vereinbarung mit dem Bund über das Schweizer Portal www.ch.ch für die Jahre 2007 bis 2010 unterzeichnet. Dieses ermöglicht als Informationsplattform Bürgerinnen und Bürgern wie Unternehmen einen einfachen elektronischen Zugriff auf alle Verwaltungsstellen der Schweiz.

Empfänge

Am 18. Januar empfing der Regierungsrat den italienischen Generalkonsul Giovanni Maria Veltroni. Der Höflichkeitsbesuch diente der Pflege und dem Ausdruck der guten Beziehungen zu unserem südlichen Nachbarn.

Am 27. Januar stattete das Präsidium und Büro des Grossen Rates des Kantons Bern dem Kanton Obwalden einen Besuch ab. Nach dem Besuch der Kantonsrats-sitzung besichtigten die Gäste den Archivturm, liessen sich über die Hochwasserschäden der Grossen Melchaa in Sarnen, des Dorfbaches in Sachseln und der Kleinen Melchaa in Giswil orientieren und besuchten das Brünig Indoor in Lungern, wo ihnen die Gasser Felstechnik AG und der Übungstunnel für Ereignisdienste vorgestellt wurden.

Am 23. Februar besuchte der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt den Kanton Obwalden. Nach dem Empfang auf dem Landenberg und der Besichtigung des Archivturms besuchten die Gäste das Brünig Indoor in Lungern, besichtigten auf der Rückfahrt die Bio Familia AG in Sachseln und wurden über die Hochwasserschäden informiert.

Am 18. Mai empfing der Regierungsrat Bundesrat Christoph Blocher in Engelberg anlässlich einer Tagung der Schweizerischen Kriminalistischen Gesellschaft im Kloster. Gesprächspunkte waren vor allem die Finanzen und die Steuerstrategie, die Bewältigung der Folgen der Hochwasserkatastrophe 2005 und der Vollzug von Asylgesetzgebung und Bürgerrechtsgesetzgebung.

Am 5. September fand die traditionelle Zusammenkunft des Obwaldner und Nidwaldner Regierungsrats in Sachseln – Flüeli-Ranft statt. Gemeinsam besichtigten die Regierungen die Sonderschule Rütimattli.

142 Kanzleisekretariat für Kantonsrat und Regierungsrat

Abteilungsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
Die Qualität der Kanzleidienstleistungen ist weiterentwickelt. Dokumentenverwaltung sowie Abläufe sind strukturiert.	Die ersten Schritte zur Einführung eines Prozess- und Qualitätsmanagements sind erfolgt. Die Abläufe der KR- und RR-Geschäfte sind dokumentiert und bemustert.
Die Parlamentsreform ist unterstützt, die Dokumentenverwaltung des Kantonsrats im Geschäftsverwaltungsprogramm Konsul integriert.	Administrativ wurde die Parlamentsreform optimal begleitet. Die Bearbeitung der Kantonsratsgeschäfte erfolgt mit Konsul.
Das Amtsblatt- und Passbüro ist im Projekt KORE/NOW als Test-Amtsstelle weiterentwickelt,	Für das Amtsblatt- und Passbüro wird eine Kostenträgerrechnung geführt. Die Auswertungen bildeten eine Grundlage für die Einführung des neuen Farbkonzeptes für das Amtsblatt.
Das Dienstleistungsangebot im Web-auftritt ist ausgebaut.	Neu können Inserate für das Amtsblatt online aufgegeben werden.
Das Protokollierungssystem Verbalix kann für Kommissionssitzungen eingesetzt werden.	Verbalix wurde für grössere Projekte eingesetzt (z.B. Kommission Richtplanung, Rathausumbau).

Sekretariat Kantonsrat

Die Staatskanzlei unterstützte die Vorbereitung und Durchführung von neun (Vorjahr acht) Plenarsitzungen im Amtsjahr 2005/2006, an welchen 105 Geschäfte behandelt worden sind und betreute das Kantonsratsbüro bzw. neu die erweiterte Ratsleitung (siehe unter Bericht zum Kantonsrat).

Die Protokollverarbeitung zeigt folgendes Bild:

<i>Kantonsratsprotokoll</i>	<i>2000/2001</i>	<i>2004/2005</i>	<i>2005/2006</i>
Seitenzahl	318	383	348

Das genehmigte Kantonsratsprotokoll und die Beratungsgrundlagen sind im Internet einsehbar (www.ow.ch > Kantonsratssitzungen).

Sekretariat Regierungsrat

Der Regierungsrat behandelte 2005/06 an 44 Sitzungen 655 Geschäfte, davon unter anderen 25 (Vorjahr 16) Vernehmlassungen zur Bundesgesetzgebung, 32 (40) all-gemeinverbindliche Regierungsratsbeschlüsse beziehungsweise Ausführungsbestimmungen, 16 (17) Abschlüsse beziehungsweise Änderungen von interkantonalen Vereinbarungen, 10 (11) Wahl- und Anstellungsgeschäfte und 49 (54) Beschwerdeentscheide.

Die Protokollverarbeitung zeigt folgendes Bild:

<i>Regierungsratsprotokoll</i>	<i>2000/2001</i>	<i>2004/2005</i>	<i>2005/2006</i>
Anzahl Geschäftsnummern	672	683	655
Seitenzahl gesamthaft	1753	2006	1950

1422 Amtsblatt und Passbüro

Amtsblatt

Der Inseratemarkt im Kanton ist auf viele Medien-, Informations- und andere Druck-erzeugnisse stark aufgesplittert. Das bekam auch das Amtsblatt in seinem Inserate-teil zu spüren. Das Inseratenvolumen ging um rund 6.67 % zurück. Um die Attraktivität des Amtsblatts zu steigern wurde ein neues Farbkonzept mit marktkonformen Ta-rifen eingeführt.

Die Statistik des Amtsblatts zeigt folgendes Bild:

Jahr	<i>Beglaubigte Auflage</i>	<i>Amtlicher Teil</i>	<i>Private</i>	<i>Anzeigen</i>	<i>davon Publicitas</i>
	<i>Exemplare</i>	<i>Seitenzahl</i>	<i>Seitenzahl</i>	<i>Inseratezahl</i>	<i>Inseratezahl</i>
2001	8818	1504	2070	5811	1795
2005	8453	1608	1313	3573	905
2006	8264	1960	1232	3051	949

Passbüro

Der Stichtag für die Einführung des biometrischen Passes wurde von den USA auf den 26. Oktober 2006 hinausgeschoben. Das brachte einen sehr hohen Nachfra-geschub für das Passbüro auf diesen Termin hin.

Mit einem Pass Modell 2003, dessen Ausstelldatum vor dem 26. Oktober 2006 liegt, ist weiterhin eine visumsfreie Reise in und durch die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) möglich.

Ab diesem Stichtag wird für die visumsfreie Reise in und durch die USA ein Pass mit elektronisch gespeicherten biometrischen Daten benötigt.

Die Statistik zeigt wegen der Umstellung eine ausserordentliche Zunahme der Aus-weisgesuche im 2006:

Altes Verfahren	<i>Pässe</i>	<i>Verlängerungen</i>	
2001	865	1884	
Neuregelung	<i>Pass 2003 maschinenlesbar</i>	<i>Pass2006 Biometrie</i>	<i>Identitätskarten 2003</i>
2005	3224	–	4030
2006	3785	6	4655

16 Rechtsdienst

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist zuständig für die kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und Führung der Gesetzesdatenbank.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
	Die Gesamterneuerungswahlen 2006 für Kantonsrat und Regierungsrat sind durchgeführt.	Die Gesamterneuerungswahlen für Kantonsrat und Regierungsrat wurden am 12. März 2006 durchgeführt. Erstmals stand das elektronische Wahlsystem der SESAM AG auch für das Auszählen von Majorzwahlen zur Verfügung. Es gelangte allerdings nicht zum Einsatz, da der Regierungsrat in stiller Wahl gewählt wurde. Das System bewährte sich aber wiederum bei der Gesamterneuerungswahl des Kantonsrats.
	Die Gesetzgebung gemäss dem verfeinerten Gesetzgebungsprogramm 2006 ist gesetzestechnisch (formal und materiell) unterstützt.	Die Begleitung der Gesetzgebung bzw. das Mitwirken am Gesetzgebungsprozess ist eine Hauptaufgabe; die Zielsetzung wurde erreicht.
	Die interkantonale Zusammenarbeit ist im Rahmen der gesetzgeberischen Vorbereitung aktiv unterstützt.	Auch diese Zielsetzung wurde erreicht. Im Vordergrund stand die Mitwirkung bei der Revision und Vereinheitlichung der Strassenverkehrs- und Schifffahrtsgesetzgebung der Kantone Obwalden und Nidwalden.
	Die Landbuchbereinigung II ist abgeschlossen.	Das Bereinigungsgesetz II wurde vom Regierungsrat am 21. November 2006 zuhanden des Kantonsrats verabschiedet, die Ausführungsbestimmungen über die Bereinigung des Verordnungsrechts des Regierungsrats wurden vom Regierungsrat in erster Lesung verabschiedet.
	Ein Gesetzgebungs-Grundkurs erhöht die Qualität der Ausarbeitung kantonalen Erlasse.	25 Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung nahmen am ersten Kurstag vom 29. November 2006 teil (zweiter Kurstag am 24. Januar 2007). Der in Zusammenarbeit mit PD Dr. August Mächler, Vorsteher Rechts- und Beschwerdedienst des Justizdeparte-

	ments des Kantons Schwyz, organisierte Pilotkurs fand guten Anklang.
--	--

Rechtsberatung

In der Berichtsperiode fielen 135 (2005: 150) Geschäfte an, die sich auf folgende Bereiche verteilen:

	2001	2005	2006
Rechtsmittelentscheide, Vernehmlassungen, Genehmigung kommunaler Erlasse	53	62	48
Erlasse, Vereinbarungen	23	28	35
Mitwirkung bei Kantonsratsgeschäften	3	2	0
Allgemeine Rechtsberatung	58	58	50
Prozesse	2	0	2
<i>Insgesamt</i>	<i>139</i>	<i>150</i>	<i>135</i>

Wahlen und Abstimmungen

Gesamterneuerungswahl des Regierungsrats

Da für den Regierungsrat nur so viele Kandidatinnen und Kandidaten gemeldet wurden wie Sitze zu vergeben sind, hat der Regierungsrat diese am 31. Januar 2006 als in stiller Wahl gewählt erklärt. Es sind dies:

Hofer Hans, 1944, Sekundarlehrer, Sarnen, CSP (bisher),
 Matter Hans, 1944, Bankkaufmann, Alpnach, CSP (bisher),
 Wallimann Hans, 1953, Agro-Ing. HTL, Giswil, CVP (bisher),
 Bleiker Niklaus, 1953, Bankleiter, Alpnach, CVP (bisher),
 Gasser Pfulg Esther, 1968, Betriebsökonomin HWV, Lungern, FDP (neu).

Gesamterneuerungswahl des Kantonsrats

Bei der Gesamterneuerungswahl des Kantonsrats vom 12. März 2006 betrug die Wahlbeteiligung 41,54 Prozent (Vorperiode 2002: 58,63 Prozent). Der Frauenanteil beträgt 15 Mitglieder oder 27,2 Prozent (Vorperiode 17 oder 30,9 Prozent). Über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen gibt die nachfolgende Aufstellung Auskunft:

Geschlecht Altersgruppen		Männer			Frauen			Insgesamt		
Alter	Jahrgang	Stimmbe- rechtigte	Stimmen- de	%	Stimmbe- rechtigte	Stimmen- de	%	Stimmbe- rechtigte	Stimmen- de	%
18 - 24	1988 - 82	1 235	377	30.53	1 205	366	30.37	2 440	743	30.45
25 - 29	1981 - 77	918	231	25.16	852	204	23.94	1 770	435	24.58
30 - 39	1976 - 67	2 020	650	32.18	1 917	644	33.59	3 937	1 294	32.87
40 - 49	1966 - 57	2 412	1 051	43.57	2 367	1 023	43.22	4 779	2 074	43.40
50 - 59	1956 - 47	1 962	1 005	51.22	1 855	885	47.71	3 817	1 890	49.52
60 - 69	1946 - 37	1 469	858	58.41	1 413	743	52.58	2 882	1 601	55.55
70 und ältere	1936 und ältere	1 451	782	53.89	2 027	778	38.38	3 478	1 560	44.85
Insgesamt		11 467	4 954	43.20	11 636	4 643	39.90	23 103	9 597	41.54

In der Amtsdauer 2002 bis 2006 setzt sich der Kantonsrat nach Fraktionen neu wie folgt zusammen:

Fraktionen	Mitglieder	Veränderung gegenüber 2002
Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)	23	+ 2
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	10	- 1
Christlichsoziale Partei (CSP)	10	+ 2
Sozialdemokratische Partei (SP)	6	- 2
Schweizerische Volkspartei (SVP)	6	- 1
<i>Insgesamt</i>	<i>55</i>	

Die technische Abwicklung der Gesamterneuerungswahl in Zusammenarbeit mit den Gemeinden lief reibungslos. Um 12.37 Uhr lag bereits das Ergebnis der Gemeinde Giswil vor. Es folgten Engelberg um 13.08 Uhr, Lungern 13.09 Uhr, Kerns 13.12 Uhr, Sachseln 13.27 Uhr, Alpnach 13.42 Uhr und Sarnen 16.09 Uhr. Der Einsatzstandort Verwaltungsgebäude – anstelle des Rathauses – bewährte sich ebenfalls.

Das Ergebnis der Gesamterneuerungswahl des Kantonsrats wurde auf vergleichbarer Grundlage mit den Vorperioden statistisch ausgewertet. Das auch im Internet zugängliche Zahlenmaterial (www.ow.ch → *Abstimmungen und Wahlen (12. März 2006)*) erlaubt den politischen Parteien und interessierten Wählerinnen und Wählern weitere Aufschlüsse über das Wahlverhalten.

Abstimmungen

Im Berichtsjahr sind folgende Urnenabstimmungen mit den nachstehenden Ergebnissen durchgeführt worden:

<i>Eidgenössische Volksabstimmungen</i>		JA	NEIN	Stimme- teiligung in %
21.05.06	Bundesbeschluss über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung	5 670	1 083	30
24.09.06	Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“	2 705	8 081	47
24.09.06	Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer	8 252	2 551	47
24.09.06	Änderung des Asylgesetzes (AsylG)	8 320	2 495	47
26.11.06	Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	4 525	5 925	46
26.11.06	Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz)	6 355	4 144	46
<i>Kantonale Volksabstimmung</i>				
21.05.06	Nachtrag zur Kantonsverfassung (Neuregelung der Obwaldner Kantonalbank)	5 153	1 383	30
21.05.06	Bildungsgesetz	5 485	1 259	30
21.05.06	Nachtrag zum Gesetz über den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts (Bürgerrechtsgesetz)	4 180	2 391	30

Briefliche Stimmabgabe

Der Trend zur brieflichen Stimmabgabe stieg kontinuierlich von 38 Prozent im Jahr 1996 auf 95 Prozent im Jahr 2006. Seit 2004 bewegt sich der Anteil der brieflich Stimmenden je nach Abstimmung zwischen 90 und 95 Prozent. Die Gemeinden konnten die Öffnungszeiten der Stimmurnen auf den Abstimmungssonntag reduzieren.

Entwicklung der brieflichen Stimmabgabe 1996 bis 2006

Urnenabstimmung vom	Eidgenössische 10. März 1996		Eidgenössische 18. April 1999		Eidgenössische 3. März 2002		Eidgenössische 21. Mai 2006	
	Stimmende	brieflich %	Stimmende	brieflich %	Stimmende	brieflich %	Stimmende	brieflich %
Gemeinde								
Sarnen	1 486	45	3 029	64	4 250	85	2 320	96
Kerns	850	32	1 762	67	2 573	76	934	92
Sachseln	912	27	1 346	62	1 994	83	810	96
Alpnach	1 172	36	1 514	51	2 209	80	1 180	92
Giswil	630	30	1 094	56	1 522	83	582	91
Lungern	377	36	748	50	1 019	95	459	92
Engelberg	539	60	1 027	66	1 471	84	666	94
Kanton	5 966 28 %	38	10 520 48 %	61	15 038 66 %	83	6 951 30 %	95

Initiativbegehren

Mit Schreiben vom 21. November 2006 reichte die „Aktion pro Kantonsspital Obwalden“ (Unterzeichnende: Jürgen Mayer, Sachseln, Dr. Hans Hess, Sarnen, Bruno Krummenacher, Sarnen, Ali Stöckli, Sarnen, Walter Ettlin, Kerns, Hans Geser, Ramersberg, und Erwin Odermatt, Kerns) eine Volksmotion ein, welche eine Änderung von Art. 16 des Gesundheitsgesetzes verlangt. Nach Art. 61 Abs. 2 der Kantonsverfassung kommt eine Volksmotion zu Stande, wenn ein Stimmberechtigter oder ein Gemeinderat den Erlass, die Aufhebung oder die Änderung eines Gesetzes oder eines der fakultativen Abstimmung unterstehenden Finanzbeschlusses verlangt und das Begehren vom Kantonsrat unterstützt wird.

Am 15. Dezember 2006 überprüfte die Staatskanzlei eine von der gleichen „Aktion pro Kantonsspital Obwalden“ eingereichte Unterschriftenliste zur Initiative zur Änderung von Art. 16 des Gesundheitsgesetzes mit dem gleichen Wortlaut wie die Volksmotion. Sie stellte fest, dass die Liste den gesetzlichen Erfordernissen des Abstimmungsgesetzes entspricht.

Kein Referendumsbegehren

In der Berichtsperiode sind keine Referendumsbegehren eingegangen.

Gesetzesdatenbank

Die elektronische Gesetzesdatenbank (GDB) enthält alle in Kraft stehenden kantonalen Erlasse und Vereinbarungen gemäss den Vorschriften des Publikationsgesetzes. Sie wird nach Möglichkeit tagesaktuell nachgeführt. Im Jahr 2006 ergaben sich folgende Änderungen:

	2004	2005	2006
Aufnahme neuer Erlasse	47	38	49
Änderungen geltender Erlasse	44	70	76
Entfernung aufgehobener Erlasse	21	18	44

Sämtliche aktuellen Erlasse sind über das Internet oder bei der Staatskanzlei als Sonderdrucke erhältlich.

Beglaubigungen

Für die dem sogenannten Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 beigetretenen Staaten gelten vereinfachte Vorschriften für Beglaubigungen von Urkunden im internationalen Verkehr. Es genügt eine „Apostille“, worin die Staatskanzlei die Zuständigkeit der Urkundsperson bestätigt. Die übrigen amtlichen Beglaubigungen erfolgen gestützt auf das kantonale Beurkundungsgesetz. Die Zahl der Apostillen zeigt, in wie vielen Fällen Urkunden für den privaten oder geschäftlichen Gebrauch in Apostillen-Ländern beglaubigt worden sind.

Bei der Staatskanzlei wurde folgende Anzahl Schriftstücke beglaubigt beziehungsweise mit einer anerkannten Apostille versehen:

	2001	2005	2006
Beglaubigungen (Unterschriften, Kopien usw.)	67	43	24
Apostillen	<u>121</u>	<u>147</u>	<u>184</u>
Insgesamt	188	190	208

17 Staatsarchiv

Das Staatsarchiv übernimmt, sichert, erschliesst und vermittelt das konventionelle und elektronisch erstellte archivistische Kulturgut des Kantons. Im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips und der Archivverordnung sind die Bestände den Behörden, der Verwaltung, der Forschung und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum bekannt.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
	Massnahmen zur Sicherung von Kulturgütern und Archiven sind überprüft.	Eine Arbeitsgruppe hat Massnahmen – eingeschlossen für Archive – geprüft und ein räumlich dezentrales Konzept für Kulturgüter und Archive vorgeschlagen. Eine weitere Arbeitsgruppe ist mit der Umsetzung nach Risikoprioritäten betraut.
	Mögliche Standorte für den Erweiterungsbedarfs des Archivs sind gewertet.	Eine Arbeitsgruppe hat zwei Standorte evaluiert: Zeughausbau und Neubau hinter dem Rathaus.
	Die archivistische Erschliessung wird als zentrale Aufgabe wahrgenommen.	Es wurden wiederum dringende Ablieferungen der Departemente und Amtsstellen entgegengenommen und inventarisiert.
	Die Übernahme digitaler Daten in scope Archiv und Bibliotheksprogramm wird weitergeführt.	Die Datenbank wurde weitergeführt, die Bestände des Archivstandorts Rathaus miteinbezogen.
	Gefriertrocknung und Papierrestaurierung der durch das Hochwasser 2005 beschädigten Nachlässe sind eingeleitet.	Die behandelten Nachlässe wurden im Oktober 2006 in gutem Zustand zurückgebracht. Voraussichtlich müssen nur vereinzelte Dokumente restauriert werden. Die Archivbestände des Rathauses wurden ins Verwaltungsarchiv verlegt.
	Die Sammlung der Familienwappen ist im Internet veröffentlicht.	Die technische Umsetzung ist vorbereitet. Sobald die urheberrechtlichen Fragen abschliessend geregelt sind, kann die Publikation im Internet erfolgen.

Aufbewahrungspflicht und sicherer Archivstandort

Archive stellten ursprünglich nichts anderes dar als die Fortsetzung der Kanzlei: Urkunden und Akten, welche für die laufende Tätigkeit nicht mehr benötigt wurden, gelangten in separate Räume, bei uns in den Archivturm, und wurden dort sicher und geordnet aufbewahrt. Diese archivierten Schriften dienten dem Staat, Rechtsansprüche geltend zu machen. Sie wurden deshalb dauernd aufbewahrt. In Obwalden musste der Landschreiber an der Landsgemeinde schwören, „das Cantzley Insigel,

die Protokoll und ihnen anvertraute Schriften wohl zu verwahren“. In diesem Eid kommt zum Ausdruck, das es zu einer richtigen Demokratie gehört, dass staatliches Handeln nachvollzogen werden kann. Staatliches Handeln kann nur dann umfassend nachvollzogen werden, wenn die Unterlagen, in denen es sich widerspiegelt, greifbar bleiben, das heisst auf Dauer aufbewahrt, erschlossen und zugänglich gemacht werden. Insofern sind Archive Garanten der Demokratie und des Rechtsstaates.

Archive müssen deshalb auch besonders geschützt werden. Die Erfahrungen der Hochwasserkatastrophe 2005 haben dies wieder drastisch gezeigt. Das Staatsarchiv wirkte in der vom Regierungsrat eingesetzten Arbeitsgruppe „Sicherung der Kulturgüter und Archive“ mit. Ihr Bericht vom 10. August 2006 wurde vom Regierungsrat entgegengenommen, der das vorgeschlagene dezentrale Konzept für Kulturgüterschutzräume und Archive und dessen Umsetzung bei künftigen Bauvorhaben guthiess. Er veranlasste auch die aus Archivsicht vordringliche detaillierte Beurteilung der Hochwasser-, Erdbeben- und Brandsicherheit der Untergeschosse des Verwaltungsbäudes in der Hostett, in denen derzeit alle wichtigen unikalen Akten der Zeit von 1850 bis 1980 aufbewahrt werden.

Für einen geplanten Archivbau wurde im Februar 2006 auch eine Evaluation betreffend möglicher Standorte eines Archivs gemacht. Als alternative Standorte wurden von einer Arbeitsgruppe des Staatsarchivs und der Hochbauabteilung unter Beizug eines Archivbauexperten und eines Architekten das neue Zeughaus und ein Neubau hinter dem Rathaus (vgl. Machbarkeitsstudie Zentrumsüberbauung Sarnen) grob geprüft. Gegen ein Archiv im Zeughausareal spricht die dezentrale Lage und die Überschwemmungsgefahr der Melchaa, für einen Bau hinter dem Rathaus spräche neben der Nähe zum Rathaus auch die Tatsache, dass die Hochwassergefahr bewältigt werden kann, wenn „die Möglichkeit eines Hochwassers bis zwei Meter über der bisherigen Hochwassermarken beim Bau berücksichtigt wird“ (Protokoll vom 23. Februar 2006).

Restaurierung hochwasserbeschädigter Nachlässe

Die beim Hochwasser 2005 im Archiv der Kantonsschule betroffenen Nachlässe von Pfarrer Josef Ignaz von Ah („Weltüberblicker“), Pfarrer Ming, der Schriftstellerin Margaretha Haas u.a. wurden in Seftigen (docusave) gefriergetrocknet und am 23. Oktober 2007 ins Archiv zurückgebracht. Der Zustand dieser Archivalien ist erstaunlich gut, so dass voraussichtlich nur vereinzelte Aktenstücke und Bücher restauriert werden müssen. Wieder einmal mehr hat sich gezeigt, dass rasches Handeln vor grösseren Schäden oder gar Vernichtung verschont.

Dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen – Pilotprojekt

Digitale Daten sind flüchtig. Will man sie dauerhaft erhalten, sind ständige, grosse Anstrengungen notwendig. Bei der periodischen Datenmigration aus einem Dateiformat in ein anderes muss die Authentizität (Identität und Integrität) der Daten unbedingt gewahrt bleiben. Administrativ- technische und Erschliessungs-Metadaten sowie Dokumentationen sind dabei für das gesicherte Verständnis der Daten über alle Migrationszyklen hinweg von entscheidender Bedeutung.

Um die drängende digitale Archivierung gezielt anzugehen, wurde 2005 vom Bund, 18 Kantonen und dem Fürstentum Liechtenstein mit einer Vereinbarung die KOST (Koordinationsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen) gegründet. Im Rahmen dieser Instanz wurde Ende 2005 das erste Pilotprojekt gestartet und Ende 2006 vorläufig abgeschlossen. Es ging darum, in drei Arbeitsgruppen (Me-

tadaten/Erschliessung, Bewertung/Übernahme und Authentizität/Aufbewahrung) alle wesentlichen Aspekte der digitalen Archivierung theoretisch aufzuarbeiten und für zwei kleinere praktische Projekte mit Daten des Handelsregisters von St. Gallen und der Gebäudeversicherung von Thurgau nutzbar zu machen. Bei allen Schwierigkeiten konnten erste brauchbare Ergebnisse erzielt werden (zwei Digitalisate wurden fachgerecht archiviert) und wertvolle Erfahrungen gesammelt werden.

Das Staatsarchiv arbeitete intensiv vor allem bei der Bereitstellung der theoretischen Grundlagen (Thematik Metadaten) und der Begleitung und Kritik des praktischen Archivierungsergebnisses mit.

18 Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich selbstständige und unabhängige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts und nach anerkannten Revisionsgrundsätzen. Sie unterstützt den Kantonsrat bei seiner Oberaufsicht und den Regierungsrat bei der Dienstaufsicht über die Verwaltung. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
	Prüfungsstrategie und -planung liegen vor.	Die Ausarbeitung wurde infolge des Leiterwechsels ins Jahr 2007 verschoben.
	Externe Ressourcen werden im Rahmen des Budgets beigezogen.	Ein Drittel des Budgets wurde für die Überbrückung beim Leiterwechsel eingesetzt. Es erfolgte kein weiterer Beizug von externen Ressourcen. Die Überbrückung ist auch durch grösseren Einsatz von internen Ressourcen gewährleistet worden.
	Die Qualität der Prüfungsdurchführung und Berichterstattung wird durch höhere Standardisierung verbessert.	Infolge des Leiterwechsel wird das Projekt zu einem späteren Zeitpunkt weiterverfolgt.
1	Die Parlamentsreform ist mit Bezug auf die GRPK ab Beginn des Amtsjahres 2006/07 umgesetzt.	Die Konstituierung der GRPK wurde beratend und unterstützend begleitet.

Prüfung der Staatsrechnung

Die Finanzkontrolle hat nach Artikel 52 der Finanzhaushaltverordnung in den Monaten März und April 2006 die Staatsrechnung 2005 geprüft. Gemäss Beurteilung der Finanzkontrolle entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnungen den Vorschriften der Finanzhaushaltverordnung. Ein Erläuterungsbericht über das Prüfungsergebnis liegt vor. Gemeinsam mit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission konnten die Jahresrechnungen 2005 ohne Einschränkungen zur Genehmigung empfohlen werden.

Prüfung bei Amtsstellen

Bei den Prüfungen bei Amtsstellen wurden keine Differenzen festgestellt, welche besondere Massnahmen erforderten. Empfehlungen wurden durch die Finanzkontrolle vornehmlich im organisatorischen Bereich abgegeben. Zu den durchgeführten Revisionen liegen erläuternde Berichte und Aktennotizen vor.

Prüfung bei Organisationen und Unternehmungen

Die Revisionen der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten Informatikleistungszentrum Obwalden-Nidwalden und Verkehrssicherheitszentrum Obwalden-Nidwalden erfolgten gemeinsam mit der Finanzkontrolle Nidwalden.

Zusätzlich hat die Finanzkontrolle folgende Jahresrechnungen geprüft: Regionalentwicklungsverband Sarneraatal, Kulturförderverein Kino Seefeld, Arbeitsstiftung Obwalden, OBWALD Volkskulturfest (OWV) und Stiftung BiNetON.

Aufsicht über Bau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen

Im Rahmen der Aufsicht über den Bau der Nationalstrassen leistete die Finanzkontrolle 336 Stunden. Dabei wurden schwergewichtig die Zahlungsanweisungen mit den dazugehörigen Rechnungen mitschreitend geprüft. Weitere Kontrollen bezogen sich auf die Betriebsabrechnung für den betrieblichen Unterhalt und die Jahresabrechnung der Bundesbeiträge für Leistungen der Schadenwehren. Die Jahresabrechnung der Personal- und Verwaltungskosten für den Bau und den betrieblichen Unterhalt wurde durch die Finanzkontrolle erstellt.

Sekretariat Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK)

Die Finanzkontrolle ist für die Führung des Sekretariates mit Protokollführung zuständig und steht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) beratend zur Seite. In der Berichtsperiode nahm die Finanzkontrolle insgesamt an 11 Plenarsitzungen der GRPK teil. Zusätzlich fand die Zusammenkunft mit der Aufsichtskommission Nidwalden am 11. April 2006 in Hergiswil statt.

Aufsicht über die Gemeindefinanzen

Einheitliche Rechnungsführung

Die Finanzkontrolle überwacht die einheitliche Rechnungsführung der Obwaldner Gemeinden gemäss Finanzausgleichsverordnung. Dabei wurde die Einhaltung der mit Beschluss vom Regierungsrat für verbindlich erklärten Artikel der Finanzhaushaltreglemente der Gemeinden überprüft. Es wurden keine grundlegenden Abweichungen festgestellt. Die Finanzstatistik 2005 der Einwohnergemeinden weist nebst einer Zusammenfassung der Gemeindefinanzen acht Kennzahlen aus.

Finanzlage der Obwaldner Gemeinden Ende 2005

Seit dem Jahr 2002, also seit vier Jahren in Folge, schliessen alle Gemeinden in der Laufenden Rechnung mit einem positiven Ergebnis ab. Die Gemeinden Kerns, Sachseln und Engelberg weisen aufgrund der Beurteilung der Finanzkontrolle eine gute Finanzlage auf. Per Ende 2005 betrug die Nettoverschuldung der Obwaldner Gemeinden insgesamt 107,7 Millionen Franken, was einer Zunahme von 1,0 Millionen Franken im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Stand der Nettoverschuldung pro Kopf in den Gemeinden Ende Jahr (in Fr.)

	2000	2004	2005
Sarnen	4638	2351	2220
Kerns	2997	2998	2951
Sachseln	2605	1064	2470
Alpnach	4748	3163	3123
Giswil	5018	4581	4178
Lungern	6575	5878	5259
Engelberg	7704	5461	5206

Als Ergebnis der Finanzanalyse wurde festgestellt, dass die Entwicklung in den Gemeinden Giswil und Lungern bezüglich deren Verschuldung und in der Gemeinde Lungern bezüglich des Bilanzfehlbetrags weiterhin zu beobachten ist. Massnahmen seitens des Regierungsrats oder Finanzdepartements waren aber nicht zu beantragen oder zu ergreifen.

4.2 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement (FD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2005	2006
Departementssekretariat	1.60	1.60
Personalamt	2.00	2.00
Finanzverwaltung	8.50	8.90
Kantonale Steuerverwaltung (inkl. Hauswartung 1.25)	38.02	38.36
Insgesamt	50.12	50.86

„Controlling meint nicht Kontrolle im herkömmlichen Sinn, sondern umschreibt den integralen Prozess der Informationserarbeitung und -verarbeitung zur Unterstützung der betrieblichen und politischen Steuerung.“

Landammann Hans Wallimann, Vorsteher des Finanzdepartements

Das Jahr 2006 in Zahlen

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 15 Lernende und 3 Praktikanten ausgebildet, nämlich 10 als Kaufleute, 4 als Betriebspraktiker/in und 1 als Küchenangestellte/r. Die 3 Praktikanten absolvieren ihr Praktikum als Kaufleute.

56 der 469 (359.57 Vollzeitstellen) Mitarbeitenden des Kantons feierten ein Arbeitsjubiläum: zwei das 40-jährige, je einer das 35- und 30-jährige, fünf das 25-jährige, achtzehn das 20-jährige, zehn das 15-jährige und neunzehn das 10-jährige.

Beim Staatspersonal liegt der Frauenanteil bei 38 Prozent, nämlich 180 Frauen auf insgesamt 469 Arbeitnehmende. Von diesen Frauen arbeiten 63 Prozent, d. h. 114 Mitarbeiterinnen, mit einem Pensum, das kleiner ist als 80 Prozent.

383 433 725 Franken hat die Finanzverwaltung während des Jahres in insgesamt 54 480 Zahlungen via Internet-Banking ausbezahlt.

156 142 963.90 betragen die fakturierten Steuerrechnungen für Kanton, Gemeinden sowie die römisch-katholischen und reformierten Kirchgemeinden.

18 366 Steuerrückzahlungen an Steuerpflichtige wurden ausgeführt.

9 703 Mahnungen wurden an Steuerpflichtige versandt.

811 Betreibungen gegenüber Steuerschuldern mussten eingeleitet werden.

93 Gesuche um Erlass der Kantons- und direkten Bundessteuern sind eingegangen.

Im Jahr 2006 wurden an 18 724 Personen rund 18.9 Millionen Franken an Prämienverbilligungen ausgerichtet, das sind über 55 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die umgesetzten Departementziele im Überblick (Controlling)

	<i>Jahresziele 2006</i>	Stand der Erfüllung
5	<p>Die ganzheitliche Personalpolitik ist integrierender Bestandteil der wirkungsorientierten Verwaltungsführung.</p> <p><i>Das kantonale Personalrecht ist nach den Vorgaben des Personalleitbilds und der Personalpolitik revidiert.</i></p>	<p>Rückstellung durch den RR (Herbst 05) wg. Hochwasserkatastrophe → Arbeiten Revision 2007 – geplante Inkraftsetzung auf 01. Januar 08</p>
6	<p>Die wirkungsorientierte Verwaltungsführung wird als dauernder Optimierungsprozess weiter entwickelt.</p> <p><i>Das Projekt NOW / operative Steuerung ist weiterentwickelt.</i></p> <p><i>Ein Wirkungsbericht zur Aufgabenteilung Kanton und Gemeinden ist erstellt.</i></p>	<p>In Kraft gesetzt: neue Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 / Vollzugsrichtlinie Controlling</p> <p>Produkte in Testeinheiten sind definiert, als nächstes wird die Leistungserfassung und anschliessend eine praxisgerechte KORE eingeführt.</p> <p>Keine Aktualität, weil zuerst die NFA-Umsetzung auf anfangs 2008 zu erfolgen hat; internes Umsetzungsprojekt NFA im Gang.</p>
7	<p>Die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik ist verbessert.</p> <p><i>Die Nachhaltigkeit der NFA im Kanton und in den Gemeinden ist vorbereitet (eingeleitet und organisiert).</i></p> <p><i>Die gesetzliche Verankerung einer Ausgabenbremse ist implementiert.</i></p>	<p>Umsetzungsprojekt NFA ist am Laufen; Mantelerlass ist vorbereitet und wird per Mitte 2007 verabschiedet.</p> <p>Das revidierte Finanzhaushaltsgesetz ist per 01. Januar 07 in Kraft gesetzt worden.</p>
7a	<p>Die Vergabe der Lotteriegelder erfolgt transparent und nach einheitlichen Kriterien.</p> <p><i>Die Interkantonale Vereinbarung (IKV) Lotterien und Wetten ist auf kantonaler Ebene umgesetzt.</i></p>	<p>Die Vereinbarung ist seit Mitte 2006 in Kraft; kantonale AB sind für das Jahr 2007 vorgesehen.</p>
8	<p>Die steuerliche Konkurrenzfähigkeit wird verbessert.</p> <p><i>Die Anpassung an die Bundessteuerreform (Ehepaar- und Familienbesteuerung, Unternehmensbesteuerung, weitere Steuerharmonisierungen) ist vollzogen.</i></p> <p><i>Die Steuerstrategie wird umgesetzt.</i></p>	<p>Da das Urteil des Bundesgerichts noch nicht vorhanden ist, wurde mit der sofortigen Umsetzung zugewartet; 2. Schritt Steuerstrategie ist auf Anfang 2009 geplant.</p> <p>Das Gesetz entfaltet seit 01. Januar 06 seine Wirkung. Richtplanrevision ist im Prozess (Stufe KR) und die Standort Organisation OW (iow) ist gemäss Leistungsauftrag in Funktion.</p>

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2006	Stand der Erfüllung
Totalrevision Schätzungs- und Grundpfandgesetz (GDB 213.7) und Verordnung (GDB 213.71) vom 26. Oktober 2006	Die neuen gesetzlichen Bestimmungen (Gesetz und Verordnung) sind seit dem 1. Januar 2007 in Kraft und entfalten ihre Wirkung.
Weisungen über die Errichtung und die Anmeldung von Schuldbriefen vom 5. Dezember 2006 (GDB 213.413)	Die Weisungen haben sich aufgedrängt aufgrund der neuen Rechtsgrundlagen (Aufhebung der Belastungsgrenze für Schuldbriefe) und sind zusammen mit dem Gesetz in Kraft getreten.
Teilrevision Kantonalbankgesetz (GDB 661.1) vom 27. Januar 2006	Das Gesetz wurde auf Mitte 2006 in Kraft gesetzt; im 2007 werden im Nachvollzug verschiedene AB erlassen (Bsp. Bestimmungen zur Wahl des Bankrates).
Nachtrag zur Gebührenordnung für die Rechtspflege (GDB 134.15) vom 30. November 2006	Die Gerichte arbeiten seit dem 15. Januar 2007 mit neuem Gebührenregime.
Nachtrag zur Personalverordnung (GDB 141.11) vom 5. Mai 2006	Der Nachtrag betreffend Überstundenregelung wurde per 01. Juli in Kraft gesetzt.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Personalpolitische Massnahmen

Am 11. Juli 2006 konnte der Regierungsrat die neue Personalpolitik des Kantons Obwalden in Kraft setzen. Diese personalpolitische Massnahme basiert auf der Überzeugung, dass Obwaldens Personalpolitik einer ganzheitlichen Sicht bedarf. Einerseits werden darin Werte aufgezeigt, die es zu erhalten und zu pflegen gilt, andererseits sind Ziele vorgezeichnet, deren Erreichung darüber entscheiden wird, ob es gelingt, das gegenseitige Vertrauen zwischen Arbeitnehmenden und Arbeitgeber zu stärken und die Kräfte eines funktionierenden Marktes, die zu mehr Effizienz und Effektivität führen, auch der öffentlichen Verwaltung zum Vorteil gereichen zu lassen.

Die neue Personalpolitik des Kantons zeigt allen Interessierten, in welche Richtung künftige Veränderungen gehen sollen. Mit der angestrebten ganzheitlichen Sicht lassen sich personalpolitische Einzelmassnahmen besser einordnen und beurteilen. Dies fördert Vertrauen in die zuständigen Stellen und ermöglicht aufbauende Entwicklung und Veränderung.

Neben dem Schwerpunkt Personalpolitik konnte noch ein weiteres Thema einem guten Ende zugeführt werden: Am 1. Juli 2006 ist der neue Artikel 15 der Personalverordnung in Kraft getreten. Das Ziel dieses Nachtrages bestand darin, die Regelung betreffend Überstunden für die Praxis klarer auszugestalten. Mit der neuen Regelung wird die Rechtssicherheit und nicht zuletzt auch die Glaubwürdigkeit des Kantons als Arbeitgeber gestärkt.

Interkantonale Zusammenarbeit

Das Finanzdepartement betreut organisatorisch drei Zusammenarbeitsbereiche, erstens das Informatikleistungszentrum Obwalden und Nidwalden, das Personalamt mit dem Personalleiter (für beide Kantone) sowie das Verkehrssicherheitszentrum (VSZ) im Sinne des Verwaltungsratsmandats des Departementvorstehers. Alle drei interkantonalen Zusammenarbeits-Projekte sind von ihrer Entstehungs- und Funktionsart her exemplarisch und funktionieren operativ einwandfrei.

Zusammenarbeit mit Gemeinden

Um die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich der Finanzen weiter zu verbessern bzw. auch um den guten Stand zu halten, werden die Gemeinde-Finanzchefs durch das Finanzdepartement in der Regel zu zwei Informationssitzungen pro Jahr eingeladen. Die letztjährigen beinhalteten folgende Schwerpunkte:

- Steuerstrategie des Regierungsrats – erste Erfahrungen;
- Gemeindefinanzen – Rechnungsabschluss 2005;
- Steuerentwicklung 2006 und Budgetierung 2007.

Die Treffen haben sich bewährt und werden auch in den kommenden Jahren weitergeführt. Die Themenwahl richtet sich jeweils an politischen Aktualitäten aus.

Weitere amtsübergreifende Departementaussagen

Definition der „Katastrophen-Klausel“ der Ausgabenbremse

Von der Ausgabenbremse ausgenommen bleiben gemäss Art. 26a Abs. 2 des Staatsverwaltungsgesetzes (GDB 130.1) bzw. Art. 4 Abs. 4 der Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11) Investitionen in der Laufenden Rechnung und/oder in der Investitionsrechnung, welche die dem Kanton verbleibenden Netto-Investitionen um ein Prozent des Volkseinkommens übersteigen.

Durch die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe 2005 wurde der Kanton ausserordentlich schwer getroffen, was sich finanziell für die Zukunft in massiv erhöhten Investitionsausgaben niederschlagen wird. Allein der Bereich Wasserbau weist heute für die Jahre 2007 bis 2012 Investitionen von 27,4 Millionen Franken aus. Als Projekte, die inskünftig als ausserordentliche Ereignisse im Sinne der Ausgabenbremse festgelegt werden, wurden namentlich bezeichnet:

Wasserbau

Sarnen	Sarneraa (HW05), Grosse Melchaa Chalcheren-See, Kernmattbach;
Kerns	Ächerlibach (HW05), Ächerlibach Rutsch (HW05);
Alpnach	Renaturierung Sarneraa, Giessenbach;
Giswil	Kleine Melchaa;
Engelberg	Dürrbach Melbach, Bärenbach, Fangtobel, Engelbergeraa Grafenort Obermatt, Engelbergeraa Aatobel, Engelbergeraa Talboden, Erlenbach, Chaltibach.

Forstwesen

Kerns	Foribach Teigg, Lochgraben/Türligraben;
Lungern	Sanierung Wichelsgraben, Schynberggraben;
Engelberg	Bach- und Hangverbau Mittelgrüss.

Waldwegebau

Alpnach Hurdweg;
Engelberg Fang- und Wandstrasse.

Alle Bereiche

SOMA (Sofortmassnahmen) für Unwetter 2005 in den Jahren 2005 bis 2007.

Im Sinne einer Konzentration auf das Wesentliche sollen dabei nur noch Projekte aufgenommen werden, bei denen der Kantonsbeitrag im einzelnen die Investitionshöhe von mindestens Fr. 100 000.– erreicht.

Betreffend der zeitlichen Dauer ist von heute aus davon auszugehen, dass die ausserordentlichen Projekte vorläufig bis zum Jahr 2012 als ausserordentliche Investitionen im Sinne der Ausgabenbremse aufgeführt werden. In diesem Zeitpunkt ist über die Weiterführung je nach Projekt bzw. Masterplan zu befinden.

20 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Der Departementssekretär ist einerseits Sekretär des Finanzdepartementes, andererseits aber ist er verantwortlich für das Projekt Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW). Das Departementssekretariat ist im Weiteren verantwortlich für das Lotteriewesen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
6	Projekte NOW / Operative Steuerung sind in Umsetzung.	Projekt NOW gem. Projektplan in Prozess; Amtsdauerplanung abgeschlossen → strategisches Controlling: Umsetzung ab 2007; Einführung Testeinheiten: Leistungsbemessung und TeilKORE im Gang → Installation und Umsetzung; Revision Personalrecht → geplante Inkraftsetzung auf 01. Januar 08; Strategisches Controlling: Einführung nach neuer Vollzugsrichtlinie.
7a	Umsetzung Neuorganisation gemäss IKV Lotterien und Wetten	Verzögerung wegen verspäteter Genehmigung durch andere Kantone → AB Vergabe Lotteriegelder im 2007

Revision Steuergesetz – politische Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Am 11. Dezember 2005 stimmt das Obwaldner Stimmvolk dem neuen Steuergesetz mit 86,3 Prozent zu; das Gesetz wurde auf den 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. In der Folge, während der Dauer von zwei bis drei Monaten, stand Obwalden im Mittelpunkt des nationalen öffentlichen Interesses. Auslöser dafür war die politische, aber auch rechtliche Frage betreffend dem Verlauf eines Teils des Einkommenstarifs (De-

gression). Dabei nahm das Departementssekretariat die Funktion der Medien- und Koordinationsstelle für den ganzen Kanton wahr. Der Finanzdirektor fungierte als Hauptansprechperson. Nach der Einreichung der staatsrechtlichen Beschwerde beruhigte und versachlichte sich die Diskussion um den interkantonalen Steuerwettbewerb zusehends. Noch das ganze Jahr hinweg waren jedoch Auftritte an Podiumsveranstaltungen und Politanlässen die Regel in der Agenda des Finanzdirektors.

Rückblickend kann festgehalten werden, dass die Medienöffentlichkeit für die Steigerung des Bekanntheitsgrads der neuen Ausgangslage Obwaldens sehr dienlich war. Nicht zuletzt auch wegen der starken Präsenz im benachbarten Ausland, vor allem in Deutschland. Eine beim Bundesgericht eingereichte staatsrechtliche Beschwerde gegen den degressiven Einkommenssteuertarif wurde noch nicht entschieden.

Die Beantwortung der Beschwerde durch das Bundesgericht wird im ersten Quartal des Jahres 2007 erwartet.

Departementssekretariat – Dienstleistungen und politische Arbeiten

Als Stabseinheit stellt das Sekretariat für das Departement den Dienstleister par excellence dar. Vor allem im Bereich der politischen Projekte (allg. Politmanagement, Gesetzesrevisionen) kommt dies zum Ausdruck. Im letzten Jahr waren es zwei grosse Gesetzesprojekte, an denen sich das Sekretariat aktiv mit beteiligte. Einerseits handelte es sich um die Erneuerung des Schätzungs- und Grundpfandgesetzes und um das neue Kantonalbankengesetz (inkl. Volksabstimmung vom 21. Mai 2006).

Die Hilfestellung begann jeweils bei der Erarbeitung der Erläuterungen, ging über die Erstellung der Botschaft und Materialien und endete mit den Sekretariatsarbeiten in den parlamentarischen Kommissionen (Sitzungsmanagement, Protokollverfassung) und der Redaktion der Abstimmungsunterlagen als Vorbereitung für die kantonale Volksabstimmung.

Staatsleitungs- und Verwaltungsreform (SVR) – Projekt NOW: Neue Amtsdauerplanung / Strategisches Controlling / Projekt Strategische Steuerung

Der NOW-Schwerpunkt des Jahres war die Erneuerung der Strategie- und Amtsdauerplanung auf Beginn der neuen Legislatur 2006 bis 2010 (Projekt strategische Steuerung). Für diese Arbeit wurde verwaltungsintern eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Volkswirtschaftsdirektor Niklaus Bleiker eingesetzt; das Sekretariat der Arbeitsgruppe bestellte der Sekretär des Ressourcendepartements. Die Strategieplanungsgruppe bestand aus je einem Vertreter aus den Departementen, dem Landeschreiber und dem Finanzverwalter. An insgesamt acht Sitzungen wurde die alte Planung überprüft und eine neue Planung im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsführung überarbeitet.

Das Ziel-System wurde verbessert, in dem zwischen Leitidee und Wirkungszielen sowie Massnahmen, Projekte und Investitionen unterschieden wurde. Die Ziele und Systematik gemäss alter Planung wurde grosso modo so belassen, wie sie sind; sie sollen materiell erst in vier Jahren grundsätzlich neu überdenkt werden. Der wesentlichste Fortschritt ist in der Schaffung von Kennzahlen, Indikatoren und Standards zu sehen. Dadurch werden die Ziele neu messbar und sind somit besser zu kontrollieren. Hier setzt auch das strategische Controlling an, das letztlich das Aufbereiten und Verarbeiten von Daten beinhaltet (Ebene Departement). Die Konklusion aus den Arbeiten ist als das eigentliche (strategische) Steuern durch die Exekutive zu betrachten. Die neu geschaffene Transparenz und Berechenbarkeit der politischen Arbeit

des Regierungsrats und der Verwaltung dient aber auch der Legislative, dem Kantonsrat. Durch die neue Datenpalette wird die Oberaufsicht erleichtert.

Die Strategie- und Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 wurde durch den Regierungsrat an den beiden Klausur-Sitzungen behandelt und in der Folge verabschiedet. Die neu geschaffene Kommission für Strategische Planung und Aussenbeziehungen kümmerte sich um die parlamentarische Vorberatung. Abschliessend nahm der Kantonsrat an der Sitzung vom 30. November 2006 von der Arbeit Kenntnis mit einzelnen parlamentarischen Anmerkungen.

Das Projekt Strategische Planung ist somit fürs erste abgeschlossen. Als Abschluss der Arbeit wurde eine Vollzugsrichtlinie über das zeit- und stufengerechte Controlling in der kantonalen Verwaltung (vom 12. Dezember 2006) verfasst, das den prozessualen Ablauf des strategischen Controlling wiedergibt. Daraus ist zu entnehmen, dass verschiedene Punkte alljährlich im Rahmen der Geschäftsberichterstattung erklärt werden müssen. Grundsätzliches wie die Leitideen und die Wirkungsziele sollen aber nur alle vier Jahre revidiert, die Strategieplanung jeweils erst nach zwei Legislaturen – also nach acht Jahren – überarbeitet werden. In diesem Sinne ist die Arbeit der Strategieplanungsgruppe vorläufig sistiert. Die Gruppe als solche wird aber nicht aufgelöst, da eine ihrer Funktionen ist, den Controlling-Prozess laufend zu überwachen, bei Gelegenheit zu überprüfen und abschliessend neu zu bestimmen. Die Umsetzungsverantwortung liegt beim Landeschreiber und dem Sekretär des Ressourcendepartements.

Zentralschweizerische Regierungskonferenz (ZRK) – Projekt Controlling

Controlling bezeichnet den Prozess der Erarbeitung und den Miteinbezug von Informationen zum Zweck der Steuerung und Führung. Das gilt für den unternehmerischen gleichwohl aber auch für den Polit-Bereich. In diesem Sinne hat die Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK) ein Projekt lanciert, welches sich dem Controlling von interkantonalen Vereinbarungen und Instituten annahm. Die Arbeitsgruppe unter der Führung des ZRK-Sekretariats bestand aus Kantons-Vertretern der Zentralschweizer Kantone; der Departementssekretär bildete die Vertretung des Kantons Obwalden. Nach der Zweiteilung der Gruppe in Subgruppen kamen für die Erarbeitung des Controlling-Prozesses der beiden Hochschulinstiute Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) und Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ) Vertreter aus den beiden betroffenen Hochschulen hinzu. Ebenfalls Einsitz nahm der Sekretär der Zentralschweizer Bildungsdirektorenkonferenz.

Bis im Herbst wurde ein Controlling-Handbuch für die beiden Institute erarbeitet. Nach der Verabschiedung durch die ZRK nehmen sich nun die wichtigen Steuerungs-Gremien (u.a. Konkordatsrat) der beiden Fachhochschulen dem Thema an und versuchen, die neuen Instrumente zu implementieren. Ebenfalls profitieren sollen die interkantonal angelegten Parlamentariergruppen, die für die Oberaufsicht verantwortlich sind.

Die Arbeit der Gruppe findet im 2007 ihre Fortsetzung in der Erarbeitung eines generellen Leitfadens für das Controlling von interkantonalen Vereinbarungen.

Interkantonale Vereinbarung über Lotterien und Wetten – Inkraftsetzung

Nach der Verzögerung, hervorgerufen durch die Probleme bei der Genehmigung der Vereinbarung durch einzelne Kantonsparlamente, konnten die neuen Regelungen für Grosslotterien auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt werden. Nach dem Start der neu-

en Verbindlichkeiten machte sich die Fachdirektorenkonferenz daran, Kriterien für den Umgang mit den neuen Bedingungen auszuarbeiten. Ferner sollten allgemeingültige Kriterien für die Vergabe von Lotteriegeldern erarbeitet werden, welche eine Signalwirkung für die Arbeit in den Kantonen zeitigen soll. Unterdessen wurde dieser Auftrag an die Kontrollkommission übertragen.

Der Regierungsrat hat im Rahmen der Genehmigung der Vereinbarung die politische Absicht erklärt, für den Kanton ebenfalls Kriterien für die Vergabe von zweckgebundenen Lotteriegeldern zu entwickeln; beim Sport-Toto sind solche schon vorhanden. Die ganzen Bestrebungen stehen in Verbindung mit der politisch eingeforderten Schaffung von Transparenz bei der Vergabe von Lotteriegeldern. Sie werden unterstützt durch die neu geschaffene Kommission. Mit den kantonalen Ausführungsbestimmungen ist im 2007 zu rechnen. Sie stehen in Abhängigkeit zur Erarbeitung einer allgemeinen Vorlage durch die Kommission.

Die Mittel des Lotteriefonds werden ausschliesslich für wohltätige, gemeinnützige und/oder kulturelle Projekte verwendet. So sieht es das Bundesgesetz vor. Als solche gelten auch Projekte der in- und ausländischen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Katastrophenhilfe und der humanitären Hilfe im In- und Ausland. Die Mittel für den humanitären Bereich und die Katastrophenhilfe werden durch das Departementssekretariat geprüft und durch den Departementsvorsteher im Rahmen des Budgets und der damit verbundenen finanziellen Kompetenzen bewilligt. Eine Übersicht ist dementsprechend zu jeder Zeit gegeben. Eine Einsicht wird auf Anfrage und mit berechtigtem Interesse gewährt.

Im Jahre 2006 waren es insgesamt 21 Projekte im humanitären Bereich und 4 Gesuche der grossen schweizerischen Hilfswerke (SRK und Caritas), die eine Unterstützung erfahren haben. Aufgewendet wurden dafür insgesamt 29 750 Franken. Speziell zu erwähnen ist dabei die Hilfe für die Überschwemmungsoffer in Osteuropa, die Erdbebenopfer in Java, die Nothilfe im Nahen Osten und die Unwetteropfer auf den Philippinen.

Stellungnahmen zu eidgenössischen Vernehmlassungen

Das Departementssekretariat erarbeitet in Verbindung mit den jeweils tangierten Amtsstellen die Vernehmlassungsantworten zu finanz- und steuerpolitischen Sachthemen. Das Departement beantragt die Antwort zuhanden des Regierungsrats, welcher abschliessend darüber befindet. Für das Jahr 2006 sind dabei insbesondere die Vernehmlassungsbegehren zu den folgenden Vorlagen erwähnenswert:

- Steuerharmonisierungsgesetz: Steuerbefreiung des Existenzminimums an die Eidg. Steuerverwaltung (ESTV);
- Strukturreform in der beruflichen Vorsorge: Massnahmen für ältere Arbeitnehmende an das Eidg. Finanzdepartement (EFD);
- Anpassung des Mindestumwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge an das EFD;
- Abgabe der Bundesbeteiligung am Unternehmen Swisscom AG an das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr und Kommunikation (UVEK);
- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA): Vernehmlassung über den Schlussbericht der Projektorganisation an das EFD;

- NFA betreffend die Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleiches an das EFD;
- Informatik: E-Government-Strategie Schweiz an das EFD.

Die Bedeutung der Stellungnahmen gegenüber dem Bund sind nicht zu unterschätzen. Nicht die einzelne Stimme eines Kantons ist dabei von Wichtigkeit, sondern deren Summe. So können eine Mehrheit an Kantonen dem Bundesrat einen Hinweis auf die Akzeptanz der Vorlage geben; der Bundesrat nimmt in seinen Entscheiden zuweilen Bezug auf die vorhandenen Mehrheiten unter den Kantonen.

Jahresversammlung Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren in Obwalden

Vom 01. bis 02. Juni 2006 fand in Wilen/Sarnen die Jahresversammlung der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) statt. Das letzte Mal, als Obwalden eine FDK-Grossversammlung organisierte, war das Jahr 1982. Nebst der Vorstandssitzung wurde eine Plenarversammlung der FDK durchgeführt. Schwerpunkte waren die neusten Daten und Interpretationen im Rahmen der Umsetzung des Neuen Finanzausgleichs sowie eine Information über das Harmonisierte Rechnungsmodell 2. Ferner diskutierten die kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren über die Gefahren und Auswirkungen des Steuerwettbewerbs in der Schweiz. Am zweiten Tag der Jahresversammlung wurde im Anschluss an die FDK-Sitzung die Generalversammlung der Schweizer Rheinsalinen durchgeführt. Für die Organisation der Jahresversammlung sowie die angegliederten Anlässe zeichnete das Departementssekretariat verantwortlich.

Bau- und Raumentwicklungsdepartement-Stellvertreter

Im Rahmen von Beschwerdefällen gegen erstinstanzliche Entscheide des BRD bildete in der Regel die Auslegung des Raumplanungsrechts im Bereich „Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen“ (Art. 24 f. RPG, SR 700) Gegenstand der Einsprache. In diesem Bereich arbeitet das Departementssekretariat eng mit dem kantonalen Rechtsdienst zusammen, welcher die Anträge zuhanden des Regierungsrats vorbereitet. Die ordentliche Geschäftsabwicklung wird durch das Departementssekretariat vollzogen.

Insgesamt sind beim Departementssekretariat 16 BRD-Stv.-Beschwerden eingegangen. Fünf Fälle wurden mittels Regierungsratsbeschluss abgeschlossen. Drei Fälle konnten infolge Rückzug oder weil der Kostenvorschuss nicht geleistet wurde, abgeschrieben werden. Sieben Beschwerden sind noch offen, einerseits ist der Schriftenwechsel noch nicht abgeschlossen und andererseits ist die rechtliche Beurteilung noch im Gange. Eine Beschwerde gelangte irrtümlich an das BRD-Stv. -Departement und wurde zur Bearbeitung an die zuständige Stelle weitergeleitet.

22 Personalamt

Das Personalamt ist allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden des Regierungsrats und der Departemente fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiteren pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und -controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
5	Dem Regierungsrat steht als langfristige Grundlage eine ausformulierte Personalpolitik mit einem Leitbild zur Verfügung.	Das Personalleitbild wurde vom Regierungsrat am 15. März 2005 in Kraft gesetzt. Die Personalpolitik konnte der Regierungsrat am 11. Juli 2006 in Kraft setzen. Sie bildet die Grundlage für die vorgesehene Revision des Personalrechts.
	Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz; Erarbeitung eines Massnahmenplanes	Im Verlaufe des Jahres 2006 wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Merkblatt betreffend das Verhalten bei einer Evakuation bedient. Neben dem Evakuationsplan sind auch wichtige Verhaltensregeln bei Brand aufgeführt. Daneben wurde in allen öffentlichen Räumen ein Notfalldispositiv angeschlagen. Neben wichtigen Telefon- und Meldenummern sind auch sämtliche Standorte der Erste-Hilfe-Boxen und der Feuerlöscher angegeben. Verhaltensregeln sollen im Notfall helfen, Panik zu vermeiden.
	Das heutige Personalbeurteilungssystem ist anzupassen. Insbesondere ist eine Beurteilung der einzelnen Leistungen statt mit fünf lediglich eine solche mit drei Qualifikationen zu prüfen. Das Gesamtergebnis soll weiterhin fünfstufig ausgestaltet sein.	Im September 2006 hat der Regierungsrat die Broschüre «Leistungsauftrag – Leistungsbeurteilung – Fördermassnahmen» verabschiedet. Darin sind das neue Personalbeurteilungssystem, die Stellenbeschreibung, die Zielvereinbarungen, das eigentliche Beurteilungsgespräch und die Fördermassnahmen beschrieben. Gleichzeitig wurde auch das Formular für die Personalgespräche neu gestaltet. Die neuen Formulare kommen zum ersten Mal beim Personalgespräch 2007 zum Einsatz.

Personalleitbild und Personalpolitik

Nach der Einführung des Personalleitbildes im Jahr 2005 konnte im Jahr 2006 die darauf aufbauende Personalpolitik installiert werden. Wie beim Personalleitbild ist der Leitgedanke zur neuen Personalpolitik jener, den Kanton als Arbeitgeber weiter zu stärken und für Arbeitnehmende attraktiv zu machen. Der Kanton Obwalden muss seine Konkurrenzfähigkeit im Vergleich mit anderen Kantonen weiter steigern. Gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern hat er sich als kompetenter Dienstleister zu positionieren; als solcher hat er auch nach innen zu agieren.

Die Personalpolitik fasst für unsere Mitarbeitenden, die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons, unsere Kunden sowie die mit uns verbundenen externen Stellen unsere Ziele und Handlungsnormen zusammen. Sie gilt für alle Bereiche der Staats-

verwaltung und bildet zusammen mit den gesetzlichen Grundlagen, die für uns massgebend sind, die Basis für alle Aktivitäten auf dem Gebiet des Personalmanagements.

Das Ziel der Personalpolitik besteht darin, ein integriertes Personalmanagement sicherzustellen. Die Wirkung wird regelmässig überprüft, zum Beispiel im Rahmen von Personalbefragungen. Das Finanzdepartement führte im November 2006 eine solche bei seinen Mitarbeitenden durch. Die Rücklaufsquote von 60 Prozent war zufriedenstellend. Aufgrund der Wichtigkeit und der noch nicht zufriedenstellenden Resultate in der Umfrage 2006 müssen in den nächsten Jahren die nachfolgenden Kulturfaktoren bewusst gepflegt und verbessert werden:

1. Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz und im Arbeitsumfeld
2. Ruf und Image des Kantons als Arbeitgeber
3. Arbeitszeit und Ferienregelung
4. Kostenbewusstsein

Im 2007 wird der Handlungsbedarf benannt und anschliessend werden Massnahmen eingeleitet. Die Umfrage wird absehbar Einfluss in die Erarbeitung der Personalgesetzgebung zeitigen.

Nachtrag Personalverordnung

Am 1. Juli 2006 trat der neue Artikel 15 der Personalverordnung in Kraft. Das Ziel dieses Nachtrages bestand darin, die Regelung betreffend Überstunden auszugesalteten, so dass künftig keine Rechtsunsicherheit mehr entstehen kann. Mit der heute eindeutigen Regelung wird auch die Rechtssicherheit und die Glaubwürdigkeit des Kantons als Arbeitgeber gestärkt. Die Änderung drängte sich auf, da es in der Praxis vermehrt zu Falschauslegungen und Unsicherheiten in der Anwendung gekommen war; die Handhabung in den Departementen war auch nicht einheitlich.

Die Überarbeitung des Personalrechts (Staatsverwaltungsgesetz und Personalverordnung) als logische Folge der neuen Personalpolitik konnte per Ende Jahr auf Stufe Personalamt in Angriff genommen werden. Eine Entwurfvorlage ist vorhanden. Es geht nun darum, die beiden Entwürfe mit den Gesetzesmaterialien dem Regierungsrat vorzulegen, damit eine breite Vernehmlassung gestartet werden kann. Das Ziel bleibt bestehen, diese gesetzlichen Grundlagen im Jahr 2007 dem Kantonsrat vorlegen zu können und das Gesetz auf Anfang 2008 in Kraft zu setzen.

Leistungsauftrag – Leistungsbeurteilung – Fördermassnahmen

Im September 2006 hat der Regierungsrat die Broschüre «Leistungsauftrag – Leistungsbeurteilung – Fördermassnahmen» verabschiedet. Darin sind das neue Personalbeurteilungssystem, die Stellenbeschreibung, das Vorgehen bei den jährlichen Zielvereinbarungen, das eigentliche Beurteilungsgespräch sowie mögliche Fördermassnahmen beschrieben.

Ausgangspunkt war die Forderung, ein neues Formular für die Personalgespräche zu gestalten. Insbesondere ging es darum, die Beurteilung der einzelnen Leistungen statt mit fünf lediglich mit drei Qualifikationen vornehmen zu können, während die Gesamtbeurteilung nach wie vor fünfstufig ausgestaltet sein soll. Im September wurden alle Führungskräfte des Kantons mit dem neuen Instrument konfrontiert. Offene Fragen im Umgang mit dem neuen System konnten geklärt werden. Die Ziele für das Jahr 2007 wurden mit Hilfe des neuen Formulars mit den Mitarbeitenden vereinbart.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Aufgrund einer Kurzumfrage des Personalamts im Jahre 2004 zum Thema Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wurden Massnahmen zur Behebung festgestellter Mängel in die Wege geleitet. Im Verlaufe des Jahres 2006 wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Merkblatt betreffend das Verhalten bei einer Evakuation bedient. Neben dem Evakuationsplan sind auch wichtige Verhaltensregeln bei Brand aufgeführt.

In allen öffentlichen Räumen wurde im Verlaufe des Jahres 2006 ein Notfalldispositiv angeschlagen. Neben wichtigen Telefon- und Meldenummern sind sämtliche Standorte der Erste-Hilfe-Boxen und der Feuerlöscher beziehungsweise Feuermelder angegeben. Ferner sollen Verhaltensregeln im Notfall helfen, dass in den öffentlichen Gebäuden des Kantons keine Panik ausbricht.

Als nächstes Ziel soll gelten, Stockwerkshelferinnen und Stockwerkshelfer zu rekrutieren. Diese Personen werden in Erster Hilfe ausgebildet werden. Die Ausbildungsinhalte und allfällige Hilfsmittel werden in Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden erarbeitet.

Statistische Angaben

	Anzahl Mitarbeitende	
	2005	2006
Austritte	51	40
Eintritte	33	35

Die Austritte waren zurückzuführen auf befristete Anstellungen (12), Kündigungen durch Mitarbeitende (17), Kündigungen durch Kanton (5) sowie Pensionierungen (6).

Damit die 35 neuen Personen rekrutiert werden konnten, mussten insgesamt 1 116 Bewerbungen bearbeitet werden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 345 Bewerbungen oder 48 Prozent. Die Anzahl der Austritte übersteigt jene der Eintritte, weil Ende Jahr noch fünf Stellen nicht besetzt waren.

Die Fluktuationsrate betrug im Jahr 2006 genau 8 Prozent (Vorjahr: 10,17 Prozent). Sieht man von den Auslagerungen (Bereich Legasthenie und Fleischkontrolle) im Jahr 2005 ab, ist die Fluktuationsrate gegenüber dem Vorjahr in etwa stabil geblieben. Für uns ist dies auch ein Hinweis dafür, dass die guten wirtschaftlichen Verhältnisse im Kanton Obwalden sich weiterhin erfreulich entwickeln.

Der Kanton Obwalden bildet zurzeit 15 Lernende in den Bereichen Kaufmann/Kauffrau, Betriebspraktiker/in und Küchenangestellte/r aus. Zusätzlich absolvieren aktuell 3 Wirtschaftsmittelschüler/innen ein Praxisjahr beim Kanton.

<i>Der Personalbestand Ende Jahr</i>	Anzahl Mitarbeitende	
	2005	2006
Personalbestand (ohne Lernende und Praktikanten)	465	469
umgerechnet in Vollstellen (samt Gerichtspersonal und Lehrpersonen an der Kantonsschule und am BWZ)	353	359

24 Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung erarbeitet den Finanzplan und den Voranschlag, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie. Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen (mit Vereinnahmung und Zuweisung der gebundenen Abgaben) und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug, die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Sonderrechnungen für die Tierseuchenkasse, die Feuerwehrkasse sowie die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Sie verwaltet die Kantonsanteile an eidgenössischen Abgaben und Erträgen (u.a. eidg. Finanzausgleich/Verrechnungssteuer), des innerkantonalen Finanzausgleiches sowie die allgemeinen Kosten der Verwaltung.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
7	Die gesetzliche Verankerung einer Ausgabenbremse ist implementiert.	Am 30. November wurde vom Kantonsrat der erste Voranschlag nach den gesetzlichen Vorgaben der Ausgabenbremse erlassen.
7	Die Umsetzung der NFA im Kanton und in den Gemeinden ist vorbereitet (eingeleitet und organisiert). Beitritt zur Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV) zur NFA	Die Vernehmlassung zum vorgesehenen Mantelerlass zur kantonalen Umsetzung der NFA auf den 01. Januar 2008 wurde durchgeführt; der Zeitplan wird eingehalten. Der Kantonsrat hat anlässlich seiner Sitzung vom 5. Mai 2006 dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt, die IRV zu unterzeichnen. Die IRV ist per dato noch nicht unterzeichnet. Es wird zuerst die Ausgestaltung der 3. Botschaft NFA, die als nächstes durch den Nationalrat beraten wird, abgewartet. Erst wenn klar ist, wie die Ausgleichsgefässe dotiert sind, wird die Vereinbarung auch unterzeichnet werden. Dabei handelt es sich um ein koordiniertes Vorgehen unter Kantonen mit ähnlichen Interessen und Ausgangslagen.
	Nachtrag zur Gebührenordnung für die Rechtspflege	Der Nachtrag zur Gebührenordnung wurde an der Sitzung des Kantonsrats vom 30. November 2006 behandelt und mit 49 Stimmen ohne Gegenstimme verabschiedet. Die Inkraftsetzung erfolgte per 15. Januar 2007 (GDB 134.15).

2400 Finanzverwaltung

Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes

Auf der Stufe Kanton – Bund wurde von den eidg. Räten die zweite Botschaft zur NFA (Ausführungsgesetzgebung) ohne grössere Differenzen oder Änderungen verabschiedet. Der Bundesrat hat sodann die dritte Botschaft zur NFA (Dotierung der Ausgleichsgefässe) im Dezember zuhanden der eidg. Räte verabschiedet. Als ein Teilbereich wurde 2006 sodann dem Kantonsrat die Interkantonale Rahmenvereinbarung (IRV) unterbreitet. Anlässlich seiner Sitzung vom 5. Mai 2006 hat der Kantonsrat die IRV gutgeheissen und dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt, die IRV je nach Fortschritt und Ausgestaltung der NFA auf Bundesebene zu unterzeichnen.

Analog zur Bundesebene sind auch auf kantonaler Ebene im Hinblick auf die Einführung der NFA verschiedene Erlasse (Gesetze, Verordnungen, Reglemente) anzupassen, Verfahrensabläufe umzustellen, Finanzströme zu regeln, Budgetanpassungen vorzunehmen und Übergangsprobleme zu lösen. 2006 wurde sodann unter Einbezug der Departemente ein Mantelerlass vorbereitet, der die gleichzeitige Umsetzung der kantonalen Erlasse auf 1. Januar 2008 ermöglicht. In verschiedenen Aufgabenbereichen sind indessen umfassende Gesetzesrevisionen in Bearbeitung, die weit über die NFA-Umsetzung hinausgehen. In diesen Fällen soll die NFA-Kompatibilität mit separaten Spezial-Vorlagen erreicht werden.

Gesamtrevision des Kantonalbankgesetzes

Sowohl die Entwicklungen in der Finanzbranche (Diskussion und Einführung von Corporate Governance, verstärkte Regulierung durch Bundesgesetzgebung und Aufsichtsbehörden), als auch die Veränderungen des wirtschaftlichen Umfeldes machte eine vollständige Überarbeitung des bestehenden Kantonalbankgesetzes erforderlich. Die Kantonalbank braucht am Markt mehr Flexibilität und unternehmerische Freiheiten. Dabei sollen die traditionellen Elemente wie binnen-wirtschaftliche Verpflichtung, Risikoabgeltung durch den Staat, schwerpunktmässiges Wirtschaften innerhalb der Kantonsgrenzen) aufrecht erhalten bleiben.

Obwohl die Obwaldner Kantonalbank auch weiterhin als öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons konstituiert ist, berücksichtigt das seit 01. Juli 2006 in Kraft gesetzte Kantonalbankengesetz weitgehende Regelungen des privatrechtlichen Gesellschaftsrechts, namentlich des Aktienrechts und ausgewählte Elemente von Corporate Governance (insbesondere die neue Aufsichts- und Verantwortlichkeitskaskade: Oberaufsicht durch Kantonsrat, Aufsicht durch Regierungsrat).

Die der Kantonalbank durch den Kanton Obwalden nach wie vor gewährte Staatsgarantie wird neu durch die Bank direkt abgegolten. Bei der Abgeltung wurde eine einfache, transparente und nachvollziehbare Berechnung von 15 Prozent des Jahresgewinns festgehalten (entspricht zurzeit knapp 1,5 Millionen Franken pro Jahr).

2420 Steuerbezug – neu auch für den Bezug der Liegenschaftssteuer der Gemeinde Engelberg zuständig.

Nachdem die Einwohnergemeinde Giswil auf 1. Januar 2005 eine Abgabe auf Liegenschaften zur Finanzierung der Wasserbau-Tätigkeiten eingeführt hat, beschloss auch der Einwohnergemeinderat Engelberg die Einführung einer Liegenschaftssteuer.

Über die Abteilung Steuerbezug nimmt der Kanton auch für die Gemeinde Engelberg die Rechnungsstellung und den Bezug im Auftragsverhältnis war. Die erste Rechnungsstellung an die Liegenschaftsbesitzer in Engelberg konnte nach umfangreichen Vorbereitungsarbeiten zum erstenmal termingerecht und zur vollsten Zufriedenheit der Einwohnergemeinde im November 2006 erfolgen.

2440 Finanzausgleich an Gemeinden – neu auch mit Lastenausgleich

Der Kanton Obwalden richtete die Finanzausgleichszahlungen für das Jahr 2006 an die Einwohnergemeinden aus. Neuerdings werden nebst dem bisherigen Finanzausgleich (Ressourcenausgleich) zusätzlich der Lastenausgleich Schule (mit der Einführung des neuen Bildungsgesetzes) sowie der Steuerstrategieausgleich (aufgrund der Steuerstrategie) ausbezahlt. Das lässt die Ausgleichszahlungen auf einen Betrag von total 10,3 Millionen Franken ansteigen.

Wie der Vergleich mit dem Finanzausgleich des Vorjahres zeigt, ergab sich innerhalb der Gemeinden eine Verlagerung der Finanzausgleichsanteile von Kerns und Giswil zu Lungern. Diese Verlagerung ist massgeblich dadurch bedingt, dass die Einwohnergemeinde Lungern nun mit einer Steuerkraft von 86,8 Prozent finanzausgleichsberechtigt ist, nachdem die Steuerkraft in den beiden Vorjahren jeweils über 95 Prozent betragen hat. Durch den höchsten Steuerfuss im Kanton erhält die Gemeinde Lungern sodann einen sehr hohen Anteil aus der Verteilung nach Steuerbelastung. Lungern erhält nach einem Unterbruch von zwei Jahren somit wieder Geld aus dem Ressourcenausgleich – dies im Vergleich zu den Gemeinden Engelberg, Sarnen und Sachseln. Die Gemeinde mit der höchsten Steuerkraft ist neuerdings Engelberg mit 127,3 Prozent vor Sarnen mit 118,3 Prozent.

	Steuerstrategie- Ausgleich 2006 in Fr.	Lastenausgleich 2006/2007 in Fr.	Ressourcenaus- gleich 2006 in Fr.	Total Finanzausgleich in Fr.	In % des Steuerertrages der Gde
Gemeinde Sarnen	1'496'621			1'496'621	5.4%
Gemeinde Kerns	720'128	420'907	480'138.75	1'621'174	13.0%
Gemeinde Sachseln	745'719			745'719	5.7%
Gemeinde Alpnach	778'725	221'882	203'199.95	1'203'807	9.3%
Gemeinde Giswil	648'035	497'884	1'359'422.05	2'505'341	30.8%
Gemeinde Lungern	605'773	359'327	503'684.25	1'468'784	25.8%
Gemeinde Engelberg	659'264			659'264	4.5%
Katholische Kirchgemeinden	602'617			602'617	
Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde	43'188			43'188	
Insgesamt	6'300'070	1'500'000	2'546'445.00	10'346'515.00	

Informatikleistungszentrum Obwalden und Nidwalden

Die Zusammenarbeit mit dem ILZ kann aus Sicht der Verwaltung weiterhin als gut bezeichnet werden. Es besteht nach wie vor unternehmerisch aber auch organisatorisch eine enge Verbindung zwischen der Staatsverwaltung und dem ILZ.

Durch den heute unerlässlichen Gebrauch des E-Mails als Kommunikationsmittel und der immer grösseren Datenmengen, die damit versandt werden, mussten die Kommunikationsleitungen fortlaufend ausgebaut werden. Der Internet-Zugang umfasst zurzeit die Grösse von 8 Megabyte (up- und download).

Im Nachgang zur Publikation der Informatikweisungen vom 14. November 2005 entstand per Januar 2006 ein erster Ressourcenbericht, welcher durch das ILZ erarbeitet wurde. Der Ressourcenbericht ist ein internes Controlling-Instrument, das zwei Mal pro Jahr verfasst wird. Die Kommunikation gegen aussen erfolgt über einen zusammengefassten Newsletter. Als Folgerung aus den Erkenntnissen des ersten Ressourcenberichts beschloss der Regierungsrat einen restriktiveren Zugang zu Websites im Internet. Dem Departementssekretariat wurde in Verbindung mit dem ILZ die Koordination und der Vollzug der Massnahmen übertragen. Über den Erfolg der Massnahmen wird der nächste Bericht per Februar 2007 Auskunft geben.

2006 wurde die ganze Verwaltung auf das neue Betriebssystem Windows XP sowie sämtliche EDV-Server auf das Betriebssystem NOVEL 7.0 umgestellt.

Der Kanton Obwalden hat mit der Unterstützung des ILZ seinen Internet-Auftritt neu gestaltet und übersichtlich nach den Kriterien der Lebenslagen aufgebaut.

26 Steuerverwaltung

Die Kantonale Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von den Unselbstständigerwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, Selbstständigerwerbenden und den Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuer bei den juristischen Personen sowie die Erbschafts-, Schenkungs- und Quellensteuern und die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Sie veranlagt zudem die direkte Bundessteuer. Weiter kontrolliert die Kantonale Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung an. Das Schätzungssekretariat ist ebenfalls Teil der Steuerverwaltung. Auch der Vollzug der Prämienvverbilligung in der Krankenversicherung ist organisatorisch bei der Kantonalen Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen, usw. bei der Kantonalen Steuerverwaltung an.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
8	Umsetzung der Steuerstrategie ist eingeleitet	Die Teilrevision des Steuergesetzes ist anlässlich der Volksabstimmung vom 11. Dezember 2005 mit einem JA-Stimmenanteil von 86,3 % angenommen worden. Das neue Steuerrecht trat auf den 1. Januar 2006 in Kraft. Die Wirkungen des neuen Steuerrechts waren im ersten Jahr positiv. Einerseits konnten rein steuerlich motivierte Wegzüge von Steuerpflichtigen vermieden, andererseits dank den attraktiven Steuersätzen neue Steuerpflichtige gewonnen werden. Erst die Rechnungszahlen der kommenden Jahre werden die tatsächliche Entwicklung aufzeigen können.

Neue Herausforderungen

Mit dem neuen Steuergesetz hat sich der Kanton Obwalden im Steuerwettbewerb neu positioniert. Das Interesse am Kanton Obwalden als Wohn- und Firmenstandort ist infolge der neuen steuerlichen Rahmenbedingungen wesentlich gestiegen, was durch eine grosse Medienpräsenz belegt wird.

Die Steuerverwaltung konnte im Geschäftsjahr 2005 selten Ansiedlungsgespräche führen. Diese Situation hat sich 2006 völlig geändert – Ansiedlungsgespräche waren beinahe an der Tagesordnung. Erfreulich ist zudem, dass es nicht nur bei den Gesprächen geblieben ist, sondern dass mehrere Ansiedlungsgespräche erfolgreich waren, d.h. zu Ansiedlungen geführt haben.

Die Tätigkeitsgebiete der Steuerverwaltung sind mit dem teilrevidierten Steuergesetz breiter geworden. Die Steuerverwaltung kann sich neu mit komplexeren und zunehmend internationalen Sachverhalten beschäftigen, was neue Herausforderungen schafft und die Attraktivität der Tätigkeit steigert.

Standortpromotion

Im Herbst 2006 hat der neue Verein Standortpromotion in Obwalden seine Tätigkeit aufgenommen. Der Verein Standortpromotion in Obwalden bietet u.a. Ansiedlungswilligen diverse Dienstleistungen an. Die Zusammenarbeit zwischen dem Verein Standortpromotion in Obwalden und der Steuerverwaltung ist gut angelaufen, was sich in gemeinsamen Ansiedlungsprojekten gezeigt hat.

Elektronische Hilfsmittel zum Ausfüllen der Steuererklärung

Die angebotenen elektronischen Hilfsmittel zum Ausfüllen der Steuererklärungen (CD-ROM und Download ab Internet) werden von den Steuerpflichtigen rege benützt. Im Kalenderjahr 2006 haben über 30 Prozent der steuerpflichtigen natürlichen Personen von dieser Dienstleistung Gebrauch gemacht. Damit leisten die Steuerpflichtigen einen Beitrag, um Papier- und Verwaltungskosten einzusparen zu können.

Ein Vergleich der letzten Jahre zeigt, dass immer mehr Steuerpflichtige die elektronischen Hilfsmittel zum Ausfüllen der Steuererklärung benutzen. Die Tendenz ist leicht ansteigend. Das beweist, dass sich die elektronischen Hilfsmittel zum Ausfüllen der Steuererklärung insgesamt bewährt haben.

NEST@NET

Mit dem Projekt NEST@NET ist es den steuerpflichtigen Personen möglich, verschiedene Dienstleistungen der Steuerverwaltung via Internet in Anspruch zu nehmen. In einem ersten Schritt wurde die Möglichkeit geboten, über das Internet Fristerstreckungen zu beantragen. Die Steuerpflichtigen haben von dieser Dienstleistung 2006 rege Gebrauch gemacht.

Revisorat

Die Steuerverwaltung hatte bis anhin kein Revisorat. Mit der neu geschaffenen Stelle des Revisors, welche auf den 1. Januar 2006 besetzt werden konnte, beschritt die Steuerverwaltung Neuland.

Die ersten Bücherrevisionen wurden nach der Einarbeitungsphase im 2. Quartal 2006 vorgenommen. Diese Revisionen dienten auch dazu, Erfahrungen zu sammeln und die gewonnenen Erkenntnisse umzusetzen. Seit Sommer 2006 ist das Revisorat

vollständig implementiert. Als Stabsstelle wurde es direkt beim Steuerverwalter angegliedert.

Revision Schätzungs- und Grundpfandrecht

Auf der Gesetzgebungsagenda 2006 der Steuerverwaltung stand die Totalrevision des Schätzungs- und Grundpfandgesetzes und der dazu gehörigen Verordnung (Gesetz über die amtliche Schätzung der Grundstücke und das Grundpfandrecht; GDB 213.7 / Verordnung über die amtliche Schätzung der Grundstücke und das Grundpfandrecht; GDB 231.71). Schwerpunkt der Revision waren die Neuorganisation der amtlichen Schätzung sowie die Aufhebung der Belastungsgrenze für die nichtlandwirtschaftlichen Schuldbriefe.

Die Revisionspunkte wurden im Auftrag des Regierungsrats den interessierten Kreisen in die Vernehmlassung geschickt. Die wichtigsten Punkte wurden anlässlich einer Informationsveranstaltung vertieft. Die Vernehmlassung hat keine wirkliche Opposition gegen das neue Gesetz ergeben. Das gleiche gilt für die anschliessende parlamentarische Behandlung, die die Grundzüge der Revisionsvorlage nur in Details veränderte.

Zeitlich erfolgte die Totalrevision des Schätzungs- und Grundpfandrecht wie folgt:

- Eröffnung Vernehmlassungsverfahren durch den Regierungsrat: 4. April 2006
- Botschaft des Regierungsrats an den Kantonsrat: 4. Juli 2006
- Sitzung der vorberatenden Kommission des Kantonsrates: 25. August 2006
- 1. Lesung im Kantonsrat: 21. September 2006
- 2. Lesung im Kantonsrat (Schlussabstimmung): 26. Oktober 2006

Das Referendum wurde gegen das totalrevidierte Schätzungs- und Grundpfandrecht nicht ergriffen, das neue Recht konnte per 1. Januar 2007 in Kraft treten. Seither haben der Präsident und die Mitarbeiter der Schätzungskommission öffentlich-rechtliche Dienstverträge. Neu sind sie der Abteilung Sondersteuern bei der kantonalen Steuerverwaltung und in die Verwaltung eingegliedert.

Parallel zu den gesetzlichen Grundlagen wurden im Auftrag der kantonsrätlichen Kommission Weisungen über die Errichtung und die Anmeldung von Schuldbriefen vom 5. Dezember 2006 (GDB 213.413) erlassen. Sie wurden nötig aufgrund der Aufhebung der Belastungsgrenze für die nichtlandwirtschaftlichen Schuldbriefe und orientieren sich am Inhalt der Weisungen des Kantons Luzern. Luzern blickt in diesem Zusammenhang bereits auf eine mehrjährige, bewährte Praxis zurück.

Veranlagungsstand

Per 31. Dezember 2006 bestehen folgende pendente Veranlagungen:

Steuerperiode	2003	2004	2005
Unselbstständig-, Selbstständig-Erwerbende, Sekundärsteuerpflichtige, Landwirte	137	853	6'585
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	99.41 %	96.33 %	71.93 %

Der Hauptteil der offenen Veranlagungen der Steuerjahre 2003 bis 2005 bezieht sich auf ausserkantonale (sekundäre) Steuerpflichtige, bei denen die Steuerauscheidung des Wohnsitzkantons abgewartet werden muss. Nach Eingang der Steuerauscheidung des Wohnsitzkantons werden auch diese Veranlagungen erledigt.

Veranlagungsstand juristische Personen				
Steuerjahre	2002	2003	2004	2005
Aktiengesellschaften, GmbH, Vereine, Genossenschaften	3	32	229	984
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	99.83 %	98.20 %	87.55 %	48.62 %

Pendente Einsprachen

Per 31. Dezember 2006 waren insgesamt 44 Einsprachen (beinhaltet alle Steuerarten) unerledigt.

268 Prämienverbilligung

Folgende Statistik gibt Auskunft über die verarbeitete Menge:

Prämienverbilligung 2006			
	Anträge (Stück)	Anzahl Personen	Auszahlung Fr.
Total Gesuche (Vorjahr)	10'293 (9'823)	19'679 (19'178)	
Abweisung	697 (919)	955 (1'286)	
Anspruch berechtigt	9'596 (8'904)	18'724 (17'892)	17'886'265 (15'926'675)

Allen Steuerpflichtigen, welche aufgrund der bekannten Steuerdaten voraussichtlich Anspruch auf Prämienverbilligung haben, wird automatisch ein Antragsformular zum Ausfüllen und zur Geltendmachung der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung zugestellt. Der grösste Teil der Bevölkerung macht mittlerweile vom Recht auf Prämienverbilligung Gebrauch und retourniert das ausgefüllte Antragsformular. In Obwalden sind das über 55 Prozent der Bevölkerung.

Alle eingereichten Anmeldungen wurden bis zum 31. Dezember 2006 bearbeitet. Sämtliche Auszahlungen an die anspruchsberechtigten Personen erfolgten ebenso bis zum Jahresende.

2655 Grundstückschätzungen

Im Berichtsjahr 2006 wurden insgesamt 946 Grundstück-Steuerschätzungen vorgenommen. Davon entfielen 196 auf landwirtschaftliche und 550 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke sowie 200 auf Stockwerkeigentum und Miteigentum.

Es wurden 72 Grundpfandschätzungen mit einem Gesamtbetrag von rund 13,1 Millionen Franken erstellt (70 auf landwirtschaftliche und 2 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke). Verkehrswertschätzungen wurden 157 vorgenommen, mit einem Schätzungswert von rund 57,6 Millionen Franken.

Perimeter

Für die Wuhrgenossenschaften Laui Lungern, Vereinigte Lungerer Dorfbäche, Westliche Sarnensee-Wildbäche, Ramersbergbäche Sarnen, Grosse Schlieren sowie Kleine Schlieren Alpnach wurden insgesamt 190 Nachschätzungen berechnet.

Liegenschaftssteuer / Wasserbau

Im Berichtsjahr 2006 wurde in Engelberg die Liegenschaftssteuer eingeführt. Die Einführung erfolgte über ein Projekt in Zusammenarbeit mit der Einwohnergemeinde Engelberg und dem Informatikleistungszentrum (ILZ). Für die Erhebung dieser Steuer stellte das Schätzungssekretariat die Grundlagendaten (Eigentümer, Grundstücke, Steuerwerte) zur Verfügung. Die Wuhrgenossenschaften Mehlbach und Dürrbach wurden aufgelöst.

Für die Einwohnergemeinde Giswil stellte man wiederum die Grundlagendaten für die zweite Rechnungsstellung der Liegenschaftssteuer zur Verfügung.

Steuerstrategie

Die Netto-Steuerwerte wurden bei allen nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken per 1. Januar 2006 gemäss Nachtrag zum Steuergesetz vom 14. Oktober 2005 von 80 Prozent auf 100 Prozent angehoben. Bei diesem Projekt musste die Anhebung in jeder Gemeinde einzeln vorgenommen werden.

4.3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement

Das Sicherheits- und Gesundheitsdepartement (SGD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2005	2006
Departementssekretariat	1.6	1.6
Justizverwaltung	10.9	11.1
Kantonspolizei	60.1	61.3
Gesundheitsamt	5.7	5.7
Sozialamt	4.0	4.1
Verhöramt/Staatsanwaltschaft/Jugendanwaltschaft	6.0	6.4
Insgesamt	88.3	90.2

"Die eigene Sichtweise mit der Sichtweise des anderen kombinieren zu können ist der Schlüssel zum Erfolg."

Regierungsrätin Esther Gasser Pfulg, Vorsteherin des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements

Das Jahr 2006 in Zahlen

80 ausländische Personen wurden ordentlich eingebürgert.

Das Betreibungsamt Obwalden stellte 5 257 Zahlungsbefehle und 195 Konkursandrohungen aus und führte 3 073 Pfändungsvollzüge durch.

Die gesamte Kantonspolizei erstellte total 4308 Anzeigen und Berichte (Vorjahr 4009).

Die Verkehrs- und Sicherheitspolizei rapportierte 207 Verkehrsunfälle. Zu schnelles Fahren, zu nahes Aufschliessen und Unaufmerksamkeit waren die häufigsten Unfallursachen. Bei diesen Unfällen verletzten sich 122 Personen. Todesfälle blieben glücklicherweise aus.

Die Kriminalpolizei nahm 117 Einbruchdiebstähle auf, was dem Stand vom Vorjahr entspricht. Eine klare Zunahme erfuhren die Verbrechen und Vergehen gegen Personen mit total 102 Anzeigen (Vorjahr 52).

Der Kantonsarzt prüfte 1 433 Kostengutsprache gesuche für ausserkantonale Spitalaufenthalte. Rund 23 Prozent der Gesuche wurden wegen fehlender medizinischer Indikation abgelehnt.

Der Schulgesundheitsdienst gab 2 998 Gutscheine für zahnärztliche Kontrolluntersuchungen an Eltern ab. 78 Prozent der Gutscheine wurden eingelöst. Bei den Gutscheinen für die ärztlichen Schuleintrittuntersuchungen lag die Einlösquote bei 71%.

Die drei Beratungsstellen des Sozialamtes berieten 371 Klientinnen und Klienten. Davon waren 196 Frauen und 175 Männer.

Beim Verhöramt gingen 2 795 neue Fälle ein, was zusammen mit den Vorjahrespendenzen zu einer Geschäftslast von 3 255 Fällen führte. Davon konnten im Berichtsjahr 3 044 Fälle erledigt werden.

Die umgesetzten Departementziele im Überblick (Controlling)

	<i>Jahresziele 2006</i>	Stand der Erfüllung
10	<p>Die polizeiliche und untersuchungsrichterliche Leistungskapazität im Kanton wird angepasst.</p> <p><i>Der Grundauftrag und die Organisation der Kantonspolizei sind überprüft.</i></p>	<p>Bericht zur Analyse von Grundauftrag, Organisation und Rechtsgrundlagen der Kantonspolizei wurde dem Regierungsrat unterbreitet. Dieser erteilte mit Beschluss vom 27. Juni 2006 (Nr. 649) Folgeaufträge.</p>
11	<p>Die polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz insbesondere zur Spezialversorgung wird verstärkt.</p> <p><i>Schaffung von Kompetenzzentren im Rahmen des Zentralschweizer Polizeikonkordats als Pilotprojekt Polizei XXI</i></p>	<p>Die Vernehmlassung zu einem Konkordatsentwurf ist abgeschlossen. Sieben Projekte zur Zusammenarbeit der Zentralschweizer Polizeikorps sind in Detailplanung.</p>
14	<p>Der Bevölkerungsschutz ist nach dem Leitbild des Bundes im Kanton neu organisiert.</p> <p><i>Die Feuerschutzgesetzgebung ist überprüft.</i></p>	<p>Der Bericht über den vorbeugenden Brandschutz und das Feuerwehrewesen wurde vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Die gesetzlichen Grundlagen sind in Erarbeitung.</p>
16	<p>Für die erweiterte medizinische Grund- und Spezialversorgung bestehen bedarfsgerechte Leistungsaufträge.</p> <p><i>Überarbeitung der Spitalliste gemäss KVG</i></p>	<p>Die Revision KVG ist nach wie vor pendent.</p>
17	<p>Die Psychiatrieversorgung ist in regionalem Rahmen verankert.</p> <p>- <i>Das Psychiatrieangebot von Obwalden/Nidwalden ist auf das Gesamtangebot in der Region mit Luzern abgestimmt.</i></p>	<p>Wird im Rahmen der Spitalregion LU-OW-NW voraussichtlich im 2008 geprüft.</p>

18	<p>Bedarf und Entwicklung der Heim- und ambulanten Pflege sind ermittelt.</p> <p><i>Leistungsauftrag und Finanzierungsregelung für die Spitex sind erneuert.</i></p>	<p>Die Regelungen sind im Mantelerlass zum NFA aufgenommen.</p>
19	<p>Die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung ist an das geänderte KVG angepasst.</p> <p><i>Änderung des kantonalen EG zum KVG</i></p>	<p>Das EG wurde auf den 1. Januar 2007 angepasst.</p>
20	<p>Die kantonale Gesundheitsgesetzgebung und Gesundheitsprävention sind an die Entwicklungen im Bund angepasst.</p> <p><i>Die Vorschriften über die Berufe in der Gesundheitspflege entsprechen den bilateralen Abkommen.</i></p> <p><i>Die Heilmittelverordnung trägt der neuen Bundesgesetzgebung Rechnung.</i></p>	<p>Gemäss Beurteilung der Wettbewerbskommission müssen aufgrund des Binnenmarktgesetzes keine Änderungen vorgenommen werden.</p> <p>Die Übergangsfrist lief Ende 2006 ab. Die Umsetzung ist erfolgt.</p>
21	<p>Der Veterinärdienst der Urschweizer Kantone wird auf eine gemeinsame Grundlage gestellt.</p>	<p>Durch Verzögerungen beim Projekt ist mit der vereinheitlichten Veterinärgesetzgebung nicht vor 2008 zu rechnen.</p>
22	<p>Die Stärkung von Familien und Kindern sowie Personen in Notlagen erfolgt nach den Prioritäten des Sozialhilfeberichts und Integrationsberichts.</p> <p><i>Eine Fachkommission Soziales ist eingesetzt.</i></p> <p><i>Der Vorschlag einer regionalen Amtsvormundschaft liegt vor.</i></p>	<p>Verschoben auf 2007.</p> <p>Nachdem die Gemeinden eine Umsetzung der regionalen Amtsvormundschaft ablehnten, entschied der Regierungsrat mit Beschluss vom 8. November 2005 (Nr. 210), das Projekt nicht weiter zu verfolgen.</p>

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2006	Stand der Erfüllung
<p>Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an den Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuchs (AT StGB); Vollzug der Nachbesserung des Bundes</p>	<p>Die kantonalen Ausführungsbestimmungen wurden – soweit notwendig – angepasst und auf 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.</p>

Nachtrag zur Gerichtsorganisationsgesetzgebung (Anpassung an Bundesgerichtsgesetz)	Start der Umsetzung im Jahr 2007 geplant.
Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch (Anpassung Partnerschaftsgesetz)	Gesetzes- und Berichtsentwurf auf Ende 2006 erstellt.
Neue Feuerwehrgesetzgebung	Konzept vom Regierungsrat verabschiedet. Gesetzliche Grundlagen in Erarbeitung.
Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Vollzug des Projekts „Im Alter in Obwalden leben“)	Schlussbericht wird Frühjahr 2007 vorliegen. Die allfällige Umsetzung der Teilprojekte muss anschliessend vom Regierungsrat beschlossen werden.
Nachtrag zur Verordnung über Baubeiträge an Betagtenheime (Vollzug des Projekts „Im Alter in Obwalden leben“)	Eventuelle Massnahmen aus dem Projekt werden erst im 2007 beschlossen.
Gesetzgebung über Beiträge an die Spixtex (Umsetzung NFA)	Regelungen sind im Mantelerlass NFA aufgenommen.
Interkantonale Vereinbarung über die operative Zusammenarbeit des Kantonsospitals Obwalden mit dem Kantonsspital Nidwalden	Zurückgestellt bis nach der Abstimmung zum Volksbegehren zur Anpassung des Art. 16 Gesundheitsgesetz.
Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Kantone Obwalden, Nidwalden und Luzern betreffend Spitalregion	Zurückgestellt bis nach der Abstimmung zum Volksbegehren zur Anpassung des Art. 16 Gesundheitsgesetz.
Nachtrag zur Vereinbarung über die Aufnahme und Behandlung von Patientinnen und Patienten aus dem Kanton Nidwalden in der psychiatrischen Abteilung am Kantonsspital Obwalden	Vereinbarung ist seit dem 1. Juli 2006 in Kraft
Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (Umsetzung neues Bundesmodell)	Nachtrag ist seit dem 1. Januar 2007 in Kraft
Überarbeitung der Gesetzgebung über den Veterinärdienst (Tierseuchengesetzgebung, Lebensmittelgesetzgebung; Anpassung aufgrund der Regionalisierung des Veterinärdienstes)	Durch Verzögerung beim Projekt ist mit der vereinheitlichten Veterinärgesetzgebung nicht vor dem 1. Januar 2008 zu rechnen.
Nachtrag zum Jugendhilfegesetz und zur Jugendhilfeverordnung (familienergänzende Kinderbetreuung)	Das Projekt konnte aus zeitlichen Gründen im Jahr 2006 nicht realisiert werden.

Nachtrag zur Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Anpassung und Zuständigkeit)	Entwurf und Botschaft wurden vom Kantonsrat verabschiedet. Die revidierte Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen und Inkassohilfe ist auf den 1. Juli 2006 in Kraft getreten.
---	---

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Folgemassnahmen 2006 zur Hochwasserkatastrophe

Koordinationsstelle arbeitete bis Ende 2006

Auch im Jahr 2006 waren diverse Aufgabenstellungen im direkten Zusammenhang mit dem Hochwasserereignis des Vorjahres zu bewältigen. Vor allem die dafür speziell gebildete kantonale Koordinationsstelle leistete noch Monate nach dem Ereignis vielfältige administrative und organisatorische Arbeiten. Mit dem Übergang von der Ereignis- in die Aufräum- und Instandstellungsphase bestand der Schwerpunkt der Tätigkeiten darin, mit den diversen Branchenvertretern im Bereich der Mulden- und Entsorgungsleistungen, der Saug- und Spülwageneinsätze, Wasserschadensanierungen, Transport- und Bauleistungen, das vorgängig verbindlich abgemachte Abrechnungsverfahren zu koordinieren und zu überprüfen. Dieses Vorgehen wurde mit den Vertretern der Privatversicherer über den Schweizerischen Versicherungsverband abgesprochen. Es wurden über diese Koordinationsstelle mehr als 2,5 Millionen Franken an Entsorgungsleistungen direkt abgerechnet und über den Schweizerischen Versicherungsverband eingefordert. Dieses Prozedere hatte zu einer einfachen, unbürokratischen Problemlösung im Zusammenhang mit den Hochwasserschäden beigetragen.

Aufräumarbeiten mit Zivilschutz

Unter der kompetenten Leitung diverser Forstämter konnten in den Monaten Juni, Juli, August und September verschiedene Zivilschutz-Pionierformationen unwetterbedingte Instandstellungsarbeiten in mehreren Obwaldner Gemeinden erledigen. Einige Einsätze waren geländemässig so abgelegen, dass verschiedene Helikoptereinsätze unumgänglich waren.

Schnittstellen Zivilschutz – Feuerwehr geklärt

Anlässlich eines Offizier-Weiterbildungskurses der Obwaldner Feuerwehren wurden die Schnittstellen zwischen Zivilschutz und Feuerwehren nochmals genau aufgezeigt, die während des Hochwassers im Jahre 2005 zu Diskussionen Anlass gaben. Die Feuerwehroffiziere wissen nun, welche Zivilschutzkader in den jeweiligen Gemeinden über welche personellen und materiellen Mittel verfügen.

Weitere amtübergreifende Departementaussagen

Häusliche Gewalt

Seit Herbst 2002 besteht der vom kantonalen Sozialamt und der Kantonspolizei organisierte "Runde Tisch Häusliche Gewalt". Die Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus dem Leiter Kriminalpolizei, dem Leiter kantonales Sozialamt, dem Leiter Schulpsychologischer Dienst, dem Leiter Verhöramt sowie der Gerichtschreiberin Kantonsgericht. Die Hauptaufgaben der Arbeitsgruppe "Runder Tisch gegen Häusliche Gewalt" umfassen die Koordination und Vernetzung aller involvierten Stellen, die Umsetzung Wegweisungsnorm sowie die Prävention.

An der von der Arbeitsgruppe organisierten Informationsveranstaltung vom 10. Mai 2006 stellten die beteiligten Stellen (Verhöramt, Polizei, Kantonsgericht, Frauenhaus Luzern, Fachstelle gegen Männergewalt Luzern und die Opferberatungsstelle Obwalden) ihr spezifisches Angebot vor.

Ebenfalls im Juni 2006 wurde die Broschüre „STOPP GEWALT!“ von der Arbeitsgruppe herausgegeben. Die Broschüre beantwortet Fragen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt und Schutzmassnahmen. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen ist in acht Sprachen übersetzt. Sie kann beim kantonalen Sozialamt bestellt oder auf dessen Homepage ausgedruckt werden.

Interkantonale Zusammenarbeit

Psychiatrie OW/NW

Der Landrat Nidwalden und der Kantonsrat Obwalden stimmten im Mai 2006 der neuen Vereinbarung über die Aufnahme und Behandlung von Patientinnen und Patienten aus dem Kanton Nidwalden in der psychiatrischen Abteilung am Kantonsspital Obwalden zu.

Die Regierungen der Kantone Obwalden und Nidwalden sprachen sich im August 2005 für eine Erweiterung der Psychiatrie am Standort Sarnen aus. Für die Erweiterung um acht stationäre Betten genehmigte der Kantonsrat einen Investitionskredit von 0.7 Millionen Franken. Nachträglich wurde festgestellt, dass beim ursprünglichen Konzept und der Grobkostenschätzung die "alte Bausubstanz" des Gebäudes, sowie die Komplexität der Bedürfnisse einer zeitgemässen Psychiatrie zu wenig berücksichtigt wurden. Der Regierungsrat bewilligte darum zulasten der Staatsrechnung 2006 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von 0.16 Millionen Franken.

NFA

Die Regierungen der Zentralschweizer Kantone sprachen sich aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) im Dezember 2005 für das gemeinsame Erstellen von Grundlagendaten und für die Bedarfsplanung mit Rahmenkonzept für eine interkantonale Zusammenarbeit im Heim- und Betreuungswesen Zentralschweiz aus. Im November 2006 wurden an der Sitzung der Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz die Grundlagendaten präsentiert.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Sicherheitsdialog

Die Kantonspolizei führte den "Sicherheitsdialog" mit den Gemeinden weiter. Das Polizeikommando organisierte wie im letzten Jahr eine Aussprache mit jeder Gemeinde zum gegenseitigen Austausch der aktuellen Anliegen. Die Gemeinden beschäftigen im Sicherheitsbereich insbesondere der zunehmende Vandalismus sowie die immer häufiger festzustellende Jugendgewalt.

Handbücher

In Zusammenarbeit mit den Sozialvorsteherinnen und Sozialvorstehern der Einwohnergemeinden stellte das kantonale Sozialamt das neue Handbuch für private Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Erwachsenenschutz an zwei Weiterbildungsveranstaltungen vor, an denen rund 150 private Betreuungspersonen teilnahmen.

Das kantonale Sozialamt besprach mit den Sozialvorsteherinnen und Sozialvorstehern sowie mit den Sozialdiensten der Einwohnergemeinden insbesondere die An-

wendung des Obwaldner Handbuchs zur Sozialhilfe, die Änderungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich, sowie die neue Wegweisung und das Betretungsverbot der revidierten Strafprozessordnung ab 1. Juli 2006 (Häusliche Gewalt).

Stellungnahme zu den Anmerkungen des Kantonsrats

Zur Polizeipräsenz in den Gemeinden und zur Behebung von Leistungsdefiziten:

Die Kantonspolizei unterstützt die Bemühungen um Ruhe und Ordnung durch vermehrte Präsenz in den Gemeinden. Ständige Kontakte der Gemeinde Engelberg, der Gastronomie/Hotellerie und des Departements sollen Gewähr für ein laufendes Controlling bieten.

Zur Einführung der Bussenkompetenz der Polizei ist die gesetzliche Grundlage in Erarbeitung.

Zur Zeit werden innerhalb der Kantonspolizei die Strukturen sowie die Prozesse optimiert. Mit diesen Massnahmen soll erreicht werden, dass ein Maximum an sichtbarer Präsenz erreicht werden kann.

Zur Umsetzung der familienpolitischen Massnahmen:

Der Kantonsrat nahm den Bericht des Regierungsrats über die Einführung einer Kleinkinderbetreuungszulage vom 17. Oktober 2006 zur Kenntnis und schrieb den Motionsauftrag vom 27. Oktober 2005 ab.

Im Jahr 2007 wird dem Kantonsrat die Gesetzgebung zur Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung vorgelegt.

Ende 2007 wird die Aufgabenerweiterung bezüglich Familienfragen des Sozialamts geklärt sein. Der auf die Kantone zugeschnittene Aufgabenkatalog bezüglich Leistungsauftrag wird geprüft sein und die finanziellen Auswirkungen werden vorliegen.

30 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin nach deren besonderen Anordnung insbesondere bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
	Die Strassenverkehrs- und Schifffahrtsgesetzgebungen sind revidiert.	Gesetzesentwürfe und Botschaft wurden dem Regierungsrat unterbreitet. In Bezug auf den Bereich der Strassenverkehrssteuern ist eine Ergänzung in Erarbeitung.

3000 Departementssekretariat

Bereinigung der Gesetzgebung im Strassenverkehrsrecht

Bereits bei der Gründung des Strassenverkehrszentrums Obwalden – Nidwalden (VSZ), das im Januar 2003 seinen Betrieb aufnahm, war es ein Ziel, die Gesetzgebung im Strassenverkehrsrecht der beiden Kantone im Vollzugsbereich des VSZ soweit wie möglich zu harmonisieren, um diesem seine Arbeit zu erleichtern. Unter der Leitung des Departementssekretariats wurden die Arbeiten zur Gesetzesrevision im Berichtsjahr an die Hand genommen. Es handelt sich hierbei um ein interkantonales Projekt Obwalden/Nidwalden. In beiden Kantonen wird ebenfalls eine Revision der Strassenverkehrssteuern geprüft. Es soll zum einen der sogenannte "Schildertourismus" zwischen den beiden Kantonen unterbunden werden. Zudem wurden in beiden Kantonen gleichlautende Motionen eingereicht zur Anpassung der Bemessungsgrundlagen im Bereich der Motorfahrzeugsteuern im Hinblick auf eine verursachergerechte Steuerbelastung.

Unterstützung der Ämter

Eine Hauptaufgabe des Departementssekretariats ist die Unterstützung der Ämter bei grösseren Geschäften. Im Vordergrund standen insbesondere die Projekte zur Umsetzung der Familienpolitik und Projekte im Sicherheitsbereich. Das Dossier Kantonsspital erforderte auch in diesem Geschäftsjahr besondere Aufmerksamkeit und war sehr zeitintensiv.

Projekt Gefängnis

Das Gefängnis im Kellergeschoss des Polizeigebäudes ist gemäss Beurteilung des Hochbauamts baulich in einem schlechten Zustand und bedarf einer umfassenden Sanierung. Die Mängel sind jedoch nicht so gravierend, dass eine sofortige Schlies-

sung erforderlich wäre, wie Fachpersonen des Bundesamts für Justiz nach einer Besichtigung bestätigten.

Im Hinblick auf eine Sanierung des Gefängnisses werden verschiedene Varianten für die künftige Nutzung erarbeitet und gemeinsam mit dem Hochbauamt die jeweils zu erwartenden Kosten evaluiert. Ziel ist es, dem Kantonsrat bis spätestens Ende 2007 einen Bericht zur Gefängnissanierung zu unterbreiten.

31 Justizverwaltung

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
	Die kantonale Gesetzgebung mit Ausführungsbestimmungen ist dem neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches mit Inkrafttreten 1. Januar 2007 angepasst. Das neue Bundesgerichtsgesetz ist im Kanton eingeführt.	Die kantonalen Ausführungsbestimmungen wurden – soweit notwendig – angepasst und trat auf den 1. Januar 2007 in Kraft. Start der Umsetzung im Jahr 2007 geplant.
	Die kantonale Gesetzgebung ist an das neue Partnerschaftsgesetz angepasst.	Der Vorentwurf liegt vor. Mitberichtsverfahren wurde durchgeführt und ist bereit für erste Lesung im Regierungsrat.

3100 Amtsleitung

Einbürgerungen

Im Bereich des Bürgerrechts wurden in Bezug auf die Erteilung des Schweizerbürgerrechts zwei Einbürgerungssessionen vorbereitet und durchgeführt. 80 ausländische Personen wurden ordentlich eingebürgert. An 32 erleichterten Einbürgerungen wurde mitgewirkt, zwei erleichterte Einbürgerungen wurden wieder für nichtig erklärt. In Bezug auf das Kantonsbürgerrecht wurden zwei Einbürgerungen und eine Entlassung von Schweizer Bürgern vorbereitet.

Bürgerrechtsrevision vom Volk angenommen

Im Rahmen der Bürgerrechtsrevision hiess der Kantonsrat in 2. Lesung die Revision gut. Mit Referendum vom 6. März 2006 verlangte die SVP Obwalden, dass der Nachtrag zum Bürgerrechtsgesetz vom 27. Januar 2006 der kantonalen Volksabstimmung unterbreitet wird. Die Annahme des revidierten Bürgerrechtsgesetzes in der Volksabstimmung vom 21. Mai 2006 erfolgte mit 4180 Ja gegen 2391 Nein.

Bürgerrechtsbeschwerden noch hängig

Beschwerden betreffend Nichteinbürgerung gab es keine. Die von den Gemeinden ans Verwaltungsgericht weitergezogenen drei Beschwerden wurden im Sinne der regierungsrätlichen Rechtsprechung entschieden. Die Beschwerden wurden mit staatsrechtlicher Beschwerde ans Bundesgericht gezogen und sind noch hängig.

Aufsicht über die Gemeinden

Im Rahmen der Aufsicht des Regierungsrates über die Gemeinden gingen 13 Beschwerdefälle ein. Elf Beschwerdefälle konnten erledigt werden. Des Weiteren wurden 16 Gesuche um Vorprüfung und 18 Gesuche um Erlassgenehmigung behandelt. Ausserdem wurden 18 Namensänderungen und drei Steigerungsbewilligungen vorbereitet.

Daneben wurden zahlreiche Mitberichte und Stellungnahmen innerhalb der Verwaltung sowie zuhanden des Bundes vorbereitet.

Datenschutz immer wichtiger

Im Bereich Datenschutz wurden 21 Anfragen einer weiteren Prüfung unterzogen und 15 mit einer schriftlichen und sechs mit einer mündlichen Stellungnahme abgeschlossen. Insbesondere wurde die Überwachung der Benützung der Informatikmittel in der kantonalen Verwaltung (Aufbewahrung der Daten) näher ins Auge gefasst. Die Umsetzung der Verträge von Schengen/Dublin wurde an die Hand genommen, ebenso das in diesem Zusammenhang von den zentralschweizerischen Regierungen beschlossene Projekt eines zentralen Datenschutzorgans.

Gesetzgebung

Neben den bisher erwähnten Gesetzgebungsprojekten (Bürgerrechtsrevision, Ausführungserlasse AT STGB, Schengen/Dublin) konnten schliesslich Arbeiten in folgenden Gesetzgebungsprojekten geleistet werden: Einführung des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare, Umsetzung der Totalrevision der Bundesrechtspflege (inkl. Einführung der eidgenössischen Strafprozess- und Zivilprozessordnung), Nachtrag zur Zivilprozessordnung.

312 Abteilung Betreuung und Konkurs

Pendenzenabbau wird vorangetrieben

Infolge der bis Ende Juni 2006 aufgestockten Pensen der Abteilungsleiterinnen und der neuen 100%-Sachbearbeiterinstelle konnte die Entstehung neuer Pendenzen verhindert und der Abbau der bestehenden Pendenzen weiter vorangetrieben werden. Die älteren Verfahren werden im Frühjahr 2007 erledigt werden, wodurch das Konkursamt künftig seine Aufgaben wieder zeitgerecht erfüllen können.

Im Berichtsjahr wurden 19 neue Konkursverfahren eröffnet, 31 Verfahren konnten abgeschlossen werden. Der Gesamtverlust dieser Verfahren beträgt 27 257 416.80 Franken. Ebenso wurden zwei öffentliche Inventare bearbeitet.

Im Jahre 2006 stellte das Betreibungsamt Obwalden (inkl. Engelberg) insgesamt 5 257 Zahlungsbefehle und 195 Konkursandrohungen aus und führte 3 073 Pfändungsvollzüge durch. Es wurden 1 404 Pfändungs-Verlustscheine in der Höhe von 4 513 450.80 Franken ausgestellt.

3140 Dienststelle Straf- und Massnahmenvollzug

Pendenzensituation der Dienststelle

Das Tempo des Pendenzenabbaus gestaltet sich adäquat. Beim Inkasso stagnieren die Pendenzen, eventuell droht gar ein Anstieg. Die Ressourcen der Dienststelle sind im Augenblick in verschiedenen Projekten innerhalb der Justizverwaltung gebunden (z.B. Umsetzung AT StGB, Reorganisation Gefängnis, Konkordatsrevision usw.).

Vollzugsstatistik

Von den insgesamt 204 Vollzugsangelegenheiten konnten 130 erledigt werden, so dass deren 74 unerledigt ins Jahr 2007 übertragen werden müssen. Insgesamt leisteten im vergangenen Jahr 42 Personen 4420 Stunden gemeinnützige Arbeit (GA) anstelle von 1105 Tagen Haft oder Gefängnis. 15 Personen verbüssten ihre Freiheitsstrafen von insgesamt 217 Tagen im Gefängnis Sarnen, fünf davon im Regime der Halbgefangenschaft. Sechs Personen verbüssten ihre von Obwaldner Gerichten ausgesprochenen Freiheitsstrafen von insgesamt 425 Tagen in auswärtigen Strafanstalten. Insgesamt sechs Personen waren unter Schutzaufsicht. Bei 13 Verurteilten war der Vollzug der Gefängnisstrafe zugunsten einer ambulanten oder stationären Massnahme aufgeschoben.

Gefängnisbelegung Sarnen

Abgesehen von der Belegung durch den Straf- und Massnahmenvollzug waren zwölf Personen auf Anordnung des Verhöramtes und zwei Personen auf Anordnung anderer kantonaler Behörden zusammen 63 Tage in Untersuchungshaft. 20 Asylbewerber standen 384 Tage im Gefängnis Sarnen in Ausschaffungshaft. Zehn Untersuchungshäftlinge, eingewiesen von ausserkantonalen Untersuchungsrichterämtern, verbüssten zusammengenommen 239 Tage U-Haft im Gefängnis Sarnen. Schliesslich waren sechs Personen in polizeilichem Gewahrsam und fünf Personen verbrachten aufgrund einer Arrestation in Rechtshilfe insgesamt 15 Tage im Gefängnis Sarnen.

Inkassostelle in Strafsachen

Die Kantonale Inkassostelle in Strafsachen, welche auch das Inkasso der Jugendanwaltschaft, des Jugendgerichts, des Kantons- und Obergerichts in Strafsachen besorgt, stellte 48 Umwandlungsbegehren, 158 Fortsetzungsbegehren und 195 Beitreibungsbegehren. Zudem mussten 657 zweite und 1130 erste Mahnungen den Schuldnern zugestellt werden.

3112 Zivilstandsdienst

Zivilstandsinspektorat

Das Zivilstandsamt mit Sitz in Sarnen wird für den Kanton Obwalden zentral geführt. Nach dem Ausscheiden der Zivilstandsbeamtin der Aussenstelle Engelberg wurde dieselbe nicht neu besetzt. Die Aussenstelle wird nun versuchsweise während eines Jahres durch die Mitarbeiterinnen des Zivilstandsamtes in Sarnen betreut. Das Zivilstandsamt Sarnen verfügt heute über 260 Stellenprozent; 40% für Engelberg sind weggefallen.

Systematische Rück Erfassung bis auf Engelberg abgeschlossen

Ende 2006 konnte die systematische Rück Erfassung aller nach dem 01. Januar 1988 eröffneten Familienregisterblätter in Infostar für den ganzen Kanton mit Ausnahme von Engelberg abgeschlossen werden.

Laufende Weiterentwicklung von INFOSTAR

Das elektronische Informationssystem Infostar zur Erfassung der zivilstandsamtlichen Daten ist kein abgeschlossenes System. Es musste neu entwickelt werden und

bedarf laufender Optimierungen und Ergänzungen. In den nächsten Jahren sind erhebliche Investitionen zu erwarten. Eine wichtige Änderung brachte die auf den 1. Januar 2007 in Kraft getretene eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare.

3104 Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtverhältnisse

Der Gesamtaufwand der Schlichtungsbehörde blieb im Berichtsjahr im üblichen Rahmen. Im Vordergrund stand vor allem die Beratungstätigkeit inklusive den Rechtsauskünften. Auch in diesem Jahr wurde wiederum eine hohe Zahl von einvernehmlichen Lösungen erzielt (81 von insgesamt 107 erledigten Fällen).

3102 Kommission und Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann Obwalden/Nidwalden

Familie als Schwerpunktthema

Im Zentrum der Arbeit stand das Projekt „Fit für Familien“, das die Fachstelle und die Kommission gemeinsam mit allen Gleichstellungskommissionen der Zentralschweiz und dem Büro des Kantons Luzern durchführen (Dauer des Projektes 2005-2007). Den Höhepunkt stellte 2006 die Tagung vom 9. Juni in Schwyz dar. Schwerpunkte bildeten die Fragen, wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert und mit welchen Rahmenbedingungen eine Gemeinde familienfreundlich werden kann. Auf der projekteigenen Homepage www.fit-fuer-familien.ch finden sich dazu sog. „Best-Practice-Beispiele“ mit gelungenen Aktivitäten und Projekten aus der Zentralschweiz wie auch ein Familienwegweiser mit verschiedenen Inputs und Informationen.

Frau in die Politik

Für die Erhöhung des Frauenanteils in den politischen Gremien haben die Kommission und die Fachstelle im Wahljahr 2006 eine Kartenserie mit verschiedenen Sujets und Sprüchen erarbeitet, die allen Kandidierenden in beiden Kantonen zugestellt und öffentlich aufgelegt wurden. Bei verschiedenen Vakanzen in Obwaldner Kommissionen konnte die Kommission Vorschläge aus dem Frauenpool einreichen.

Schnittstelle Bildung

Im Bildungsbereich waren die Fachstelle und die Kommission für den Tochtertag aktiv und haben auch einen Kurs bei der Weiterbildung für Lehrpersonen eingereicht, der Inputs für die Arbeit mit den Knaben an diesem Tag geben soll.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Kommission und die Fachstelle waren für das Programm und die Einladung zum OW-Frauenfondue 2006 in Giswil zuständig, an dem unter dem Titel „Und die Stimme der Frau zählt doch! Politik damals – und heute?“ berichtet wurde.

Das Bulletin der Fachstelle und der Kommission LEA&LEO erschien dieses Jahr mit einer Auflage von 1000 Exemplaren zweimal.

Die Fachstelle bearbeitete 23 Anfragen aus der Bevölkerung und wurde auch von ausserkantonalen Stellen und Medien zur Situation in Obwalden und Nidwalden kontaktiert.

Die Kommission und die Fachstelle nahmen an drei Vernehmlassungen teil und waren an Tagungen, Veranstaltungen und Vernetzungstreffen aktiv dabei.

3106 Steuerrekurskommission

Im Jahr 2006 übernahm die Steuerrekurskommission 14 hängige Verfahren aus der Vorperiode. Als Eingänge waren im Jahr 2006 38 Fälle (2005: 25 Eingänge) zu verzeichnen.

Die Steuerrekurskommission erledigte an drei Sitzungen 37 Verfahren. Davon wurden vier Verfahren an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Für die an den letzten Sitzungen erledigten Fälle läuft die Rechtsmittelfrist noch.

3110 Notariatskommission

Informationsveranstaltungen

Die Notariatskommission des Kantons Obwalden führte im Jahre 2006 zwei Informationsveranstaltungen durch. Die erste Veranstaltung richtete sich an die Notarinnen und Notare des Kantons Obwalden. Dabei referierten insbesondere Frau Dr. iur. Christina Schmid-Tschirren (Chefin eidg. Amt für Grundbuch und Bodenrecht) über die anstehende Revision des Zivilgesetzbuches sowie die Steuerverwaltung Obwalden über das neue Steuergesetz des Kantons Obwalden. Die zweite Veranstaltung zum Thema „Geplante Umsetzung der revidierten Gesetzgebung bezüglich der Schuldbriefe“ (Einführung von Inhaberschuldbriefen ohne Belastungsgrenze) richtete sich an die Notarinnen und Notare des Kantons Obwalden sowie die ortsansässigen Bankinstitute.

Aufsichtsfunktion

Ferner hatte die Notariatskommission als Aufsichtsbehörde im Jahre 2006 über die Entbindung einer Urkundsperson vom Notariatsgeheimnis (im Zivilprozess) zu entscheiden und musste wegen Pflichtverletzungen oder Ordnungswidrigkeiten von Urkundspersonen zwei Verfahren eröffnen.

3108 Anwaltskommission

Im Berichtsjahr fällte die Anwaltskommission zwei Disziplinarscheidungen. Ein Disziplinarscheid ist noch hängig. Ein Disziplinarfall ging im Berichtsjahr neu ein.

Die Anwaltskommission führte eine Anwaltsprüfung durch und verlieh einem erfolgreichen Kandidaten das Anwaltspatent.

Präzedenzfall

Mit Beschluss vom 29. Mai 2006 bewilligte die Anwaltskommission das Gesuch um Führung einer Anwaltskanzlei in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Soweit ersichtlich, handelt es sich um den ersten Entscheid einer kantonalen Aufsichtsbehörde, bei dem es um die Frage geht, ob Anwälte und Anwältinnen, die in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft organisiert sind bzw. bei einer solchen Gesellschaft angestellt sind, ins Anwaltsregister eingetragen werden können. Zwar kann die Aktiengesellschaft als juristische Person nicht ins Anwaltsregister eingetragen werden.

Dennoch erachtete es die Kommission als erwiesen, dass das Anstellungsverhältnis der Anwältinnen und Anwälte die geforderte Unabhängigkeit und die Einhaltung der Berufspflichten nicht beeinträchtigt, da die Aktiengesellschaft von den Anwältinnen und Anwälten selbst kontrolliert werde, d.h. also von Personen, die selbst in einem Anwaltsregister eingetragen sind.

32 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus, ist durch Aufklärung und Präsenz präventiv tätig, leistet Hilfe an die Bevölkerung und ist ständig erreichbar. Es sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt, bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet. Die neu als Abteilung in die Kantonspolizei integrierten Bereiche Militär und Bevölkerungsschutz umfassen die Dienststellen Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Ihnen obliegt der Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlage bei Katastrophen und in Notlagen sowie im Falle eines bewaffneten Konfliktes. Sie tragen dazu bei, Schäden zu begrenzen und zu bewältigen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
	Anpassungen Polizeifunknetz Ersatz-Nachrüstung 2006 – 2007	Die Abklärungen zur technischen Umsetzung und zum finanziellen Aufwand sind erfolgt. Das Projekt befindet sich in der letzten Phase vor der Entscheidung. Zur Diskussion stehen die Varianten „Up Grade“ oder „Polycom“.
11	Die Projekte Polizei XXI sind weiter geführt.	Die Vernehmlassung zu einem Konkordatsentwurf ist abgeschlossen. Sieben Projekte zur Zusammenarbeit der Zentralschweizer Polizeikorps sind in Detailplanung.
	Die Aufgaben- und Organisationsanalyse der Kapo ist erfolgt.	Bericht zur Analyse von Grundauftrag, Organisation und Rechtsgrundlagen der Kantonspolizei wurde dem Regierungsrat unterbreitet. Dieser erteilte mit Beschluss vom 27. Juni 2006 (Nr. 649) Folgeaufträge.
	Das kantonale Zivilschutzkonzept ist umgesetzt (Überführungskosten).	Die Umsetzung ist abgeschlossen.
14	Die Totalrevision Feuerschutzgesetzgebung ist erfolgt.	Der Bericht über den vorbeugenden Brandschutz und das Feuerwehrwesen wurde vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Die gesetzlichen Grundlagen sind in Erarbeitung.
	Der Neu- oder Ausbau Stützpunktfeuerwehr ist durch einen Beitrag erfolgt.	Ist erfüllt

3200 Kommando

Überprüfung Grundauftrag und Organisation

Im Auftrag des Regierungsrats erfolgte eine umfassende Überprüfung der Kantonspolizei, unterteilt in zwei Teilbereiche. Einerseits beurteilte Rolf Oetinger, Sys Unternehmens- und Verwaltungsentwicklung, Laufenburg, in Zusammenarbeit mit der Korpsleitung die Organisation und den Mitteleinsatz bezogen auf die Aufträge. Andererseits ging es um Aufgaben und Handlungsspielraum im Recht, erarbeitet durch Dr. Guido Cotter, Sarnen.

Zusammenfassend ergeben sich die Schlussfolgerungen, dass der Kanton über eine gute Polizeiorganisation verfügt. Lücken bestehen, die meisten Aufgaben können jedoch mit einem Wirkungsgrad von 70 – 90 % erfüllt werden. Das Polizeigesetz aus dem Jahr 1972 ist veraltet und wird zur Revision empfohlen.

In Kenntnisnahme der Berichte formulierte der Regierungsrat die weiteren Aufträge. Neben der Schaffung eines neuen Polizeigesetzes in der laufenden Legislatur sind die Möglichkeiten der Auftragserfüllung bezogen auf den bisher sehr offen gehaltenen Leistungsauftrag weiter und detaillierter zu prüfen. Dabei sollen auch Wirkungsdefizite in Kauf genommen und eine verstärkte interkantonale Zusammenarbeit in die Überlegungen miteinbezogen werden.

Funksystem

In Weiterführung des laufenden Vorprojekts zur Realisierung eines neuen Funksystems erfolgten vertiefte Abklärungen zur bereits früher erarbeiteten Variante POLY-COM. Dabei ging es insbesondere darum, Kosteneinsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Diese Prüfung ist erfolgt, die Einsparungsmöglichkeiten zu den einzelnen Varianten sind in einem Bericht beschrieben. Da es sich nicht nur um ein Funksystem für die Polizei, sondern vielmehr um die künftige Einsatzkommunikation zwischen Führungs-, Rettungs- und Sicherheitsorganisation (BORS) handelt, sind bis zu einer Variantenentscheidung des Regierungsrats noch weitere Grundlagen zusammen mit den beteiligten Organisationen einzuholen.

Polizei XXI: neuer Konkordatsentwurf als Meilenstein

Seit rund drei Jahren wird innerhalb der Zentralschweizer Polizeikorps das Projekt Polizei XXI (P XXI) bearbeitet. Nach wie vor werden von den insgesamt sieben beteiligten Polizeikorps die sieben Projekte Logistik, Schwerverkehr, Seepolizei, Dienst-hundewesen, Ordnungsdienst, Intervention und Gemeinsame Einsatzleitzentrale bearbeitet. Als Querschnittsprojekt wurden die Bereiche Recht und Finanzen definiert, so dass aktuell neun Arbeitsgruppen ihre Arbeit leisten.

Der Entwurf eines neuen Konkordatstextes wurde bei den Kantonsregierungen in Vernehmlassung gegeben, die Ende 2006 abgeschlossen war. Nach einer Grund-satzentscheidung zu den Vernehmlassungsergebnissen im Frühjahr 2007 wird definiert werden, auf welchen Zusammenarbeitsformen das künftige Konkordat basiert.

IPH: eine Schule ist am Entstehen

Der Aufbau der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH), läuft planmässig. Besonders erfreulich ist die Entwicklung im Bereich der Bauten. Die offizielle Neubau-Aufrichte des Neubaus Lernrevier fand am 26. Januar 2007 statt.

Die Richtziele zu den sieben Fächergruppen zur Grundausbildung des Polizisten I sind bestimmt, die Lektionentafel wurde durch den Schulrat genehmigt. Die Erarbeitung der Lehrpläne ist abgeschlossen, bis Ende März 2007 sind die Lektionen definiert und den eingesetzten Lehrpersonen zugeteilt.

Zusammen mit dem Ausbildungsbereich wurde ein Gastronomie-Konzept erarbeitet und durch den Schulrat genehmigt.

Im Herbst 2006 wurden der vierjährige Leistungsauftrag, das Budget 2007 und der Mittelfristenplan 2008-2011 durch die Konkordatsbehörde genehmigt.

3201 Verkehrs- und Sicherheitspolizei

Nachtruhestörung, Unfug, Vandalismus

Was seit längerer Zeit in Ballungszentren beobachtet werden kann, nimmt immer mehr auch im Kanton Obwalden zu. Gezielte Provokationen, Nachtruhestörungen und grober Unfug – aber auch sinnlose Zerstörung von fremdem Eigentum – sind im Zunehmen begriffen. Oftmals sind die Aktionen mit übermässigem Alkoholkonsum verbunden.

Auffallend ist insbesondere eine hohe Gewaltbereitschaft männlicher Jugendlicher zwischen 14 und 18 Jahren. Widerhandlungen werden oft in Gruppen begangen, erfolgen rasch und verdeckt und sind seitens der Strafverfolgungsbehörden nur schwer zu ahnden. Die Gründe für das Verhalten dieser Jugendlichen sind vielfältig. Zu nennen sind Drogen, übermässiger Alkoholkonsum, Langeweile. Eine Gegenstrategie ist schwierig. Wichtig ist die Zusammenarbeit aller möglichen Stellen. Einen Beitrag können Beratungsstellen, Gastro-Betriebe, Schul- und Gemeindebehörden aber auch Jugendorganisationen leisten, handelt es sich doch weitgehend um eine gesellschaftliche Entwicklung und damit um ein Phänomen, welches nur in diesem Verbund erfolgversprechend angegangen werden kann.

3202 Kriminalpolizei

Fallzahlen 2006

Es wurden insgesamt 4308 Anzeigen bearbeitet, was im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg von 301 Anzeigen gleichkommt. Erfreulich ist die Entwicklung bei den Einbruchdiebstählen. Nach dem Rückgang im Vorjahr musste kein erneuter Anstieg verzeichnet werden. Anders sieht es bei Vergehen und Verbrechen gegen Personen aus. Von Tötlichkeiten über Körperverletzung bis hin zu Sexualdelikten kam es zu deutlich mehr Ermittlungsverfahren (2006: 102 Anzeigen; 2005: 52 Anzeigen). Das dürfte auch Ausdruck der gesteigerten Sensibilisierung im Bereich der Häuslichen Gewalt sein.

Umstellung auf neue Polizei-Informatik ABI 3.0 zusammen mit dem Kanton Nidwalden

Bezüglich EDV stand das vergangene Jahr ganz im Zeichen der Umstellung auf die neue Polizei-Informatik ABI 3.0. Neben der zentralen Datenhaltung sind Journalführung, Rapportierung, Datenaustausch mit Fahndungssystemen usw. möglich. Im Vordergrund der Umstellung stand die Einmalerfassung von Daten, klare Löschrufen und der automatisierte Datenabgleich mit anderen Systemen. Das automatische Bü-

roinformationssystem löst eine Vorgängerversion ab, welche in allen ABI-Kantonen in sehr unterschiedlichen Varianten im Einsatz stand. Der Projektstart erfolgte im 2005 zusammen mit dem ILZ und dem Kanton Nidwalden. Neben umfangreichen Codeanpassungen galt es auch Arbeitsabläufe neu zu definieren, Daten zu übernehmen und die gesamte Mannschaft auf das neue System einzuführen. Laufende Systemanpassungen des Herstellers flossen und fliessen noch immer ein. Gesetzliche Anpassungen im Bereich der Strafrechtspflege usw. werden auch weiterhin laufend Anpassungen erfordern. Mit Blick auf die Ratifizierung der bilateralen Verträge mit der EU und dem damit verbundenen Beitritt zum Schengener Polizeiübereinkommen werden noch mehr Systemergänzungen erforderlich werden. Die ganze Umstellung erforderte einen erheblichen internen personellen Aufwand. Als positiv erwies sich die gemeinsame Projektarbeit mit der Kantonspolizei Nidwalden und der Leitung des ILZ.

325 Militär und Bevölkerungsschutz

3250 Zivilschutz

Unterstützung durch Zivilschutz

Zivilschutzeinsätze zugunsten der Gemeinschaft wurden Ende Jahr für das Internationale Schanzenspringen in Engelberg und für den FIS Nachtslalom auf Stöckalp erbracht. Zwischen 25 – 30 Zivilschutzeingeteilte leisteten über mehrere Tage an beiden Anlässen wertvolle Arbeit.

3251 Schadenwehr (Feuerwehr)

Weniger Ausrücken – mehr Alarm

Die Ernstfalleinsätze im Jahre 2006 hielten sich in Grenzen. Bei einem Dachstockbrand im Juli an der Wilerstrasse in Sarnen kam erstmals der Hubretter zu einem grösseren Ernstfalleinsatz. Mit massivem Löschwasserangriff konnte das offene Schadenfeuer sehr schnell niedergeschlagen und die Übergriffsgefahr auf die Nachbargebäude gebannt werden. Auch in den andern Gemeinden waren glücklicherweise weniger Schadenereignisse als in den Vorjahren, die zu Feuerwehreinsätzen geführt haben, zu verzeichnen. Auch die Stützpunkteinsätze auf der Autobahn und der Beizug der Feuerwehren bei weiteren Hilfeleistungen liegen im Mehrjahresdurchschnitt unter dem Mittelwert. Hingegen nahmen die Falsch- und Fehlalarme der Brandmeldeanlagen massiv zu.

Anlass zum Feiern

Die Feuerwehren Alpnach und Lungern durften zwei neue Einsatzfahrzeuge in Betrieb nehmen. Die Feuerwehr Sachseln konnte letztes Jahr ein neues Feuerwehrdepot beziehen.

Auswirkungen des NFA

Im Hinblick auf die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) per 1. Januar 2008 liess das Bundesamt für Strassen ASTRA einen Expertenbericht erstellen, mit dem Ziel, die heutige Regelung

zu untersuchen und Vorschläge zur Effizienzsteigerung der Feuer-, Chemie-, Öl- und Strahlenwehren auf Nationalstrassen zu erarbeiten. Auch der Kanton Obwalden setzte sich mit dem vorliegenden Expertenbericht auseinander und nahm vor allem zum Entwurf für die Neuregelung der finanziellen Entschädigung der Schadenwehren Stellung.

Instruktoren

Seit Ende 2006 stehen dem kantonalen Feuerwehrinspektorat vier neue Feuerwehrinstruktoren zur Verfügung, die im September 2006 den Schweizerischen Basiskurs mit Erfolg absolviert haben. Mit gesamthaft 21 Instruktoren konnten in enger Zusammenarbeit mit dem Feuerwehrinspektorat Nidwalden die vielen kantonalen Feuerwehrkurse für Kader und Mannschaft durchgeführt werden. Das Schwergewicht der Ausbildung lag im einwöchigen Offizierskurs und in der mehrstufigen Atemschutzaus- und -weiterbildung.

Inspektion

Die Feuerwehren der Gemeinden Engelberg, Sarnen und Sachseln sowie die Betriebsfeuerwehr Sika Sarnafil AG wurden letzten Herbst turnusgemäss je einer Inspektion unterzogen. Alle Feuerwehren erfüllten dabei das Inspektionsziel. Die daraus festgestellten Mängelpunkte wurden schriftlich festgehalten und fliessen in das aktuelle Ausbildungsprogramm ein.

3255 Kreiskommando

Zeughaus Sarnen

Was die Schweizer Armee betrifft, so war das Jahr 2006 geprägt durch das neue militärische Stationierungskonzept. Unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen wurde entschieden, dass im Kanton Obwalden künftig keine Retablierungsstelle mehr betrieben wird. Bis anhin wurden diese Aufgaben durch das Eidg. Zeughaus in Sarnen per Leistungsvertrag wahrgenommen. Neu werden die Angehörigen der Armee den militärischen Retablierungsstellen in Stans und Luzern zugewiesen. Gleichzeitig wird auch das Vorortlager der Logistikbasis in Othmarsingen von Sarnen nach Emmen verlegt.

Rekrutierung – Entlassung

An fünf Orientierungsveranstaltungen wurde knapp 220 Teilnehmenden das militärische Rekrutierungsprozedere vorgestellt und damit gute Rahmenbedingungen für die militärische Karriereplanung geschaffen. Ende Oktober wurden etwa 160 Armeeangehörige aus der Militärdienstplicht entlassen. Das entsprechende Abrüstungsprozedere fand unter aktiver Beihilfe der Bundesangestellten der Logistikbasis der Armee in den Räumlichkeiten des ehemaligen Eidgenössischen Zeughauses in Sarnen statt.

3257 Kantonaler Führungsstab

Ereignisverlauf

Grössere Natur- oder andere Ereignisse, welche einen Einsatz notwendig gemacht hätten, blieben 2006 aus. Damit konnten sich die Verantwortlichen einerseits auf die Nachbearbeitung des Hochwassers 2005 und andererseits auf die Weiterentwicklung der Stabsorganisation konzentrieren. Die Anpassung der Stabszusammensetzung und damit der Einbezug weiterer Funktionäre ist Teil der laufenden Optimierung. Materiell konnte eine Funkverbindung als Notkommunikation zu den Gemeinden realisiert, eine Anzahl mobiler Funkgeräte und EDV-Mittel für den Stabseinsatz beschafft werden.

Weiterentwicklung und Ausbildung

Zur Aufarbeitung der Führungsunterlagen, Überprüfung des Organigramms sowie zur Schulung des Stabs konnte eine spezialisierte Firma beigezogen werden. Diese wird nach einem detaillierten Vorgehensplan vorhandene Grundlagen prüfen, Anpassungen vorschlagen und mit definierten Szenarien Stabsrahmenübungen und Seminare durchführen. Vorgesehen ist auch die Möglichkeit einer modulartigen Weiterführung dieser Zusammenarbeit mit dem Ziel, eine gewisse Kontinuität in die Stabstätigkeit und -entwicklung zu bringen.

34 Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die aufgrund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt für die Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung der Bevölkerung und stellt die Koordination mit dem Laboratorium der Urkantone sicher, welches insbesondere die Vollzugsaufgaben in den Bereichen Lebensmittelgesetzgebung, Veterinärwesen, Giftgesetzgebung, Stoffverordnung sowie Gewässer- und Umweltanalytik erfüllt.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
14	<p>Koordinierter Sanitätsdienst</p> <p>Umsetzung des neuen Gesetzes/Verordnung KSD:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Überarbeitung Konzept KSD - Vereinbarung für Zusammenarbeit mit NW für KSD in Engelberg - Vereinbarung für Bereiche CARE/Psych. Betreuung 	<ul style="list-style-type: none"> - Das Konzept vom 11. Mai 2006 wurde vom Regierungsrat genehmigt mit Beschluss Nr. 651 vom 27. Juni 2006. - Die Vereinbarung wurde am 27. Juni 2006 abgeschlossen. - Die Vereinbarung wurde am 5. September 2006 abgeschlossen.
16	<p>Operative Zusammenarbeit OW/NW: Vereinbarung zwischen beiden Regierungen</p> <p>Zusammenarbeit LU-OW-NW: Vereinbarung zwischen den Regierungen</p>	<p>Beide Vereinbarungen zurückgestellt bis nach der Abstimmung zum Volksbegehren zur Anpassung des Art. 16 Gesundheitsgesetz</p>
17	<p>Psychiatrie Obwalden/Nidwalden</p> <p>Revision der Vereinbarung OW/NW betr. Erweiterung der PONS im 4. Stock (Erweiterung von 17 auf 25 stationäre Betten) (Investitionen unter Hochbau 6173)</p>	<p>Die Vereinbarung ist seit dem 1. Juli 2006 in Kraft.</p>
18	<ul style="list-style-type: none"> - Leistungsauftrag und Finanzierungsregelung für die Spitex sind festgelegt. - Weiterführung des Projekts "Im Alter in Obwalden leben" - Vorbereitung Revision Gesundheitsgesetz und Verordnung über die Baubeiträge 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Regelungen wurden in Mantelerlass NFA aufgenommen. - Die Verabschiedung des Schlussberichts ist im März 2007 vorgesehen. - Gestützt darauf Erarbeitung der Revision Gesundheitsgesetz und Verordnung über Baubeiträge

	- Gesundheitsförderung: Projekt "ALCOHOL" ist in Umsetzung.	- Ist umgesetzt.
19	Nachtrag/Totalrevision zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz im Bereich IPV, damit das neue Bundesmodell ab 2007 umgesetzt werden kann	Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz auf 1. Januar 2007 in Kraft getreten

3400 Amtsleitung

KSD-Konzept

Die Fachgruppe Koordinierter Sanitätsdienst (KSD) erarbeitete mit Unterstützung des Gesundheitsamts ein Konzept über die Organisation des Sanitätsdienstes bei Katastrophen und in Notlagen. Der KSD unterstützt das öffentliche Gesundheitswesen mit koordiniert eingesetzten Mitteln des Bevölkerungsschutzes, privater Organisationen, anderer Kantone und der Armee, um die Patientinnen und Patienten bei Katastrophen oder in Notlagen bestmöglichst zu versorgen.

Mit dem Samariterverband Unterwalden und dem Care Team Zentralschweiz wurden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen, um den Einsatz im Rahmen des KSD sicherzustellen.

3406 Schulgesundheitsdienst

Arbeitsgruppe Schulgesundheit

Die Arbeitsgruppe traf sich zu zwei Sitzungen. Um in Zukunft eine höhere Einlösquote der Gutscheine zu erreichen wurde der Schulgesundheitsdienst beauftragt, bis Mai 2007 Massnahmen zu entwickeln.

Ärztliche Eintrittsuntersuche

Die Einlösquote ist mit rund 71 Prozent gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Die Gemeinden Sachseln (65 Prozent) und Engelberg (63 Prozent) weisen die tiefste Einlösungsquote auf.

Verhalten/Psyche: Bei Erhebungen zeigen vier Prozent der Kinder eine Auffälligkeit. Es dürfte sich dabei vor allem um Kinder mit einem sogenannten ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitäts-Syndrom) handeln. Diese werden üblicherweise von der Lehrperson erfasst und dem schulpsychologischen Dienst zugewiesen.

Herz/Lunge: Die genauen Diagnosen sind nicht bekannt. Obwohl Herzfehler meist vor dem Eintritt in den Kindergarten entdeckt werden, finden sich immer wieder solche Krankheitsbilder. Darum ist der finanzielle Aufwand für diese Untersuchungen gerechtfertigt.

Genitalien: Bei fast fünf Prozent der untersuchten Kinder wird ein Krankheitsbild festgestellt. Grösstenteils handelt es sich dabei um Knaben mit behandlungsbedürftigen Problemen der Hodenlage.

Visuskontrollen

Im Schuljahr 2005/2006 wurden wiederum sämtliche 392 Kindergartenkinder untersucht. Dabei wurde bei vier Kindern eine schwere Amblyopie (massive Sehschwäche) diagnostiziert. Das Resultat unterstreicht die Wichtigkeit der Screeninguntersuche. Im zehnten Altersjahr hört die Entwicklungsfähigkeit der Augen auf, danach sind keine Verbesserungen mehr möglich.

Bei 14 Kindern wurde zudem eine mittelschwere behandlungsbedürftige Amblyopie und bei fünf Kindern ein Schielen festgestellt.

Haltungskontrollen

Bei 421 Kindern wurde im 5. Schuljahr die Körperhaltung kontrolliert. Durchschnittlich finden sich 10 Prozent haltungsschwache Kinder. Die Haltungsinsuffizienz wird einerseits durch die Psyche und andererseits durch gesellschaftliche Aspekte und das Freizeitverhalten wesentlich beeinflusst.

Bei acht Prozent der Knaben und fünf Prozent der Mädchen wurde eine Seitenverkrümmung (Skoliose) der Wirbelsäule festgestellt. Defizite können durch eine gute Haltung, genügend Bewegung und Sport reduziert werden. Wichtig sind unter anderem die Turnlektionen in der Schule.

Gesundheitsberatungsgespräch im 9. Schuljahr

Von den Gemeindeärzten wurden 25 Klassengespräche organisiert und durchgeführt. Die Informationen und Hinweise auf die verschiedenen Beratungsstellen wurden sehr geschätzt. Viele Jugendliche sind stolz darauf, Nichtraucher zu sein. Gewalt und Pornografie im Internet verunsichert viele Jugendliche. In der Gemeinde Kerns wurden die Schülerinnen und Schüler zusätzlich über die Zeckenimpfung informiert.

Die vier häufigsten Themen der Lektionen waren: Alkoholkonsum / Rauschtrinken, Zukunftsängste, Sexualität und Essstörungen. Zudem wurden weitere gesundheitsrelevante Themen wie illegale Drogen, Stimmung und Gefühle, Aussehen, Diäten und Übergewicht, Körperhaltung, Krebs sowie Impfungen in den Klassengesprächen diskutiert. Der Gesundheitszustand der Jugendlichen wird auch dieses Schuljahr als gut bezeichnet. Den Gutschein für ein individuelles Beratungsgespräch haben 25 Jugendliche in Anspruch genommen.

Kariesprophylaxe greift

30 Prozent der untersuchten Kinder mussten sich einer Behandlung unterziehen, 39 Prozent waren ohne Befund und 31 Prozent waren sogar karies- und füllungsfrei. Die durchschnittlichen Kosten für eine Zahnbehandlung betragen Fr. 197.– pro Kind.

Die Gesamteinlösquote der Gutscheine für Zahnuntersuchungen betrug 78 Prozent. Die Verteilung auf die Gemeinden präsentiert sich wie folgt: Lungern 90 Prozent, Giswil und Kerns 83 Prozent, Sarnen 79 Prozent, Sachseln und Alpnach 78 Prozent und Engelberg 55 Prozent.

3409 Prämienverbilligung Krankenkassen

Die Gesetzgebung wurde so vorbereitet, dass ab 2007 ein Anspruch auf Prämienverbilligung besteht, soweit die kantonalen Durchschnittsprämien der obligatorischen

Krankenpflegegrundversicherung 7.25 Prozent (Vorjahr 7,0 Prozent) des anrechenbaren Einkommens übersteigen.

Bei Kindern/Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ausbildung mit einem anrechenbaren Einkommen bis Fr. 50 000.– darf die Prämienverbilligung 50 Prozent der kantonalen Durchschnittsprämie nicht unterschreiten (Mindestanspruch).

Einerseits werden die Krankenkassenprämien wie jedes Jahr steigen, andererseits werden vom Bund und Kanton auch höhere Prämienverbilligungsbeiträge ausgerichtet:

Bezugsjahr	Finanzkraft-Punkte	Bundesbeitrag in Mio. Franken	Kantonsbeitrag in Mio. Franken	*Total in Mio. Franken
2001	40	12,6	1,7	14,3
2002	35	13,7	1,6	15,3
2003	35	13,8	1,6	15,4
2004	30	14,4	1,2	15,6
2005	30	14,6	1,3	15,9
2006	30	15,5	1,3	16,8
2007	30	16,3	1,3	17,6

* ohne Übertrag aus dem Vorjahr

3410 Gesundheitsförderung Obwalden/Nidwalden

Die Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention setzte im Berichtsjahr ihren Schwerpunkt in Alkoholprävention und Jugendschutz sowie in die Prävention und Gesundheitsförderung von Familien, Schulen und Vereinen.

Die gesunde Familie

Die Familie ist einer der wichtigsten Einflussfaktoren für Babys, Kleinkinder, Kinder im Schulalter und für Jugendliche. Deshalb thematisierte die Fachstelle im Rahmen der Ausstellung "Kleine Kinder – Lust & Last" die gesunde Familie. Dazu lud die Fachstelle Familien-Organisationen aus den Kantonen Obwalden und Nidwalden zu einem Workshop ein. Ziel war es, zusammen mit den Organisationen aufzuzeigen, was eine gesunde Familie ausmacht, wo Ressourcen und Defizite sind. Es zeigte sich, dass Massnahmen, die im Familienleitbild der beiden Kantone bereits gefordert wurden, auch eine gesunde Familie ausmachen.

Die Fachstelle beteiligte sich an der Umsetzung der nationalen Kampagne "Stark durch Erziehung". Eltern sollen in ihren Erziehungskompetenzen gefördert werden. Der Start der Umsetzung des Projekts ist auf Juni 2007 geplant und dauert bis Ende 2008.

Projekte der Gemeinden

Der Aktionsplan ALCOHOL? zeigt Wirkung. So wurden etliche Gemeinden aktiv und führten Aktionen zur Alkoholprävention mit Jugendlichen durch. Dabei wurden die Gemeinden Engelberg, Sachseln und Kerns in ihren Anliegen beraten. Sachseln ist

die erste Gemeinde, die Frauen mittels "Femmes-Tischen" in ihrer Erziehungsarbeit stärken will. So wurden seitens der Fachstelle Frauen zu Moderatorinnen ausgebildet. Die Moderatorinnen initiieren Frauentische und führen bei Gastgeberinnen Erziehungsdiskussionen mit fünf bis acht Teilnehmerinnen zu einem ausgewählten Thema durch.

Der "Saftlade", die alkoholfreie Bar zum Mieten, hat neu eine Mix- und Shakercrew, bestehend aus zwölf Jugendlichen, welche Mix- und Shakerkurse anbieten. Jugendliche werden damit animiert, von der feinen, alkoholfreien Alternative Gebrauch zu machen oder sogar selber das Mixen und Shaken der Drinks zu erlernen.

Engelberg und zehn Gemeinden aus dem Kanton Nidwalden verpflichteten sich im Verbund zu handeln und das Alkoholproblem anzugehen. Aus den politischen Gemeinden und Schulgemeinden wurde eine Steuergruppe gebildet. Die Fachstelle führte mit 120 Schlüsselpersonen dieser Gemeinden eine Situationsanalyse durch. Eine zweite Analyse wurde mit 70 Jugendlichen und jungen Erwachsenen dieser Gemeinden durchgeführt. Ziel der Analysen war es, Problemfelder und Ressourcen der Gemeinden aufzuzeigen und mögliche Handlungsansätze in der Alkoholprävention und im Jugendschutz abzuleiten. Es wurden verschiedene Themenschwerpunkte durch die Steuergruppe beschlossen, die in den Jahren 2007 bis 2009 geplant und umgesetzt werden.

Aktivitäten in den Schulen

Im Berichtsjahr fanden zahlreiche Einsätze in den Bereichen Mobbing, Gewalt, Sucht, Bewegung und Ernährung statt.

An der Orientierungsstufe der Schulen wurden schulhausinterne Weiterbildungen zur Alkoholprävention durchgeführt. In Sachseln fand anschliessend eine sehr erfolgreiche Projektwoche statt.

Erstmals wurde in Zusammenarbeit mit anderen benachbarten Kantonen ein Impuls- und Vernetzungstreffen "Gesunde Schulen Zentralschweiz" durchgeführt. Das hochaktuelle Thema war: Virtuelle Welten – Schule im Zeitalter von Chatten, Games & Co. Die Veranstaltung in Luzern beinhaltete Referate und Workshops und wurde von über 140 Lehrpersonen besucht.

Zum Thema "Gesundes Körpergewicht" wurden Schulen begleitet, die einen Znüni-Markt in ihrer Schule installieren wollten.

Projekte in Vereinen

Die Webseite www.jugendschutz-zentral.ch wurde insgesamt 5 712 mal angeklickt und es wurde in 12 411 Seiten hineingeschaut. Mittels Internetseite nutzen die Vereine die Möglichkeit, Hinweisschilder sowie farbige Bänder zu bestellen und somit den Jugendschutz einzuhalten.

In Zusammenarbeit mit den Gemeinden Engelberg und Ennetbürgen wurden Workshops mit Vereinsverantwortlichen zum Thema "Wie können Jugendschutzmassnahmen an Veranstaltungen umgesetzt werden?" durchgeführt.

"Voilà" ist ein Programm in Suchtprävention der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV und wird unterstützt von Gesundheitsförderung Schweiz. Das Hauptthema 2006 war gender-sensibles Arbeiten in Kinder- und Jugendlagern. In den Kantonen Obwalden und Nidwalden wurde das Thema *Gender*

im Ausbildungsweekend von Blauring, Jungwacht und Pfadi und in den Sommerlagern umgesetzt. Die Fachstelle leistete dabei fachliche Unterstützung.

"cool and clean" ist ein Programm von Swiss Olympic zur Prävention in Sportvereinen. Als Projektpartner verpflichtete sich die Fachstelle für die Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter.

"Schritt um Schritt" – Gesundes Körpergewicht: Ein Projekt der kantonalen Verwaltung

In Zusammenarbeit mit dem Personalamt wurden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der kantonalen Verwaltung und deren Besucher und Besucherinnen zum Thema *Bewegung* mit Hinweistafeln "Willkommen am Fitnessgerät Treppe" sensibilisiert.

3420 Kantonsspital Obwalden

Kantonsspital in Unruhe

Am 22. September 2005 fiel der politische Entscheid zur Erhaltung des Spitals am Standort Sarnen. Die Volksinitiative mit dem gleichen Ziel wurde zurückgezogen. Am 27. Januar 2006 wählte der Kantonsrat in die Aufsichtskommission des Kantonsspitals zwei neue Mitglieder.

In einem nächsten Schritt wurden Abklärungen zur strategischen Ausrichtung des Kantonsspitals an die Hand genommen. In diesem Zusammenhang stellte sich die Frage der organisatorischen Ausgestaltung der weiteren Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Nidwalden. Der Regierungsrat beschloss, ein gemeinsames strategisches Organ der beiden Spitäler zu prüfen. In der Folge wurde eine Volksmotion, sodann ein Volksbegehren zur Anpassung des Art. 16 Gesundheitsgesetz eingereicht mit der Begründung, die Eigenständigkeit des Kantonsspitals Obwalden sei zu wahren.

Anfangs November 2006 gaben der Präsident der Aufsichtskommission sowie ein Kommissionsmitglied ihren Rücktritt bekannt. Im Januar 2007 konnte ein neuer Präsident sowie ein neues Mitglied gewählt werden.

Die Aufsichtskommission kündigte am 21. Dezember 2006 das Anstellungsverhältnis des Spitaldirektors, welcher ebenfalls für das Spital Nidwalden zuständig ist. Der Spitaldirektor wurde per sofort frei gestellt und es wurde ein Direktor ad interim eingesetzt, bis ein Nachfolger gefunden ist.

3424 Ausserkantonale Spitalbehandlungen

Zahlungen für medizinisch zwingende ausserkantonale Behandlungen

Für das Jahr 2005 wurden für medizinisch zwingende ausserkantonale Behandlungen rund 6,0 Millionen Franken ausgewiesen (Vorjahr 7,1 Millionen Franken). Tatsächlich wurden aber Rechnungen im gleichen Umfang wie im Vorjahr bezahlt. Die Differenz von rund 1,1 Millionen Franken ist auf geringere Rückstellungen für ausstehende Rechnungen zurückzuführen. Die Erfahrungswerte aus den Vorjahren zeigten, dass die Spitäler schneller fakturieren, und dass dadurch weniger Rückstellungen für noch ausstehende Rechnungen gebildet werden müssen.

Aufstellung der Leistungserbringer, an welche der grösste Teil der ausserkantonalen Zahlungen erfolgte:

	2005 in Franken	2004 in Franken	2003 in Franken	2002 in Franken	2001 in Franken
Epilepsie-Klinik	98 377.–	121 291.–	185 258.–	24 960.–	62 508.–
Forel Klinik	18 705.–	.–	18 833.–	25 344.–	110 224.–
Inselspital Bern	78 079.–	234 936.–	121 034.–	70 250.–	129 683.–
Kantonsspital Aarau	117 332.–	183 262.–	297 958.–	142 243.–	50 920.–
Kantonsspital Luzern	4 190 788.–	3 904 541.–	4 347 380.–	3 760 962.–	3 042 050.–
Kantonsspital NW*	117 862.–	127 709.–	145 360.–	502 901.–	302 490.–
Klinik Adelheid	59 225.–	54 244.–	29 221.–	36 132.–	12 934.–
Klinik Littenheid	18 923.–	.–	.–	.–	.–
Klinik St. Anna	568 253.–	672 472.–	542 951.–	328 747.–	520 442.–
Luzerner Höhenklinik	107 074.–	120 960.–	88 515.–	111 209.–	160 777.–
Privatklinik Meiringen	208 052.–	330 945.–	416 256.–	253 248.–	271 169.–
Psych. Münsingen	12 426.–	.–	.–	48 585.–	260 993.–
Psych. Klinik Oberwil	272 162.–	268 813.–	188 678.–	120 812.–	117 721.–
Psych. Sonnenhof	28 215.–	.–	.–	.–	.–
Unispital Basel	199 470.–	162 523.–	378 523.–	139 514.–	97 864.–
Kinderspital Basel	56 169.–	.–	.–	.–	.–
Unispital Zürich	113 814.–	207 273.–	308 294.–	419 562.–	346 311.–
Kinderspital Zürich	23 045.–	.–	.–	.–	.–

Grau schattiert: Leistungserbringer, mit welchen der Kanton Obwalden Spitalabkommen abgeschlossen hat.
* Gilt nur für Engelberger Patientinnen und Patienten.

Regresse

Der Kanton Obwalden beauftragte die Ausgleichskasse Nidwalden mit der Durchführung des Regresses im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes bei stationären ausserkantonalen Spitalbehandlungen. Im Jahr 2006 konnten Rückforderungen im Betrag von rund Fr. 50 000.– realisiert werden. Die Staatskasse wird nach Abzug der Entschädigung an die Ausgleichskasse Nidwalden um rund Fr. 34 000.– entlastet.

Vogelgrippe

Die Vogelgrippe erreichte im März 2006 die Schweiz. Es wurden zu dieser Zeit sieben Fälle von Vogelgrippe nachgewiesen. Die im Kanton Obwalden tot aufgefundenen Vögel wurden als Verdachtsfälle abgeklärt; die Ergebnisse waren jedoch negativ.

Die vier Kantone Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden übertrugen die Aufgaben des Kantonstierarztes dem Veterinäramt der Urkantone (VdU), das organisatorisch im Labor der Urkantone integriert ist. Im März 2006 setzte der Regierungsrat für die Bekämpfung der Vogelgrippe und zur Umsetzung der vom VdU angeordneten Massnahmen einen Sonderstab ein. Der Sonderstab ist beauftragt, die vom VdU angeord-

neten Massnahmen zur Bekämpfung der Vogelgrippe umzusetzen und die kantonale und kommunale Unterstützung des VdU zu koordinieren.

Die Chemiewehr Uri ist gut ausgebildet und steht den Urkantonen dank eines im Mai 2006 abgeschlossenen Leistungsauftrags bei den Massnahmen für die Bekämpfung der Vogelgrippe zur Verfügung.

Im Alter in Obwalden leben

Am 17. Oktober 2002 trafen sich verschiedene, an der Altersarbeit beteiligte Institutionen und Gremien (Spitex, Gemeinden, Kanton, IG-Alter, Pro Senectute, CURAVIVA), zu einem Workshop. Auf dieser Grundlage wurde im August 2004 der Projektbericht "Im Alter in Obwalden leben" erstellt.

Der Projektgruppe wurde der Auftrag erteilt, vier Teilbereiche detaillierter zu bearbeiten. Dies betrifft die Teilprojekte Leistungsvereinbarung, Übergangspflege, Präventives Assessment und Revision Gesundheitsgesetz.

Die einzelnen Mitglieder der Projektgruppe leisteten einen Arbeitsaufwand von 150 bis 200 Stunden, total über 1 000 Stunden. Diese Zeit wird durch die Organisationen der Projektgruppenmitglieder getragen. Die knappen zeitlichen Ressourcen der Projektgruppenmitglieder stellten denn auch ein Hindernis in der raschen Bearbeitung der Aufgabe dar. Inzwischen steht der Bericht "Teilprojekte, Im Alter in Obwalden leben" im Internet zur Verfügung unter www.ow.ch. Die Plenumsitzung zum Projekt findet im März 2007 statt.

35 Sozialamt

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe durch Beratung von Behörden und Sozialdiensten. Es führt besondere Beratungs- und Vermittlungsdienste (Suchtberatung, Jugend- und Elternberatung, Opferberatung, Ehe- und Familienberatung, Behindertenberatung, Betagtenberatung, Beratung Psychischkranke) oder überträgt sie an private Institutionen. Das Sozialamt beaufsichtigt Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe und organisiert die Zuweisung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
	Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden im Asyl- und Flüchtlingsbereich ist geprüft (GAP SGD-28).	Der Regierungsrat entschied am 27. September 2005, dass eine vertiefte Prüfung der Zusammenarbeit nach Inkrafttreten der Teilrevision des Asylgesetzes erfolgen soll. Die Bestimmungen, welche die finanziellen Abgeltungen des Bundes regeln, werden voraussichtlich per 1. Januar 2008 in Kraft treten.
22	Projekt Zentralschweiz; Umsetzung der NFA im Heimbereich	Die Datenerhebung wurde abgeschlossen. Das neue Modell der Bedarfsplanung und das Rahmenkonzept werden im Jahr 2007 erarbeitet.
22	Vorarbeiten zur Umsetzung der Massnahmen aus dem Familienleitbild	<ul style="list-style-type: none"> - Das Parlament lehnte die Kleinkinderbetreuungszulage ab. - Ein Konzept zur Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung wurde erarbeitet.

3500 Amtsleitung

Handbuch für vormundschaftliche Betreuungspersonen

Die Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher organisierten mit dem kantonalen Sozialamt zwei Schulungsveranstaltungen für die privaten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

Ende Juni konnte den rund 150 teilnehmenden Personen das neue Handbuch übergeben werden. Das Handbuch für vormundschaftliche Betreuungspersonen beschränkt sich auf die Bedürfnisse Erwachsener. Wer seine eigenen Interessen nicht selbst wahren kann und nicht imstande ist, jemanden damit zu beauftragen, erhält eine behördlich bestellte Vertretung. Je nach Bedarf kann es sich um eine Beistandschaft, Beiratschaft oder Vormundschaft handeln. Die vielen positiven Rückmeldungen der Weiterbildungsveranstaltungsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben gezeigt, dass ein sehr grosses Interesse am Handbuch vorhanden ist. Dieses unter-

stützt die vielen freiwilligen gesetzlichen Betreuungspersonen in ihrer täglichen Arbeit und bietet ihnen damit auch eine grössere Sicherheit.

Wozu ein Obwaldner Handbuch zur Sozialhilfe?

Eine einheitliche Handhabung der im Sozialhilfegesetz (SHG) vom 23. Oktober 1983 in Abschnitt III, Art. 11 bis 16 festgehaltenen Leistungen sind im Rahmen der Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit innerhalb des Kantons zu verwirklichen. Die Unterstützungspraxis im Kanton Obwalden richtet sich nach den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Für den Kanton präzisierete Richtlinien sind deshalb wichtig, weil weder Art. 13 SHG noch die SKOS-Richtlinien den Anspruch auf wirtschaftliche Hilfe im Einzelfall näher konkretisieren. Das neue Handbuch soll den Sozialdiensten und den Entscheidungsinstanzen Sicherheit geben, vor allem dort, wo die Art und der Umfang in den SKOS-Richtlinien nicht festgelegt sind. Damit wird auch sichergestellt, dass unter den Einwohnergemeinden eine analoge Unterstützungspraxis gewährt wird. Aufwendige Abklärungen und Rückfragen können damit auf ein Minimum begrenzt werden. Die Qualität der Sozialhilfe wird dadurch erhöht. Das Handbuch kann ab Frühling 2007 angewendet werden.

Dritte Sozialhilfekonferenz 2006: Jugend – Ausbildung – Kein Job?

An der diesjährigen Sozialkonferenz in der Sika Sarnafil International AG nahmen rund 65 Personen aus dem Sozialbereich und der Wirtschaft teil.

Auf eindrückliche Art und Weise informierten die Schülerinnen und Schüler der dritten Orientierungsschule der Gemeinde Sarnen über ihre Erfahrungen bei der Lehrstellensuche.

Abgeschlossen wurde die Konferenz mit einem Podiumsgespräch unter der Leitung von Kantonsrätin Heidi Wernli Gasser. Die Teilnehmenden setzten sich mit den Themen Sensibilisierung für mehr Lehrstellen für gefragte Berufe und für lernschwächere Jugendliche und ausländische Jugendliche, Göttisystem für Lehrstellensuchende sowie Sensibilisierung für mehr Praktikumsplätze für das kombinierte Brückenangebot auseinander.

Ziel der Konferenz war, den Anwesenden die bereits bestehenden Angebote und die Nahtstellen der verschiedenen Stellen aufzuzeigen und die interinstitutionelle Zusammenarbeit zu fördern (Wirtschaft, Bildung und Soziales).

3502 Beratungen**Opferberatung: Zunahme**

Im laufenden Jahr beriet und unterstützte die Opferberatungsstelle 49 Personen. Es waren insgesamt 15 Männer und 34 Frauen. Begleitet wurden Opfer jeglichen Alters. Generell ist die Altersgruppe der 30- bis 60-Jährigen am stärksten vertreten. Die Zahl der Opferberatungen nimmt von Jahr zu Jahr zu. Dennoch hatte der Kanton Obwalden im Jahr 2005 mit 43 Fällen (0,2% auf 100 000 Einwohner) die zweittiefste Quote in der Schweiz.

Suchtberatung: Alkohol im Vordergrund

Im legalen Suchtbereich steht die Suchterkrankung durch Alkohol klar im Mittelpunkt. Die Betroffenen selber suchen die Suchtberatungsstelle in den meisten Fällen aufgrund des Drucks des Arbeitgebers oder auch erst aufgrund massiver körperlicher Folgeerkrankungen auf. Fast die Hälfte der Klienten und Klientinnen sind Angehörige, die auf der Beratungsstelle Rat suchten.

Durch die methadongestützte Behandlung sind die meisten Personen im Arbeitsmarkt und im sozialen Umfeld integriert. 29 Personen befinden sich im Methadonprogramm, sechs Personen konnten die Behandlung erfolgreich abschliessen.

Jugend- und Elternberatung: Fallzahlen steigend

	2001	2005	2006
Männer			
Bestand Anfang Jahr	19	29	39
Neuaufnahme	45	58	59
Total Fälle	64	87	98
Abschlüsse	36	48	56
Bestand Ende Jahr	28	39	42
Frauen			
Bestand Anfang Jahr	23	55	36
Neuaufnahme	68	61	90
Total Fälle	91	116	126
Abschlüsse	55	80	67
Bestand Ende Jahr	36	36	59

Mit insgesamt 149 Neuaufnahmen ist im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 30 Fällen zu verzeichnen.

	2001	2005	2006
Jugendliche und junge Erwachsene			
1 - 4 Beratungsgespräche	41	74	56
5-10 Beratungsgespräche	16	19	27
Mehr als 10 Beratungsgespräche	12	9	32
Total	69	102	115
Eltern			
1 - 4 mal Beratungsgespräche	64	87	90
5-10 mal Beratungsgespräche	15	9	12
> 10 mal Beratungsgespräche	7	5	7
Total	86	101	109

Auffallend ist die Zunahme von längerfristiger Begleitung von Jugendlichen. Im Berichtsjahr benötigten 32 Jugendliche mehr als 10 Beratungsgespräche, im Vorjahr waren es 9 Jugendliche.

Festzustellen ist ein zunehmender Druck auf Jugendliche bezüglich Anforderungen in der Ausbildung und bei der Lehrstellensuche. Erkennbar ist bei den Jugendlichen eine tiefe Unsicherheit vor der Zukunft und als Reaktion darauf Rückzug in Passivität, Suchtmittelkonsum und/oder Computerspiele. Die heutigen komplexen gesellschaftlichen Bedingungen, wie Mangel an geeigneten Lehrstellen und Nischenarbeitsplätzen, schwierige familiäre Verhältnisse, Auswirkungen der Konsumwelt, schulische Anforderungen, erschweren unsicheren oder suchenden Jugendlichen den Einstieg ins Erwachsenenalter. Dies führt vermehrt zu längeren Beratungstätigkeiten.

Es wurden 30 telefonische Auskünfte erteilt und 45 Beratungsgespräche geführt. Die Anfragenden waren hauptsächlich Eltern oder Erwachsene aus dem Umfeld von Jugendlichen.

"Gamen macht einfach Spass"

Zunehmend meldeten Eltern, Lehrpersonen oder die Schulsozialarbeiterinnen Jugendliche, die oft stundenlang vor dem PC sitzen, zur Beratung an. Im Wesentlichen sind es Chat-Räume, Online-Spiele und Seiten mit pornografischem Inhalt, welche die stärkste Anziehungskraft auf die Jugendlichen ausüben. Viele suchen im Chat jene Anerkennung und Wertschätzung, die sie im Alltag nicht erhalten. Online-Spiele sind vor allem unter Knaben sehr beliebt. Solche Spiele erlauben es den Nutzern, in eine Rolle zu schlüpfen, etwa im Körper einer bestimmten Figur ins Mittelalter einzutauchen. Interessant ist, dass oft Rollen gewählt werden, die den Spielern im Alltag verwehrt bleiben. Rollen auszuprobieren ist Bestandteil der normalen Identitätssuche – deshalb sind Chat- und Spielangebote derart verlockend für junge Menschen.

Folgende Anzeichen weisen jedoch klar auf eine Suchtgefährdung hin:

- Der PC wird zur wichtigsten Freizeitbeschäftigung.
- Es besteht ein Zwang online zu sein.
- Die realen sozialen Kontakte werden vernachlässigt.
- Die Leistungen in Schule und Beruf nehmen ab.
- Die online verbrachte Zeit kann nicht mehr kontrolliert werden.
- Online-Zeiten von mehr als 20 Stunden wöchentlich weisen auf eine Gefährdung, über 35 Stunden auf eine Internetsucht hin.

Ziel der Jugend- und Elternberatung ist, die Betroffenen wieder einen selbstbestimmten Umgang mit dem Medium zu lehren und nicht unbedingt die völlige Abstinenz. Die Erfahrungen zeigen, dass der Einbezug der Eltern wichtig ist, und dass es meist beträchtlichen Druck von aussen braucht, damit Betroffene Hilfe in Anspruch nehmen.

Kommissionen

Kommission für Medienfragen: Sistierung

Im Mai 2002 erteilte das Sicherheits- und Gesundheitsdepartement der Kommission für Medienfragen den Auftrag, den Aufgabenbeschrieb zu überprüfen und allenfalls anzupassen. In Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) hat die Kommission die Aufgabenüberprüfung vorgenommen. Im abschliessenden Bericht zuhanden des Regierungsrats wird unter anderem festgehalten, dass seit Jahren eine auffällige Diskrepanz zwischen dem Gesetz und der Verordnung über die Jugendhilfe und der konkreten Arbeit der Kommission für Medienfragen besteht. Verschiedene Aufgaben erfordern entweder seit Jahren keine Aktivitäten mehr, sind im Strafgesetzbuch klar geregelt oder sind Dienstleistungen bestehender Institutionen.

Der Regierungsrat entschied im Juni 2006, die Kommission für Medienfragen bis auf Weiteres zu sistieren. Bei der Revision des Gesetzes über die Jugendhilfe oder der Verordnung zum Gesetz über die Jugendhilfe muss geprüft werden, ob Handlungsbedarf für die Kommission besteht und diese wieder eingesetzt werden soll.

Jugendhilfekommission Kantonaler Jugendbeauftragter eingesetzt

Der Kanton Obwalden beauftragte im September 2006 das Büro West mit der Ausführung des Projekts „Jugendbeauftragter“. Ein Mitarbeiter des Büros West wurde daraufhin als kantonaler Jugendbeauftragter eingesetzt. Er ist Ansprechperson für die Gemeinden und zuständig für die Vernetzung der Jugendpolitik und der Jugendarbeit im Kanton. Das Projekt ist auf vier Jahre ausgelegt. Während dieser Zeit ist der Ausschuss der Jugendhilfekommission für die Umsetzung verantwortlich. Der Ausschuss evaluiert das Projekt und wird zuhanden des Regierungsrats im Mai 2009 Bericht erstatten.

Weitere Kommissionsarbeiten: Die Neuaufbereitung und Anpassungsarbeiten der Web-Seite jugendow.ch konnten auf Ende 2006 weitgehend abgeschlossen werden. Gesuche um finanzielle Unterstützung des Juko, des Skateparks, von Radio3fach, für die Jubiläumsfeier des Blaurings und ein Zirkusprojekt wurden positiv beantwortet. In der Ausgabe Nummer 7 des "Frischer Fisch" wurde die Lehrstellensituation als Hauptthema behandelt, das gleichzeitig Leitthema der Sozialkonferenz 2006 war.

3504 Asylsuchende, Flüchtlinge***Die Anzahl Asylsuchender und Flüchtlinge in Obwalden blieb stabil***

Die Caritas Asyl- und Flüchtlingsstelle konsolidierte ihre Strukturen, die im Jahr 2005 abgebaut worden waren. Aufgrund der ausgeglichenen Bilanz von Ein- und Ausreisen und der bereits durchgeführten Reduktion der Wohnplätze, war die Unterbringungssituation ziemlich angespannt. Das Bundesamt für Migration prognostizierte für 2006 etwa 10 000 Asylgesuche, kürzere Verfahrenszeiten (zwei Drittel aller Erstentscheide sollten bereits während des Aufenthalts im Empfangszentrum an der Grenze gefällt werden) und eine hohe Anzahl von Nichteintretensentscheiden. Für Personen mit einem Nichteintretensentscheid sind die Gemeinden zuständig; sie belasten die Asylstrukturen des Kantons also nicht. Dem Kanton Obwalden werden 0.5% der Gesuchsteller zugewiesen. Es wurde mit etwa 30 Einreisen in den Kanton gerechnet. Schlussendlich waren es aber trotz der tieferen Prognosen des Bundes insgesamt 48 Personen.

	2005	2006
Asylsuchende		
Total betreute Personen	175	176
Davon im laufenden Jahr neu eingereist	49	48
Wohnhaft in Caritas Unterkünften	103	107
Arbeitstätige Personen	37	45
Ohne Arbeitsrecht (z.B. Kinder, Arbeitsverbot Bund)	105	90
Flüchtlinge		
Total betreute Personen	31	29
Arbeitstätige Personen	4	3
Ohne Arbeitsrecht (Kinder)	11	13

47 Personen verliessen die Asylstrukturen im Verlauf des Jahres: 26 erfüllten die Bedingungen für eine Jahresaufenthaltsbewilligung B, eine Person wechselte in einen anderen Kanton und 20 Personen mussten die Schweiz verlassen.

Neue Herausforderungen für Kanton und Gemeinden

Die Teilrevision des Asylgesetzes sowie das neue Ausländergesetz wurden am 24. September 2006 von der Schweizer Bevölkerung angenommen.

Da für Personen, die unter den Sozialhilfestopp des Bundes fallen, sowie für vorläufig aufgenommene Personen, die länger als sieben Jahre in der Schweiz anwesend sind, laut Sozialhilfegesetz die Gemeinden zuständig werden, wurden diese frühzeitig über die Auswirkungen auf ihre Sozialhilfestrukturen informiert.

Die gemeinsame Rückkehrberatungsstelle in Luzern leistet gute Arbeit

Die Kantone Schwyz, Obwalden, Luzern und Zug führen in der Stadt Luzern eine gemeinsame Rückkehrberatungsstelle mit Aussenstellen in allen Kantonen. Die Aufgabe der Stelle ist die Beratung von ausreisewilligen Personen sowie von Personen, die zur Ausreise verpflichtet sind, da ihr Asylgesuch rechtskräftig abgelehnt wurde.

Die gemeinsame Beratungsstelle der vier Kantone bietet Gewähr für eine fachlich kompetente Beratung. Das Aufgabengebiet verlangt ein breites Fachwissen. Einerseits werden die Vorgaben des Bundes den schweizerischen Bedürfnissen im Asylbereich laufend angepasst. Andererseits verändern sich die Situationen in den Heimatländern der betroffenen Personen. Durch den Zusammenschluss der Kantone ist es der Stelle möglich, das nötige Wissen sowie die Vernetzung mit anderen Stellen in guter Qualität effizient zu erarbeiten.

Die Finanzierung der Stelle erfolgt durch das Bundesamt für Migration (BFM). Die Fallzahlen nahmen im Berichtsjahr weiter ab, da viele Personen bereits in der Empfangsstelle beraten werden und Personen, die den Kantonen effektiv zugeteilt werden, in grosser Zahl vorläufig aufgenommen werden. Vorläufig aufgenommene Personen (VA) stammen aus Ländern, in die eine Rückkehr nicht oder kaum möglich ist. VA, die in unserem Kanton leben, kommen vor allem aus dem Irak und Somalia. Vorläufig aufgenommene Personen haben kein Interesse an einer Rückkehr in ihr Heimatland, da sie wie Flüchtlinge zum Aufenthalt in der Schweiz berechtigt sind. Sie konzentrieren sich auf die Eingliederung in den schweizerischen Alltag.

Die Finanzierung des BFM stützt sich auf die Anzahl beratener Fälle ab. Der zur Verfügung stehende Totalbetrag nimmt somit laufend ab. Die Begleitgruppe, die aus Vertretern und Vertreterinnen der beteiligten Kantone gebildet wird, befasste sich daher eingehend mit möglichen Optimierungsmassnahmen wie Straffung der Strukturen, Akquisition weiterer Kantone als Auftraggeber, usw..

3506 Heime

Das Zusammenarbeitsprojekt Zentralschweiz im Heimbereich ist auf Kurs

Seit Anfang Jahr ist die Interkantonale Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) in den Geltungsbereichen A (stationäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche), B (Einrichtungen für erwachsene Personen mit Behinderungen gemäss Art. 73 Bundesgesetz über die Invalidenversicherung) und D (Sonderschulen) in Kraft. Ein zentrales Element der IVSE ist die regionale Zusammenarbeit in den Bereichen Wohnheime und Werkstätten für Menschen mit einer Behinderung. Mit Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) per 1. Januar 2008 wird die volle fachliche und finanzielle Verantwortung im Heimbereich vom Bund an den Kanton übertragen.

Das Zusammenarbeitsprojekt "Erstellen von Grundlegendaten und Bedarfsplanung mit Rahmenkonzept für die interkantonale Zusammenarbeit im Heim- und Betreuungswesen in der Zentralschweiz" wurde Anfang Jahr gestartet. Die Steuer- und die Kerngruppe erhoben unter der Begleitung der Firma General Consulting Network GCN, Winterthur, die Daten des kantonsinternen sowie des zentralschweizerischen Platzangebots, unterteilt in verschiedene Anspruchsgruppen, sowie den Bestand an Plätzen ausserhalb unserer Region, die durch Zentralschweizer Personen belegt sind. Eine Begleitgruppe mit Vertreter und Vertreterinnen aus den Institutionen der Region sowie den Behindertenorganisationen stellt den Bezug zu den Leistungsanbietern sicher. Mit Bericht vom 21. September 2006 konnten die Daten im November den Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektoren vorgelegt werden.

36 Strafverfolgung: Verhöramt, Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft

360 Verhöramt

Das Verhöramt führt die Strafuntersuchungen gegen Erwachsene. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann es beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung auffordern. Das Verhöramt stellt Strafbefehle aus (Bussen und Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten), verfügt die Einstellung des Verfahrens oder beantragt der Staatsanwaltschaft die Überweisung an das Gericht. Verfahrenseinstellungen bedürfen der Genehmigung durch den Staatsanwalt. Gegen Strafbefehle betreffend Vergehen und Verbrechen kann der Staatsanwalt Einsprache erklären. Das Verhöramt ist ausserdem zuständig für die Verfügung der Administrativmassnahmen gemäss Strassenverkehrsgesetz (Verwarnung und Führerausweisentzüge). Im weiteren obliegt dem Verhöramt die Erledigung der Rechtshilfebegehren auswärtiger Strafbehörden sowie die Aufsicht über die Haftlokalitäten und die Behandlung der Untersuchungsgefangenen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
	Abbau der Pendenzen	Obwohl im Vergleich zum Vorjahr die Neueingänge um 152 Fälle zunahmen, konnten die Pendenzen wiederum erheblich reduziert werden, nämlich von 460 auf 211 Fälle, also um 249 Fälle.

3600 Amtsleitung

Eingänge und Erledigungen beim Verhöramt

Im Jahr 2006 gingen beim Verhöramt 2795 neue Fälle ein. Zusammen mit den pendenten Fällen der Vorjahre ergab dies eine Geschäftslast von 3255 Fällen. Von diesen konnten 3044 im Berichtsjahr erledigt werden. Per Ende 2006 waren somit insgesamt 211 unerledigte Fälle zu verzeichnen, wovon 185 aus dem Jahre 2006 stammen. Gegenüber dem Vorjahr konnten die Pendenzen um 249 Fälle reduziert werden.

Die Bearbeitung der Altlasten – welcher wie schon im Vorjahr absolute Priorität eingeräumt wurde – erwies sich teilweise als sehr zeitraubend, da es sich häufig um umfangreiche und komplexe Fälle handelte. Dies gilt insbesondere für den Brandfall des Sporthotels Kurhaus auf der Melchsee-Frutt. Dieser konnte im Mai an die Staatsanwaltschaft überwiesen werden.

Strafuntersuchungen

Die Mehrheit der im Berichtsjahr eingegangenen 2 795 Straffälle betrafen wiederum das Strassenverkehrsgesetz. Bei den übrigen Strafuntersuchungen handelte es sich grösstenteils um Vermögensdelikte sowie Delikte gegen Leib und Leben (Tötungsversuch, Gefährdung des Lebens, Körperverletzung und Tötlichkeiten [vermehrt im

Zusammenhang mit häuslicher Gewalt]). Ferner wurden – gegenüber dem Vorjahr vermehrt – Sexualdelikte und Konkurs- und Betreibungsdelikte sowie zu einem kleineren Teil strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt und Widerhandlungen gegen die Nebenstrafgesetzgebung (Betäubungsmittelgesetz, Baugesetz, Bundesgesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer, Umweltschutzgesetz, Gewässerschutzgesetz sowie das Gesetz über das kantonale Strafrecht) untersucht.

Administrativmassnahmeverfahren

Gemäss Statistik des Bundesamtes für Strassen verfügte das Verhöramt im Administrativmassnahmeverfahren nach Strassenverkehrsgesetz 307 Führerausweiszüge wegen Verkehrsregelverletzungen. Im Vorjahr wurden 208 Entzugsverfügungen erlassen. Wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand wurde 46 Fahrzeuglenkern und -lenkerinnen der Führerausweis entzogen (2005: 56) sowie 22 Verwarnungen (0.5 bis 0.79 Promille) ausgesprochen (Vorjahr: 13). 56 Personen musste der Führerausweis wegen nicht gegebener Fahreignung auf unbestimmte Zeit entzogen werden (2005: 35). Insgesamt wurden 394 Verwarnungen ausgesprochen (2005: 342).

Verhörer für Wirtschaftsdelikte

Zu Beginn des Jahres 2006 waren beim Verhöramt für Wirtschaftsdelikte vier Fälle aus dem Kanton Obwalden pendent. Drei davon konnten abgeschlossen werden, wobei je ein Verfahren eingestellt bzw. mit Strafbefehl abgeschlossen wurde, sowie ein Überweisungsantrag an die Staatsanwaltschaft gestellt wurde. Im Jahre 2006 wurden aus dem Kanton Obwalden zwei Strafuntersuchungen neu zugewiesen. Ebenfalls musste ein bereits gerichtshängiges Verfahren wieder aufgenommen werden, sodass Ende 2006 wieder vier Fälle aus dem Kanton Obwalden pendent waren. Insgesamt waren beim Verhöramt für Wirtschaftsdelikte zu diesem Zeitpunkt 14 Fälle hängig. Der zeitliche Aufwand für den Kanton Obwalden lag im Jahre 2006 mit 29,5% des Gesamtaufwandes etwas über dem Richtwert von 25%.

Der aktuelle Verfahrensstand der pendenten Strafuntersuchungen wird auch im laufenden Jahr zwei bis drei Verfahrensabschlüsse zulassen. Der Kanton Obwalden verfügt mit dem Konkordat über die Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten vom 21. August 1995 über eine gut funktionierende und adäquate Infrastruktur zur Abklärung der Verbrechen auf dem Gebiet der Wirtschaftskriminalität. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass der Verhörer für Wirtschaftsdelikte für den Kanton Obwalden die Aufgabe als Meldestelle für Geldwäscherei wahrnimmt.

3610 Staatsanwaltschaft

Per Ende Juni 2006 demissionierte der langjährige Staatsanwalt. Seither wird die Staatsanwaltschaft nach zweijähriger Doppelbesetzung durch eine Person geführt. Dennoch konnte in dieser Zeitspanne die Zahl der vorjährig pendenten Überweisungsfälle erheblich reduziert werden, indem von den acht aus dem Jahr 2005 übernommenen Fällen sieben per Ende 2006 erledigt wurden. Von insgesamt 28 vom Verhöramt zur Anklage überwiesenen Fällen, wovon 20 neue, wurden im Jahre 2006 15 erledigt, wobei ein Fall durch Einstellung und ein weiterer aufgrund einer Abtretung in einen anderen Kanton. Auffällig ist hierbei, dass sich die Überweisungen durch das Verhöramt im Jahr 2006 verdoppelten (von zehn auf 20). Entsprechend

stiegen die Pendenzen der Staatsanwaltschaft erheblich an. Es handelt sich bei diesen neuen Pendenzen um teils wirtschaftlich und rechtlich komplexe und/oder delikate Strafangelegenheiten.

Die Staatsanwaltschaft prüfte im Verlauf des Jahres 2006 total 662 Strafbefehle und Einstellungsverfügungen von Verhöramt oder Jugendanwaltschaft, was zwar einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (718) suggeriert, indes aber auf eine Bremsung der Ausfällung von Strafbefehlen in Anbetracht der Gesetzesänderung per 1. Januar 2007 zurückzuführen ist. Entsprechend belief sich die Zahl der zu prüfenden Strafbefehle und Einstellungen im Herbst 2006, d.h. kurz vor der Bremsung, auf 100 mehr als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr. Im Ganzen ergab sich im 2006 lediglich eine Nichtgenehmigung, wobei sich die Abnahme damit erklären lässt, dass heiklere Fälle vor dem Entscheid des Verhöramts vermehrt mit der Staatsanwaltschaft vorbesprochen werden.

Zudem hatte sich die Staatsanwaltschaft im Jahr 2006 wiederum mit der seit der Gesetzesverschärfung im Strassenverkehrsrecht stetig steigenden Anzahl an Beschwerden im Administrativmassnahmeverfahren zu beschäftigen, wobei zwölf Gerichtsverhandlungen stattfanden.

Die staatsanwaltschaftliche Tätigkeit des Jahres 2006 war – nebst der Fallerledigung – geprägt durch die zeitintensiven Vorbereitungen im Hinblick auf das neue Recht, welches per 1. Januar 2007 in Kraft trat.

3620 Jugendanwaltschaft

Im Jahr 2006 gingen insgesamt 142 neue Fälle ein. Bei einem Pendenzenstand von 41 Fällen per 31. Dezember 2005 ergab dies eine Geschäftslast von insgesamt 183 Fällen. Davon konnten 152 Fälle erledigt werden, was einen Pendenzenstand per 31. Dezember 2006 von 31 Fällen ergab. Davon sind fünf Fälle aus dem Jahr 2005 und 26 Fälle aus dem Jahr 2006 hängig. Zwei Fälle wurden dem Jugendgericht zur Beurteilung überwiesen, nachdem gegen den Strafbefehl Einsprache erhoben wurde.

Die meisten Verstösse von Kindern und Jugendlichen liegen nach wie vor im Bereich des Strassenverkehrsgesetzes (rund 60 % der Fälle). Danach folgen Diebstähle, Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz, Tätlichkeiten/Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. Auch im Jahr 2006 musste keine besorgniserregende Entwicklung in der Bewältigung der Jugendkriminalität festgestellt werden.

4.4 Volkswirtschaftsdepartement

Das Volkswirtschaftsdepartement (VD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2005	2006
Departementssekretariat	1.6	1.6
Volkswirtschaftsamt ¹	2.95	13.95
Amt für Arbeit	6.20	6.20
Amt für Landwirtschaft und Umwelt	13.85	14
Insgesamt	24.6	35.75

"Der Erfolg der regierungsrätlichen Strategie wird sich fortsetzen, wenn nach der Annahme der Steuergesetzänderung und dem geglückten Start der Standort Promotion in Obwalden die Einwohnerinnen und Einwohner wie auch Behördenmitglieder von Gemeinden und Kanton in die gleiche Richtung ziehen."

Regierungsrat Niklaus Bleiker, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements

Das Jahr 2006 in Zahlen

Waren 2004 von der Wirtschaftsförderung und dem Volkswirtschaftsdepartement noch 29 Kontakte von interessierten ansiedlungswilligen Personen und Unternehmen verzeichnet, gab es 2005 bereits 46 und 2006 174 Anfragen zu bearbeiten.

Die Kommission finanzielle Hilfen Hochwasser 2005 richtete an 73 Gesuchstellende rund Fr. 500 000.– aus, 16 Gesuche wurden abgelehnt.

Beim Handelsregister stiegen die eingetragenen Firmen von 2044 im Vorjahr auf 2389 oder um 17 Prozent.

Die Betriebszählung 2005 weist für Obwalden eine Zunahme der Arbeitsplätze um 2.8 Prozent aus gegenüber dem schweizerischen Mittel von 0.7 Prozent.

Das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum Obwalden und Nidwalden ist zehn Jahre alt geworden.

3968 Personen aus dem Ausland haben ihren Lebensmittelpunkt in Obwalden.

Seit 2000 wurden 65 Landwirtschaftsbetriebe aufgegeben.

Bei der Bearbeitung des Katasters der belasteten Standorte wurden 246 Standorte erfasst und beurteilt. 52 Standorte müssen überwacht werden.

Für den Bau von Erdsondenanlagen wurden insgesamt 76 Kilometer Bohrungen abgeteuft. Das entspricht der Distanz von Sarnen nach Zürich.

Bei der Untersuchung des Fischbestandes in der Sarneraa wurden 15 Fischarten festgestellt. Sechs davon stehen auf der roten Liste der gefährdeten Arten, eine davon ist vom Aussterben bedroht.

¹ Abteilung Grundbuch und Vermessung ab 1. Januar 2006 neu beim Volkswirtschaftsdepartement

Die umgesetzten Departementziele im Überblick (Controlling)

	<i>Jahresziele 2006</i>	Stand der Erfüllung
23	<p>Der Kanton wird als attraktive Wohnregion und dynamische Wirtschaftsregion wahrgenommen.</p> <p><i>Das Kantonsmarketing wird abgestützt auf die Steuerstrategie und das Raumordnungskonzept umgesetzt.</i></p> <p><i>IH-Unterstützung für den Aufbau eines Microparks</i></p>	<p>Seit dem 1. November 2006 ist die Standort Promotion in Obwalden operativ tätig. Die hängigen Anfragen sind kommentiert übergeben worden.</p> <p>Der Verein microPark Pilatus ist mit Sitz Alpnach und in Zusammenarbeit mit dem CSEM gegründet. Investitionshilfe für Berggebiete wurde nicht beansprucht.</p>
24	<p>Die Landwirtschaft wird im Strukturwandel begleitet.</p> <p><i>Für die futterbaulichen Grenzstandorte der Landwirtschaft liegt das Gebietsmanagement vor.</i></p>	<p>Für das Gebiet zwischen Pilatus und Brünig steht ein Entwurf des Gebietsmanagements zur Verfügung.</p>
25	<p>Die kantonalen Förderinstrumente: Wirtschaftliche Erneuerungsgebiete, Tourismusgesetz und die Investitionshilfe für Berggebiete werden strategiekonform eingesetzt.</p> <p><i>Die Mittel der Regionalpolitik sind gezielt in jenem Bereich eingesetzt, die zur Umsetzung der Strategie dienen (IH-Darlehen, wirtschaftliche Erneuerungsgebiete).</i></p> <p><i>In den touristischen Schwerpunktgebieten ist die Tourismusförderungsabgabe eingeführt.</i></p>	<p>Für ein Projekt wurde Investitionshilfe zugesichert.</p> <p>Aufgrund der hohen Belastung im Volkswirtschaftsamt durch das Handelsregister und der ausstehenden Entwicklungen in den Nachbarkantonen wird die Überarbeitung des Tourismusgesetzes 2007 in Angriff genommen.</p>
34	<p>Die intakte Umwelt und attraktive Landschaft wird als Lebensraumqualität und touristisches Kapital erhalten.</p> <p><i>Die Aufgaben und Kompetenzen im Umwelt- und Gewässerschutz sind gesetzlich neu festgelegt.</i></p>	<p>Die Verordnungen zum Umweltschutz und Gewässerschutzgesetz wurden vom Kantonsrat am 16. März 2006 verabschiedet.</p>

	<i>Überwachungsprogramm und Verbesserungsmaßnahmen (Luftmessnetz und Massnahmenplan Luftreinhaltung Zentralschweiz, Gewässerüberwachung, Revitalisierung Fischgewässer) sind fortgesetzt.</i>	Verbesserungsmaßnahmen werden laufend vorgenommen. Der Massnahmenplan Luftreinhaltung wurde vom Regierungsrat am 14. Februar 2006 erlassen.
35	Die Grundbuchbereinigung wird in Schwerpunktgebieten weitergeführt.	Die Abteilung ist in die Abläufe einbezogen.
36	Den Nutzern stehen raumbezogene Daten im GIS Obwalden zur Verfügung. <i>Alle verfügbaren Daten sind im GIS Obwalden aufgeschaltet und stehen den Benutzern zur Verfügung.</i> <i>AV93-Daten stehen im GIS Obwalden über den ganzen Kanton flächendeckend zur Verfügung.</i> <i>Die Strukturen von GIS Obwalden sind angepasst.</i>	Die Datenüberführung mit den wichtigsten Themen (Vermessung, Leitungskataster, Zonenpläne) ist abgeschlossen. Der Abschluss der AV93 erfolgt 2007. Die rechtlichen Grundlagen sind in Überprüfung, die Zusammenarbeit mit Nidwalden eingeleitet.

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2006	Stand der Erfüllung
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Umweltschutz	Erlass durch den Kantonsrat am 16. März 2006
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer	Erlass durch den Kantonsrat am 16. März 2006
Nachtrag zur Chemiewehr und Strahlenschutzverordnung	Wird im Zusammenhang mit der Feuerschutzgesetzgebung geprüft.
Nachtrag zur Ölwehrverordnung	Wird im Zusammenhang mit der Feuerschutzgesetzgebung geprüft.
Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts	Die Einführung ist wegen anderer vorrangiger Arbeiten auf 2007 verschoben.
Interkantonale Vereinbarung zur Umsetzung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	Mit dem Nachtrag zur Interkantonalen Vereinbarung über den Vollzug des Entsendegesetzes vom 30. November 2006 umgesetzt.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Folgemassnahmen 2006 zur Hochwasserkatastrophe

Ein Grossteil der Unwetterschäden im landwirtschaftlichen Kulturland wurde bereits behoben und mit landwirtschaftlichen Beiträgen unterstützt.

Alle beschädigten Trinkwasserversorgungen und Abwasseranlagen sind wieder einwandfrei funktionsfähig. Nachdem in den überfluteten Zonen viele Öltankanlagen beschädigt wurden, entschieden sich viele Hauseigentümer für Heizsysteme mit Erdwärme oder Holz.

Die Kommission finanzielle Hilfen Hochwasser 2005 entschied über 89 Gesuche von Privaten. Weil vor der Auszahlung die Projekte abgeschlossen und mit den Versicherungen und dem Fonds für nicht versicherbare Elementarschäden abgerechnet sein müssen, konnten noch nicht alle Gesuche behandelt werden. Die Schäden bei Privaten sind durch die Versicherungen gut abgedeckt. Bei der öffentlichen Hand sind die Lücken bedeutend grösser. Die Glückskette hat den Gemeinden insgesamt 3,5 Mio. Franken als Vorschuss für die hohen Schäden der öffentlichen Hand ausgerichtet. Die Aufteilung unter den Gemeinden erfolgte aufgrund der Betroffenheit und den finanziellen Möglichkeiten.

Erfreulicherweise standen die durch das Hochwasser im Jahre 2005 in Mitleidenschaft gezogenen Pfandrechte der Obwaldner Kantonalbank entgegen den Erwartungen bereits Mitte Jahr wieder zur Verfügung, sodass sich die dadurch betroffenen Arbeitsabläufe beim Grundbuch normalisierten.

Interkantonale Zusammenarbeit

Die Zusammenführung der BVG und Stiftungsaufsichtsbehörden der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug hat sich bewährt.

Die Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden haben im Jahr 2003 eine Vereinbarung über den Vollzug des Entsendegesetzes (GDB 843.3) abgeschlossen und eine gemeinsame Tripartite Arbeitsmarktkommission eingesetzt. Aus jedem Kanton delegieren die Arbeitgebenden, die Arbeitnehmenden und die kantonale Verwaltung je eine Vertretung. Der Tripartiten Arbeitsmarktkommission wurden neu auch Aufgaben im Zusammenhang mit dem Vollzug des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit vom 17. Juni 2005 (SR 822.41) übertragen.

Mit der Verwaltungsvereinbarung betreffend die Zusammenarbeit der Kantone Luzern und Obwalden beim Vollzug des Messwesens wurde der Vollzug des Bundesgesetzes über das Messwesen (SR 941.20) definitiv dem Eichamt Luzern übertragen. Damit ist auch das Projekt „Messwesen“ der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) erfolgreich umgesetzt.

Damit die Projekte zur Integrationsförderung der ausländischen Wohnbevölkerung besser bekannt werden, hat die ZRK eine gemeinsame Website initiiert, www.integration-zentralschweiz.ch. Der von der Zentralschweizer Fachgruppe Integration errichtete Dolmetscherpool bei der Caritas in Luzern bewährt sich.

Im Rahmen der ZRK wurde der „Leitfaden für interkantonale Submissionen“ erarbeitet und herausgegeben. Als Anleitung für Praktiker dient er für effizientere und kostensparende gemeinsame Beschaffungen über Kantonsgrenzen.

40 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung als Koordinationsstelle für Wirtschaftsfragen wahr, ist Bindeglied für die Interkantonale Zusammenarbeit sowie Europafragen und setzt die Massnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung um. Es unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
23	Das Kantonsmarketing ist gestützt auf das ROK und die Steuerstrategie mit der neuen Struktur eingeleitet. Die Aufgabenteilung zwischen Kantonsmarketingorganisation und VD ist festgelegt.	Standort Promotion in Obwalden ist seit dem 1. November 2006 operativ tätig. Die noch offenen Anfragen sind an die Organisation übergeben.
23	Die Programmpartnerschaft Deutschland mit dem seco ist zugunsten des Kantonsmarketings wahrgenommen.	Obwalden war an allen seco-Seminaren in Deutschland entweder durch die Steuerverwaltung, das Volkswirtschaftsdepartement oder Standort Promotion in Obwalden vertreten. Direkte Folgekontakte gab es wenige.
23	Obwalden präsentiert sich an einem gemeinsamen Zentralschweizer Investorenseminar.	Das gemeinsame Investorenseminar wurde wegen der zahlreichen Änderungen bei den Wirtschaftsförderungen der Zentralschweiz aufgeschoben.
	Die Weiterverwendung von Immobilien der Armee ist im Sinne der Strategieplanung des Regierungsrats eingeleitet.	Eine erste Erhebung wurde zusammen mit der Abteilung Raumentwicklung und der armasuisse auf den Einsatz im Sinne der Strategieplanung geprüft.
23	Mit massgeblicher Mitwirkung des Volkswirtschaftsdepartements sind erste Entscheide für einen Micropark gefällt.	Der Verein microPark Pilatus wurde auf Initiative des Departementvorstehers im Juni 2006 gegründet.
	Für den Auftritt an der OLMA 2007 ist ein OK bestimmt.	Der Departementvorsteher, das Departementssekretariat, das Amt für Landwirtschaft und Umwelt sowie das Amt für Arbeit sind im OK vertreten.
	Für die neue Verwaltungsführung arbeitet eine Testeinheit nach Plan.	Die Abteilung Umwelt ist in die Testphase einbezogen.

	Die Vorbereitungen im Hinblick auf die NFA sind fristgerecht eingeleitet.	Der Mantelerlass stand in Vernehmlassung. Ein erster Entwurf des Gesetzes über Ergänzungsleistungen liegt vor.
23	Das Wirtschaftsgespräch zum Kantonsmarketing ist durchgeführt.	Anstelle eines gemeinsamen Wirtschaftsgesprächs wurde das Kantonsmarketing interessierten Kreisen einzeln vorgestellt.
	Die Büroraumbelegung ist für die nahe Zukunft festgelegt.	Die Zuweisung der Büros ist entworfen, der Umbau konnte aus Kapazitätsgründen noch nicht in Angriff genommen werden.
	Die Ziele der Wirtschaftlichen Landesversorgung sind erreicht.	Mit Ausnahme der Kadersitzung und der damit verbundenen Information der Gemeinden sind die Aufgaben umgesetzt.
	Die Kommission finanzielle Hilfen Hochwasser 2005 entscheidet fristgerecht über die eingereichten Gesuche.	Soweit die Gesuche verarbeitungsreif vorliegen, sind sie entschieden.

4000 Departementsdienste

Aufgrund der überraschend stark gestiegenen Kontakte mit Unternehmen und Privaten für eine Ansiedelung als Folge der Steuergesetzrevision hatten die ordentlichen Aufgaben des Departementssekretariats etwas zurückzustehen.

Bei den Beschwerden konnte in einem komplexen Fall nach mehrjährigen Verhandlungen eine gütliche Einigung gefunden werden.

Für die Projekte Richtplan und Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurden die Vorarbeiten abgeschlossen. Bei der Richtplanung ging es darum, die Strategie des Regierungsrates mit den wirtschaftsfördernden Massnahmen umzusetzen. Für die NFA sind die Anpassungen im Mantelerlass vorgenommen und das Gesetz über Ergänzungsleistungen vorbereitet.

Neue Aufgabenfelder

Bei den Aussenbeziehungen (4001) steht INTERREG III vor dem Abschluss, auch wenn verschiedene Projektaktivitäten noch weitergeführt werden. Die Beteiligung am Folgeprojekt „Territoriale Zusammenarbeit in Europa“ wurde gestützt auf das generelle Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm 2004 abgesagt, ausser einzelne Projekte würden sich in die Neue Regionalpolitik einbetten lassen.

Mit dem neuen Amtsjahr trat das Kantonsratsgesetz in Kraft. Für die Kommission strategische Planungen und Aussenbeziehungen wird das Sekretariat im Departement geführt. Mit der Amtsdauerplanung, drei interkantonalen Vereinbarungen im Vorverfahren und zwei Vereinbarungen im Zustimmungsverfahren gab es für den Start gewichtige Geschäfte zu bewältigen.

4002 Wirtschaftsförderung

Die Abstimmung über die Steuergesetzrevision löste ein grosses Medieninteresse aus. Vor allem zu Beginn des Jahres interessierten sich die Medien sehr stark für die Auswirkungen im Kanton. Neben den nationalen Radio- und Fernsehanstalten kam es zu Interviews mit verschiedenen deutschen Sendern und selbst mit dem koreanischen Fernsehen. Diese breite Publizität sorgte für stark steigende Kontakte mit interessierten Personen und Unternehmen. Musste man sich bis dahin intensiv um mögliche Kontakte bemühen, trafen die Anfragen direkt ein. Aus den über 200 Kontakten ergaben sich 17 Gründungen oder Zuzüge von Unternehmen und Personen.

Trotzdem wurde die Projektpartnerschaft Deutschland des Staatssekretariats für Wirtschaft mit den angebotenen sieben Seminaren in verschiedenen Städten Deutschlands genutzt. Allerdings ergaben sich daraus weniger zu verfolgende Projekte als aus den spontanen Anfragen.

Standort Promotion in Obwalden gestartet

Wie vorgesehen wurde bis Mitte Jahr die Struktur für das Kantonsmarketing als Ablösung der Wirtschaftsförderung Obwalden aufgebaut. Am 12. Juni 2006 wurde der Verein Standort Promotion **in Obwalden** gegründet. Zuvor wurde die Idee möglichen Trägerschaften wie Gemeinden, Treuhändern, Banken, vorgestellt. Die Leistungsvereinbarung mit klaren Zielsetzungen wurde vom Regierungsrat mit dem Verein abgeschlossen. Seit November ist die Standort Promotion **in Obwalden** operativ tätig, sodass die hängigen Dossiers übergeben werden konnten.



Die Premiere des Films „Anuk – der Weg des Kriegers“ des Obwaldner Filmemachers Luke Gasser wurde als Standortwerbung für Obwalden eingesetzt.

Kommission finanzielle Hilfen Hochwasser 2005

An regelmässig stattfindenden Sitzungen beurteilt die Kommission finanzielle Hilfen Hochwasser 2005 die hängigen Gesuche. Weil vorerst der Entscheid der Versicherungen und insbesondere des Fonds für nicht versicherbare Elementarschäden vorliegen muss, sind noch eine Reihe von Gesuchen hängig. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Schäden von Privaten durch die Versicherungen gut abgedeckt sind und verhältnismässig wenig Gesuche hängig sind. Viel umfassender sind die Schäden bei den Trägerschaften der öffentlichen Hand. Um Liquiditätsengpässe zu vermeiden, wurden von der Glückskette 3,5 Mio. Franken als Vorschuss geleistet, die an die Einwohnergemeinden aufgrund der Betroffenheit und der finanziellen Tragbarkeit weitergeleitet wurden.

41 Volkswirtschaftsamt

Das Volkswirtschaftsamt ist Anlaufstelle für die Wirtschaft, die Submission und den Binnenmarkt. Es behandelt die Gesuche der Investitionshilfe für Berggebiete und der Regionalpolitik des Bundes, unterstützt überkantonale Träger des Tourismus und ist Koordinationsstelle für Fragen der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS). Beim Volkswirtschaftsamt werden das Handelsregister geführt und die Stiftungsaufsicht mit Ausnahme der BVG-Vorsorgeeinrichtungen wahrgenommen. Die Abteilung Grundbuch und Vermessung führt das Grundbuch für den ganzen Kanton und nimmt die Aufgaben der Vermessung wahr. Das Volkswirtschaftsamt richtet Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung aus. Es ist die statistische Anlaufstelle und Bewilligungsbehörde für den Grundstückerwerb durch Personen im Ausland. Das Volkswirtschaftsamt ist verantwortlich für die Anlegung und Führung des Grundbuchs sowie den Bereich GIS Obwalden (inkl. GIS-Koordination). Zusätzlich betreut es die Betriebskommission sowie die Geschäftsstelle GIS Obwalden.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
35	Die Aufgabenbereiche Grundbuch und Vermessung sowie GIS-Koordination sind integriert. Das Büroproblem ist im Sinne von zweckmässigen Abläufen gelöst.	Die Bereiche Grundbuch und Vermessung sowie GIS-Koordination wurden dem Volkswirtschaftsamt angeschlossen. Die Büros sind zweckmässig zugeordnet.
36	Die Organisationsstruktur und die Arbeitsabläufe sind überprüft.	Dieser Prozess erfolgt laufend. Im GIS-Bereich wird eine engere Zusammenarbeit mit der LIS Nidwalden AG angestrebt.
	Das Handelsregister ist so organisiert, dass die aufgrund der neuen Steuerstrategie zu erwartenden zusätzlichen Geschäfte termingerecht erledigt werden können.	Die überraschende Zunahme von Geschäften musste mit dem bestehenden Personal bewältigt werden. Damit eine termingerechte Erledigung möglich war, mussten die anderen Aufgaben in der Priorität zurückgestellt werden.
	Der Vorentscheid über die Beschaffung des neuen HRwin-Systems ist getroffen.	Das HRwin-System läuft aus und wird nicht mehr weitergeführt. Das neue HRnet soll deswegen 2007 oder 2008 beschafft werden.
	Die Abklärungen und der Entscheid über die elektronische Archivierung (evtl. zusammen mit anderen Kantonen) sind erfolgt.	Die Abklärungen sind noch nicht abgeschlossen. Der Entscheid über den Zeitpunkt und Umfang der elektronischen Archivierung hängt von der Einführung des neuen Systems HRnet ab. Zudem ist der Übergang mit Nidwalden abzustimmen wegen des gemeinsamen Servers.

25	Das Tourismusgesetz ist bezüglich Tourismusförderungsabgabe überarbeitet, soweit die entsprechenden Abklärungen und die Vernehmlassung positiv ausfallen.	Aufgrund der hohen Belastung durch das Handelsregister und der ausstehenden Entwicklungen in den Nachbarkantonen wurde die Revision des Tourismusgesetzes noch nicht in Angriff genommen.
25	Fortführung der Leistungsvereinbarung mit Luzern Tourismus ab 2007. Alternativen sind überprüft.	Die Verhandlungen über die neue Leistungsvereinbarung dauern noch an.
	Es ist überprüft, ob Obwalden die überarbeitete elektronische Plattform "simap2" übernimmt. Falls übernommen, ist simap2 implementiert. Die Anwender sind über die Neuerungen informiert.	Die angekündigte Aufschaltung der überarbeiteten Plattform simap2 verzögerte sich weiter und wird erst im 2007 erwartet.
	Falls die digitale Signatur im Kanton übernommen wird, sind die Ausführungsbestimmungen zum Submissionsgesetz entsprechend anzupassen.	Es fehlt noch die kantonale Rechtsgrundlage.
	Bei neuen statistischen Anforderungen wird die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen weiterhin geprüft.	Ist unter den Zentralschweizer Kantonen ein regelmässiges Thema, bisher allerdings ohne konkrete Ergebnisse.
	Die Website „Obwalden in Zahlen“ erfährt mindestens jährlich ein Update. Aktualisierungen werden bei Bedarf auch laufend vorgenommen.	Die Website wird regelmässig aktualisiert.
	Der Aufgabenbereich Wohnbausanierung ist an das ALU übergeben.	Termingerecht übergeben
25	Die IH-Mittel werden für Projekte gemäss Strategie- und Amtsdauerplanung des Regierungsrates eingesetzt.	Für ein Projekt wurde Investitionshilfe zugesichert. Die Prüfung der Übereinstimmung mit der Strategie- und Amtsdauerplanung des Regierungsrates ist erfolgt.
25	Stellungnahme und notwendige Vorbereitungen zur Neuen Regionalpolitik (NRP) sind durchgeführt.	Die Umsetzung der NRP durch die Kantone wurde vom Bund auf die erste Hälfte 2007 festgesetzt.
	Die Neuerungen im Stiftungsrecht (insbesondere Einführung der Revisionsstellenpflicht) sind umgesetzt.	Alle Stiftungen wurden informiert. Die Umsetzung erfolgt soweit möglich zusammen mit ohnehin anstehenden Geschäften.
	Die Übergabearbeiten an die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA) sind abgeschlossen.	Die ZBSA hat ihre Arbeit termingerecht aufgenommen. Die Akten konnten anfangs 2006 der ZBSA übergeben werden.

4100 Amtsleitung

Als letzter Schritt der Neuorganisation der Phase II der Verwaltungsreform fünf Departemente wurden die Abteilung Grundbuch und Vermessung sowie die Dienststelle GIS-Koordination und die Betriebskommission GIS Obwalden auf den 1. Januar 2006 vom Bau- und Raumentwicklungsdepartement dem Volkswirtschaftsdepartement und dort dem Volkswirtschaftsamt angegliedert.

Submission

Auf der elektronischen Plattform des Vereins Simap, über welche öffentliche Ausschreibungen getätigt werden können, wurde im Berichtsjahr lediglich eine elektronische Ausschreibung getätigt. Die geplante Einführung einer neuen Version der Plattform verzögert sich weiter, da verschiedene Funktionen nicht rechtzeitig umgesetzt werden konnten.

Statistik

Seit der letzten Betriebszählung 2001 stieg in Obwalden die Zahl der Beschäftigten im zweiten und dritten Sektor von 13 723 auf 14 113, was einem Zuwachs von 2.8 Prozent entspricht (CH: +0.7 Prozent). Umgerechnet auf Vollzeitstellen ergab sich ein Wachstum von 11 774 auf 11 956, prozentual somit ein Zuwachs von 1.6 Prozent (CH:-0.7 Prozent). Die Anzahl der Arbeitsstätten sank im gleichen Zeitraum von 1 666 auf 1 587, (-4.7 Prozent, CH: -2.7 Prozent). Dass die Zahl der Beschäftigten stärker gewachsen ist als die Anzahl der entsprechenden Vollzeitäquivalente, zeigt den Trend zu vermehrter Teilzeitarbeit.

Grundstückwerb durch Personen im Ausland

Die Nachfrage nach Wohneigentum durch Personen im Ausland insbesondere in der Gemeinde Engelberg ist ungebrochen. Es wurden 27 Geschäfte verzeichnet, wovon 22 Gesuche für Ferienwohnungen und Ferienhäuser. Das zur Verfügung stehende Kontingent von 20 Einheiten wurde weitgehend (19) ausgeschöpft.

4101 Regionalpolitik

Tourismus

Beim Tourismus standen die Verhandlungen über die zukünftige Zusammenarbeit der Zentralschweizer Kantone im Vordergrund. Der Leistungsauftrag über die Dienstleistungen im Bereich Service Public mit der Luzern Tourismus AG lief Ende 2006 aus. Bis zum Jahreswechsel konnte noch kein neuer Zusammenarbeitsvertrag abgeschlossen werden.

Investitionshilfe für Berggebiete

An die Beschneiungsanlage Mörlialp in Giswil wurde Investitionshilfe (IHG) unter Bedingungen und Auflagen zugesichert.

4110 Handelsregister und Stiftungsaufsicht

Handelsregister

Die Steuerstrategie des Kantons hat bei den juristischen Personen zu einer erheblichen Steigerung geführt: Sowohl die Neueintragungen als auch die Sitzverlegungen nach Obwalden nahmen im Vergleich zu den Vorjahren sehr stark zu, was sich ent-

sprechend auf die Gebühreneinnahmen auswirkte. So wurde bei den Aktiengesellschaften eine Zunahme von 801 auf 1010 Gesellschaften verzeichnet. Bei den GmbH stieg die Zahl von 365 auf 493.

	2004	2005	2006
Eingetragene Firmen	1979	2044	2389
Einzelunternehmen	575	579	579
Aktiengesellschaften	765	801	1010
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	325	365	493
Handelsregistereinträge	724	688	1003
ausgestellte Handelsregisterauszüge	679	665	1074

Stiftungsaufsicht

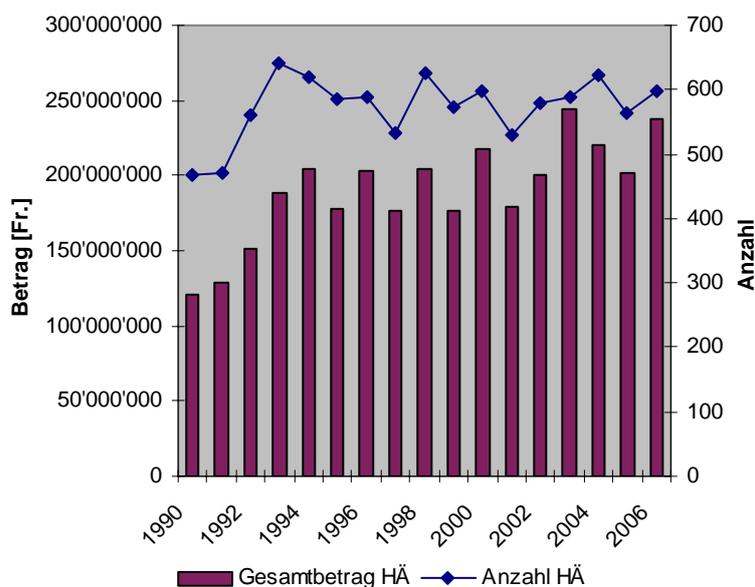
Die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA) in Luzern hat am 1. Januar 2006 die operative Tätigkeit aufgenommen. Die Vorsorgeeinrichtungen mit Sitz in Obwalden stehen seither unter der Aufsicht der ZBSA. Die klassischen Stiftungen verblieben unter der bisherigen Aufsicht.

412 Grundbuch / Vermessung / LIS/GIS

Grundbuch Kreis I (Sarneraatal)

Die Grundbuchgeschäfte haben gegenüber dem Vorjahr um 96 Geschäfte oder + 5,4 Prozent zugenommen. Die Summe der Handänderungen ist um 36,3 Millionen Franken gestiegen. Hingegen ist die Summe der errichteten Pfandrechte um 23 Millionen Franken zurückgegangen.

Entwicklung Handänderungen ab 1990



Die Geschäfte der Abteilung Grundbuch bewegten sich im üblichen Rahmen. Vorprüfungen von Grundbuchgeschäften, Besprechungen und Abklärungen sowie telefonische Auskünfte haben wie schon in den Vorjahren viel Zeit beansprucht.

Mit der Revision des Schätzungs- und Grundpfandgesetzes sowie der neuen Schätzungs- und Grundpfandverordnung wird auf den 1. Januar 2007 die bestehende Belastungsgrenze für Schuldbriefe bei nicht landwirtschaftlichen Grundstücken aufgehoben. Es ist damit zu rechnen, dass in Zukunft anstelle von Grundpfandverschreibungen mehrheitlich Schuldbriefe errichtet werden, welche durch das Grundbuch auszustellen sind und einen zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeuten. Um eine speditiv Erledigung dieser Geschäfte zu gewährleisten, wurden verschiedene Massnahmen getroffen. Auch musste die nötige EDV-Software angeschafft werden.

Grundbuchbereinigung Kreis I (Sarnen und Kerns)

In der Gemeinde Sarnen sind für die Grundstücke im Perimeter 05 (Teilgebiete: Brunnenmatt, Goldmatt, Mülimattli, Ziegelhüttenmatte) die Bereinigungsprotokolle unterschrieben. Die Inkraftsetzung des eidgenössischen Grundbuches erfolgt im Anschluss an die öffentlichen Auflageverfahren. Die Bereinigungsarbeiten werden im Teilgebiet „Spitalmatte, Aamatte“ fortgesetzt. In den Perimetern 06 und 08 sind die Grundstücke ersterfasst.

Für die Grundstücke der Gemeinde Kerns im Perimeter 01 (Teilgebiete: Büchsmatt, Arli, Breiten, Bachmattli) wurde das eidgenössische Grundbuch auf den 7. Dezember 2006 in Kraft gesetzt. Der Bereinigungsperimeter 02 umfasst die Teilgebiete Boll, Chatzenrain, Bollhöhe, Hohbüel, Bolti, Wijermatt, Teil Huwel, Untergass. Ein erster Teil der Bereinigungsprotokolle in diesem Perimeter ist bereits unterschrieben worden. Im Perimeter 03 wurden weitere Grundstücke ersterfasst.

Grundbuch Kreis II (Engelberg)

Die Handänderungen in Engelberg haben von 219 auf 316 zugenommen.

Weil gleichzeitig mit der Vorbereitung zur Überführung der Grundstücke auf das System Terris des Kantons die notwendigen Bereinigungen vorgenommen werden, kann das eidgenössische Grundbuch erst später eingeführt werden.

Amtliche Vermessung

Das Schwergewicht in der periodischen Nachführung der amtlichen Vermessung (AV93) lag bei den Informationsebenen Bodenbedeckung und Einzelobjekte auf der Grundlage der neuen Orthofotos. Sämtliche Daten der amtlichen Vermessung sind auf das gemeinsame Datenmodell überführt. Sie stehen nun tagesaktuell innerhalb des GIS-Obwalden zur Verfügung.

Mit den Kantonsgrenzänderungen Bern - Obwalden am Titlis und im Gebiet Halgenfluewald zwischen Hasliberg und Lungern besteht nun die Gewähr der rechtsverbindlichen und exakten Grenzen zu sämtlichen Nachbarkantonen.

Für die Behebung der Schäden in der amtlichen Vermessung infolge Unwetter 2005 konnte ein Auftrag vergeben werden. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Naturgefahren des Bau- und Raumentwicklungsdepartements sowie aufgrund einschlägiger Bundesbestimmungen konnte eine für den Kanton optimale Kostentragung mit rund 70 Prozent Bundesbeiträgen gefunden werden.

LIS/GIS

Die Zusammenarbeit mit der LIS Nidwalden AG, die zusammen mit GIS Obwalden eine gemeinsame Geschäftsstelle betreibt, läuft gut und bringt Synergien. Es wurde daher beschlossen, die Zusammenarbeit auch im strategischen Bereich auszubauen.

Auch 2006 konnten zahlreiche weitere Geodaten des Kantons und der Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind insbesondere die Zonenpläne zu erwähnen, welche neben der Festsetzung der Grundnutzungen auch die kantonalen Schutz- und Nutzungspläne enthalten. Weitere neue Geodaten sind die Orthofoto-Luftbilder swissimage mit 50cm Auflösung und ein 20cm-Orthofotoluftbild im Bereich der Talsohlen, die Gefahrenkarten, Kulturobjekte, Höhenkurvenpläne und Wanderwege.

Sowohl Privatpersonen, Architekten und Ingenieure, Werke, Gemeinden und kantonale Stellen haben Zugriff auf das GIS Obwalden.

An einer gut besuchten Informationsveranstaltung am 18. Dezember 2006 wurden den Gemeinde- und Werkvertretern, Ingenieuren und Architekten sowie weiteren Interessierten die Nutzungsmöglichkeiten des GIS Obwalden vorgestellt. Die Betriebskommission orientiert die interessierten Stellen und Private zweimal jährlich mit einem Newsletter.

42 Amt für Arbeit

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarktes und des Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW und der Arbeitslosenkasse OW/NW in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es vollzieht die Ausländer- und Asylgesetzgebung und ist Koordinationsstelle bei Fragen der Integration von ausländischen Personen, der Rassismusbekämpfung und zu den Fahrenden. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitshygiene und dem Umgebungsschutz beraten und überwacht. Um- und Neubauten werden in feuerpolizeilicher Hinsicht beurteilt. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens und der Preisbekanntgabe wird überwacht. Für das Markt-, Reisenden- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung, den Personalverleih und das Campieren werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
	Die Verordnung über das Campieren ist überarbeitet.	Die Vorlage wird zurückgestellt. Sie soll in das zu überarbeitende Baugesetz integriert werden.
	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ist in Zusammenarbeit mit dem SGD erlassen.	Der Auftrag ist aufgrund der Prioritätensetzung auf 2007 verschoben worden. Der Vollzug ist dadurch nicht beeinträchtigt.
	Allfälliger Nachtrag zum Gesetz über Familienzulagen	Die Massnahmen zum Familienleitbild sowie das Bundesgesetz über die Familienzulagen mussten abgewartet werden. Die Umsetzung ist auf 2008 vorgesehen.

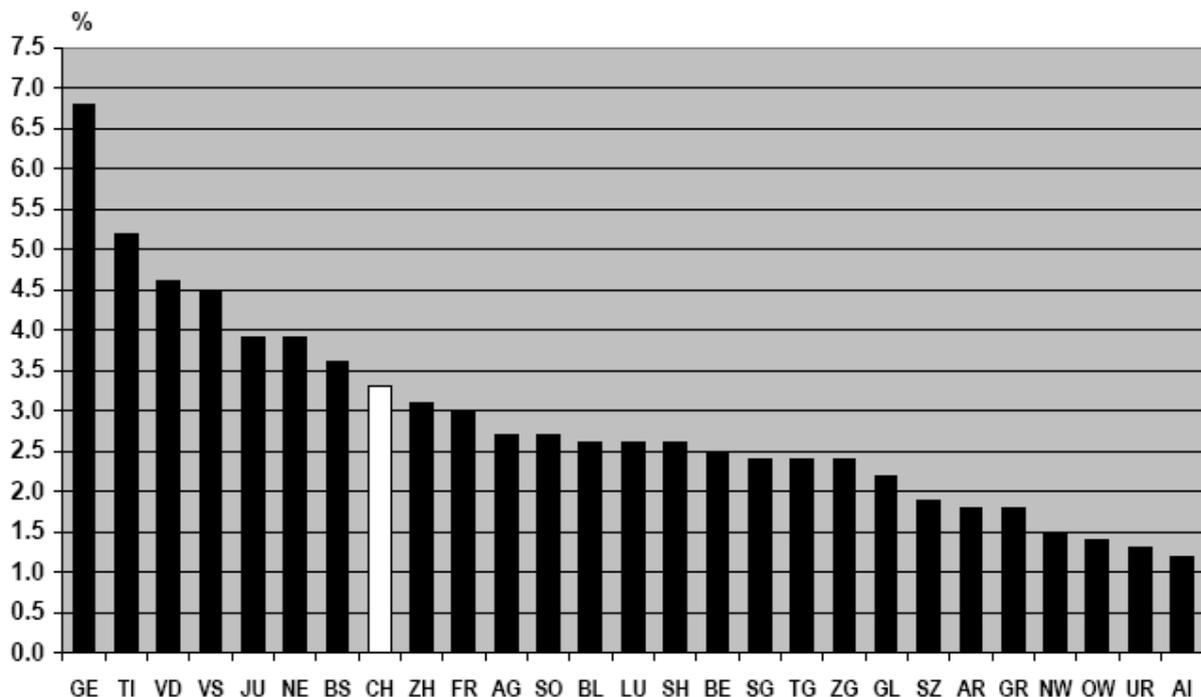
	Die Arbeitslosenkasse OW/NW ist im Rahmen des Leistungsauftrages mindestens in der neutralen Zone.	Die endgültigen Zahlen für 2006 liegen noch nicht vor. 2005 wurde das Ziel erreicht.
	Das RAV OW/NW erreicht im Rahmen des wirkungsorientierten Leistungsauftrages mit dem Bund eine Wirkung grösser als 100 %.	Die endgültigen Zahlen für 2006 liegen noch nicht vor. Das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum der Kantone Obwalden und Nidwalden hat im Jahre 2005 einen Wirkungsindex von 114 Punkten erzielt und belegte mit dem RAV Schaffhausen zusammen den ersten Platz.
	Die Einführungsgesetzgebungen zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und zu den flankierenden Massnahmen zur Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Mitgliedstaaten sind im Rahmen der interkantonalen Vereinbarung über den Vollzug des Entsendegesetzes vollzogen.	Die Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden haben den Vollzug des Schwarzarbeitsgesetzes der Tripartiten Arbeitsmarktkommission übertragen.
	Die Koordinationsgruppe Ausländer Integration initiiert, dass gestützt auf das kantonale Leitbild in den Gemeinden je ein Integrationsprojekt umgesetzt wird.	In sechs Gemeinden sind Integrationsprojekte am Laufen. In Sarnen wird die Aufgabe 2007 angegangen.
	Bilaterale II; der freie Personenverkehr mit den zehn neuen EU-Ländern ist ausländerrechtlich korrekt umgesetzt (Neue Ausländerkategorien).	Die Umsetzung des freien Personenverkehrs mit den zehn neuen EU-Ländern hat zu Mehrarbeiten im Migrationsbereich geführt, hat aber keine Probleme ergeben.
	Die Produktion der neuen Ausländerausweise ist geklärt und technisch sichergestellt.	Das Informatikprojekt als Ersatz des ZAR wurde vom Bundesamt für Migration noch nicht in Betrieb genommen.
	Mutationen der ausländischen Wohnbevölkerung im ZAR sind zwischen Kanton bzw. Gemeinden und Bundesamt für Migration neu geregelt.	Die Mutationen werden neu durch die Abteilung Migration vorgenommen.
	Das neue Ausländerregister "ZEMIS" (Ablösung von ZAR und AUPER) ist eingeführt und die Schulung der Mitarbeitenden abgeschlossen.	Das Informatikprojekt als Ersatz des ZAR wurde vom Bundesamt für Migration noch nicht in Betrieb genommen.
	Auf der Grundlage der neuen Bundesgesetzgebung (VO 5) ist die Ausführungsbestimmung zum Arbeitsgesetz vom März 1966 angepasst.	Die Jugendschutzverordnung ist vom Bundesrat noch nicht verabschiedet.
	Auf Grund der Vereinbarung mit Luzern und Nidwalden ist das kantonale Eichamt aufgehoben.	Die Aufgaben des kantonalen Eichamtes wurden mittels Vereinbarung dem Kanton Luzern übertragen.

4200 Amtsleitung

Ein gutes Jahr für den Arbeitsmarkt

Die günstige konjunkturelle Lage hat im abgelaufenen Jahr zunehmend auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. So betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1.5 Prozent und ist im Vergleich zum Vorjahr nochmals um ein Zehntel Prozent gesunken. Gesamtschweizerisch betrug der Durchschnitt 3.3 Prozent. In der ersten Jahreshälfte bildete sich die Zahl der Erwerbslosen von 335 auf 228 Personen zurück. Danach erhöhte sie sich trotz üblicher saisonaler Verschlechterungen kaum noch. Erst im letzten Quartal war erneut eine leichte Zunahme feststellbar. Von der anziehenden Nachfrage nach Arbeitskräften haben alle Altersgruppen profitiert. Auch das Problem der Jugendarbeitslosigkeit hat sich weiter entschärft. So lag die Arbeitslosenquote bei den 20- bis 24-Jährigen im Dezember noch bei 2.9 Prozent (im Vorjahr 3.5 Prozent).

Arbeitslosenquote nach Kantonen, Dezember 2006



Quelle: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, Dezember 2006

Die seit Mitte 2006 verstärkt feststellbare Erholung auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich noch weiter fortsetzen.

Etwas mehr Leistungen für weniger Personen bei der Arbeitslosenversicherung

Die Taggeldgesuche sind von 580 auf 515 zurückgegangen. Für diese Gesuche musste die Arbeitslosenversicherung während 54 648 Bezugstagen Leistungen erbringen (Vorjahr 50 362). Die ausbezahlten Entschädigungen haben sich von 6.615 Mio. Franken auf 6.736 Mio. Franken erhöht. Diese gegenläufige Bewegung ist entstanden, weil die verbleibenden Versicherten länger Leistungen beziehen als 2005 und einen etwas höheren Versicherten Dienst ausweisen. Die Kurzarbeitsentschädigung ist von 28 794 Franken auf 17 620 Franken zurückgegangen. Darin enthalten sind bis Mitte Jahr noch Entschädigungen durch wetterbedingte Kundenaus-

fälle, hervorgerufen durch die schweren Überschwemmungen vom August 2005. Die Ausfallstunden wegen schlechtem Wetter haben sich von 28 794 Stunden auf 18 635 Stunden verringert. Für Insolvenzenschädigungen mussten 158 000 Franken Entschädigungen an Arbeitnehmende ausbezahlt werden.

Zehn Jahre alt – und schon sehr erwachsen

Das gemeinsame RAV OW/NW ist zehnjährig. Die Mitarbeitenden haben in Tausenden von Gesprächen erwerbslosen Personen neue berufliche Perspektiven aufgezeigt. Das ist eine enorme Leistung. Es bedeutet, Menschen in ihrer ersten Betroffenheit als Erwerbslose, als vom Arbeitsmarkt ausgestossen, als Marginalisierte wieder aufzurichten, ihnen zuzuhören, ihre Frustration entgegenzunehmen und mit ihnen zusammen die Herausforderung der Neuorientierung zu bewältigen. Dazu braucht es hohes Einfühlungsvermögen, gleichzeitig aber auch Sachlichkeit, Distanziertheit und Beharrlichkeit, um mit der betroffenen erwerbslosen Person neue Beschäftigungschancen zu erschliessen. 2006 sind pro Monat durchschnittlich 479 Stellensuchende aus Obwalden im RAV OW/NW beraten worden.

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) intensiviert

Die Arbeitslosenversicherung, die Invalidenversicherung und die Sozialhilfe leisten in der Regel gute und rasche Hilfe. Immer wieder gibt es jedoch Personen, bei denen unklar ist, ob sie keine Arbeit haben, weil sie krank sind, oder ob sie krank sind, weil sie keine Arbeit haben. In solchen Fällen ist auch die Zuständigkeit meist nicht klar, so dass Betroffene zwischen den Institutionen hin und her geschoben werden. Damit auch Personen mit Mehrfachproblematiken rascher in den Arbeitsmarkt reintegriert werden können, haben die drei beteiligten Institutionen in den Kantonen Obwalden und Nidwalden ihre Zusammenarbeit im praktischen Alltag vertieft, indem sie regelmässig konkrete Falldossiers miteinander besprechen.

Rechtsauskunft gefragt

Typisch für den Beginn einer konjunkturellen Aufschwungphase ist die Zunahme von rechtlich wenig abgestützten Arbeitsverhältnissen. Häufig geht es um Personen, die auf Abruf eingestellt werden. Auch sonst nimmt in einer derartigen Phase die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt zu, entsprechend ist die Nachfrage nach Rechtsauskünften gewachsen.

Aus dem Ausland entsandte Arbeitnehmende kontrolliert

In der Absicht, die flankierenden Massnahmen möglichst effizient umzusetzen, die Inspektionstätigkeit im Sinne des Entsendegesetzes und des OR bedarfsgerecht und wirkungsvoll aufzubauen, haben die Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden mit dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement eine Vereinbarung über Kontrollintensität und entsprechende Abgeltung vereinbart. Der Vollzug wird durch die Tripartite Arbeitsmarktkommission (TAK) vorgenommen. Im Rahmen der sechzig im Kanton Obwalden durchgeführten Kontrollen sind wenige Verfehlungen festgestellt worden. Die meisten Fragen ergaben sich bezüglich der orts- und branchenüblichen Löhne und der Arbeitszeit. Sie konnten bis auf zwei Fälle einvernehmlich gelöst werden. In einem Fall musste eine Busse ausgesprochen werden, weil Arbeiten ohne Bewilligung verrichtet wurden. Und im zweiten noch hängigen Fall wurde die erlaubte Arbeitszeit massiv überschritten, die Sonntagsruhe wurde nicht eingehalten und die ausbezahlten Löhne waren mehr als die Hälfte unter dem GAV-Lohn.

4210 Abteilung Migration

Knapp 4000 Ausländerinnen und Ausländer leben in Obwalden

Im Jahr 2006 ist die ausländische Wohnbevölkerung im Kanton von 3759 auf 3968 Personen angestiegen. Der Anstieg von 209 Personen entspricht einer Zunahme von fünf Prozent. 124 Personen stammen aus dem EG/EFTA-Raum und 85 Personen kamen aus Drittstaaten. Einen wesentlichen Anteil der Drittstaatsangehörigen machen die über 50 indischen Studenten bei der Schiller Hotelfachschule in Engelberg aus, die jedoch nach Abschluss der Ausbildung wieder nach Indien zurückkehren müssen. Die Zuwanderung aus den zehn neuen EG-Staaten beschränkte sich auf Einzelfälle. Gesamtschweizerisch liegt der Ausländeranteil bei rund 21 Prozent, während er in Obwalden etwa zwölf Prozent beträgt.

Asylgesuche steigen wieder

Die Asylgesuche sind gesamtschweizerisch im Jahr 2006 leicht angestiegen. Dem Kanton Obwalden wurden 52 Asylsuchende zugewiesen. Sie stammen aus Algerien, Äthiopien, Belarus, Bulgarien, Irak, Moldau, Nigeria, Serbien, Somalia, Tibet, Türkei und Usbekistan. Dazu kommen vier Vollzugszuweisungen von Personen mit einem Nichteintretensentscheid.

Für 61 Personen ist das Asylverfahren wie folgt abgeschlossen: Acht Personen sind in ihre Heimat zurückgeführt, 21 Personen sind verschwunden, eine Person ist gestorben, 18 Personen haben im Rahmen der Härtefallregelung eine Aufenthaltsbewilligung erhalten und 13 Personen wurden als Flüchtlinge anerkannt.

Zahlen im Vergleich

Jahr	Einreisen	NEE ¹⁾	Vorläufige Aufnahmen	Bestand Ausweis N ²⁾	Bestand Ausweis F ³⁾	Bestand anerk. Flüchtlinge
2001	117	0	54	124	138	67
2005	55	12	20	97	80	71
2006	52	4	54	59	112	82

1) Nichteintretensentscheide 2) hängiges Asylverfahren 3) vorläufige Aufnahme

Auffallend sind die Zunahmen bei der Asylanerkennung (anerkannte Flüchtlinge) und der hohe Anstieg von vorläufigen Aufnahmen. Dies bedeutet, dass vermehrt Personen aus Ländern mit erhöhtem Sicherheitsrisiko, wie z.B. Irak und Somalia in der Schweiz ein Asylgesuch einreichen. Nach wie vor kommen viele Asylsuchende aus der Türkei, die oft als Flüchtlinge anerkannt werden.

Ausschaffungshaft: Entlassung auf Probe wirkt

Die Ausschaffungshaft wurde insgesamt 19 Mal verfügt. Sie betraf zehn Personen, die zum Teil wiederholt in Haft gesetzt werden mussten. Es hat sich bewährt, die Ausschaffungshaft jeweils nach zwei Monaten für die Dauer eines Monats aufzuheben, um den Weggewiesenen die Möglichkeit zur freiwilligen Ausreise zu geben. Drei Personen wurden ausgeschafft, vier Personen sind vermutlich unkontrolliert ausge-reist, zwei Personen sind in einem Wiedererwägungsverfahren und eine Person ist noch in Haft. Von den 565 Hafttagen wurden 384 Tage im Gefängnis Sarnen vollzo-gen. Nach spätestens zwei Monaten müssen die Inhaftierten in ein geeignetes Ge-

fängnis überführt werden. Dafür hat sich das Ausschaffungsgefängnis in Basel als Ergänzung bewährt.

Integration einen Schritt weiter

Die Sensibilisierung für Integrationsarbeit kommt langsam zum Tragen. In den Gemeinden sind verschiedene Projekte vorbereitet oder bereits gestartet. Der Bund finanziert Integrationsprojekte mit, wenn Kanton, Gemeinde oder andere Dritte sich an den Kosten beteiligen. Wertvoll ist die Koordinationsarbeit in der Zentralschweizer Fachgruppe Integration. In dieser Zusammenarbeit ist der Dolmetscherpool Zentralschweiz und die Internetseite www.integration-zentralschweiz.ch entstanden. Über diese Website erhalten Migrantinnen und Migranten Zugang zu Integrationsangeboten und die Projekte stehen als Idee auch Projektanbietenden zur Verfügung.

4220 Technische Inspektorate

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Betriebsbesuche

Seit 2002 schreibt die EKAS keine Betriebsbesuche nach Branchen mehr vor (z. B. Bäckereien, Kioske). Die Anzahl der Betriebsbesuche sinkt. Weil aber bei den Kontrollen in den Betrieben das ganze System der Vorkehrungen für die Unfallverhütung zu prüfen ist, bleibt der Aufwand gleich hoch. 2005 wurden wegen des Hochwassers weniger Betriebe besucht.

Betriebsbesuche	2001	2005	2006
Industrielle Betriebe	7	4	9
Nichtindustrielle Betriebe	92	37	46
Total Betriebsbesuche	99	41	55

Die sehr gute Auftragslage in den Betrieben hat zu Sondereinsätzen der Belegschaft und dadurch auch zu einer Zunahme der Arbeitszeitbewilligungen geführt.

Bei den Gesuchen um Ausnahmegewilligungen zeigen Unternehmer heute weniger Verständnis für kantonale Feiertage. Auch bei erhöhter Flexibilität und Mobilität müssen sich die Unternehmer den örtlichen Gegebenheiten anpassen.

Unfallverhütung

Die Richtlinie über den Beizug von Arbeitsärzten und andern Spezialisten der Arbeitssicherheit (ASA) ist einer Regulierungsfolgeabschätzung (RFA) unterzogen worden. Eine RFA analysiert die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Erlassen. Dank dieser Überprüfung konnten die Anforderungen angepasst werden. So müssen Kleinbetriebe nicht mehr den ganzen Prozess durchlaufen.

Baulicher Brandschutz

Vermeehrt müssen neben den ordentlichen Baubewilligungsverfahren – mit einem grösseren zeitlichen Aufwand – Quartierpläne und ganze Überbauungen begutachtet werden.

Art der Arbeit	2001	2005	2006
Begutachtung von Bauplänen	50	41	54
Kontrolle Sprinkleranlagen	2	1	0
Kontrolle Brandmeldeanlagen	0	1	1
Feuerschau	4	6	12

Alpnach und Sachseln veranlassten eine Feuerschau in ihren Schulhäusern durch die Technischen Inspektorate. Der Zeitaufwand wird sich durch erhöhte Sicherheit der Benutzer lohnen. Der Investitionsbedarf für Nachbesserungen ist hoch, so dass die Ausführung etappiert wird. Bei ständiger Nachführung eines Brand- und Sicherheitskonzeptes hätten Überraschungen und hohe Restaurierungskosten vermieden werden können.

4221 Gewerbebewilligungen

Geschicklichkeitsspielautomaten – Attraktivität stagniert

Nach dem grossen Rückgang der Geschicklichkeitsspielautomaten, insbesondere auf Grund der neuen Spielbankengesetzgebung im Jahr 2005, verbleibt die Anzahl Spielautomaten auf niederem Niveau.

	2001	2005	2006
Geschicklichkeits-Geldspielautomaten	87	22	17
Geschicklichkeits-Spielautomaten (Videospiele, Krangreifer, Flipperkästen)	89	32	30
Total	176	54	47

Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Infolge Insolvenz mussten einem Betrieb die Bewilligungen für die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih entzogen werden. Einem neuen Unternehmen konnte sowohl die Bewilligung für den Personalverleih wie auch für die Arbeitsvermittlung erteilt werden.

4222 Messwesen

Luzern eicht definitiv in Obwalden

Die vorläufige Vereinbarung zwischen Luzern und Obwalden ist durch eine definitive vom 28. November 2006 ersetzt worden. Die Zusammenarbeit, der Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Information sind sehr gut.

Die Räumlichkeiten des Eichamtes an der Schmiedgasse 6a wurden dem Bau- und Raumentwicklungsdepartement zur anderweitigen Nutzung freigegeben. Die Einrichtungen wurden dem Eichamt Luzern verkauft oder teilweise als Leihgabe dem Heimatmuseum übergeben. Es sind somit keine Messgeräte mehr beim Kanton vorhanden.

Von den 69 registrierten Abgasprüfgeräten wurden 68 geeicht. Ein Gerät war bei der Eichung defekt.

In einer Schwerpunktaktion wurden bei mehreren Bäckereien die Gewichte der Brote kontrolliert. Das Ergebnis war gut. Nur vereinzelt waren bei Spezialbroten die Gewichte nicht angeschrieben oder einzelne Brote untergewichtig.

Der Alpkäsemarkt, der Weihnachtsmarkt in Sarnen und drei Märkte wurden besucht. Auch hier war das Ergebnis erfreulich, nur vereinzelt war die Preisanschreibung nicht ordnungsgemäss.

43 Amt für Landwirtschaft und Umwelt

Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt ist Anlaufstelle für die Bereiche Landwirtschaft, Umweltschutz und Gewässerschutz sowie Fischerei. Es berät und unterstützt Bäuerinnen und Landwirte bei Fragen der Betriebswirtschaft, der Alpwirtschaft, der Tierhaltung, der Milchwirtschaft, des Marketings, des Pflanzenbaus, der Ökologie, des Tier- und Gewässerschutzes sowie der Strukturverbesserungen. Es ist zuständig für das Boden- und Pachtrecht, die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite), der Betriebshilfedarlehen, der Umschulungsbeihilfen sowie der Beiträge zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (WS Beiträge). Es wirkt mit bei der Beurteilung der Gesuche bei nicht versicherbaren Elementarschäden auf land- und alpwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Weiteren werden die Agrardatenerhebung als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen und Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb der Bauzonen und zur Zonenplanung erarbeitet.

Die Abteilung Umwelt koordiniert die kantonalen Umwelt- und Gewässerschutzaufgaben. Diese umfassen im Umweltschutz die Fachgebiete Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge sowie Abfallbewirtschaftung und Tankanlagen. Im Gewässerschutz sind es die Fachbereiche Gewässerschutz, Bodenschutz, umweltgefährdende Stoffe und die Umweltverträglichkeitsprüfung. Im Weiteren ist sie für die Fischerei zuständig und stellt Fischerpatente aus.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
	Die Büroraumoptimierung der Abteilung Umwelt ist umgesetzt.	Der Umbau des Verwaltungsgebäudes wurde wegen des Unwetters 2005 auf Anfang 2007 verschoben. Somit konnte die Abteilung Umwelt räumlich noch nicht mit dem Amt zusammengeführt werden.
	Der Vollzug der Wohnbausanierung wird vom ALU wahrgenommen.	Die Wohnbausanierung ist in den Vollzug des ALU integriert.
	Die Notwendigkeit der Bodenrechtskommission ist überprüft.	Eine Analyse liegt vor. Über die Zukunft der Kommission soll im Rahmen der Überarbeitung der Landwirtschaftsgesetzgebung entschieden werden.

	Die Organisationsstruktur und die Arbeitsabläufe sind optimiert und die Qualität der Arbeit ist sichergestellt.	Aufgrund der räumlichen Trennung der Abteilung Umwelt lassen sich noch nicht alle Synergien nutzen und sind Abläufe erschwert.
34	Die Vollziehungsverordnungen zum Umweltschutzgesetz und zum Gewässerschutzgesetz sind in Kraft. Die Ausführungsbestimmungen zu den obigen Vollziehungsverordnungen sind in Kraft.	Beide Verordnungen wurden auf den 1. Mai 2006 in Kraft gesetzt. Die Ausführungsbestimmungen wurden vom Regierungsrat erlassen.
	Die Unterlagen zur Zusammenführung der Ölwehr-, Chemiewehr- und Strahlenschutzverordnung in die Feuerschutzgesetzgebung sind dem zuständigen SGD bereitgestellt.	Die Unterlagen sind bereitgestellt. Der Entscheid des Regierungsrats, ob eine Integration in die Feuerschutzgesetzgebung möglich ist, ist noch ausstehend.
24	Das Gebietsmanagement zwischen Pilatus und Giswilerstock (Flyschalpen) sowie für das Gebiet Mettental-Astel-Wengen liegt vor.	Die Berichte sowie das Kartenmaterial wurden zusammen mit dem Amt für Wald und Raumentwicklung erarbeitet.
	Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften werden bei der Überarbeitung der Vergabe- und Nutzungsregelungen von land- und alpwirtschaftlichen Flächen und Alpeinheiten beraten.	Sachseln und Kerns wurden bei der Überarbeitung begleitet.
	Ein Bericht zeigt den Umsetzungsstand (Controlling) der Massnahmen im Agrarleitbild sowie den weiteren Handlungsbedarf.	Der Bericht liegt vor und wurde vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Er dient als Grundlage für die Weiterentwicklung der kantonalen Agrarpolitik.
	Im Hinblick auf die Liberalisierung des Milchmarktes werden zur Unterstützung der Professionalität in der Milchproduktion mindestens drei Weiterbildungsangebote mit unterschiedlichen Beratungsmethoden angeboten.	Gut besuchte Beratungsveranstaltungen fanden statt. Neben Gruppenveranstaltungen wurde auch ein Arbeitskreis Milchproduktion gebildet.
	Beim Ausstieg aus der Milchkontingentierung werden die Milchproduzenten und ihre Organisationen beratend unterstützt.	Durch die Aufhebung der Milchkontingente hat der Beratungsbedarf zugenommen.
	Spezialisierte Aufzuchtbetriebe sind zur Bildung einer Interessengemeinschaft (oder zur Integration dieser Aufgaben in eine bestehende Organisation) motiviert.	Die Aufzuchtbetriebe haben sich zentralschweizerisch in einer Interessengemeinschaft organisiert.

Die Bereinigung der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist in mindestens drei Gemeinden abgeschlossen.	Die landwirtschaftlichen Nutzflächen in den vier Gemeinden Engelberg, Lungern, Giswil und Sachseln sind bereinigt.
Die Umsetzung der unwetterbedingten Ausnahmeregelungen ist in Zusammenarbeit mit den Betroffenen erledigt.	Die Ausnahmeregelungen für die Direktzahlungen konnten abgeschlossen werden.
Die vom Bund eingeleiteten Sofortmassnahmen zur besseren Koordination der verschiedenen öffentlich-rechtlichen Kontrollen sind umgesetzt.	Die Koordination der öffentlich-rechtlichen Kontrollen wird durch die Dienststelle Direktzahlungen wahrgenommen.
Die Kontrollzuteilung der Betriebe nach dem System der Risikobasierung (Rating) ist als Pilotprojekt umgesetzt.	Die risikobasierte Kontrollzuteilung der Betriebe wurde zusammen mit den Kantonen Luzern und Uri vorgenommen.
Der Inspektionsbereich Milch (MIBD) ist neu geregelt.	Mit Beschluss des Regierungsrates wurde die Milchinspektion dem Labor der Urkantone übertragen.
Bei der Beurteilung der Tragbarkeit für die Unterstützung der Strukturverbesserungen mit Investitionshilfen werden die Auswirkungen der AP 2011 berücksichtigt.	Bei Tragbarkeitsberechnungen und Finanzplänen werden die möglichen Auswirkungen der AP 2011 mit eingerechnet.
Die standortgerechte Wiederherstellung der Unwetterschäden wird durch die Beratung in Zusammenarbeit mit dem AWR unterstützt.	Die Beratung wird im Zusammenhang mit der Beitragsabwicklung laufend sichergestellt.
70 Prozent der Unwetterbeiträge für die Wiederherstellung der Schäden sind an die Betroffenen ausbezahlt.	Aufgrund der verfügbaren Mittel von Bund und Kanton konnten rund zwei Drittel der Beiträge ausbezahlt werden. Der Rest wird 2007 ausbezahlt.
Die nicht gesetzeskonformen Gründepionien sind stillgelegt.	Die Schliessungen von sieben Deponien wurden in Abstimmung mit dem neuen Entsorgungskonzept auf Ende 2006 verfügt und vollzogen.
Die Gewässerschutzbereichskarte ist erstellt.	Die Karte liegt vor.
Die Grundlagenarbeiten für die Wärmenutzungskarte sind abgeschlossen.	Die Grundlagenarbeiten liegen vor. Die Karte ist bereits in Arbeit.
Die Branchenvereinbarung mit dem Malergewerbe zur Kontrolle der Abwasservorbehandlung ist abgeschlossen.	Die Branchenvereinbarung wurde von sechs Zentralschweizer Kantonen unterzeichnet.

	Die Aufsicht über den Entsorgungszweckverband (EZV) ist wahrgenommen.	Der Abteilungsleiter ist beratendes Mitglied im Vorstand. Es bestehen ständige Kontakte mit den Verantwortlichen.
--	---	---

4300 Amtsleitung

Auf Kurs mit den Zielen des Agrarleitbilds

Der Regierungsrat hat 2004 für die Obwaldner Land- und Alpwirtschaft ein Agrarleitbild erstellt. Darin wurden für die Obwaldner Land- und Alpwirtschaft eine Vision, verschiedene Leitsätze mit Zielen und konkrete Massnahmen formuliert. Nun liegt ein Zwischenbericht zum Umsetzungsstand (Controlling) der Massnahmen sowie zum weiteren Handlungsbedarf vor.

Aufgrund der kurzen Zeitspanne seit der Verabschiedung des Agrarleitbildes im Jahre 2004 ist eine endgültige Beurteilung der Zielerreichung nicht bei allen Massnahmen bereits zum heutigen Zeitpunkt möglich. Zusammenfassend kann aber festgehalten werden, dass bereits ein guter Stand der Umsetzung der im Agrarleitbild formulierten Zielsetzungen und Massnahmen erreicht werden konnte. Das breit abgestützte Agrarleitbild hat somit seinen Zweck gut erfüllt.

Weiterentwicklung der kantonalen Agrarpolitik

Der Zwischenbericht dient gleichzeitig als Grundlage für die Weiterentwicklung der kantonalen Landwirtschaftsgesetzgebung. Diese muss zudem in Abstimmung mit der Weiterentwicklung der eidgenössischen Agrarpolitik (AP 2011) und weiterer landwirtschaftsrelevanter Anpassungen des Bundesrechts (v.a. neuer Finanzausgleich, NFA; Aufhebung Wohnbausanierungsbeiträge, auf den 1. Januar 2008 angepasst werden.

Wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft ist angespannt

Die betriebswirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im Kanton Obwalden hat sich weiter verschlechtert. Viele Landwirte können nur noch dank einem ausserlandwirtschaftlichen Nebenerwerb überleben.

Einkommenslage der Obwaldner Landwirtschaft, 2005¹⁾

Jahr	Landw. Einkommen	Nebeneinkommen ²⁾	Gesamteinkommen
2000	Fr. 44 233.–	Fr. 19 210.–	Fr. 63 443.–
2005	Fr. 40 202.–	Fr. 23 905.–	Fr. 64 107.–

1) Quelle: Lagebericht der Agrotreuhand Uri, Nid- und Obwalden, GmbH, Altdorf. 2) Das Nebeneinkommen umfasst das Einkommen aus selbstständiger nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit und die Kinderzulagen sowie der Lohn aus ausserlandwirtschaftlichen Tätigkeiten.

Das landwirtschaftliche Einkommen ist in den letzten fünf Jahren um zehn Prozent gesunken. Dieses liegt wegen der kleinen Betriebsstrukturen um rund Fr. 15 000.– unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Das Gesamteinkommen ist aufgrund des steigenden Nebeneinkommens stabil geblieben. Rund vier Fünftel der Obwaldner Betriebe weisen ein zusätzliches ausserlandwirtschaftliches Einkommen aus.

Durch weitere Marktöffnungen und die Umlagerung von Marktstützungen zu den Direktzahlungen im Rahmen der AP 2011 wird das landwirtschaftliche Einkommen weiter sinken. Die amtsinternen Hochrechnungen zeigen, dass dieses bei gleichbleibenden Betriebsstrukturen bis ins Jahr 2011 um weitere zehn Prozent sinken wird. Dies

entspricht in der Zeitperiode 2001 bis 2011 einem Rückgang des landwirtschaftlichen Einkommens von rund 20 Prozent bei gleichbleibendem Arbeitsaufwand.

Strukturwandel der Obwaldner Landwirtschaft

Die Anzahl aller Landwirtschaftsbetriebe (einschliesslich Kleinstbetriebe) im Kanton Obwalden sank zwischen 2000 bis 2005 von 839 auf 774 Betriebe. Diese Abnahme ist leicht tiefer als das gesamtschweizerische Mittel. Sowohl in Obwalden als auch gesamtschweizerisch wurden vor allem kleinere Betriebe (bis ungefähr fünf ha) aufgegeben. Bemerkenswert und erfreulich ist, dass die Zahl der Betriebe mit mehr als 20 ha LN prozentual viel stärker gestiegen ist als gesamtschweizerisch.

Betriebsentwicklung seit 2000

Betriebe	Obwalden			Schweiz		
	2000	2003	2005	2000	2003	2005
Anzahl (Index)	839 (100)	796 (95)	774 (92)	70537 (100)	65866 (93)	63627 (90)
Grössenklassen:						
0 bis 5 ha	168 (100)	150 (89)	146 (87)	13764 (100)	11613 (84)	10647 (77)
5 bis 10 ha	272 (100)	269 (99)	245 (90)	13149 (100)	11725 (89)	11108 (84)
10 bis 20 ha	363 (100)	330 (91)	332 (91)	24984 (100)	23077 (92)	21994 (88)
Mehr als 20 ha	36 (100)	47 (130)	51 (142)	18640 (100)	19451 (104)	19878 (107)

Strukturanpassungen in der Landwirtschaft erfolgen aber auch, indem Betriebe neu ausgerichtet werden, ohne dass sie aufgegeben werden. Auf Grund des steigenden Drucks auf die Milchwirtschaft gaben beispielsweise zwischen dem Milchjahr 1999/2000 und 2004/2005 von den 704 Milchproduzenten 136 Betriebe die Milchproduktion auf und stellten v.a. auf Aufzucht oder Mast um.

Vollzug des Umwelt- und Gewässerschutzes auf neuer Basis

Der Kantonsrat verabschiedete am 16. März 2006 die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer. Sie ersetzt die Verordnung aus dem Jahre 1976. Das kantonale Recht ist nun in Übereinstimmung mit dem geltenden Bundesrecht. Gleichentags verabschiedete der Kantonsrat auch die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Umweltschutz. Diese löst die für den Vollzug des Umweltschutzes durch den Regierungsrat erlassenen Ausführungsbestimmungen ab. Die Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton wurde für den Gewässer- und Umweltschutz beibehalten.

4311 Beratung

Das Tätigkeitsfeld der landwirtschaftlichen Beratung ist äusserst vielfältig. Nebst der Suche nach Lösungen bei einzelbetrieblichen Fragen im Zusammenhang mit dem sich rasch wandelnden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umfeld unterstützt die landwirtschaftliche Beratung vorwiegend den Gesetzesvollzug. Dabei ist ein aktuelles und umfassendes Weiterbildungsangebot für die Bäuerinnen und Landwirte wichtig. Zudem werden von der Beratung sektorübergreifende Projekte, beispielsweise im Biolandbau (BioRegio) und im Agrotourismus begleitet.

Weiterbildungsveranstaltungen fanden guten Anklang

Im Berichtsjahr gaben die landwirtschaftlichen Beratungsdienste der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden wiederum ein gemeinsames Weiterbildungsprogramm heraus, welches in Zusammenarbeit mit den bäuerlichen Organisationen erstellt wurde. Rückmeldungen aus den bäuerlichen Kreisen in den drei Kantonen bestärkten die Verantwortlichen der Beratungsdienste zur vermehrten überkantonalen Zusammenarbeit wie auch mit den land- und hauswirtschaftlichen Beratungsdiensten weiterer Zentralschweizer Kantone. Dies schlug sich in einem noch breiteren Kursangebot und einer erhöhten Teilnehmerzahl aus verschiedenen Kantonen nieder. Insgesamt haben an den Weiterbildungsveranstaltungen im Kanton Obwalden rund 1880 Personen teilgenommen.

Zu den bestbesuchten Veranstaltungen gehörten die Informationsabende über aktuelle agrar- und umweltpolitische Themen, die Informationsveranstaltungen über die Bewältigung der Schäden durch das Unwetter 2005 sowie Kurse zur Tiergesundheit beim Rindvieh.

Vorzeitiger Ausstieg aus der Milchkontingentierung

2009 wird die Milchkontingentierung aufgehoben. In Zusammenarbeit mit dem Milchproduzentenverband wurde an Informationsveranstaltungen darüber orientiert. Zudem bearbeitete der Beratungsdienst zahlreiche einzelbetriebliche Anfragen zu diesem Thema. Im Kanton Obwalden haben rund drei Viertel der Milchproduzenten die Möglichkeit eines vorzeitigen Ausstieges genutzt und sind bereits am 1. Mai 2006 aus der Milchkontingentierung ausgestiegen.

Rindviehaufzucht im Berggebiet

Mit der Aufhebung der Milchkontingentierung werden ab 2009 auch die Zusatzkontingente der Talbetriebe, die Aufzuchttiere aus dem Berggebiet kaufen, aufgehoben. Damit verliert das Berggebiet als traditionelles Aufzuchtgebiet einen wichtigen Wettbewerbsvorteil. In Zusammenarbeit mit anderen Zentralschweizer Kantonen wurde ein gemeinsamer Auftritt in Form einer Plattform für das Angebot und die Nachfrage nach Aufzuchttieren im Internet aufgebaut. Zusätzlich wurden Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt, um die Professionalität der Aufzuchtbetriebe zu fördern und die langfristigen Absatzchancen zu verbessern.

Bäuerlich-hauswirtschaftliche Beratung

Vermehrt suchen vor allem Bäuerinnen aufgrund der sinkenden Einkommen zusätzliche Wertschöpfungsmöglichkeiten mit landwirtschaftsnahen Dienstleistungen auf dem Bauernhof. Beispiele dazu sind Angebote im Agrotourismus, der Betreuung von Personen auf dem Betrieb, die Direktvermarktung u.a. Der Beratungsdienst führte dazu Weiterbildungsveranstaltungen durch und gab Auskunft bei einzelbetrieblichen Anfragen.

Förderungsbeitrag an zwei innovative Projekte

Bei der sechsten Vergabe des Innovationsbeitrages zur Absatzförderung landwirtschaftlicher Produkte wurde die Genossenschaft Schlachthaus Ei, Sarnen mit einem Beitrag von Fr. 18 000.– unterstützt. Mit der Einrichtung einer Fleischtrocknungsanlage kam sie einem grossen Bedürfnis der Produzenten und Konsumenten entgegen. Für Obwaldner Trockenfleisch besteht eine gute Nachfrage.

Im Weiteren hat die Familie Burch, Mattacher, Wilen, für ihre neu erstellte und stark diversifizierte Bioobstbauanlage einen Innovationsbeitrag von Fr. 5 000.– erhalten.

Betriebsaufgabe hat vielfältige Auswirkungen

Zu den rechtlichen, finanziellen und sozialen Folgen der Betriebsaufgabe wurde ein Leitfaden erstellt. Er steht den Betroffenen als Beratungshilfsmittel zur Verfügung und bildet auch eine wertvolle Grundlage für einzelbetriebliche Beratungen. Auch ausserkantonale Amtsstellen und die schweizerische landwirtschaftliche Beratungszentrale Lindau haben sich dafür interessiert.

Kontrolle giftiger und hoch allergener Pflanzen

Giftige und hochallergene Pflanzen wie Kreuzkräuter, Riesenbärenklau und Ambrosia treten vermehrt auf. Sie sind nicht nur eine Gefahr für die Gesundheit von Mensch und Tier, sondern können auch das ökologische Gleichgewicht gefährden. Durch Informationen in den Medien und zwei Veranstaltungen hat der Beratungsdienst über die Ausbreitung und die Bekämpfungsmöglichkeiten aufgeklärt.

Beurteilung von Baugesuchen ausserhalb der Bauzone

Im Mitberichtsverfahren wurden 117 Baugesuche (Vorjahr 133) ausserhalb der Bauzone beurteilt.

4312 Strukturverbesserungen

Mehr Hoch- als Tiefbauten unterstützt

2006 wurden gleich viele Ökonomiegebäude mit Finanzhilfen (Investitionskredite und Beiträge) unterstützt wie im Vorjahr.

Strukturen der Betriebe mit Investitionshilfen, 2006

Kategorien	Fälle	LN ¹⁾	RGVE ¹⁾	SAK ¹⁾	Milchkontingent	Art der Unterstützung
Stallbauten (Neu- und Umbauten) für die Verkehrsmilchproduktion	7	17.31	29.0	2.3	97 735 kg	Alle Investitionskredite und Beiträge
Andere Ökonomiegebäude	2	12.15	23.8	1.6	--	1 IK und Beiträge 1 nur IK (Remise)

1) Abkürzungen: LN = Landwirtschaftliche Nutzfläche in ha; RGVE = Raufutter-Grossvieheinheiten; SAK = Standard-Arbeitskräfte

Im Hoch- und Tiefbau (ohne Unwetterprojekte) wurden von den 38 behandelten Gesuchen für Investitionskredite im Jahre 2006 28 (74 Prozent) bewilligt, bei den 18 Gesuchen für Beiträge wurden zehn (55 Prozent) bewilligt. Das Investitionsvolumen der unterstützten Projekte (ohne Unwetterprojekte) beträgt rund 14.4 Millionen Franken, davon flossen rund 7.7 Millionen Franken ins Baugewerbe.

Verfügte Finanzhilfen und Investitionsvolumen 2006 in Franken (ohne Unwetterprojekte)

Kategorien	Finanzhilfen ¹⁾		Investitionsvolumen ²⁾
	Investitionskredite ³⁾	Beiträge ⁴⁾	
Heimställe (Neu- und Umbauten)	1 022 000.–	1 323 500.–	4 834 300.–
Wasserversorgungen	0.–	183 600.–	474 516.–
Periodische Wiederinstandstellung	0.–	40 700.–	78 515.–
Übriger Tiefbau	190 000.–	0.–	894 432.–

Wohnhäuser (Neu- und Umbauten)	450 000.–	0.–	1 465 050.–
Starthilfe für Junglandwirte ⁵⁾	1 860 000.–	0.–	6 675 410.–
Total	3 521 000.–	1 547 800.–	14 422 223.–

1) Durch Bund und Kanton verfügte Finanzhilfen; 2) Investitionsvolumen der mit Finanzhilfen unterstützten Objekte gemäss Angaben der Bauherrschaft; 3) 100% Bundesmittel; 4) i.d.R. Bundesbeitrag 59%, Kanton 41%; 5) Beitrag für 15 Betriebsübernahmen

Auffallend ist die hohe Zahl der bewilligten Starthilfen für Junglandwirte. 2006 finanzierten 15 Landwirte die Übernahme des elterlichen Betriebes mit Hilfe eines solchen Investitionskredites. Von 2002 bis 2005 wurden durchschnittlich sechs Starthilfen gewährt. Dass Betriebe früher übergeben werden, dürfte mit den Änderungen in der Landwirtschaftspolitik und mit der unsicheren wirtschaftlichen Zukunft in der Landwirtschaft zusammenhängen.

Schadenbehebung Unwetter 2005

Nach den Aufnahmen und der Beurteilung der Unwetterschäden in der Landwirtschaft im Schadenjahr standen 2006 die Zusicherung und Auszahlung von Strukturverbesserungsbeiträgen an die Geschädigten im Vordergrund. Der Kantonsrat sicherte zur Behebung der Schäden für die Landwirtschaft an der Sitzung vom 27. Januar 2006 die entsprechenden Beiträge zu.

Projekte für die Behebung von Unwetterschäden in der Landwirtschaft, 2006

Hauptprojekte	Rüfenprojekte Landwirtschaft	Wiederherstellung der Erschliessungsanlagen
Investitionskosten	2 830 000.–	2 712 000.–
Beiträge Kanton (23 % der Baukosten)	651 000.–	624 000.–
Beiträge Bund (59.2 % der Baukosten)	1 675 360.–	1 606 120.–
Baukredite (Investitionskredite)	1 000 000.–	1 050 000.–

Das Rüfenprojekt umfasst 230 Rüfen und 30 ha übersaartes Kulturland, das Projekt Erschliessungen 250 Schadstellen, welche in 11 Sammelprojekte zusammengefasst wurden.

65 Prozent der zugesicherten Beiträge wurden 2006 an die Geschädigten ausbezahlt. Im Gelände sind rund 70 Prozent der Schäden behoben. Der milde Winter 2006/2007 hat den Baufortschritt begünstigt.

Verbesserungen der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Das Bundesbudget für die Zusicherungen von Beiträgen für Wohnbausanierungen in Berggebieten wurde für das Jahr 2006 durch den Bund von zehn auf vier Millionen Franken gekürzt. In Obwalden konnten dadurch noch an vier Projekte Finanzhilfen von total Fr. 360 000.– (wovon Fr. 120 000.– als kantonale Gegenleistung) zugesichert werden. 2005 waren es acht Projekte mit einer Unterstützung von total Fr. 786 000.–. Das Investitionsvolumen dieser Objekte im 2006 beträgt rund 2.7 Millionen Franken. 15 Gesuche sind zurzeit auf der Warteliste, wovon 2007 voraussichtlich drei zugesichert werden können. Für die Unterstützung neuer Wohnbauten durch den Bund stehen ab 2008 keine neuen Finanzmittel mehr zur Verfügung, da die entsprechende Gesetzesgrundlage des Bundes auf Ende 2007 ausläuft.

4321 Landwirtschaftliche Beiträge

Direktzahlungen sind wichtiger Teil des Einkommens

Die Anzahl der direktzahlungsberechtigten Betriebe nahm von 697 auf 689 um 12 Betriebe (Vorjahr drei Betriebe) erstmals seit 2002 wieder stärker ab.

Tabelle: Beiträge an die Obwaldner Land- und Alpwirtschaft¹⁾

Beitragsart	2005	2006
Allgemeine Direktzahlungen	20 818 141	20 595 651
Ökobeiträge	1 416 717	1 374 893
Ethobeiträge (Tierwohl)	1 920 605	1 977 607
Kürzungen / Rückforderungen	98 931	92 909
Beiträge für biologische Qualität	241 652	247 460
Beiträge für Vernetzung	61 805	88 020
Sömmerungsbeiträge	2 746 508	2 732 537
Kant. Beiträge für besonders umweltfreundliche Bewirtschaftungsformen	60 631	65 274
Total	27 167 128	26 988 533

1) Vergleich mit 2001 nicht möglich, da neue Beitragszahlungen

Die Abnahme der allgemeinen Direktzahlungen ist vor allem auf die Abnahme des beitragsberechtigten Nutztierbestandes und der beitragsberechtigten landwirtschaftlichen Nutzfläche um 209 Hektaren seit 2002 zurückzuführen. Zusätzliche Beiträge können in der Regel nur über eine Mehrbeteiligung insbesondere bei den Ethobeiträgen und bei den Beiträgen nach der Öko-Qualitätsverordnung erreicht werden.

Nicht berücksichtigt in der obigen Darstellung sind die im Auftrag des AWR ausgerichteten Beiträge gemäss Natur- und Heimatschutzgesetzgebung in der Höhe von 701 368 Franken (Vorjahr 658 995 Franken). Diese gehen teilweise auch an öffentlich-rechtliche Körperschaften.

Koordination der Kontrollen

Die Kantone wurden vom Bund aufgefordert, die öffentlich-rechtlichen Kontrollen besser zu koordinieren. Diese umfassen vor allem Kontrollen für die Direktzahlungsberechtigung, die Milchhygiene, die Tiergesundheit (amtstierärztliche Kontrolle) und die Lebensmittelsicherheit. Als Koordinationsstelle wurde das Amt für Landwirtschaft und Umwelt (ALU) bestimmt. Ziel ist es, dass in Betrieben ohne Mängel in den Vorjahren in der Regel nicht mehr als eine, in Ausnahmefällen zwei Kontrollen im Jahr durchgeführt werden.

Im Kanton wurden im 2006 insgesamt 1560 Bereiche auf den 689 direktzahlungsberechtigten Betrieben kontrolliert. Grösstenteils handelte es sich aber um Kontrollbesuche, wo mehrere Bereiche der öffentlich-rechtlichen Kontrollen gleichzeitig inspiziert wurden. 77 (11 Prozent) der Betriebe hatten keinen Kontrollbesuch, 354 (51 Prozent) hatten einen Kontrollbesuch, 240 (35 Prozent) Betriebe hatten zwei Kontrollbesuche und nur 18 (3 Prozent) der Betriebe hatten drei Kontrollbesuche.

Zusätzlich wurden 51 (sieben Prozent) der Betriebe im Rahmen der amtstierärztlichen Kontrolle durch das zuständige Veterinäramt der Urkantone und 259

(47 Prozent) der Betriebe für die Milchhygiene durch den zuständigen Milchwirtschaftlichen Inspektions- und Beratungsdienst (MIBD) der Zentralschweiz kontrolliert.

Zusatzbeiträge für ökologische Ausgleichsflächen

Im 2006 erfüllen 481 ha (Vorjahr 466 ha) der Landwirtschaftlichen Nutzfläche die Anforderungen der biologischen Qualität nach der Ökoqualitätsverordnung (ÖQV).

Zur weiteren Verbesserung der biologischen Qualität sind zurzeit zusätzlich innerhalb eines Perimeters von 1415 ha Landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) insgesamt 172 ha ökologische Ausgleichsflächen nach der ÖQV vernetzt.

Vernetzungsprojekte nach ÖQV in Obwalden

Projekt	seit	Trägerschaft	LN ¹⁾	öA ²⁾
Kulturlandschaft Lungernersee-West (Lungern)	2002	Teilsame Lungern Obsee Pro Natura Unterwalden Gemeinde und Tourismus Lungern REV Sarneraatal	227	45
Hanglagen nördlich Engelberger Aa (Engelberg)	2002	Einwohnergemeinde Engelberg	434	65
Sarnersee-Süd (Giswil und Sachseln)	2005	Landwirtschaftlicher Arbeitskreis	192	13
Oberhalten und Umgebung (Kerns)	2006	Teilsame Oberhalten, Kerns	562	49
Total			1415	172

1) LN: Landwirtschaftliche Nutzfläche in ha im Projektperimeter; 2) öA: davon ökologische Ausgleichsfläche in ha für Vernetzungsbeiträge anerkannt

Viehwirtschaft

Die kantonalen Beiträge zur Förderung Tierzucht an Gross- und Kleinviehschauen sowie die Förderung des Gross- und Kleinviehabsatzes an Schlachtviehmärkten blieben gleich wie im Vorjahr. An der kantonalen Grossviehschau in Sarnen konnte mit 894 Tieren (Rinder, Kühe, Stiere) eine Rekordauffuhr verzeichnet werden. Die Anzahl der an den Schlachtviehmärkten aufgeführten Tiere der Rindergattung ist hingegen seit 2002 rückläufig. 2006 wurden beim Rindvieh 476 Tiere (Vorjahr 518 Tiere) an den Schlachtviehmarkt in Sarnen aufgeführt. 2002 waren es noch 782 Tiere.

433 Umwelt

Schäden des Hochwassers im Griff

Vom Hochwasserereignis 2005 waren die Trinkwasserversorgungen, die Abwasseranlagen und die Tankanlagen betroffen. Bei den Trinkwasseranlagen ergaben sich keine Folgeschäden. Die Abwasseranlagen wurden saniert, so dass die Abwasserreinigung wieder läuft. Durch das Unwetter erlitt die Abwasserleitung durch den See zwischen Sachseln und Sarnen so grossen Schaden, dass sie in den nächsten Jahren ersetzt werden muss. Der Entsorgungszweckverband Obwalden hat die dazu erforderlichen Abklärungen getroffen und sich für den Totalersatz der Leitung entschieden.

Nachdem in den überfluteten Zonen Heizkessel, Brenner und Tankanlagen stark beschädigt wurden, entschieden sich viele Hauseigentümer, die Ölheizungen durch

Wärmepumpenanlagen oder Holzheizungen zu ersetzen. Der hohe Ölpreis förderte zusätzlich den Wechsel zu andern Energiequellen.

4331 Gewässer und Umweltschutz

2006 – ein Jahr im Zeichen des Feinstaubs

Der Jahresbeginn war geprägt von einer ausserordentlich hohen Feinstaubbelastung mit starken Überschreitungen des Grenzwertes. Dieser Umstand löste das „Aktionsprogramm Feinstaub“ von Bundesrat Moritz Leuenberger aus, welches verschiedene Massnahmen zur Begrenzung von übermässigen Belastungen vorsieht. Die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) beschloss ein Interventionskonzept Feinstaub, das – abgestuft nach Belastungssituation – kurzfristige und zeitlich begrenzte Massnahmen beinhaltet. Bei hoher Feinstaubbelastung gilt insbesondere Tempo 80 auf Autobahnen, das Verbot des Betriebs von mit Feststoff befeuerten Zweitheizungen und das Verbot des Feuerns im Freien. Das interkantonale Interventionskonzept wurde vom Regierungsrat am 21. November 2006 für den Kanton Obwalden beschlossen. Die Zentralschweizer Kantone bilden mit dem Kanton Zürich eine Region, in der die entsprechenden Massnahmen abgestimmt werden.

Auch langfristige Luftreinhaltemassnahmen beschlossen

Der Massnahmenplan zur Luftreinhaltung ist ein Projekt der Zentralschweizer Kantone. Er bezweckt, übermässige Immissionen mit geeigneten Massnahmen langfristig und nachhaltig zu bekämpfen. Der leicht angepasste Massnahmenplan wurde vom Regierungsrat am 14. Februar 2006 beschlossen. Es handelt sich dabei um emissionsmindernde Massnahmen im öffentlichen Verkehr und auf Baustellen (Partikelfilter), die Kontrolle von Holzfeuerungen, die Unterstützung von erweiterten Kontrollen auf Nationalstrassen und um Informationsmassnahmen.

Information über die Luftqualität jederzeit

Für die Messung der Luftschadstoffe betreiben die Zentralschweizer Kantone und der Kanton Aargau das gemeinsame Messnetz „in-LUFT“. Die Ergebnisse der Luftmessungen werden jährlich in einem Kurzbericht und in einem detaillierteren technischen Bericht publiziert. Alle Messdaten und weiteren Informationen stehen auf der Homepage der „in-LUFT“ unter www.in-luft.ch zur Verfügung. Daneben wird ein saisonaler SMS-Dienst mit aktuellen Ozon-Werten im Sommer bzw. Feinstaubwerten im Winter angeboten. (Weitere Infos sind unter www.ozon-info.ch und www.feinstaub.ch abrufbar).

Information über die nichtionisierende Strahlung

Die Bevölkerung der Zentralschweiz soll umfassend über nichtionisierende elektromagnetische Strahlung („Elektrosmog“) informiert werden. Dazu wurde 2006 mit dem Aufbau eines Messnetzes begonnen. Um auch flächendeckende Aussagen über die Belastungssituation machen zu können, wird die elektromagnetische Strahlung mit einem Computermodell für das Gebiet der Zentralschweiz modelliert. Die Startphase im Jahr 2006 diente dazu, Erfahrungen zu sammeln. Das Projekt dauert bis 2009. Erste Resultate werden voraussichtlich im Frühling 2007 publiziert.

Aktualisierte Übersicht der Störfallbetriebe in Obwalden

Der eidgenössische Risikokataster gemäss Störfallverordnung (ERKAS) wurde im Jahr 2006 aktualisiert. Im Kanton Obwalden unterstehen zehn Betriebe mit grösseren Mengen an Chemikalien der Störfallverordnung. Das Gefahrenpotential dieser Be-

triebe wurde bereits früher beurteilt. Bei einem Betrieb (Kunsteisbahn Sporting Park in Engelberg) wurden aufgrund der Resultate einer Risikoermittlung weitere Sicherheitsmassnahmen verfügt.

Bewältigung von Altlasten

Die Altlasten-Verordnung des Bundes verpflichtet die Kantone, die belasteten Standorte in einem Kataster zu erfassen. Zu belasteten Standorten zählen Ablagerungs-, Betriebs- und Unfallstandorte von Abfällen, die eine beschränkte Ausdehnung aufweisen. Für die Ablagerungsstandorte (Deponien) wurde der Kataster im Jahr 2006 fertig erstellt. Insgesamt wurden 246 Verdachtsflächen auf eine mögliche Belastung hin beurteilt. Davon wurden 52 Ablagerungsstandorte (rund 20 Prozent) als belastet beurteilt. Für diese Standorte wurde der Katastereintrag vorgenommen (ein Katastereintrag wurde aufgrund eines laufenden Rechtsmittelverfahrens provisorisch vorgenommen). Ein Untersuchungsbedarf besteht bei rund der Hälfte der belasteten Standorte. Die Untersuchungen sollen Aufschluss geben, ob Schutzgüter (z.B. Grundwasser oder Oberflächengewässer) bedroht und allfällige Sanierungen notwendig sind. Bei den restlichen belasteten Standorten, die nicht untersucht werden müssen, besteht zurzeit kein Handlungsbedarf. Dieser ergibt sich allenfalls bei späteren Bauprojekten auf diesen Standorten.

Mit den Arbeiten zur Erstellung des Katasters der belasteten Betriebsstandorte wurde im Jahr 2006 begonnen.

Schliessung der Grüngutdeponien

Auf Ende 2006 mussten die Grüngutdeponien der Gemeinden geschlossen werden. Mit der Schliessung drängte sich eine neue Entsorgungslösung für Grüngut auf. Bis anhin wurde ein Teil des Grüngutes in nicht gesetzeskonformen Grüngutdeponien abgelagert, der Rest wurde mittels Sammlung in den Gemeindesammelstellen über die Weiherhus Kompost AG, Blatten, entsorgt. Mit der Weiherhus Kompost AG besteht ein Abnahmevertrag bis Ende 2007. Ziel ist es, ein Entsorgungsangebot für den ganzen Kanton zu schaffen. Das mit den beteiligten Stellen bei einer Spezialfirma in Auftrag gegebene Konzept liegt vor. Eine Kommission des Entsorgungszweckverbandes bereitet eine Ausschreibung für die Verwertung vor. An verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen wurden interessierten Verwertern die Möglichkeiten der Grüngutwiederverwertung, wie beispielsweise die Kompostierung, die Biogasherstellung u.a. aufgezeigt.

Verkehr mit Abfällen (Sonderabfall)

Am 1. Januar 2006 trat die Verordnung über den Verkehr mit Abfällen in Kraft. Damit wurde auch eine neue Abfallart, die sogenannten „anderen kontrollpflichtigen Abfälle“ bezeichnet. In diese Abfallkategorie fallen z.B. Altpneus, belastete Holzabfälle und stark belasteter Bodenaushub. Entsorgungsunternehmen, welche solche Abfälle entgegennehmen, benötigen eine Bewilligung des Kantons. Sämtlichen Empfängern von solchen Abfällen wurde diese Bewilligung bis Ende November erteilt.

Wassergefährdende Flüssigkeiten (Tankanlagen)

Der Bund hat die Vorschriften im Bereich der Tankanlagen gelockert. So wurden z.B. sämtliche Kleintankanlagen von der Bewilligungs- und Kontrollpflicht befreit. Anlagen mit mittelgrossen Tanks müssen nur noch in den besonders gefährdeten Bereichen bewilligt und regelmässig kontrolliert werden. Für Kontrollen und den einwandfreien

Betrieb von Tankanlagen, welche von der Kontrollpflicht befreit wurden, ist der Tank-eigentümer selber verantwortlich.

Branchenlösung der Malereibetriebe eingeführt

Am 1. Januar 2007 trat in der Zentralschweiz die erste regionale Branchenlösung zum Vollzug der Umwelt- und Gewässerschutzvorschriften für die Malereibetriebe in Kraft. Die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern und Zug schlossen mit dem Innerschweizerischen Malermeisterverband (IMV) einen Vertrag über die Kontrolle und Beratung der Malereibetriebe ab.

Die Branche kontrolliert das Einhalten der Umweltvorschriften selber. Die Verantwortung für den gesetzeskonformen Vollzug bleibt allerdings bei den kantonalen Umweltbehörden. Die Behörden legen Vollzugsziele fest, stellen Vollzugshilfen bereit und überprüfen die Zielerreichung.

Obligatorischer Service für alle Kleinkläranlagen

Im Kanton Obwalden sind zurzeit drei zentrale Abwasserreinigungsanlagen (Sarneraatal, Engelberg und Melchtal), elf Gruppenanlagen und 66 Kleinkläranlagen in Betrieb. Im Berichtsjahr wurden neun Kleinkläranlagen neu bewilligt. Zurzeit stehen 81 bewilligte Kleinkläranlagen in Betrieb.

Gemäss dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer liegen Betrieb und Unterhalt von Kleinkläranlagen in der Verantwortung der Eigentümer. Um einen sachgemässen Betrieb sicherzustellen, wurde 2006 für alle Kleinkläranlagen eine obligatorische Servicepflicht eingeführt. Damit wird jede Anlage einmal jährlich durch eine Fachperson kontrolliert und gewartet. Die Serviceverträge umfassen auch eine Laboruntersuchung des gereinigten Abwassers, womit die Reinigungsleistung der Anlagen beurteilt werden kann. 2006 gab es keine Beanstandungen.

Lungerersee im Gespräch

Im Juni und Juli 2006 gab es im Lungerersee ungewöhnliche Beobachtungen: tiefe Wassertemperaturen, erhöhte Trübung und tote Fische. Dabei wurde ein Zusammenhang mit der Zuleitung von Wasser aus dem Kleinen und Grossen Melchtal vermutet. Diese erfolgte seit Anfang Juni aufgrund eines Maschinenschadens im Kraftwerk Kaiserstuhl über zwei Absturzleitungen in den Lungerersee, was zu einem grossen Strudel an der Seeoberfläche führte. Die vom Elektrizitätswerk Obwalden beauftragte EAWAG (Wasserforschungs-Institut des ETH-Bereichs) stellte fest, dass durch die ungewöhnliche Einleitung die obersten 40 Meter des Sees durchmischt wurden. An der Wasseroberfläche blieben die Temperaturen deshalb, trotz der siebenwöchigen Erwärmung während der Hitzeperiode im Juni und Juli, deutlich unter 19°C. Beim Übertritt in die Absturzleitungen wurde Luft ins Wasser eingemischt. Durch diese Übersättigung bildeten sich oberhalb einer Seetiefe von sieben Metern kleine Blasen. Das führte bei einigen Fischen, die sich in dieser Tiefe aufhielten, zur Gasblasenkrankheit.

Am 30. August wurden die Maschinen im Kraftwerk Kaiserstuhl wieder in Betrieb genommen und der Wassereintrag über die Absturzleitungen eingestellt. Danach erholte sich der See und im November wurde wieder eine normale Luftsättigung von 100 Prozent gemessen.

Grundwasserschutzzonen Mettental neu ausgeschieden

Die Quellwasserfassungen im Mettental (Gemeinde Sachseln) sind für die Versorgung des Dorfes Sachseln von grosser Bedeutung. Deshalb erliess der Regierungs-

rat am 2. Juli 1996 für diese Quellen eine Schutzzone. Trotzdem vermochte die Wasserqualität den hygienischen Anforderungen auch nach der Schutzzonenauscheidung oftmals nicht zu genügen. Die durch externe Fachspezialisten bestimmte Schutzzone S1 (Fassungsbereich) war falsch bemessen. Die alpwirtschaftliche Nutzung erfolgte deshalb teilweise direkt über den Quelfassungen. Nach Prüfung des hydrogeologischen Berichts sowie des neuen Schutzzonensplans mit dem zugehörigen Schutzzonereglement durch das Amt für Landwirtschaft und Umwelt konnte der Regierungsrat die vergrösserte Schutzzone am 31. Oktober 2006 neu erlassen.

Erdwärme eine saubere Sache

Der Trend zur Nutzung der Erdwärme ist ungebrochen. Im Jahr 2006 wurden 62 neue Erdsondenanlagen und drei neue Grundwasserwärmepumpen bewilligt. Ende 2006 waren im Kanton Obwalden somit 345 Anlagen mit Wärmequelle Erdwärme und 42 Anlagen mit Wärmequelle Grundwasser in Betrieb.

Die Wärmeengewinnung mittels Erdsonden ist bewilligungspflichtig. Die Beurteilung erfolgte bisher anhand bestehender Grundlagen wie z.B. dem Wasserversorgungsatlas, der Gewässerschutzkarte und verschiedenen geologischen Unterlagen, die den Anforderungen nicht mehr genügten. Eine Karte soll aufzeigen, wo Erdsonden erstellt werden können. Sie soll im Sommer 2007 zur Verfügung stehen und ins Geographische Informationssystem (GIS) aufgenommen werden. Sie wird kantonalen und kommunalen Behörden sowie Privaten eine rasche Übersicht über vorhandene Wärmenutzungsmöglichkeiten aus Wasser und Boden und über mögliche Nutzungskonflikte bieten. Zudem ist eine Beschleunigung und Vereinheitlichung des Bewilligungsverfahrens zu erwarten.

4332 Fischerei

Gewässerökologie und Wasserbau müssen kein Widerspruch sein

Der moderne Hochwasserschutz trägt nicht nur den Schutzanliegen Rechnung, er beachtet auch andere Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung. Deshalb müssen die gewässerökologischen Anliegen frühzeitig in die Planung einfließen können. Bei den zahlreichen wasserbaulichen Projekten als Folge des Hochwassers 2005 brachte das Amt für Landwirtschaft und Umwelt die Anliegen von Gewässerschutz und Fischerei ein. Die Mitwirkung betrifft vor allem die drei grössten Projekte, Sarneraa in Sarnen, Sarneraa in Alpnach und Engelbergeraa.

Neben der Planung ist auch die Bauausführung für den Erfolg eines Projekts von grosser Bedeutung. 2006 wurden 20 Baustellen an verschiedenen Bächen begleitet. Dadurch konnten fischökologische Verbesserungen erreicht werden.

Attraktivere Fischerei für Jugendliche im Eugenisee

Weil die Fischerei in den Bächen erst für Personen ab dem 17. Altersjahr gestattet ist, können die Jugendlichen in Engelberg nur im Eugenisee fischen. Der Preis von Fr. 25.– für ein Tagespatent hielt jedoch viele vom Fischen ab. Die neuen Tagespatente für Jugendliche zum Preis von Fr. 15.– fanden bereits recht guten Anklang, wurden doch neben 2 888 Tagespatenten für Erwachsene auch 270 für Jugendliche verkauft.

4333 Chemiewehr und Strahlenschutz

Auf den 1. Januar 2006 löste der Kanton Nidwalden die Vereinbarung mit dem Kanton Obwalden für den Betrieb eines gemeinsamen Chemiewehr-Stützpunktes auf. Der Chemiewehr-Stützpunkt hat seinen Standort in Sarnen und wird vom Kanton Obwalden alleine weiter betrieben.

Ernstfalleinsatz der Chemiewehr in Engelberg

Der Chemiewehr-Stützpunkt Sarnen musste am 27. August nach Engelberg ausrücken, weil sich in einem Hotelbetrieb ein Unfall mit Reinigungs- und Desinfektionschemikalien ereignete. Zwei Hotelangestellte mussten vorübergehend in Spitalpflege nach Stans gebracht werden. Das Ereignis konnte in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Engelberg schnell unter Kontrolle gebracht und bewältigt werden.

4.5 Bildungs- und Kulturdepartement

Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende			
	2005		2006	
	mit Schul- verwaltung	LP	mit Schul- verwaltung	LP
Departementssekretariat	3.83		3.83	
Amt für Volks- und Mittelschulen	16.95	38.25	17.60	38.35
Amt für Berufsbildung	14.11	22.31	14.16	24.27
Abteilung Kultur	4.79		4.79	
Abteilung Sport	2.70		2.10	
Insgesamt	42.38	60.56	42.48	62.62

"Bildung trägt nicht nur zu einer gesunden Persönlichkeitsentwicklung, sondern auch wesentlich zum Gedeihen der Wirtschaft bei. Nur gut ausgebildete Menschen können die Wirtschaft in Schwung bringen und halten."

Regierungsrat Hans Hofer, Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements

Das Jahr 2006 in Zahlen

Für die Aus- und Weiterbildung an ausserkantonalen Ausbildungsinstitutionen (Hochschulen, Fachhochschulen, Mittelschulen sowie die Berufsbildung) wurden insgesamt 14 557 900 Franken ausbezahlt.

An den beiden Mittelschulen in Sarnen und Engelberg konnten insgesamt 84 Maturitätszeugnisse ausgehändigt werden (Kantonsschule Obwalden 60, Stiftsschule Engelberg 18, Schweizerische Sportmittelschule Engelberg sechs). An der Handelsmittelschule der Stiftsschule Engelberg (HMS+) wurden neun Berufsmaturitätszeugnisse und neun Handelsdiplome erworben.

Im Sommer beendeten 498 Jugendliche das 9. Schuljahr. Ende September hatten 98 Prozent von ihnen eine Anschlusslösung gefunden.

Im Berichtsjahr wurden 46 Lehrverträge aufgelöst. Im Verhältnis zur Gesamtzahl von 1076 Lehrverhältnissen (Rekordzahl) und zum langjährigen Mittel ist dies ein erfreulich tiefes Ergebnis.

An der Lehrabschlussfeier konnten 325 Berufszeugnisse und 21 Berufsmaturitätsausweise überreicht werden.

Die Kantonale Kulturförderungskommission und die Fachstelle für Kulturförderung behandelten 91 Gesuche um finanzielle Unterstützung. Insgesamt wurden aus dem Lotteriefonds Beiträge in der Höhe von rund 380 000 Franken an Projekte, Veranstaltungen, Auszeichnungen, Kulturinstitutionen und Werkankäufe ausbezahlt.

Es konnten 19 Restaurierungen von Denkmalschutzobjekten abgeschlossen werden. An die Restaurierungskosten geschützter Kulturobjekte, inklusive Kloster Engelberg, wurden insgesamt 1 575 506 Franken ausbezahlt; der Kantonsanteil betrug 789 406 Franken.

Die Jahresausleihe in der Kantonsbibliothek hat sich mit knapp 110 000 Einheiten auf hohem Niveau eingependelt.

In 15 Kaderbildungskursen wurden 318 Teilnehmende aus Obwalden und der ganzen Schweiz zu Leiterinnen und Leitern ausgebildet.

501 Jugendliche haben die Kantonale Turnprüfung mit einer Erfüllungsquote von durchschnittlich 85.5 Prozent erfüllt.

Die umgesetzten Departementziele im Überblick (Controlling)

	<i>Jahresziele 2006</i>	Stand der Erfüllung
27	<p>Die Bildungsangebote und -strukturen werden weiterentwickelt.</p> <p><i>Das 9. Schuljahr ist als Abschlussjahr der Volksschule aufgewertet.</i></p> <p><i>Das Projekt Englisch an der Primarschule wird weitergeführt.</i></p>	<p>Das Rahmenkonzept für das Projekt 8plus wurde erarbeitet und genehmigt. Der Einsatz des Testwerkes „Stellwerk“ wurde vorbereitet.</p> <p>Die Ausführungsbestimmungen über die Brückenangebote wurden angepasst.</p> <p>Die Zertifizierung der ersten nachqualifizierten Lehrpersonen fand statt. Die zweite Ausbildungsstaffel startete im Herbst 2006 mit dem letzten Ausbildungsmodul.</p>
29	<p>Die Rahmenbedingungen der Aus- und Weiterbildungen werden verbessert.</p> <p><i>Das Bildungsgesetz ist zuhanden einer zweiten Volksabstimmung vorbereitet.</i></p>	<p>Das Bildungsgesetz wurde in der Volksabstimmung angenommen.</p>
30	<p>Projekte im Bereich Sport und Kultur mit regionaler / überregionaler Ausrichtung werden gefördert.</p> <p><i>Kulturprojekt mit überregionaler Ausstrahlung wird vom Kanton mitfinanziert.</i></p> <p><i>Das Kulturleitbild und das Kulturförderungskonzept sind genehmigt.</i></p> <p><i>Das kantonale Sportkonzept ist schrittweise umgesetzt.</i></p>	<p>Die Vorbereitung und Umsetzung des Projektes OBWALD wurden begleitet. Die Veranstaltung konnte erfolgreich durchgeführt werden.</p> <p>Der Regierungsrat genehmigte das Leitbild und das Konzept.</p> <p>Für den Schwimmunterricht in den Schulen wurde ein neues Reglement erarbeitet und verabschiedet.</p>

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2006	Stand der Erfüllung
Neues Bildungsgesetz sowie Folgeerlasse zum Bildungsgesetz (Bildungsverordnung, Volksschulverordnung)	Erfüllt
Nachtrag zur Kulturverordnung (Auswirkungen Kulturleitbild)	Zurückgestellt, da das Kulturleitbild erst im Dezember 2006 vom Regierungsrat verabschiedet wurde.
Nachtrag zur Denkmalschutzverordnung (Auswirkungen NFA)	Zurückgestellt, da andere Prioritäten (Auswirkungen Hochwasser 2005 – Kulturgüterschutz)

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Folgemassnahmen 2006 zur Hochwasserkatastrophe

Das Departement initiierte bei den Folgemassnahmen drei Projekte: Sicherstellung eines ordentlichen Turn- und Sportunterrichts in der Traglufthalle, Einrichtung eines Kraftraumes und Wiederinstandstellung des Kellers im Alten Kollegium.

Der Turn- und Sportunterricht für die kantonalen Schulen konnte auf der Basis des Drei-Stunden-Obligatoriums garantiert werden. Allerdings mussten Klassen zusammengelegt und auf den geschlechtergetrennten Unterricht verzichtet werden. Zusatzangebote können zur Zeit nicht mehr stattfinden.

Unterstützend wirkt nun auch der neue Kraftraum in der alten Kollegiküche im Konvikt. Nebst den kantonalen Schulen können auch die Vereine und der Schweizerische Ruderverband davon profitieren.

Im Keller des Alten Kollegiums wurde einerseits das Archiv für Departementsakten und für die kantonale Kunstsammlung wieder eingerichtet. Andererseits wurde für die Neukonzeptionierung der Ausstellung Burch-Korrodi vom Stiftungsrat ein Auftrag an die Firma Steiner Sarnen Schweiz vergeben.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Im Volksschulbereich findet ein regelmässiger Austausch zwischen dem Departement und den Gemeinden im Rahmen der Schulpräsidien- und der Schulleiterkonferenz statt. Im November fand unter der Leitung des Departements eine Klausurtagung mit allen Schulratspräsidien und Schulleitungen der Gemeinden zum Thema „Strategische und operative Aufgaben in der Schule“ statt.

Zusammenarbeit Obwalden/Nidwalden

Die Zusammenarbeit der beiden Departemente wurde an drei Besprechungen der beiden Departementsleitungen vertieft. Themen dieser Besprechungen waren u.a.: Bildungskommissionen in OW und NW, gemeinsame Referatsreihe, Vollzugsgesetzgebung im Berufsbildungsbereich, Bildungsgesetzgebung, Übergang Sek. I – Sek. II, Schulabkommen. Zudem hat der Departementssekretär Obwalden Einsitz in der Bildungskommission Nidwalden. Weitere ständige Zusammenarbeitsfelder: LehrerIn-

nen- und Lehrerweiterbildung (inkl. UR), Berufsbildung, externe Evaluation OW/NW/UR.

Interkantonale Zusammenarbeit: Zustimmung zu zwei interkantonalen Vereinbarungen

Zwei Geschäfte prägten die Interkantonale Zusammenarbeit regional und national in besonderem Mass: Die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) und die nationale und regionale Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich. Das HarmoS-Konkordat umfasst folgende Themenbereiche:

- einheitliche strukturelle Eckwerte (Schuleintritt, Dauer der Schulstufen),
- übergeordnete Ziele der obligatorischen Schule Schweiz,
- Qualitätssicherung und -entwicklung auf nationaler Ebene sowie
- verbindliche Bildungsstandards

Im Kanton Obwalden ergab die Vernehmlassung eine breite Zustimmung. Einzig zur Frage des Einschulungszeitpunkts ab vier Jahren waren die Rückmeldungen kontrovers. Der Regierungsrat teilte der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) im November 2006 die Zustimmung zum Bericht unter Berücksichtigung der Vorbehalte bezüglich Einschulungszeitpunkt mit.

Die Anforderungen an die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich verändern sich durch die Neugestaltung der Aufgabenteilung und des Finanzausgleichs (NFA) grundlegend. Mit der NFA fallen die Leistungen und die Regelungen der Invalidenversicherung für den sonderpädagogischen Bereich weg. Die Finanzierung (z.B. der Sonderschulung) erfolgt neu vollumfänglich durch die Kantone und Gemeinden. Auf nationaler Ebene wurde eine interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich geschaffen und den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet. Der Regierungsrat begrüsst die Vereinbarung im Grundsatz. In der Region Zentralschweiz wird parallel dazu ein Rahmenkonzept zur sonderpädagogischen Förderung in der Zentralschweiz entwickelt, das Ende 2006 kurz vor der Verabschiedung durch die Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz stand.

50 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat nimmt folgende Aufgabenbereiche wahr: Höhere Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen, Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Ausbildungsbeiträge (Stipendien/Darlehen), kirchliche Angelegenheiten. Es unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, die Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
27	Die Bildungsangebote und Strukturen werden weiterentwickelt.	<i>Bildungskonzept:</i> Erstes Projekt zur Wirkungsanalyse ist durchgeführt, Projektbericht liegt vor.
29	Die Rahmenbedingungen der Aus- und Weiterbildung werden verbessert.	<p><i>Bildungsgesetz (BiG):</i></p> <p>Das Gesetz wurde im zweiten Anlauf vom Volk mit über 80% Ja- Stimmen angenommen.</p> <p>Die Folgearbeiten zum BiG wurden planmässig aufgenommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lehrpersonenverordnung: Projektgruppe beriet einen ersten Verordnungsentwurf. - Ausführungsbestimmungen Berufsbildung: Wurden in erster Lesung im Regierungsrat verabschiedet. - Bildungskommission: Die Wahl ist erfolgt. <p><i>Information und Kommunikation (I+K):</i></p> <p>Konzept wurde schrittweise umgesetzt und erstmals evaluiert.</p> <p><i>Ausbildungsbeiträge:</i></p> <p>Die Ausführungsbestimmungen für Ausbildungsbeiträge wurden familienfreundlicher formuliert.</p>
	Das Departementssekretariat ist weiter professionalisiert.	<p>Fortsetzung des <i>Organisationsentwicklungsprozesses:</i></p> <p>Ein DS-Leitbild wurde erarbeitet.</p>

Bildungsgesetz und die Folgearbeiten

Der Kantonsrat beriet die Zweitaufgabe des Bildungsgesetzes am 27. Januar 2006 (erste Lesung) und verabschiedete das Gesetz zuhanden der Volksabstimmung am 16. März 2006 (zweite Lesung). Das Bildungs- und Kulturdepartement erarbeitete in der Folge ein Konzept für die Information und Kommunikation (I+K Konzept Bildungsgesetz), mit dem Ziel, dass das Bildungsgesetz bei der Abstimmung vom Volk angenommen wird. So wurden alle Bildungspartner (Einwohnergemeinden, Schulen, politische Parteien, Wirtschaft, Schule und Elternhaus usw.) in die I+K eingebunden und die Inhalte des neuen Bildungsgesetzes über deren Kanäle kommuniziert. Am 19. April 2006 fand zudem eine Informationsveranstaltung statt, deren Patronat durch die Bildungspartner breit abgestützt war. Am 21. Mai 2006 wurde das Bildungsgesetz in der Volksabstimmung mit 5 485 Ja gegen 1 259 Nein angenommen (Ja-Anteil 81.33 Prozent).

Das Departement erarbeitete in der Folge ein Prioritätenliste für die notwendigen Folgearbeiten. Für die Erarbeitung der *Lehrpersonenverordnung* wurde eine Projektorganisation ins Leben gerufen. Eine breit abgestützte Projektgruppe konnte bis Ende Jahr die wesentlichen Inhalte der neuen Verordnung festlegen und einen ersten Verordnungsentwurf beraten. Für die *Berufsbildung* mussten im Sinne eines Ausführungserlasses zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz neue *Ausführungsbestimmungen* formuliert werden. Diese konnten im Regierungsrat in erster Lesung verabschiedet werden. Offene Fragen bestehen im Bereich der neuen Finanzierung durch den Bund und die Auswirkungen auf den Kanton. Für die neue *Bildungskommission* wurde ein Konzeptpapier verfasst, das bei der Suche nach geeigneten Personen als Grundlage diene. Der Regierungsrat wählte auf Antrag des Departements neun Mitglieder, die alle wesentlichen Bereiche (Behörden, Unterricht, Erziehungswissenschaft, Erziehungsberechtigte, Wirtschaft, Kultur) abdecken. Erste Arbeiten wurden zudem im Hinblick auf die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zu den *Blockzeiten* geleistet.

Bildungskonzept: Erste Wirkungsanalyse durchgeführt

Das BKD führt im Auftrag des Regierungsrats drei Pilotprojekte zur Wirkungsüberprüfung durch und verfolgt dabei das Ziel, dass begründete Empfehlungen zur Optimierung der Wirkung einer Massnahme des BKD erarbeitet werden.

Im Jahr 2006 wurde das erste Pilotprojekt durchgeführt. Dabei wurden Primarlehrpersonen befragt, die vor rund einem Jahr an der Nachqualifikation Frühenglisch teilgenommen und die nun erste Erfahrungen im Frühenglischunterricht gemacht hatten. Es resultierten hilfreiche Empfehlungen zur Sicherung und Weiterentwicklung von Wirkungen der Weiterbildung im Unterricht.

Weiterbildung: BKD-Tag in Lungern

Der BKD-Weiterbildungshalbtag stand unter dem Motto „Ab in die Mitte“. Damit war das Finden der inneren, eigenen Mitte gemeint. Die Mitarbeitenden erhielten einen Einblick in Qigong oder Power Yoga. Die Mitte treffen – Treffsicherheit – stand zum Ausgleich mit Armbrust- und Blasrohrschiessen im Brünig-Indoor auf dem Programm. Mit diesem Weiterbildungstag sollte im präventiven Sinn den heutigen Zeiterscheinungen (Stress, Burnout, Sinnesüberreizung usw.), die vielen Menschen zu schaffen machen, entgegengewirkt werden.

5002 Stipendien

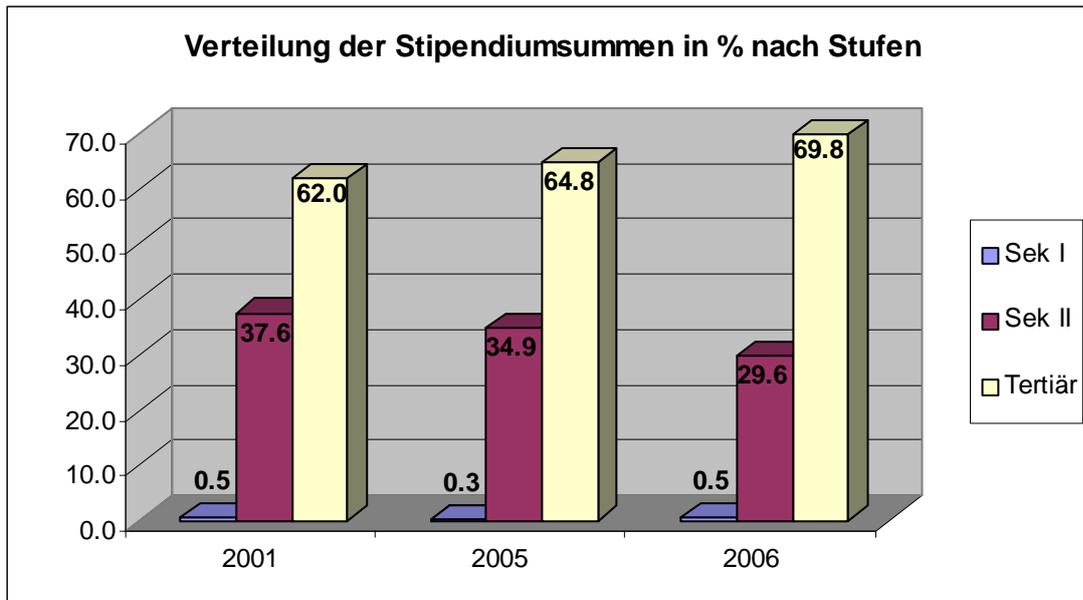
Ausbildungsbeiträge: Familienfreundlichere Stipendienberechnung

2006 stieg die ausbezahlte Stipendiumssumme wieder auf 1 120 350 Franken an. Diese Summe entspricht 208 bewilligten Gesuchen (335 eingereicht). Die Zunahme der Stipendiumssumme ist durch die familienfreundlichere Stipendienberechnung zu begründen. Am 1. August 2006 trat eine neue Ausführungsbestimmung in Kraft (Anhebung der Punkte für Studierende der Tertiärstufe in ausserregionalen Ausbildungsstätten sowie für Geschwister im Vor- und schulalter oder in Ausbildung stehend). Die familienfreundlichere Berechnung wirkt sich auch auf die durchschnittliche Stipendiumssumme aus: 5 386 Franken gegenüber 3 824 im Vorjahr. Dabei wuchs die Stipendiumssumme auf der Tertiärstufe gegenüber dem Vorjahr um 45,5 Prozent an, bei einem Anstieg der bewilligten Gesuche um 26,5 Prozent.

Eine mögliche Begründung für die Verschiebung der Stipendiumssumme zugunsten der Tertiärstufe liegt in der Ausbildung der Lehrpersonen: Nach der Aufhebung der Lehrer-, Lehrerinnenseminarien (Sekstufe II), erfolgt die Ausbildung neu an Pädagogischen Hochschulen (Tertiärstufe). Auf der gesamten Tertiärstufe liegt die Durchschnittssumme eines ausbezahlten Stipendiums bei 7 318 Franken, rund 1 000 Franken höher als im Vorjahr.

Anzahl bewilligte Stipendien und Stipendiumssummen nach Schulstufen

Jahr	Sekstufe I Anzahl bew. Stipendien	Sekstufe I Stip-Summe	Sekstufe II Anzahl bew. Stipendien	Sekstufe II Stip-Summe	Tertiärstufe Anzahl bew. Stipendien	Tertiärstufe Stip-Summe
2006	1	5 780	102	326 180	105	768 390
2005	1	2 370	87	283 940	83	528 090
2001	3	6 530	179	513 360	127	850 524



Beschwerden gegen Stipendienentscheide mussten zwei behandelt werden. Eine wurde gutgeheissen, eine abgewiesen.

Ausbildungsdarlehen

Die Summe der ausbezahlten Darlehen stieg um 10,75 Prozent (220 000 Franken, 2005 waren es 106 000 Franken). Diese Summe verteilt sich auf 13 Gesuche (2005: acht). Im Dezember erliess das BKD Weisungen zur Gewährung von Darlehen, die u.a. Kriterien für die Festlegung der Höhe des Darlehens und die Laufzeit bzw. jährlichen Ratenzahlungen enthalten.

Kommunikation und Information (I+K)

Allgemein

Nebst den ordentlichen Anstrengungen wie Pflege der Zusammenarbeit mit den Bildungspartnern, Infobulletin, Berufsbildungsbulletin, jährliche Berichte der Kantonschule und des Berufs- und Weiterbildungszentrums sowie Kulturblatt OW/NW, wurden folgende ausserordentlichen Veranstaltungen durchgeführt: Informationsveranstaltungen zur neuen Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS), Schulrätetagung im November 2006, Informationsabend mit Schulsportcoaches betreffend Umsetzung des neuen Schwimmreglements und der Schulsportprojekte 2008.

I+K - Konzept: Evaluation zeigt gute Resultate

Das neue Informations- und Kommunikationskonzept (I+K-Konzept) mit Richtlinien und Anleitungen wurde den Mitarbeitenden vorgestellt und extern kommuniziert. Der Auftrag, über Beschlüsse, Projekte, interkantonale Zusammenarbeit usw. zu informieren, wurde umfassend wahrgenommen. Hauptsächliches Informationsmittel ist das Infobulletin Bildung/Kultur/Sport, das in der Regel monatlich per E-Mail verschickt und auf der Website des Kantons aufgeschaltet wird, und das die externen Partner des BKDs sowie interne Stellen über die Tätigkeit im BKD auf dem laufenden hält. Das Erscheinungsbild des Infobulletins wurde dem kantonalen Auftritt angepasst.

Eine Qualitätsprüfung (Evaluation) des I+K-Konzepts wurde als Diplomarbeit an die Hochschule für Wirtschaft (HSW Luzern) vergeben. Mittels eines anonymen, elektro-

nischen Fragebogens wurde bei den Mitarbeitenden des BKD (60) und den externen Dialogpartnern (375) die Evaluation durchgeführt. Die grosse Mehrheit ist mit der Menge und Regelmässigkeit der Informationen aus dem BKD zufrieden und findet diese empfängergerecht und verständlich formuliert. 61 Prozent (139 Personen) sind mit dem Infobulletin als Ersatz für das Schulblatt zufrieden, 18 Prozent (42 Personen) sind unzufrieden.

2006 wurden 23 Medienmitteilungen in allen Bereichen (Aus- und Berufsbildung, Ausbildungsbeiträge, Kultur, Sport, Denkmalschutz usw.) verschickt, was in den meisten Fällen zur Berichterstattung durch die lokalen und regionalen Medien führte.

530 Amt für Volks- und Mittelschulen

Das Amt für Volks- und Mittelschulen nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich des Kindergartens, der Volksschule und der Mittelschulen wahr. Die Abteilungen Schulaufsicht und Schulevaluation, Lehrpersonenweiterbildung und Schulentwicklung sowie die schulischen Dienste (Schulpsychologischer Dienst, Psychomotorik und Logopädischer Dienst) stehen vor allem Lehrpersonen und Schulbehörden zur Verfügung, die schulischen Dienste zusätzlich auch Kindern, Jugendlichen und deren Bezugspersonen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
27	<p>Die Bildungsangebote und -strukturen werden weiterentwickelt.</p> <p><i>Englisch an den Primarschulen:</i></p> <p>Die Nachqualifikation der Lehrpersonen ist gemäss Konzept vom 1. Juli 2002 sichergestellt.</p> <p><i>Projekt 9. Schuljahr:</i></p> <p>Das Projekt 8plus mit eigener Stunden-tafel, Standortbestimmung, Projektun-terricht und Abschlussarbeit ist konzi-piert.</p>	<p>Die Englisch-Zertifizierung von 39 Pri-marlehrpersonen fand statt. Die zweite Hälfte der Lehrpersonen begann im September mit dem letzten Modul (Di-daktik). Der Bedarf an nachqualifizier-ten Primarlehrpersonen für den Eng-lichunterricht ist somit sichergestellt.</p> <p>Das Rahmenkonzept des Projektes 8plus wurde genehmigt. Es ist eine flä-chendeckende Durchführung des Pro-jektes vorgesehen (keine Pilotschulen).</p> <p>Mit dem Kanton Uri konnte eine Zu-sammenarbeit definiert werden.</p> <p>Die Unterlagen zur Standortbestim-mung von Schülerinnen und Schülern im 8. Schuljahr wurden erarbeitet und in einer Weiterbildung den Lehrperso-nen des 8. Schuljahres 2006/07 über-geben (Oktober 2006).</p> <p>Der Einsatz des Testwerkes „Stellwerk“ wurde in einer Weiterbildung erläutert und vorbereitet (September 2006). Für die Lehrpersonen wurde eine eigene Website aufgeschaltet und eine interak-tive Austauschplattform unter educa-net2 geschaffen.</p>

	<p><i>Beurteilungskultur:</i></p> <p>Die Lernziel- und förderorientierte Beurteilungskultur an der Volksschule ist gemäss Planungsvorgaben umgesetzt.</p>	<p>Die Dokumentationen der Lernziele wurden aufgrund der eingeholten Rückmeldungen angepasst. Die elektronische Zeugnisverwaltung ist bereitgestellt und steht den Lehrpersonen auch als Noten- und Prüfungsverwaltungsinstrument zur Verfügung. Schulinterne Weiterbildungen und Holkurse führten zu einer zunehmenden Vertiefung, insbesondere bei der Beurteilung der Selbst- und Sozialkompetenz.</p>
<p>29</p>	<p>Die Rahmenbedingungen der Aus- und Weiterbildung werden verbessert.</p>	
	<p><i>Aufsicht:</i></p> <p>QSE: Das Konzept ist dem Bildungsgesetz entsprechend umgesetzt und weiterentwickelt.</p>	<p>Die Schule Lungern und Ennetbürgen wurde im Rahmen des Versuches NORI extern evaluiert (mit Nidwalden).</p> <p>Die Schule Engelberg wurde mittels einer Kurz-Evaluation des Unterrichts beurteilt.</p> <p>Die Weiterbildung für Q-Beauftragte fand / findet statt zu den Themen „Interne Evaluation“ (2005/06) und „Q-Gruppe“ (2006/07).</p> <p>Die abschliessende Konzeptionierung der Themen „Schulaufsicht“, „Weiterentwicklung des Q-Konzeptes“ und „Fachberatungen“ musste aus personellen und koordinatorischen (BKZ) Gründen zurückgestellt werden.</p>
	<p><i>Schulpsychologischer Dienst:</i></p> <p>QSE: Anmeldeerfassung und SPD-Statistik sind standardisiert.</p> <p><i>Psychomotorik:</i></p> <p>Kundenbefragung im Bereich Psychomotorik-Therapie ist erfolgt und die Schlussfolgerungen sind gezogen.</p>	<p>Die Anmeldungen und die Fallführung erfolgen über die Schulverwaltungssoftware WinSchule. Die Einzelfallstatistik wurde erweitert und standardisiert.</p> <p>Wegen weiter gestiegenem Beratungsbedarf und fehlender personeller Ressourcen musste die Evaluation zurückgestellt werden.</p>

	<p><i>Logopädischer Dienst:</i></p> <p>Ein verstärktes Auftreten in der Öffentlichkeit ist erfolgt, Repräsentationsaufgaben sind durchgeführt.</p>	<p>Der „Tag der offenen Tür“ für Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung wurde durchgeführt. Für den geplanten neuen Flyer wurden erste Vorbereitungen getätigt.</p>
	<p><i>Kantonsschule:</i></p> <p>Das QM wird nach kantonalen Vorgabe weiterverfolgt.</p> <p>Das Schulverwaltungsprogramm Win-Schule ist an der KSO installiert und eingeführt.</p> <p>Der Wechsel der Schulleitung ist vollzogen.</p>	<p>Das Leitbild wurde erstellt, verabschiedet und kommuniziert.</p> <p>Die Umsetzung (Feedbackkultur und Beurteilungskultur) wurde eingeleitet, sie wird von der Steuer- und der Kerngruppe betreut.</p> <p>Die Administration, Schulleitung und Lehrpersonen erledigten die Noteneingabe, Notenverwaltung und Zeugnisausgabe mit dem neuen Schulverwaltungsprogramm.</p> <p>Die neue Schulleitung wurde in ihre Aufgaben eingeführt.</p> <p>Das Schulleitungsteam klärte und kommunizierte die Aufteilung der Aufgaben und Verantwortung.</p>

5300 Amtsleitung

Projekt 8plus

Das Projekt 8plus definiert geeignete Massnahmen, um das schulische Lernen im achten und vor allem im neunten Schuljahr zu stärken. Primäres Ziel der Massnahmen ist die Erhöhung der Eigenverantwortung der Jugendlichen im Übergangsprozess von der obligatorischen Schule in die Berufslehre bzw. -fachschiule (Nahtstelle Sek I – Sek II). Aufgrund des von der Geschäftsleitung gutgeheissenen Rahmenkonzeptes konnte der detaillierte Projektplan ausgearbeitet werden. In diesem Rahmen ist der Einsatz des „Stellwerk-Checks“ des Kantons St. Gallen für alle Schülerinnen und Schüler des 8. Schuljahres vorgegeben. Im März 2007 werden die ersten Klassen diesen Check in den Fächern Deutsch und Mathematik absolvieren.

Arbeitsplatz Schule

Die Inhalte und der Stand des Projektes „Arbeitsplatz Schule“, insbesondere die Definition des Beruflichen Auftrags der Lehrpersonen, wurden in allen Gemeinden an Lehrerkonferenzen vorgestellt. Das Ziel des Projektes – die Attraktivierung des Lehrberufs – wurde Ende der 90er Jahre von der Bildungsdirektorenkonferenz der Zent-

ralschweiz (BKZ) unter dem Eindruck des drohenden Mangels an Lehrpersonen und wissenschaftlicher Studien zur Arbeitsbelastung der Lehrpersonen ins Leben gerufen. Dabei vereinbarte die BKZ in Empfehlungen, dass in der kantonalen Gesetzgebung verschiedene Ressourcen vorgesehen werden sollen (beispielsweise Schulbetriebs- und Schulentwicklungspool, Schulleitungspool, Reduktion der Unterrichtsverpflichtung für Klassenlehrpersonen, Möglichkeit für Intensivweiterbildungen). Die Reaktionen fielen bei der Lehrerschaft unterschiedlich aus: Während die einen übermässige Kontrolle durch die Schulleitungen und erhöhten administrativen Aufwand befürchteten, liessen andere verlauten, dass für sie beispielsweise die Erhebung der Arbeitszeit eine gute Möglichkeit darstelle, ihre ausserhalb des Unterrichts für die Schule aufgewendete Zeit transparent auszuweisen und entsprechende „Entlastungen“ bzw. Reduktionen der Unterrichtsverpflichtung zu erhalten.

Die Hauptaufgabe des Amtes bestand darin, dem Projekt ein Gerüst zu geben, Aufgaben und Ressourcen zu definieren, für gesetzliche Grundlagen aufgrund von erhobenen Daten einzustehen, mögliche Instrumente und Verfahren aufzuzeigen und vorzuschlagen. In den im Rahmen des Projekt Arbeitsplatz Schule geleisteten Vorarbeiten wurden diese Ressourcen definiert und in die Gesetzgebungsarbeiten der Lehrpersonenverordnung aufgenommen.

Lernziel- und förderorientierte Beurteilungskultur

Die Umsetzung der im Jahre 2005 begonnen lernziel- und förderorientierten Beurteilungskultur wurde im Berichtsjahr fortgesetzt und vertieft. Insbesondere wurden die Beurteilungsbogen in Zusammenarbeit mit den Stufenvorständen und den Fachberatungen verfeinert. Einen Schwerpunkt bildeten Weiterbildungskurse für die sachgerechte Beurteilung der Selbst- und Sozialkompetenz. Ferner wurde das elektronische Zeugnisfassungsprogramm „WinSchule Teacher“ in der Anwendung verbessert und durch eine Noten- und Prüfungsverwaltung ergänzt. In entsprechenden Weiterbildungskursen wurde einem grösseren Kreis von Lehrpersonen der Umgang mit dem neuen Arbeitsinstrument vermittelt.

Englisch in der Primarschule

Am 18. März 2006 konnten 39 von 60 Primarlehrpersonen nach Absolvierung eines berufsbegleitenden Didaktikkurses ihre Nachqualifikation abschliessen und das Zertifikat zur Unterrichtsberechtigung für das Fach Englisch in der Primarschule vom Bildungs- und Kulturdepartement in Empfang nehmen. Die Einführung des Faches ab der dritten Klasse wurde von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen als erfolgreich bewertet. Ab Schuljahr 2006/07 begann bereits für die zweite Generation von Drittklässlern der Unterricht im Fach Englisch.

Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung (LWB)

Im gemeinsam mit den Kantonen Uri und Nidwalden erstellten Weiterbildungsprogramm (NORI) konnten die Lehrpersonen aus einem reichhaltigen Angebot von 301 Kursen (inkl. 40 SHP Kurse der PHZ Luzern) auswählen.

Das Kursangebot des Kantons Obwalden umfasste 96 Kurse. Davon konnten 75 Kurse mit gesamthaft 783 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Luzern durchgeführt werden. 21 Kurse mussten infolge mangelnden Interesses abgesagt werden.

Eine besondere Bedeutung kam der Durchführung von strategischen Kursen, beispielsweise zu den Themen Beurteilungskultur, ICT und Lehrmitteleinführungen zu. Allein im Bereich der Beurteilungskultur konnten 36 Kurse in den verschiedenen Schulstufen durchgeführt werden.

Erziehungsrat: Letzte Sitzung

Der Erziehungsrat versammelte sich zu drei ordentlichen Sitzungen und machte einen ganztägigen Schulbesuch in Sarnen. Hauptgeschäfte der Sitzungen waren: Definitive Bewilligung der ISF-Konzepte von Kerns und Sarnen, Genehmigung der Lehrplananpassungen gemäss dem Vorschlag der Bildungsregion Zentralschweiz, Verabschiedung der Vorgaben für die Integration der musikalischen Grundschulung in den Primarschulunterricht. Zudem wurden zwei Beschwerden behandelt. Aufgrund des neuen Bildungsgesetzes wurde der Erziehungsrat, der am 28. Juni 2006 letztmals tagte, per Ende Juli 2006 aufgehoben.

533 Abteilung Schulpsychologischer Dienst

Anzahl Anmeldungen leicht gestiegen

Im Schuljahr 2005/06 wurden gegenüber dem Vorjahr 6 Prozent mehr Kinder und Jugendliche beim Schulpsychologischen Dienst angemeldet. Diese leichte Zunahme der Anmeldungen ist darauf zurückzuführen, dass relativ viele frühzeitige Aufnahmen in den Kindergarten oder in die 1. Klasse zu beurteilen waren. Ebenfalls mussten vermehrt Schülerinnen und Schüler im Zusammenhang mit der Integration von Kindern mit geistigen Behinderungen in die Volksschule schulpsychologisch beurteilt und begutachtet werden.

Insgesamt ist festzustellen, dass an die schulpsychologische Beratung immer höhere Ansprüche gestellt werden. Oft ist die Unsicherheit der Eltern und Lehrpersonen in Fragen der Erziehung gross, und deshalb ist auch der Bedarf nach fachlicher Unterstützung hoch. Der Umgang mit der Heterogenität in den Schulklassen stellt zudem an die Lehrpersonen vermehrte Ansprüche. Welches Verhalten ist tolerierbar oder noch normal? Welche Leistung eines Kindes ist individuell zu akzeptieren? Ist eine Therapie angezeigt oder kann darauf verzichtet werden? Viele Lehrpersonen wie auch Eltern möchten ihre Sichtweise über ein Kind durch den Schulpsychologischen Dienst ergänzen oder fachlich absichern lassen.

Psychomotorische Therapie

Die Psychomotorik-Therapiestelle bot zu verschiedenen Themen Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildungskurse an, z.B. „Kinder mit Wahrnehmungsstörungen“, „Stock-Tanz-Kampf“, „Grafomotorik“, „Kind mit ADS in der Klasse“. Zudem wurden die Lehrpersonen bei Fallbesprechungen im Umgang mit psychomotorischen Schwierigkeiten sensibilisiert. Die Kurse wurden von den Lehrpersonen rege genutzt. Für die Psychomotorik-Therapiestelle bedeuten diese Kontakte zu Lehrpersonen eine grosse Hilfe für die Arbeit mit den Kindern. Die intensive Elternarbeit und die engen Kontakte zur Schule und zu den Lehrpersonen ermöglichten auch, dass in Einzelfällen die eigentliche Therapiezeit verkürzt werden konnte.

Kinder mit psychomotorischen Schwierigkeiten

Jahr	Kindergarten u. Vorschule	1. und 2. Klasse	3. bis 6. Klasse	Total Anmeldungen	Mädchen	Knaben
2001	22	12	20	54	9	45
2005	27	12	11	50	14	36
2006	26	13	9	48	12	36

534 Abteilung Logopädischer Dienst

Im Vergleich zum Jahr 2005 verringerte sich die Anzahl der Kinder mit schweren Sprachstörungen merklich und näherte sich wieder dem Stand der vorigen Jahre. Da 2006 weniger neue Fälle mit schweren Sprachstörungen zu verzeichnen waren, konnte die Warteliste vom Vorjahr aufgearbeitet werden. Bezüglich des Alters dieser Kinder ist eine Verschiebung vom Schulalter (Unterstufe) zum Vorschulalter (Drei- bis Fünfjährige) zu verzeichnen. Eltern aber auch Haus- und Kinderärzte sind besser informiert über die Sprachentwicklung der Kinder und melden sie bei sprachlichen Auffälligkeiten zur Abklärung an, da sie um den Vorteil einer frühzeitigen Behandlung wissen.

Im Weiteren ist der Logopädische Dienst zunehmend mit Sonderschulkindern, die in der Regelschule integriert werden, konfrontiert. Diese Kinder weisen nebst anderen Einschränkungen oft auch sprachliche Defizite auf und sollten ihren besonderen Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechend gefördert werden. Hier sind Erfahrungen mit der Sprachförderung im heilpädagogischen Bereich gefragt.

Schwer sprachgestörte Kinder (Stichtag: 31. 12.)

Jahr	In Behandlung		Warteliste		Total
	Mädchen	Knaben	Mädchen	Knaben	
2001	26	35	3	7	71
2005	24	52	3	6	85
2006	23	48	0	3	74

535 Abteilung Kantonsschule

Qualitätsmanagement an der Kantonsschule Obwalden (KSO)

Im Frühjahr wurde das neue Leitbild verabschiedet, welches in einem gross angelegten Prozess unter Einbezug von aussenstehenden Anspruchsgruppen wie z.B. der Wirtschaft, der Kultur usw. entstanden ist. Der gemeinsame Prozess der Erstellung des Leitbildes war ein wichtiger Faktor für die Entwicklung des Kollegiums. Im Frühling wurde das Leitbild den Schülerinnen und Schülern kommuniziert.

In diesem Zusammenhang wurde im Sinne einer 360-Grad-Feedbackkultur die Überarbeitung des bestehenden Personalentwicklungsgesprächs (PEG) in die Wege geleitet. Dabei gilt es, aus den unter der alten Schulleitung gemachten Erfahrungen und den Leitideen der neuen Schulleitung gemeinsam mit dem Lehrerkollegium das PEG in seiner Wirksamkeit für die einzelne Lehrperson und für die Schule als Ganzes wei-

terzuentwickeln. Besonderes Augenmerk wird auf den beruflichen Auftrag der Lehrperson, auf die Weiterbildung und die Karriereplanung gerichtet.

Das PEG wird in der Regel mit einem Drittel des Kollegiums in einem Drei-Jahres-Rhythmus durchgeführt. In den ersten Monaten des Schuljahres 2006/07 fanden noch keine Personalentwicklungsgespräche statt, die Schulleitung besuchte aber alle Lehrpersonen im Unterricht.

Bezug der Provisorien

Im April 2006 konnte die Kantonsschule nach einer längeren Durststrecke das ‚Containerdorf‘ mit fünf Containern beziehen. Der hauptsächlich intern organisierte Umzug lief Dank des grossen Einsatzes der Lehrpersonen und Studierenden reibungslos ab; der Unterricht konnte durchgehend gewährleistet werden. Die Provisorien werden geschätzt, auch wenn sie keine dauerhafte Lösung darstellen und die dezentrale Organisation deutlich macht, dass zu einer einheitlichen Schulkultur eine gute, zentral organisierte Gebäudelösung eine Grundvoraussetzung ist.

Neue Zuständigkeit bei der Betreuung der Informatikanlagen

In den vergangenen Jahren wurden die Computeranlagen durch Informatiklehrpersonen betreut. Aufgrund der steigenden Komplexität der Aufgabe entschied sich die Schulleitung, die Betreuung dem Informatikleistungszentrum zu übertragen. Die Umstellung erfolgte in den Herbstferien. Nach anfänglichen Schwierigkeiten laufen die Informatikanlagen nun zur vollen Zufriedenheit der Nutzer.

Aktivitäten der neuen Co-Rektoren

Folgende Neuerungen wurden seit Beginn des neuen Schuljahres umgesetzt: Neue Struktur der Teamsitzungen, Einführung der Erstklässler durch die Schulleitung und Klassenlehrpersonen am ersten Schultag, neues Abmeldewesen erkrankter Schülerinnen und Schüler, Einführung eines freiwilligen Berufswahlkurses für Zweitklässler, Zusammenarbeit mit dem Restaurant ‚Am Schärmä‘ hinsichtlich einer Zwischenlösung für die Mittagsverpflegung.

Kantonsschulkommission: Letzte Sitzung

Am 7. Juli 2006 fand die letzte Kantonsschulkommissionssitzung statt. Mit dem neuen Bildungsgesetz wurde die Kommission per Ende Juli 2006 aufgehoben. Sie traf sich im Berichtsjahr zu zwei ordentlichen Sitzungen und führte am 12. Mai 2006 letztmals einen Schulbesuch in verschiedenen Klassen durch.

Maturitätsprüfungskommission: Erstmals Berufsmaturitätszeugnisse an der Handelsmittelschule der Stiftsschule Engelberg

Die Kommission traf sich zu fünf Sitzungen, die zur Vorbereitung und Auswertung der Maturitätsprüfungen der Kantonsschule Sarnen, der Stiftsschule Engelberg und der Schweizerischen Sportmittelschule Engelberg dienten. An den diesjährigen Prüfungen bestanden 84 von 86 Kandidatinnen und Kandidaten die Maturaprüfungen (60 von 62 an der Kantonsschule Sarnen, 18 an der Stiftsschule Engelberg, sechs an der Schweizerischen Sportmittelschule Engelberg). Ferner konnten an der Handelsmittelschule der Stiftsschule (HMS+) neun Berufsmaturitätszeugnisse und neun Handelsdiplome an die Absolventinnen und Absolventen der Schule ausgehändigt werden.

54 Amt für Berufsbildung

Das Amt für Berufsbildung sorgt in Zusammenarbeit mit Betrieben, Organisationen der Arbeitswelt und Berufsschulen dafür, dass in den verschiedenen Wirtschaftszweigen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und das Bildungsangebot laufend den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage der Jugendlichen und Erwachsenen angepasst wird. Es informiert und berät die Berufsbildner/innen in den Lehrbetrieben, die Lehrpersonen, die Lernenden sowie deren Eltern in allen Fragen rund um Grund- und Weiterbildung, Lehrverhältnis und Lehrverträge und überprüft die Qualität der beruflichen Grundbildung gemäss den gesetzlichen Vorschriften des Bundes und des Kantons. Es plant und steuert die Weiterentwicklung der Berufsbildung im Kanton in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern im Interesse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Kantons (Standortattraktivität). Es arbeitet im Rahmen der Zentralschweizerischen Kooperation in der Berufsbildung mit den andern Kantonen zusammen und vollzieht die daraus resultierenden Verpflichtungen. Das Amt für Berufsbildung sorgt für die Durchführung der Qualifikationsverfahren (z.B. Teil- und Abschlussprüfungen) und stellt die entsprechenden Prüfungsdokumente aus.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
27	<p>Die Bildungsangebote und -strukturen werden weiterentwickelt.</p> <p>Berufsbildung: Die Angebots- und Strukturoptimierung am Übergang Sek I - Berufslehre in Zusammenarbeit mit AVM sind aufgenommen und haben zu konkreten Massnahmen geführt.</p>	<p>Die Ausführungsbestimmungen über die Brückenangebote wurden aufgrund des Bildungsgesetzes und der Grundsätze der regionalen Zusammenarbeit angepasst.</p> <p>Die Empfehlungen der BKZ für die Brückenangebote werden ab Schuljahr 2006/07 integral umgesetzt sein.</p> <p>Die 3. Sozialkonferenz führte zur Bildung einer ad hoc Arbeitsgruppe mit dem Ziel, Jugendliche ohne Anschlusslösung mittels interinstitutioneller Zusammenarbeit pragmatisch zu unterstützen. Die Aktivitäten laufen unter dem Label „Berufs-Chancen-Sitzungen“.</p>
28	<p>Die Berufsbildung wird gestärkt und ausgebaut.</p> <p>Umsetzung bzw. Einführung der neuen Berufe gemäss Ticketvergabe BBT im Dienste des Lehrstellenmarketings sind erfolgt.</p>	<p>Insgesamt wurden elf Berufe eingeführt. Beim Beruf Schreinerpraktiker/in leitete Obwalden den Einführungsprozess für die Zentralschweiz. Die Einführungskonzepte haben sich bewährt.</p>

	<p>Qualifikationsverfahren: Die Neukonzeption für die Büroberufe und den Detailhandel ist praxistauglich und wirtschaftlich umgesetzt.</p> <p>Beobachten des Lehrstellenmarktes: Die Aktivitäten sind ausgerichtet gemäss interner Problemanalyse.</p>	<p>Die Auswertung der erstmaligen Lehrabschlussprüfungen im Beruf Kauffrau/Kaufmann bestätigt die Praxistauglichkeit der Neukonzeption.</p> <p>Der Aufwandvergleich zwischen altem und neuem Prüfungssystem konnte wegen ausstehender Rechnungen noch nicht gemacht werden.</p> <p>Der statistische Jahresbericht als Planungsinstrument wurde entwickelt und eingeführt.</p> <p>Der Leistungsvertrag mit Speranza-Netwerker OW wurde im Zusammenhang mit „Speranza 2000“ abgeschlossen.</p> <p>Seit August 2006 wurden 27 neue Ausbildungsplätze für die zweijährige Grundbildung geschaffen.</p>
<p>29</p>	<p>Die Rahmenbedingungen der Aus- und Weiterbildung werden verbessert.</p> <p>Die Betriebsbesuche sind in den Dienst der QSE gestellt und ausgewertet.</p> <p>Die kantonalen Vollzugsrichtlinien sind an die neue Bundesgesetzgebung angepasst und die Folgearbeiten sind bestimmt.</p>	<p>Es wurden rund 35 Betriebe besucht und dabei bei rund 60 Prozent die Q-Karte vorgestellt.</p> <p>Die Ausführungsbestimmungen wurden im Regierungsrat in 1. Lesung verabschiedet. Da die finanziellen Rahmenbedingungen seitens Bund noch nicht bekannt sind, wird mit der Inkraftsetzung zugewartet.</p>

5400 Amtsleitung

Statistischer Jahresbericht

Das Amt für Berufsbildung erstellte zum ersten Mal einen umfassenden statistischen Jahresbericht zur Berufsbildung in Obwalden. „Berufsbildung Obwalden in Zahlen“ soll einerseits die Entwicklung der Berufsbildung aufzeigen und andererseits dient der Bericht als Planungs- und Steuerungsinstrument für das Amt. Mit Hilfe dieses statistischen Instrumentes soll es künftig einfacher werden, Entwicklungstendenzen frühzeitig zu erkennen und die entsprechenden Massnahmen zu planen, rechtzeitig einzuleiten und umzusetzen.

Inhaltlich gibt der Bericht Auskunft über die folgenden Eckdaten der Berufsbildung:

- Volkswirtschaftliche Entwicklung
- Lehrstellenmarkt
- Neue Bildungsverhältnisse
- Gesamtbestand der Bildungsverhältnisse
- Entwicklung der Berufe
- Bildungsbewilligungen
- Auflösung von Bildungsverhältnissen
- Qualifikationsverfahren

Der statistische Jahresbericht wird jeweils im Februar veröffentlicht und kann ab der Homepage des Amtes für Berufsbildung heruntergeladen werden.

KANTON OBWALDEN		Amt für Berufsbildung	
1. Kenndaten OW		Freigabe:	31.01.2006/As
2. Volkswirtschaftliche Entwicklung CH - ZS - OW			
		31.12.05	
Arbeitsstätten - Lehrbetriebe	ca.	30.0%	¹
Vollzeitäquivalente - Lernende	ca.	8.0%	¹
<small>¹ Die nächsten definitiven Werte werden ab Sommer 2006 auf Grund der Auswertung der Betriebszählung 2005 publiziert!</small>			
3. Lehrstellenmarkt			
		30.09.05	
Anzahl Schüler/innen 9. Schuljahr		480	
Lehrorte der OW-Schüler/innen		286	100.0
CH		12	4.2
ZS		61	21.3
OW		213	74.5
Einschätzung des Lehrstellenmarktes OW		angespannt	
Quote Berufsbildung		59.6%	
Quote Gynnasium		15.2%	

Statistischer Jahresbericht „Berufsbildung Obwalden in Zahlen 05“
Quelle: Amt für Berufsbildung/Lehraufsicht

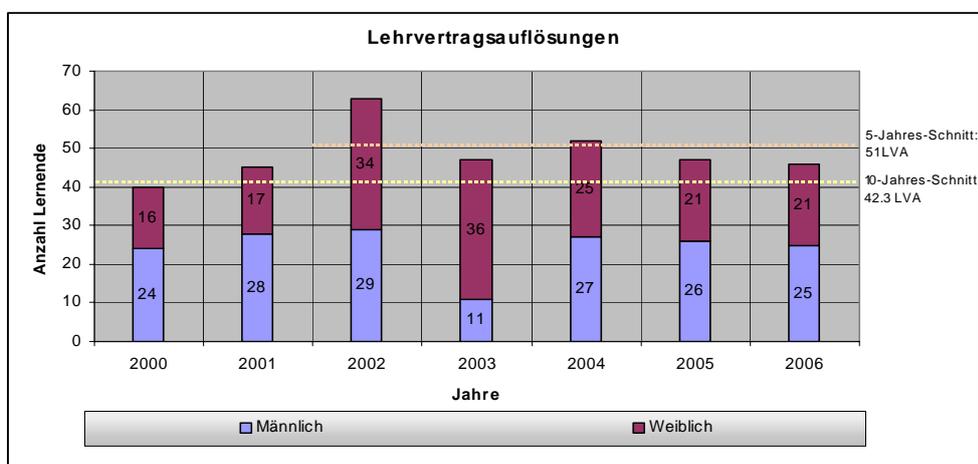
Tagung der Deutschschweizer Berufsbildungsämter Konferenz 2006 in Sarnen

Die Ausbildungsberater/innen der Deutschschweizer Berufsbildungsämter führen einmal im Jahr eine zwei Tage dauernde Fachtagung durch. Dabei steht der Austausch von Informationen und Erfahrungen im Vordergrund. Dieses Jahr fand die Tagung in Sarnen statt. Die 60 anwesenden Berufsbildungsfachleute durften eine in allen Teilen gelungene Tagung erleben. Nebst dem fachlichen Teil stellte das kulturelle Programm ein spezielles Ereignis dar. In geführten Dorfwanderungen bestaunten die Teilnehmenden die Sehenswürdigkeiten unseres Kantonshauptortes. Die Dorfwanderungen fanden ihren Abschluss im Sarner Seefeld. Dort servierten die Bäcker-Lernenden des 2. Lehrjahres den selbst hergestellten Apéro. Die Teilnehmenden durften den Kanton Obwalden von seiner schönsten Seite erleben.

Lehrvertragsauflösungen und dann?

Im vergangenen Jahr wurden in Obwalden 46 Lehrverträge aufgelöst. Trotz des Höchststandes an Lehrverträgen sanken die Auflösungen im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Lehrverträge auf 4.3 Prozent. Dies bedeutet einen Rückgang von 0.3 Prozent gegenüber dem Vorjahr oder 1.1 Prozent unter dem Fünf-Jahres-Schnitt. Dreiviertel aller Lehrvertragsauflösungen erfolgen in den ersten beiden Lehrjahren, dabei ist der Geschlechteranteil beinahe gleich.

Das Amt erhebt jeweils drei Monate nach einer Vertragsauflösung bei den Jugendlichen den aktuellen Beschäftigungsstand. Dabei zeigte sich, dass 57 Prozent der Jugendlichen bereits wieder einen Bildungsanschluss vorweisen können. Rund die Hälfte dieser Jugendlichen konnte die Lehre im gleichen Beruf in einem anderen Lehrbetrieb weiterführen, die andere Hälfte musste einen Stufenwechsel (Umwandlung in Anlehre/Attestbildung) vornehmen, dabei erfolgt die Lehrfortsetzung in der Regel im gleichen Lehrbetrieb.



Quelle: Amt für Berufsbildung / Lehraufsicht (Berufsbildung Obwalden in Zahlen 06)

Erste Lehrstellenkonferenz (Beispiel einer interkantonalen Zusammenarbeit)

Motiviert durch den Erfolg der Nationalen Lehrstellenkonferenz anlässlich der ZEBI 2005 in Luzern hat die Zentralschweizerische Berufsbildungsämter Konferenz beschlossen, jährlich eine regionale Lehrstellenkonferenz durchzuführen. Die 1. Zentralschweizer Lehrstellenkonferenz im Februar 2006 war ein grosser Erfolg. Über 120 Fachleute aus Wirtschaft, Bildung und Politik diskutierten die aktuelle Lehrstellensituation und beschlossen Massnahmen, insbesondere für schwächere Schulabgänger/innen.

Dank der Lehrstellenkonferenz besteht Transparenz über die Lehrstellensituation in der Zentralschweiz und die Kantone koordinieren ihre Anstrengungen über die Kantonsgrenzen hinweg (Lehrstellenverbände, Lehrstellenvermittler usw.).

Berufsbildungskommission: Letzte Sitzung

Die Kommission behandelte an zwei Sitzungen die laufenden Geschäfte. Die Hauptthemen waren: Konzept „Fachkundige Individuelle Begleitung FIB“, Betriebsprovisorien am BWZ während Bauphase, Auswertung 1. Lehrstellenkonferenz, Medienkam-

pagne Berufsbildung Obwalden, Beurteilung Konzept 9. Schuljahr+, Information über die Zukunft der landwirtschaftlichen Berufsbildung und Mutationen bei den Prüfungsexperten. Mit der Inkraftsetzung des Bildungsgesetzes (1. August 2006) wurde die Berufsbildungskommission aufgelöst.

543 Berufs- und Weiterbildungsberatung

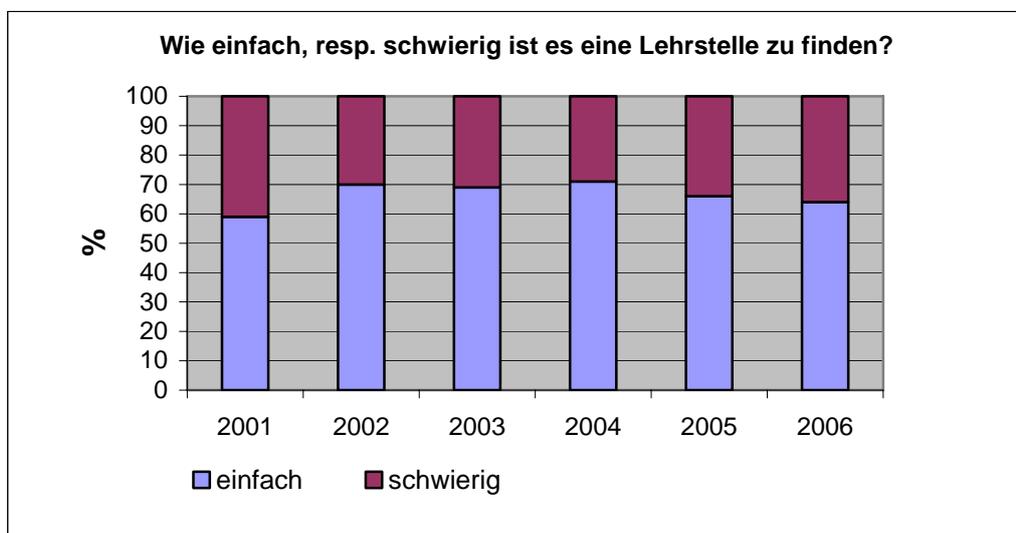
Lehrstellensuche: Auffällige und schwache Schüler/innen haben Mühe

Rund ein Fünftel der Neuntklässler/-innen trat jeweils weder in eine berufliche Grundbildung noch in eine Mittelschule ein. Bei einem Teil waren persönliche Risikofaktoren der Grund dafür.

Die folgenden Risikofaktoren wirken je einzeln oder zusammen:

- geringe Motivation für Schule, Berufswahlprozess und/oder Lehrstellensuche
- starres Festhalten an einem bestimmten Beruf oder an geschlechtstypischen Berufen
- eine Berufsauswahl, welche nicht zu den persönlichen Fähigkeiten passt
- tiefe Noten in Mathematik und Deutsch, speziell in der Orientierungsschule Niveau B
- negativ auffallendes Verhalten
- Herkunft aus einer fremden Kultur
- Prestigedenken im engeren Umfeld der Schüler und Schülerinnen

Verschiedene Massnahmen und Angebote mindern diese Risikofaktoren etwas: Der Berufswahl-Pass weist die Auseinandersetzung mit der Berufswahl nach. Er erhöht die Chancen auf einen Einstieg in die berufliche Grundbildung und ist obligatorisch. Die individuelle Berufsberatung, die Brückenangebote und die zweijährige berufliche Grundbildung mit Attest schaffen weitere Chancen. Die neue, interinstitutionelle „Berufs-Chancen-Sitzung“ suchte Möglichkeiten für jene, die Ende Sommer noch keine Anschlusslösung haben.



Elternabende – Ein wichtiger Bestandteil des Berufswahlprozesses

Die Elternabende zur Berufswahl fanden gegen Ende der 7. Klasse statt. Das ist früher als in anderen Kantonen. Die Elternabende stiessen auf sehr grosses Interesse.

Die landesweiten Medienberichte über eine angespannte Lehrstellensituation verunsicherten viele Eltern. An den Elternabenden wurde deshalb auch über die Lehrstellensituation in Obwalden berichtet. Sie ist nicht mit städtischen Verhältnissen vergleichbar. Das vorgestellte Konzept „Berufswahl Obwalden“ postuliert klare Vorgehensschritte. Es erhöht damit die beruflichen Chancen der Jugendlichen.

544 Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ)

Arbeiten in Provisorien

In diesem Jahr wurde die Erweiterung und die Totalsanierung der Schulanlage Sarnen realisiert. Dies war für das BWZ eine grosse logistische Herausforderung, galt es doch, den ordentlichen Betrieb so weit als möglich aufrechtzuerhalten. Ab Juni musste das gesamte Gebäude geräumt sein. Die Pavillons-Provisorien, seit einem Jahr im Gebrauch, waren die einzigen Räume, die uns in Sarnen zur Verfügung standen. Während sechs Monaten wurden zwei Pavillons in Büros des Amtes für Berufsbildung bzw. des BWZ umfunktioniert. Zwischen Sommer- und Herbstferien wurden elf Schulklassen in der Schulanlage Giswil unterrichtet und weitere elf Klassen hatten je während einer ganzen Woche Unterricht im Armeeausbildungszentrum Andermatt. Unser Schulmobiliar, die Unterrichtsmaterialien, PC, Maschinen u.ä. waren in dieser Phase in Räumen des VBS in Kägiswil eingelagert. Abgesehen davon, dass sich Mäuse über Bäcker-Gerätschaften hermachten, konnten Umzüge und Provisorien ohne grössere Verluste und Schwierigkeiten bewältigt werden.

Erfolgreicher erster Berufsmaturitäts-Lehrgang

Zum ersten Mal konnten dieses Jahr 27 Studierende nach einem Jahr intensivem schulischem Einsatz in der Vollzeit-Berufsmaturitätsschule aus den Händen des Bildungsdirektors ihre Berufsmaturitätszeugnisse in Empfang nehmen. Unterricht und Maturitätsprüfung wurden durch die Besuche des Experten der Eidgenössischen Berufsmaturitätskommission begutachtet und laut dessen Berichten für gut befunden. Damit ist der letzte weisse Fleck auf der Schweizerkarte (Kanton mit eigener Berufsfachschule, aber ohne Berufsmaturität) getilgt und gleichzeitig ein wichtiges Postulat des Bildungskonzeptes im Sinne der kantonalen Strategie (Standort- und Wohnattraktivität) umgesetzt.

Umsetzung der Lehrpersonenbeurteilung

Trotz teilweise provisorischen Unterrichtsverhältnissen wurde 2006 zum ersten Mal das BWZ-eigene Lehrpersonenleistungsbeurteilungsverfahren in der Praxis umgesetzt. Dabei wurden durch den Rektor 31 unangekündigte Unterrichtsbesuche mit anschliessender Besprechung und 15 Personalentwicklungsgespräche PEG mit Gesamtbeurteilung der Lehrperson von etwa 2 - 3 Stunden durchgeführt. Gemäss dem Lehrpersonenförderungskonzept LPF dienen diese Gespräche einerseits der beruflichen Standortbestimmung und der Beurteilung der Leistungserbringung und andererseits sollen persönliche Sorgen und das berufliche Wohlbefinden ebenso thematisiert werden wie Möglichkeiten der persönlichen beruflichen Entwicklung.

55 Kulturabteilung

Die Abteilung Kultur nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturförderung, Kultur- und Denkmalpflege, Kulturgüterschutz, Archäologie, Kantonsbibliothek und Medienfragen wahr.

Zielerreichung

Abteilungsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
<p><i>Kulturleitbild:</i> Kulturleitbild und Kulturförderungskonzept sind erstellt und vom Regierungsrat verabschiedet.</p> <p><i>Projekte/Veranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung:</i> Das Projekt OBWALD wird begleitet und unterstützt (Verantwortung bei Trägerverein).</p> <p><i>Kulturgüterschutz:</i> Lösungsvarianten für einen langfristigen Kulturgüterschutz sind aufgezeigt und Grundsatzentscheide sind gefällt.</p> <p><i>Kunstaussstellung OW/NW:</i> Durchführung NOW 06 – Auswahlausstellung des Ob- und Nidwaldner Kunstschaffens in Sarnen</p>	<p>Kulturleitbild und Kulturförderungskonzept wurden vom Regierungsrat verabschiedet.</p> <p>Die Vorbereitung und Umsetzung des Projektes OBWALD wurden begleitet. Die Veranstaltung fand vom 7. - 9. Juli 2006 statt.</p> <p>Der Bericht der Arbeitsgruppe wurde vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen und Massnahmen verabschiedet.</p> <p>Die Ausstellung wurde erfolgreich durchgeführt (21. Oktober - 10. November) und von über 1 000 Interessierten besucht.</p>
<p><i>Denkmalpflege:</i> Die Zukunft der Denkmalpflege ist auch unter neuen Rahmenbedingungen gewährleistet.</p> <p><i>Inventare Denkmalpflege:</i> Die Inventare der Denkmalpflege sind digitalisiert und der Öffentlichkeit zugänglich.</p> <p><i>Kantonsbibliothek:</i> Ein Offener Sonntag zum Thema Buch und Leseförderung ist durchgeführt.</p>	<p>Grundlagenmaterial wurde erarbeitet. Ein Entwurf einer ergänzten Denkmalschutzverordnung ist in Bearbeitung.</p> <p>Die Vorbereitungen verliefen planmässig. Die Aufschaltung aufs Netz ist auf Ende 2007 geplant.</p> <p>Der Anlass wurde im Juni erfolgreich durchgeführt. Es gab viele positive Rückmeldungen.</p>

5500 Kulturförderung

OBWALD – das Volkskulturfest

Das Volkskulturfest OBWALD, das aus einem Auftrag des Regierungsrats an die Kulturunternehmer Martin Heller und Martin Hess resultierte, wurde vom 7. bis 9. Juli 2006 in der Waldlichtung Gsang in Giswil durchgeführt. Naturjodel und Volksmusik standen im Zentrum. Neben verschiedenen Formationen aus Obwalden waren Musikgruppen aus der Bretagne und Appenzell zu Gast. Die Reaktionen der Besuchenden und der Medien waren sehr positiv. Während die Ausgaben unter dem Budget blieben, entsprachen die Einnahmen nicht ganz den Erwartungen, was zu einem Defizit führte.

NOW 06

Im Rahmen der Übersichtsausstellung des Ob- und Nidwaldner Kunstschaffens 2005 in Stans wählte die Fachjury 21 Künstlerinnen und Künstler aus, die im Herbst 2006 in Sarnen ausstellen konnten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gingen alle auf die situative Herausforderung in den historischen Räumen ein. Die Ausstellung bot einen abwechslungsreichen und inspirierenden Rundgang durch Sarnen. Etwa 1 000 Personen besuchten die NOW 06 im Zeughaus Landenberg, im Spritzenhaus und in der Dorfkapelle in Sarnen. Im Rahmen der NOW 06 vergab die Fachjury den Unterwaldner Preis für Bildende Kunst in der Höhe von 20 000 Franken an den Nidwaldner Künstler René Odermatt.

Kulturförderungskommission

Die kantonale Kulturförderungskommission (KKFK) traf sich zu acht ordentlichen Sitzungen. Neben den Beitragsgesuchen (91) und den Werkankäufen, verbunden mit Atelier- und Ausstellungsbesuchen, befasste sich die KKFK mit der Verabschiedung von Kulturleitbild und Kulturförderungskonzept. Schliesslich organisierte die KKFK bereits zum sechsten Mal die Januar-Literaturreihe und vergab den viermonatigen Atelier-Aufenthalt in Berlin an Marie-Catherine Theiler, Filmschaffende.

Mit Ablauf der Amtsperiode und dem Austritt langjähriger und verdienter Mitglieder fand ein markanter Wechsel in der Kommissionszusammensetzung statt.

5510 Kultur- und Denkmalpflege

Kulturpflege

Die Fachstelle bearbeitete insgesamt zehn Beitragsgesuche zu Buch- und Ausstellungsprojekten. Es wurden Beiträge im Betrag von 52 500 Franken zugesichert und 41 400 Franken zum Teil auf Grund früherer Zusagen ausbezahlt.

Denkmalpflege

Die bedeutendsten der insgesamt 19 abgeschlossenen Gesamt- oder Teilrestaurierungen waren: Die Innenrestaurierung der Pfarrkirche Rudenz in Giswil, die Gesamtrestaurierung des Wohnhauses „Kapellmatt“ im Grossteil sowie die Restaurierung von vier historischen Räumen am Kreuzgang des Frauenklosters St. Andreas in Sarnen.

Insgesamt konnten 1 575 506 Franken Denkmalpflegebeiträge an Restaurierungen ausgezahlt werden (Gemeinden 13 171 Franken; Kanton 789 406 Franken, davon 387 981 Franken Klosterkirche Engelberg; Bund 772 929 Franken, davon 500 000 Franken Klosterkirche Engelberg).

Einen Schwerpunkt der Arbeit bildeten die Planung und der Baubeginn der Sanierung und des Umbaus des Rathauses in Sarnen. Viel Aufmerksamkeit beanspruchte nach wie vor die seit 2005 laufende Restaurierung der Klosterkirche Engelberg, die noch bis 2009 andauert. Ausserdem wurden 72 Stellungnahmen zu Neubauvorhaben in Ortsbild- und Umgebungsschutzgebieten verfasst.

Kulturgüterschutz

Die vom Regierungsrat nach der Hochwasserkatastrophe 2005 eingesetzte Arbeitsgruppe „Sicherung der Kulturgüter und Archive“ verabschiedete ihren Bericht. Auf dieser Grundlage beschloss der Regierungsrat die Massnahmen und setzte eine zweite Arbeitsgruppe ein, die 2007 Empfehlungen für die künftige Organisation der Kulturgüterschutzes in Obwalden erarbeiten soll.

Kulturpflegekommission

Nach Abschluss der Schutzpläne im voran gegangenen Jahr befasste sich die fünfköpfige kantonale Kulturpflegekommission (KKPK) mit der strategischen Planung für die kommenden rund 15 Jahre. Aufgrund der Resultate eines Workshops wurden die Eckpfeiler für die Überarbeitung des Inventars gesetzt sowie die Revision der Denkmalschutzverordnung inhaltlich vorbereitet. Die Kommission tagte elfmal und fasste auf Antrag der Fachstelle für Kultur- und Denkmalpflege 19 Beschlüsse zu Fragen des Ortsbild- und Umgebungsschutzes sowie zu Ortsplanungen.

5520 Kantonsbibliothek

Die Kantonsbibliothek organisierte im September einen Buchtag mit verschiedenen, spannenden Lesungen und Handwerklichem. Mit Freude wurden Leporellos und Doppelbücher gebastelt, Frösche gefaltet, Buchzeichen kreiert und dem Kalligraphen beim Schreiben zugesehen. Auch das Lese-Menü am Mittag fand Anklang. Der nächste Buchtag ist für 2008 vorgesehen.

Die Ausleihen blieben auch 2006 auf hohem Niveau. Es wurden 109 829 Medien ausgeliehen, davon fast ein Viertel audio-visuelle Medien, also Filme, CD-ROMs und Hörbücher. Insbesondere die Hörbücher erfreuen sich steigender Beliebtheit. Die Ausleihrenner sind immer noch die Filme, die durchschnittlich zehn Mal pro Jahr das Haus verlassen!

Nach der Katalogisierung des Altbestands bis 1800 wurden die Bestände von 1800 bis 1850 katalogisiert. Sie sind über den Online-Katalog Bibdia abfrag- und in unserem Lesesaal einsehbar. Die bedeutenden Obwaldner Bestände wurden in säurefreie Mappen und Schachteln umgelagert, damit sie der Nachwelt in möglichst gutem Zustand erhalten bleiben.

560 Sportabteilung

Die Abteilung Sport nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Jugend+Sport, Schulsport, Vereinssport, Sport-Toto-Beiträge wahr. Sie berät und unterstützt Sportorganisationen, bildet in Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen J+S Leiterinnen und Leiter aus, entrichtet Sport-Totobeiträge und beaufsichtigt den Schulsport.

Zielerreichung

Abteilungsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
<p>Der Sportadjunkt ist in den Bereichen Schulsport, Dreifachhalle und Sport Toto eingearbeitet.</p> <p>Das Sportkonzept ist schrittweise umgesetzt.</p>	<p>Das Ziel wurde erreicht. Das Pflichtenheft ist erstellt.</p> <p>Das neue Schwimmreglement wurde erstellt und kommuniziert, die Richtlinien für „Sicherheit im Schulsport“ wurden für die Vernehmlassung vorbereitet.</p> <p>Das Konzept für die Nachwuchsförderung im Sinne der Talentförderung wurde erstellt.</p> <p>Das Sportanlageprovisorium (Tragluft-halle, Kraftraum) wurde termingerecht der Nutzung übergeben. Erhebliche Probleme bilden der Hallenboden und der Lärmpegel in der Traglufthalle.</p> <p>Die Vorarbeiten zur Erstellung des Sportanlagekonzepts KASAK wurden zurückgestellt, bis der Richtplan definitiv genehmigt ist (Koordination).</p>

Jugend+Sport

In 227 Sportfachkursen mit insgesamt 3 494 Teilnehmenden (1 895 Buben, 1 599 Mädchen) entrichtete der Bund 242 288 Franken Entschädigungen an die Sportorganisationen für deren Leiter/innen Tätigkeit. Für diese Angebote standen insgesamt 734 Leiterinnen und Leiter im Einsatz. Das Sportangebot verteilt sich auf 24 verschiedene Sportfächer.

Im Rahmen der Ausdaueranlässe (kantonales Angebot zur Förderung der Dauerleistungsfähigkeit) wurden total 19 Anlässe durchgeführt mit einer Beteiligung von 1 107 Jugendlichen (637 Buben, 470 Mädchen).

Die J+S Aktivitäten sanken im Jahr 2006 beim Kurswesen um 18 Prozent und bei den Teilnehmenden um 12 Prozent. Der moderate Rückgang ist darin begründet, dass im Vergleichsjahr 2005 durch das UNO-Sportjahr eine ausserordentlich hohe Sporttätigkeit ausgewiesen werden konnte.

Schulsport

501 Jugendliche legten die obligatorische Sportprüfung am Ende der Schulpflicht mit der sehr guten bis guten Erfüllungsquote von 89 Prozent bei den Buben und 82 Prozent bei den Mädchen ab. Die sehr hohe Erfüllungsquote des Vorjahres 2005 von 92 Prozent konnte nicht erreicht werden.

Mit der Inbetriebnahme des Hallenbades in Kerns erarbeitete die Sportabteilung zu Händen des Departements ein neues Schwimmreglement. Es wird am 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Das Reglement legt Rahmenbedingungen fest, die mithelfen, das Ziel des Sportkonzeptes, dass alle Schülerinnen und Schüler des Kantons bei Austritt aus der obligatorischen Schulpflicht schwimmen können, zu erreichen.

Sport-Toto

Aus den Erträgen des Swisslos-Anteils fliesst dem Sport Obwalden jährlich der Fixbeitrag von 220 000 Franken zu. Die Sportkommission hatte über 145 Gesuche zu befinden. Dabei wurde wiederum entschieden, keine Kürzungen vorzunehmen, um damit die Freiwilligenarbeit der Vereine zu würdigen. So wurden denn 77 019 Franken zusätzlich aus dem Rückstellungsfonds entnommen.

Für ordentliche Beiträge wurden 75 196 Franken, für Sportanlagen und Anschaffungen 185 873 Franken und für Sportanlässe und Begabtenförderung 35 950 Franken ausbezahlt, das sind total 297 019 Franken.

Sportkommission

Für die Sportkommissionsgeschäfte wurden vier Sitzungen benötigt. Die Kommission beschäftigte sich mit folgenden Themen: Sportkonzeptumsetzung, Schulschwimmen, kantonales Sportanlagekonzept, Sport-Toto-Gesuche und Obwaldner Sportpreis.

4.6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement

Das Bau- und Raumentwicklungsdepartement (BRD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2005	2006
Departementssekretariat	2.20	2.30
Hoch- und Tiefbauamt	32.00	31.50
Amt für Wald und Raumentwicklung	16.60	16.95
Insgesamt	50.80	50.75

"Attraktive und optimal verknüpfte Verkehrsträger sind wichtige Vorleistungen für das wirtschaftliche Wachstum in unserem Kanton."

Regierungsrat Hans Matter, Vorsteher des Bau- und Raumentwicklungsdepartements

Das Jahr 2006 in Zahlen

Strassenbau

Investitionen für Nationalstrassen:	25.5 Mio. Franken
Investitionen für Kantonsstrassen:	5.1 Mio. Franken
Baulicher Unterhalt Nationalstrassen:	6.3 Mio. Franken
Baulicher Unterhalt Kantonsstrassen:	1.7 Mio. Franken

Die beauftragten Unternehmer haben auf den verschiedenen Baustellen des Kantons unter anderem rund 20 000 m³ Beton, 15 000 t Beläge und 40 km Rohre für Werkleisungen verarbeitet.

Bewältigung Hochwasserkatastrophe 2005

Wasserbauliche Sofortmassnahmen:	12 Mio. Franken
Anzahl Schadenplätze:	150
Rüfenverbau:	3.6 Mio. Franken
Anzahl Schadenplätze:	226
Geleistete Mannstunden:	21 500 Stunden
Verbautes Holz:	4 000 m ³
Bepflanzte Anrissflächen:	30 000 m ²
Runsenholz:	1.3 Mio. Franken
Anzahl Räumungsstellen:	60
Geräumtes Holz:	10 250 m ³

Die umgesetzten Departementsziele im Überblick (Controlling)

	<i>Jahresziele 2006</i>	Stand der Erfüllung
31	<p>Zweckmässige, funktionale und qualitativ gute Liegenschaften und Bauten unterstützen die effiziente Aufgabenerfüllung (Übersicht)</p> <p><i>Bildung (BKD)/Verwaltung (STK):</i></p> <p><i>Ausbau Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ)</i></p> <p><i>Bezug des ausgebauten und sanierten BWZ Mitte Oktober 2006</i></p>	<p>Ausbau und Sanierung BWZ Sarnen programmgemäss durchgeführt.</p> <p>Bezug im November erfolgt.</p>
32	<p>Für Siedlungen und Verkehrsanlagen werden naturbedingte Risiken verringert und Schäden begrenzt.</p> <p><i>Aufgrund der Risikoanalyse OW ist eine Prioritätenliste der Gefahrenstellen und eine Mittel- und Langfrist-Strategie der Schutzbautenprojekte inkl. Schutzwald erarbeitet.</i></p>	<p>Das Projekt „Risiko-Analyse Obwalden“ musste infolge der Anpassungen der Gefahrenkarte – Berücksichtigung der Erkenntnisse aus den Unwetterereignissen vom August 2005 – zurückgestellt werden.</p>
33	<p>Der kantonale Richtplan ist überarbeitet.</p> <p><i>Die Revision der kantonalen Richtplanung ist abgeschlossen und der Richtplan 2006 durch den Kantonsrat verabschiedet.</i></p>	<p>Der Regierungsrat überwies den überarbeiteten Richtplan 2006-2020 im August an den Kantonsrat. Die erste Lesung im Kantonsrat Ende November brachte keine grundsätzlichen Richtungswechsel.</p>
34	<p>Die intakte Umwelt und attraktive Landschaft wird als Lebensraumqualität und touristisches Kapital erhalten.</p> <p><i>Der Schutz- und Nutzungsplan der Moorlandschaft Glauenberg ist vom Regierungsrat verabschiedet.</i></p>	<p>Die Resultate des sich noch in Bearbeitung befindenden „Integralen Flyschgebietsmanagement“ (Federführung beim Amt für Landwirtschaft und Umwelt) sind in die Schutz- und Nutzungsplanung zu integrieren.</p>
38	<p>Die Nationalstrasse A8 ist programmgemäss weiter ausgebaut, das Kantonsstrassennetz optimiert und gesichert, der Langsamverkehr entflochten.</p>	

<p><i>Nationalstrassenbau:</i> <i>Der Loppertunnel ist saniert und die Abzweigung A8 – A2 wieder offen.</i></p>	<p>Sanierung im April abgeschlossen; Abzweigung A8 – A2 im Zusammenhang mit der Eröffnung der Südröhre des Kirchenwaldtunnels Ende Juni wieder in Betrieb genommen.</p>
---	---

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2006	Stand der Erfüllung
Ausführungsbestimmungen über die Verfahrenskoordination, Rechtsgrundlage für kantonalen Gesamtentscheid	revidiert

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Folgemassnahmen 2006 zum Hochwasser 2005

Die umfangreichen Wiederherstellungsmassnahmen zur Beseitigung der Folgen des Hochwassers vom August 2005 prägten nach wie vor die Arbeiten im Bereich des Wasserbaus, der Kantonsstrassen, von Erschliessungsanlagen, des Rufenverbaus und von forstlichen Massnahmen zur Minderung der Naturgefahren. Vom Beschluss des Kantonsrats betreffend Beiträge an Massnahmen nach der Hochwasserkatastrophe 2005 zur Wiederherstellung von Erschliessungsanlagen, für den Verbau von Rufen, zur Holzräumung in Runsen, zur Sanierung des Felsrutsches Cholrüti sowie an wasserbauliche Sofort- und Wiederherstellungsmassnahmen in Gerinnen im Umfang von insgesamt 32.282 Millionen Franken wurden 2006 23.604 Millionen Franken umgesetzt. Neben den Sofortmassnahmen und der Ereignisdokumentation wurden umfangreiche Planungsarbeiten mit hoher Dringlichkeit in allen Gemeinden in Angriff genommen.

Hochwassersicherheit Sarneraatal:

Im Zentrum der mittel- und längerfristigen Massnahmen stand die Planung der Hochwassersicherheit im Sarneraatal. Zunächst wurde das Hochwasserschutzziel festgelegt, nämlich ein vollständiger Schutz bis zu einem hundertjährigen Hochwasser (HQ₁₀₀) für geschlossene Siedlungen, Industrieanlagen und Wasserversorgung sowie Infrastrukturbauten (Bahn, National- und Kantonsstrassen). Aufgrund einer Konzeptstudie wurden drei Varianten vorprojektiert:

- I. Tieferlegung und Verbreiterung der Sarneraa,
- II. Entlastungsgerinne und Entlastungsstollen Landenberg,
- III. Entlastungsstollen durch die Bergflanke Ost.

Darauf favorisierten die Projektorganisation und der Regierungsrat die dritte Variante. Wegen der hohen Kosten bedarf der Entlastungsstollen durch die Bergflanke Ost vertiefter Abklärungen durch den Bund, weshalb der Variantenentscheid frühestens im Frühjahr 2007 gefällt werden kann. Geprüft wird für alle Varianten als Sofortmassnahme ein vorgezogener Uferschutz entlang des Industriegebietes in Sarnen. Ebenso steht ein Gesetz über die Regelung der Abflussverhältnisse des Sarnersees zur

Sicherheit des Sarneraats in Vorbereitung. Danach soll die Planung und Umsetzung der Wasserbaumassnahmen zur Regelung der Abflussverhältnisse federführend dem Kanton übertragen werden, da die bestehenden Grundlagen im Wasserbaugesetz dem überregionalen Sachverhalt nicht gerecht werden.

Hochwassersicherheit Engelberg:

Auch an der *Engelbergera* im Hochtal wurden im Jahr 2006 Variantenstudium und Vorprojekt stark vorangetrieben. Diese Planungsarbeiten stehen kurz vor Abschluss. Im Gebiet Grafenort wurde eine Konzeptstudie über die sechste Ausbautetappe der Engelbergera unter Federführung des Kantons Nidwalden ausgearbeitet.

Strassenbau:

- Melchtalerstrasse: Definitive Brücke gebaut.
- Kernmattstrasse Kerns – Kägiswil: Projektbearbeitung, Planaufgabe, Objektkredit Kantonsrat; erste Arbeiten mit Neubau des Bachdurchlasses Mühli gestartet; Hauptarbeiten 2007.
- Engelbergerstrasse: Bearbeitung Projekt „definitive Instandstellung Lehnenviadukt Boden“, Planaufgabe, Objektkredit Kantonsrat; als Sofortmassnahme Verbauung und Sicherung der Engelbergera im Bereich der Brückenabsturzstelle ausgeführt. Weitere Hangsicherungen im Zusammenhang mit dem Bau der definitiven Bahnbrücke abgeschlossen. Submission für die in den Jahren 2007 und 2008 vorgesehenen Hauptarbeiten der definitiven Instandstellung gestartet.

Hochbau:

- Rathaus: Wettbewerb, Projektbearbeitung, Objektkredit Kantonsrat; Bauarbeiten Mitte August gestartet.
- Kantonsschule und Mehrfachturnhalle: Schulraumprovisorium im April in Betrieb genommen. Machbarkeitsstudie über mögliche Standorte für Neubau erfolgt, diverse Abklärungen wie Versicherungsleistungen, Beteiligung Gemeinde Sarnen und Raumprogramm konnten noch nicht abgeschlossen werden.
- Altes Kollegium: Behebung Hochwasserschäden im Untergeschoss erfolgt.

Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) wird das Projekt Nationalstrassen Zentralschweiz zwischen Luzern, Zug, Obwalden und Nidwalden in reduziertem Ausmass weiterbearbeitet.

Zusammenarbeit Obwalden/Nidwalden:

Im Bereich der Nationalstrasse erfolgt die Zusammenarbeit weiterhin auf dem Gebiet des Elektrodienstes (gemeinsame Pikettorganisation und Planungsarbeiten durch einen gemeinsamen, spezialisierten Mitarbeiter). Ebenfalls gemeinsam erfolgt die Projektbetreuung des Kirchenwaldtunnels mit Verbindungstunnel sowie der Lopper-tunnelsanierung.

Als Entscheidungsgrundlage zur besseren Verknüpfung von Individualverkehr und öffentlichem Verkehr wurde zusammen mit dem Kanton Nidwalden ein „Park + Ride-Konzept“ entwickelt.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Die Sofort- und Wiederherstellungsmassnahmen und die dringlichen Planungsarbeiten nach der Hochwasserkatastrophe 2006 erfolgten in sehr enger und intensiver Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden.

Daneben wurde der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden in raumplanerischen Fragen weiter vertieft. Insbesondere wurden mit den Gemeindebauämtern im Rahmen von vier halbtägigen Sitzungen baurechtliche Themen und Verfahrensfragen diskutiert. Auf den 1. Oktober 2006 setzte der Regierungsrat zudem überarbeitete Ausführungsbestimmungen zur Verfahrenskoordination im Baurecht in Kraft. Gestützt darauf werden künftig mehrere kantonale Verfügungen zu einem Bauvorhaben in einem kundenfreundlicheren Gesamtentscheid zusammengefasst und durch das in der Sache am stärksten involvierte Departement ausgestellt.

Weitere amtsübergreifende Departementsaussagen

Richtplanung:

Im Geschäftsjahr 2006 trat die Erneuerung der kantonalen Richtplanung in die entscheidende Phase. Zum Richtplanbericht, zu den Richtplantexten und zur Richtplankarte wurde des öffentliche Mitwirkungsverfahren durchgeführt und der Vorentwurf dem Bund zur Vorprüfung eingereicht. Die aus beiden Verfahren sich ergebenden wesentlichen Sachfragen konnten in einem Entwurf des Regierungsrats bereinigt und dieser zuhanden einer ersten Lesung im Kantonsrat verabschiedet werden. Von grundlegender Bedeutung ist die Verknüpfung der kantonalen Richtplanung mit der Strategieplanung 2012+ sowie der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010. Die Richtplanung ist wesentlicher Teil der kantonalen Gesamtplanung. Sie ist neben der Steuerstrategie und dem Standortmarketing der dritte Pfeiler für die künftige Entwicklung des Kantons. Die prioritären Projekte aus dem Aktionsprogramm zur Richtplanung wurden in die Amtsdauerplanung integriert.

Der Kantonsrat stimmte dem kantonalen Richtplan in erster Lesung mit zahlreichen inhaltlichen und redaktionellen Anmerkungen zu den Richtplantexten und zur Richtplankarte zu. Der Regierungsrat hat diese für den Erlass des erneuerten kantonalen Richtplans aufgearbeitet, so dass einer Genehmigung durch den Kantonsrat sowie den Bund nichts mehr im Wege stehen sollte (Entscheide Frühjahr 2007).

Verkehr:

Die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr konnte in planerischer und betrieblicher Sicht vorangetrieben werden: Für die Doppelspurausbauten und die Tieflegung der Zentralbahn in Luzern wurde ein erster Planungskredit freigegeben. Für den Kanton Obwalden ist die optimale Anbindung als Wirtschaftsstandort an den öffentlichen Verkehr des übergeordneten Wirtschaftsraums Luzern und der Anschluss an den Grossraum Zug – Zürich von grosser Bedeutung. Durch Vereinbarungen mit der Postauto Schweiz AG Region Zentralschweiz wurden die touristische Postautolinie Stalden – Langis, der Skibus Mörialp und das Nachtbusangebot im Sarneraatal erweitert. Als Entscheidungsgrundlage zur bessern Verknüpfung von Individualverkehr und öffentlichem Verkehr wurde ein „Park + Ride-Konzept“ zusammen mit dem Kanton Nidwalden entwickelt und einem Vernehmlassungsverfahren unterstellt.

Der Neubau der Steilrampe Tunnel Engelberg hat sich aufgrund der Hochwasser-Schadensituation und der entstandenen Mehrkosten erneut verzögert. Verschiedene offene Fragen harren einer Klärung durch die zb Zentralbahn AG: Bauliches Sanierungskonzept, Tunnelsicherheit, Verantwortlichkeiten, Haftpflicht, Endkostenprognose und Eröffnungstermin.

Der Nationalstrassenbau erfolgte gemäss dem 7. langfristigen Programm, namentlich im Bereich N2/N8-Kirchenwald-Loppertunnel. Die Vorbereitungsarbeiten zum Umfahrungstunnel Lungern konnten erfolgreich abgeschlossen, die Hauptarbeiten für den

3.5 Kilometer langen Tunnel vergeben werden. Die Fertigstellung ist 2012 vorgesehen. Beim Abschnitt N8 Giswil Nord – Ewil sind die Detailprojekte genehmigt, erste Vorbereitungsarbeiten ausgeführt und die Hauptarbeiten für den Tagbautunnel Zollhaus vergeben. Im Kantonsstrassenbereich wurde die Melchtalerstrasse beim Felsrutsch „Cholrüti“ definitiv in Stand gestellt, der Verkehrskreisel Abzweigung Brünigstrasse – Panoramastrasse in Giswil wurde gebaut und das Brückenprojekt für die definitive Wiederherstellung des Lehnenviadukts Boden der Engelbergerstrasse wurde ausgearbeitet, genehmigt und zur Ausführung in den Jahren 2007 bis 2008 freigegeben.

60 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Ihm ist der departementale Rechtsdienst angegliedert.

Departementssekretariat

Beschwerden an den Regierungsrat

Der departementale Rechtsdienst behandelte im Geschäftsjahr 29 Beschwerden in Bau- und Raumplanungsangelegenheiten zuhanden des Regierungsrats.

	2005	2006
Anzahl Beschwerden im Geschäftsjahr	48	41
Hertrag vom Vorjahr	11	15
Neueingänge Geschäftsjahr	37	26
Erledigt	33	29
durch Entscheid Regierungsrat:		
▪ gutgeheissen	3	2
▪ teilweise gutgeheissen	2	8
▪ abgewiesen	5	7
▪ nicht eingetreten	5	2
ohne Entscheid Regierungsrat:		
(Vergleich, Rückzug)	18	10
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	15	12

Das Geschäftsjahr war im Beschwerdewesen geprägt durch komplexe Fälle in den Bereichen Erschliessung, Zonenzuordnung und kommunale Quartierplanung. Die Instruktion dieser Verfahren beinhaltet Beweisverfahren mit teilweise umfangreichen internen und externen Sachverhaltsabklärungen.

Rechtsetzung

Die Ausführungsbestimmungen über die Verfahrenskoordination im Baubewilligungsverfahren vom 3. Januar 1995 (ABVK; GDB 710.111) wurden in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Departementen in den Bereichen Verfahren, Rechtsmittelfristen und Zuständigkeiten revidiert. Neu können alle kantonalen Entscheide in einem Gesamtentscheid zusammengefasst werden. Damit wurde eine wichtige Grundlage für die kundenfreundliche Behandlung der Baugesuche auf Stufe Kanton geschaffen.

61 Hoch- und Tiefbauamt

Das Hoch- und Tiefbauamt bearbeitet sämtliche Fragen der Hoch- und Tiefbauten des Kantons. Dazu gehören die Bauten der öffentlichen Verwaltung, die Nationalstrasse und die Kantonsstrassen. Die Abteilung Strassenbau ist verantwortlich für die Planung und den Bau (Projektleitung und Oberbauleitung) der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Dazu gehören alle Kunstbauten (Brücken, Tunnel usw.), die Radverkehrsanlagen, Verbesserungsmassnahmen aus Verkehrssicherheitsfragen und der Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen. Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Weiter obliegt ihm die Prüfung und die Bewilligung von Baugesuchen im Strassenbereich und von Einmündungsprojekten. Die Abteilung Hochbau ist verantwortlich für die Projektierung und Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte. Als Bauherrenvertreterin obliegt ihr das Projektmanagement und die Gewährleistung von Qualität, Kosten und Terminen. Durch die Bewirtschaftung der Gebäude wird die langfristige Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der vom Staat genutzten Bauten gesichert. Die Abteilung Hochbau ist auch zuständig für die Verwaltung der kantonalen Liegenschaften. Ihr gehören weiter die Fachbereiche Energie, Wärmeverbund und Wasserrecht an.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
38	Baulicher Strassenunterhalt: Baulicher Unterhalt: Kantonsstrassen Baulicher Unterhalt: Nationalstrassen	Gemäss Mehrjahresprogramm, Belagserneuerungen an Panoramastrasse, Melchtalerstrasse, Flüelistrasse und Brünigstrasse in Sarnen. Gemäss Mehrjahresprogramm; Sanierung Loppertunnel im April 2006 abgeschlossen; Ortsdurchfahrt Giswil abgeschlossen; Steinschlagschutzbauten Brünig laufend.
31	Hochbau: Polizeigebäude: Die Konzeptstudie ist vollendet.	Konzeptstudie abgeschlossen, Ausbau und Sanierung ab 2010.

<p>Kantonsschule, eingeschlossen Neubau Dreifachturnhalle: Das Vorprojekt ist ausgearbeitet.</p> <p>BWZ Obwalden, Sarnen: Um- und Ausbauten sind erfolgt.</p> <p>BWZ Obwalden, Schule Giswil: Die Fenster (2. Teil) sind saniert</p> <p>Verwaltungsgebäude Hostett: Um- und Ausbauten sind erfolgt.</p> <p>Staatsarchiv: Die Vorprojektstudie ist vollendet.</p> <p>Historisches Museum: Sanierungen sind erfolgt.</p> <p>Kantonsbibliothek: Eine Alternativplanung ist erstellt.</p> <p>Altes Gymnasium: Sanierungen sind erfolgt.</p> <p>Dreifachturnhalle: Sanierungen sind erfolgt.</p> <p>Kantonsspital, Psychiatrie: Um- und Ausbauten sind erfolgt.</p>	<p>Anpassung des Planungsprogramms im Nachgang zum Unwetter und zu diversen Abklärungen (Versicherungsleistungen und Beteiligung Gemeinde). Schulraumprovisorium (Unwetter 2005) seit April in Betrieb.</p> <p>Ausbau und Sanierung im November abgeschlossen.</p> <p>Fenstersanierung 2. Teil abgeschlossen.</p> <p>Sanierung bei Steuerverwaltung erfolgt, Rest auf 2007 verschoben.</p> <p>Gemäss Amtsdauerplanung auf 2008 verschoben.</p> <p>Gemäss Amtsdauerplanung auf 2010 verschoben.</p> <p>Gemäss Amtsdauerplanung auf 2007 verschoben.</p> <p>Erste Etappe Sanierung Bühne vollendet.</p> <p>Wegen Folgen Hochwasser 2005 sistiert, siehe Gesamtprojekt Kantonsschule.</p> <p>Umbauten abgeschlossen.</p>
<p>38 Kantonsstrassen:</p> <p>Nordstrasse Sarnen (Kreisel Militärstrasse/Nordstrasse): Das Vorprojekt ist ausgearbeitet.</p> <p>Brünigstrasse Sarnen: Baufortschrieb 2. Teil (Brücke)</p> <p>Dorfzentrum Sachseln: Beiträge 2. Teil sind ausgerichtet.</p> <p>Brünigstrasse Giswil: Der Strassenabschnitt ist instandgestellt und vom Bund abgenommen.</p> <p>Lärmschutz: Das Sanierungsprogramm ist fortgesetzt.</p> <p>Nationalstrassenbau gemäss 7. Langfristigem Bauprogramm des Bundes (Anteil Kanton 3%)</p>	<p>Auf 2007 verschoben, um Entwicklung der Bautätigkeit der Gemeinde an Militärstrasse abzuwarten.</p> <p>Bau Brücke Bitzighoferbach abgeschlossen.</p> <p>Dorfzentrum Sachseln Mitte 2006 eröffnet, Beiträge bezahlt.</p> <p>Brünigstrasse Belagssanierung abgeschlossen. Kreisel Rudenz Mitte Dezember in Betrieb genommen.</p> <p>ca. 20 % umgesetzt.</p> <p>Die Arbeiten verlaufen grundsätzlich nach dem aktualisierten und gültigen 7. Langfristigen Bauprogramm des Bundes.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> - Umfahrung Lungern: Vorbereitungsarbeiten Portal Nord, Tunnelsubmission - Umfahrung Giswil: Abschluss Bauarbeiten - Giswil Nord – Ewil: Detailprojekt, Submission - A2/A8 Verbindungstunnel: Fortsetzung Bau Verbindungstunnel, Sanierung Loppertunnel 	<p>Vorbereitungsarbeiten im Portalbereich Nord abgeschlossen; Hauptarbeiten Tunnel: Vergabe erfolgt, Installationen gestartet.</p> <p>Alle Hauptarbeiten abgeschlossen.</p> <p>Detailprojekte vom ASTRA genehmigt, Vorbereitungsarbeiten mit 2 Geschiebesammlern und Materialabtrag gestartet. Vergabe Hauptarbeiten erfolgt (Baubeginn Februar 2007).</p> <p>Innenausbau (Gewölbebeton, Bankette mit Werkleitungen) abgeschlossen. Beginn Montage der Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen.</p>
38	<p>Radrouten:</p> <p>Abschnitt Giswil – Kaiserstuhl: Bauarbeiten 1. Etappe hat begonnen.</p>	<p>Bau im April gestartet; Fertigstellung ca. Juni 2007</p>

610 Tiefbau

6102 Strassenbau

Finanzierung (Bundesbeiträge)

Die Bundesbeiträge für die Nationalstrasse blieben im Berichtsjahr unverändert, das heisst Bau samt Lärmschutz 97 Prozent; baulicher Unterhalt 97 Prozent; betrieblicher Unterhalt 95 Prozent. Für strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung und Lärmschutz-Verordnung beträgt der Beitragssatz 30 Prozent.

Der Anteil des Kantons Obwalden an den Mineralölsteuererträgen des Bundes betrug rund 5.96 Millionen Franken und war gegenüber dem Vorjahr um 14.5 Prozent höher. Von diesem Betrag erhielten die Gemeinden und öffentlich rechtlichen Körperschaften für ihre Strassenaufwendungen 2.77 Millionen Franken. Aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe bezahlte der Bund dem Kanton Obwalden rund 1.8 Millionen Franken.

Bau Kantonsstrassen

Strassenlärmsanierung

In den Gemeinden Sarnen, Alpnach, Kerns, Sachseln und Giswil sind bis Ende 2006 an 70 Gebäuden die Fenstersanierungen ausgeführt und rückvergütet worden. Dies entspricht ungefähr 20 Prozent aller Massnahmen aus den bewilligten Teilsanierungsprogrammen (TSP).

Neugestaltung des Dorfzentrums Sachseln

Die Neugestaltung des Dorfzentrums Sachseln mit dem Neubau der zugehörigen Kantonsstrassenabschnitte konnte im Sommer 2006 offiziell eröffnet werden. Der Kanton leistete einen Pauschalbeitrag.

Neue Radwegverbindung

Mit den Bauarbeiten für die Radwegverbindung zwischen Kaiserstuhl und Giswil konnte im April 2006 begonnen werden. Die Eröffnung des Radweges ist für Mai/Juni 2007 vorgesehen.

Verkehrskreisel Brünigstrasse – Einmündung Panoramastrasse, Giswil

Im Januar 2006 genehmigte der Regierungsrat das Projekt. Der Objektkredit von 485 000 Franken wurde vom Kantonsrat im März 2006 gesprochen. Im Sommer wurde die Submission der Arbeiten durchgeführt. Nach einer Bauzeit von drei Monaten ging der Kreisel Rudenz Ende Dezember 2006 in Betrieb. Die abschliessenden Deckbelagsarbeiten sind im Frühling 2007 terminiert.

Kernmattstrasse Kerns – Kägiswil: Instandsetzung nach Unwetter 2005

Nach der Planaufgabe und der Projektgenehmigung durch den Regierungsrat wurde mit Kantonsratsbeschluss vom 26. Oktober 2006 ein Objektkredit von 995 000 Franken für die Instandsetzung der Kantonsstrasse Kerns – Kägiswil bewilligt. Die Kredite für den Bachausbau sind ebenfalls bewilligt (495 000 Franken; Gemeinde-, Kantons- und Bundesbeitrag). Die Arbeiten starteten im November mit dem Bau des Bachdurchlasses Mühli. Die Hauptarbeiten werden im Jahr 2007 ausgeführt.

Melchtalerstrasse: Instandstellung nach Unwetter 2005

Im Sommer und Herbst 2006 wurde in zwei Etappen die definitive Brückenplatte gebaut und in Betrieb genommen.

Brünigstrasse Sarnen: Neubau Brücke Bitzighoferbach

Mit dem Brückenneubau, der im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bitzighoferbaches erfolgte, konnten auch Anpassungen an der Brünigstrasse am nördlichen Dorfeingang von Sarnen realisiert werden. Eine verkehrsberuhigende Trenninsel als Eingangstor von Sarnen markiert baulich den Innerortsbereich. Die Kostenbeteiligung des Kantons an die Brücke und die Trenninsel beträgt 40 000 Franken. Die Arbeiten wurden 2006 abgeschlossen.

Engelbergerstrasse: Instandsetzung Lehnenviadukt nach Unwetter 2005

Als erster Schritt wurde ein Variantenstudium für die mögliche Linienführung von Bahn und Strasse im Bereich Boden erstellt. Die Erschliessungsvarianten (Instandsetzung an Ort, Tunnel oder Brücke auf andere Talseite) wurden mit allen Beteiligten besprochen. Als Bestvariante, die auch zeitlich und kostenmässig realisierbar ist, hat sich eindeutig die Instandsetzungslösung vor Ort ergeben. Der Regierungsrat hat am 14. Februar 2006 dieser Variante zugestimmt. Das Projekt wurde sofort bearbeitet. Der Kostenvoranschlag beträgt 6.0 Millionen Franken. Diese werden wie folgt aufgeteilt: Bund 3 450 000 Franken, Kanton 2 030 000 Franken, Gemeinde 250 000 Franken, Zentralbahn 270 000 Franken. Der Kantonsrat hat nach Planaufgabe und Projektgenehmigung durch den Regierungsrat am 26. Oktober 2006 den Objektkredit von 2 030 000 Franken für die Instandsetzung des Lehnenviadukts Boden in Engelberg bewilligt. Mit den Bauarbeiten kann im April 2007 begonnen werden. Es wird mit einer Bauzeit von 1.5 Jahren gerechnet.

Als Sofortmassnahme wurde noch im Jahr 2006 die Engelbergeraa im Bereich der Absturzstelle auf einer Länge von 80 m verbaut. Dadurch konnte die Hangstabilität wesentlich verbessert werden.

Zwischen August und Dezember hat die Zentralbahn ihre provisorische Brücke mit einer neuen Betonbrücke ersetzt.

Bau Nationalstrasse A8

(vollständige Projektbeschreibungen siehe auch www.a8-ow.ch)

Umfahrung Lungern: Baubeginn Tunnelbauarbeiten

Die Vorbereitungsarbeiten im Anschlussbereich Lungern Nord der zukünftigen Umfahrung konnten Ende 2006 abgeschlossen werden. Für die Verlegung der Brünigstrasse mussten drei Brücken, Stützmauern, Werkleitungen und ein Ölrückhaltebecken gebaut werden.

Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) erteilte die Detailprojektgenehmigungen für den Haupttunnel im Juni. Die Vergabe der Hauptarbeiten für den 3.5 km langen Umfahrungstunnel erfolgte im August. Im November startete die beauftragte Arbeitsgemeinschaft mit den umfangreichen Installationsarbeiten für die in den nächsten Jahren grösste Baustelle in Obwalden. Das Förderband, das Tunnelausbruchmaterial ab März 2007 über das Südportal zur Deponie Hinti transportiert, wurde im Sicherheitsstollen montiert. Im Deponiegebiet Hinti wurde das Bannwaldgerinne mit einem 100 m langen geschlossenen Betonkanal angepasst.

Ebenfalls 2006 konnte nach 3-jähriger Bauzeit die im Projekt der Umfahrung Lungern enthaltene Lawinenverbauungen Husengraben am Nordhang des Güpfi (Schutz Nordportalbereich) abgeschlossen werden.

Giswil Nord – Ewil: Baubeginn Vorbereitungsarbeiten

Nach der Detailprojektgenehmigung durch das ASTRA konnte Mitte 2006 mit den Vorbereitungsarbeiten begonnen werden. Es sind dies im Wesentlichen die Erstellung eines Installationsplatzes im Bereich Zollhaus für die Hauptunternehmer und der Bau von zwei Geschiebesammlern für den Eschlenbach und den Rütigraben. Die Hauptarbeiten sind vergeben und beginnen im Februar 2007. Die Eröffnung und der Zusammenschluss der Umfahrungen Giswil und Sachseln ist für 2010 vorgesehen.

Tunnel Sachseln: Erhöhung Tunnelsicherheit

Der 5.2 km lange, einröhrige Tunnel Sachseln ist seit September 1997 in Betrieb. Die Erfahrungen aus den verschiedenen verheerenden Tunnelbränden in den Jahren 1999 und 2001 hat dazu geführt, dass neue Normen und Richtlinien erlassen wurden. Gemäss diesen neuen Grundlagen muss der Tunnel Sachseln über ein leistungsfähigeres Lüftungssystem und einen parallelen Sicherheitsstollen verfügen. Das Hoch- und Tiefbauamt hat die Ausarbeitung einer Konzeptstudie zur Erhöhung der Tunnelsicherheit des Tunnels Sachseln gestartet. 2007 werden die Planungsarbeiten weitergeführt. Kleinere Massnahmen zur Erneuerung und Verbesserung der Betriebs- und Sicherheitsausrüstung werden laufend durchgeführt. Die grossen Sanierungsarbeiten sind ab 2009 vorgesehen.

A2/A8 Kirchenwaldtunnel / Verbindungstunnel / Loppertunnel

Im 2.0 km langen Verbindungstunnel wurden die Innenausbauten (Tunnelabdichtung, Innengewölbe, Sohlgewölbe, Bankette) mit sechs Monaten Vorsprung auf das Bauprogramm abgeschlossen. Die Tiefbauarbeiten im Südportalbereich Z'Matt konnten deshalb früher gestartet werden. Die Auffahrtsrampe Delli und die wegen der Bauarbeiten gesperrte Doppelspurstrecke zwischen Lopper und Alpnachstad Richtung Süd können als Folge davon bereits im Sommer 2007, rund ein Jahr früher als geplant, wieder in Betrieb genommen werden.

Auf der Nidwaldnerseite wurde am 29. Juni 2006 die Südröhre des Kirchenwaldtunnelprojekts feierlich eröffnet. Mit der Inbetriebnahme der Südröhre (A2 Fahrtrichtung

Gotthard) konnte die während drei Jahren gesperrte Abzweigung im Loppertunnel von der A8 zur A2 wieder geöffnet werden. Die Eröffnung des Verbindungstunnels A2/A8 und der A2 Nordröhre des Kirchenwaldtunnels ist für Ende 2008 vorgesehen.

Die Sanierung des Loppertunnels konnte im April abgeschlossen werden. Neben der allgemeinen Erneuerung der veralteten Betriebs- und Sicherheitseinrichtungen wurde vor allem eine leistungsfähige Lüftung installiert. Zwischen dem neuen Verbindungstunnel und dem Loppertunnel wurden alle 300 m Querverbindungen als Fluchtwege gebaut.

612 Strasseninspektorat

6120 Betrieblicher Strassenunterhalt

NFA Nationalstrasse und Winterdienst

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton (NFA) wird der betriebliche Unterhalt der Nationalstrasse ab 1. Januar 2008 Sache des Bundes. Die Neuorganisation dieses Bereiches ist, verbunden mit einem sehr hohen administrativen Aufwand, angelaufen. Das ASTRA hat das Nationalstrassennetz der Schweiz in elf Gebietseinheiten eingeteilt. Elf kantonale Trägerschaften werden für die Leistungserbringung zuständig sein. Sie werden vom Bund einen entsprechenden Leistungsauftrag erhalten. Die A8 im Kanton Obwalden gehört zusammen mit der Nationalstrasse in den Kantonen Zug, Nidwalden und Luzern zur Gebietseinheit zehn. Der Kanton Luzern ist Lead-Kanton. Der betriebliche Unterhalt wird vom Werkhof Sprengi in Emmen organisiert. Wie die definitive Lösung aussehen wird und welche Funktion der Werkhof Sarnen für die neue Organisation hat, ist zur Zeit noch nicht genau festgelegt. Fest steht, dass ab 1. Januar 2008 die Gebietseinheit zehn im Auftrag des Bundes den betrieblichen Unterhalt auf den Nationalstrassen der beteiligten Kantone besorgen wird.

Ein lang anhaltender Winter bis weit in den Frühling hinein verursachte einen hohen Winterdienstaufwand. Die Nachwehen der Unwetter vom August 2005 haben zudem die Tätigkeiten vor allem im ersten Halbjahr mitbestimmt.

6122 Baulicher Strassenunterhalt

Auf dem Nationalstrassennetz sind vor allem die Belagsinstandsetzungsarbeiten an der Dorfdurchfahrt Lungern, am Teilstück Kaiserstuhl bis Steinlauri entlang dem Lunggerersee sowie die zweite Etappe der Instandstellungsarbeiten an der Dorfdurchfahrt Giswil, Abschnitt Hotel Krone bis Buochholzbrücke, zu erwähnen. Mit dem Bereich Chäl bis Balmiflüh ist im Rahmen des Integralprojektes Steinschlagschutz Brünig – Giswil wieder ein gefährdeter Abschnitt gesichert worden.

Der bauliche Unterhalt der Nationalstrasse wird ab 1. Januar 2008 im Rahmen der NFA ebenfalls zu 100 Prozent vom Bund übernommen. Die notwendige Neuorganisation ist in Angriff genommen worden. In Zukunft werden diese Arbeiten von der ASTRA-Filiale in Zofingen geplant und betreut.

Für das Kantonsstrassennetz stand ein Budget von 1.5 Millionen Franken zur Verfügung. Instandsetzungsarbeiten an Belägen wurden hauptsächlich an der Panoramastrasse (Mörlialp – Sandboden), der Melchtalerstrasse (gedeckte Holzbrücke bis Dorf Melchtal), der Flüelistrasse (Abschnitt Bachgasse) und an der Brünigstrasse in Sarnen (Bitzighofen) ausgeführt. An der Kernmattstrasse zwischen Kernmatt und

Schmelzi ist eine in einem sehr schlechten Zustand befindliche talseitige Stützmauer gesichert und saniert worden. Zudem konnte an zwei steinschlaggefährdeten Kantonsstrassenabschnitten (Melchtalerstrasse und Glaubenbergstrasse) mit Sicherungsarbeiten begonnen werden. 70 Prozent der Kosten werden vom Bund im Zusammenhang mit einem forstlichen Projekt zum Schutz von Strassen vor Naturgefahren übernommen.

614 Hochbau

6140 Hochbauten

Einzelmassnahmen im Gebäudeunterhalt

- Verwaltungsgebäude: Sanierung (Heizung, Kühlung) bei der Steuerverwaltung. Ausschreibung und Vergabe beim Ersatz der Mess-, Steuer- und Regelungsanlagen der Haustechnik (MSRL-System), Montage erfolgt anfangs 2007.
- Polizeigebäude: Überarbeitung des Raumbedarfs und Zustandsbeurteilung als Vorarbeiten des Ausbau- und Sanierungsprojekts. Untersuchung von künftigen Gefängnis-Alternativen. Behebung der Wasserschäden im Gefängnis.
- Altes Kollegium: Behebung der Hochwasserschäden im Untergeschoss (Kulturgüter-Schutzraum, Ausstellung der Burch Korrodi).
- Altes Gymnasium: Überholarbeiten in mehreren Schulzimmern. Malerarbeiten bei der nördlichen Sockelpartie. Erste Etappe bei Sanierung der Bühne im Theater mit Ersatz der Bühnenmaschinerie.
- Berufs- und Weiterbildungszentrum Giswil: Sanierung der Aula mit Versetzung der Fensterfront. Sanierung der Fassade nach Sprayer-Schäden.
- Kantonsbibliothek: Verlegen von Holzriemenböden im 2. und 3. Stock, Malen der Wände beider Stockwerke, Malen und Kitten der Aussenfenster an der Westseite.
- Werkhof A8: Einbau einer Sole-Anlage (Nasssalz-Aufbereitung).
- Psychiatrie: Sanfter Umbau der ehemaligen Geriatrie. Schaffung von zusätzlichen Patientenzimmern mit Einbau von Nasszellen. Optimierungen und Pinselrenovation im ganzen Haus.

Sanierung und Umbau Rathaus

Das Projekt der Architektengemeinschaft Diener & Diener / Joos & Mathys wurde als Sieger des Studienauftrags für Sanierung und Umbau des Rathauses in Sarnen erkoren. Nach Erarbeitung der Kostenschätzung hat der Kantonsrat am 16. März 2006 das Projekt genehmigt sowie den entsprechenden Objektkredit von 4.7 Millionen Franken bewilligt. Die Baubewilligung wurde am 29. Mai 2006 erteilt. Mitte August 2006 konnte mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Neubau Kantonsschule und Mehrfachturnhalle

Für die im Hochwasser 2005 überfluteten und seither nicht mehr nutzbaren Schulräume im Erdgeschoss des bestehenden Kantonsschulgebäudes wurden Provisorien erstellt und vom Kanton in Miete übernommen.

In Machbarkeitsstudien wurden mögliche Standorte für Sanierung und Ausbau oder Neubau von Kantonsschule und Mehrfachturnhalle untersucht. Offen sind neben den Versicherungsleistungen noch die konkrete Beteiligung der Gemeinde Sarnen an der Mehrfachturnhalle sowie der Entscheid, ob die Nutzungsvereinbarung für acht Schulräume im alten Gymnasium weiter geführt werden soll.

Ausbau und Sanierung BWZ Sarnen

Termingerecht haben die Bauarbeiten Mitte April 2006 begonnen. Die Arbeiten konnten bis Ende Oktober abgeschlossen werden. Dazwischen lagen hektische sechs Monate. Der gleichzeitige Betrieb von Schule und Baustelle, das zweimalige Zügeln der Schule und der Verwaltung und die gleichzeitigen Arbeiten verschiedenster Unternehmungen auf engem Raum stellten hohe Anforderungen an alle Beteiligten. Am 24. November 2006 konnte die ausgebaute und sanierte Schule feierlich den Lehrern und Schülern übergeben werden.

Einzelmassnahmen im Liegenschaftsbereich

- Verkauf eines Landstreifens ab Grundacher-Parzelle 2732 an Einwohnergemeinde Sarnen.
- Miete von vier Hallen und Parkplätzen im Nachschublager Kägiswil der Armee für die Bedürfnisse des Zivilschutzes.
- Die Hauswartwohnung im Verwaltungsgebäude Hostett ist nicht mehr vermietet. Sie wird 2007 für Büroräume und Sitzungszimmer umgebaut.

6145 Energie

Die Abteilung Hochbau konnte einige Veranstaltungen im Energiebereich begleiten sowie Beiträge aus gesamtschweizerischen Förderprogrammen an Energiemassnahmen bei Sanierungs- und Neubauprojekten vermitteln. 2006 startete die schweizerische Klimarappen-Stiftung das Förderprogramm zu energetischen Gebäudeerneuerungen. Der Kanton führt kein eigenes Förderprogramm im Energiebereich.

Für die Beantwortung einer Kantonsratsmotion wurde die Dienststelle Umwelt und Energie des Kantons Luzern beigezogen und mit der Bearbeitung einer Vorstudie zu einem Energiekonzept Obwalden beauftragt. Im September hat der Kantonsrat diese Motion zur Energiepolitik für erheblich erklärt. Darin wird nun der Regierungsrat beauftragt bis 2008 ein einfaches Konzept zur Energiepolitik zu erarbeiten. Im Vordergrund sollen die Förderung von erneuerbaren einheimischen Energien und die Senkung des Energieverbrauchs stehen.

62 Amt für Wald und Raumentwicklung

Das Amt für Wald und Raumentwicklung ist die kantonale Anlaufstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Jagd, Abwehr von Naturgefahren sowie Fragen der räumlichen Entwicklung und des Verkehrs. Die Abteilung Wald und Natur befasst sich mit der nachhaltigen Waldentwicklung, den forstlichen Fördermassnahmen, dem Forstschutz, der Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, mit dem Schutz der Wildtiere und der Erhaltung ihrer Lebensräume sowie der Jagdplanung. Die Abteilung Naturgefahren befasst sich mit der Erkennung und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren. Sie übt die Oberaufsicht über die Gewässer und die Aufsicht über Stauanlagen aus. Zentrale Aufgaben der Abteilung Raum-

entwicklung und Verkehr sind die Aktualisierung des kantonalen Richtplans, die Unterstützung kommunaler Behörden bei der Nutzungsplanung, die Koordination kantonalen Bewilligungsverfahren für Bauten ausserhalb der Bauzone, die Koordination des gesamten Verkehrsinfrastrukturangebots, die Bestellung der Angebote des öffentlichen Verkehrs sowie die nachhaltige Sicherung des Waldareals.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
32	<p>Investitionen zur Sicherstellung von Massnahmen zur Gefahrenabwehr, u.a.:</p> <p>diverse Schutzwaldpflegeprojekte</p> <p>Sofortmassnahmen Grossteilerbäche</p> <p>Integralprojekt Westl. Sarnersee Wildbäche (WSSW)</p> <p>Kleine Schliere</p>	<p>Reduzierte Weiterführung der Massnahmen in den genehmigten Projekten gemäss verfügbaren Ressourcen bei Kanton und Bauherrschaften (Bewältigung Hochwasser)</p> <p>Die Finanzbeschlüsse zum Projekt der Sofortmassnahmen liegen vor. Die Arbeiten am Rütigraben und Eichbüelgraben sind bereits weit fortgeschritten.</p> <p>Die Bauarbeiten zum Steinschlag-schutz Guberwald wurden im November in Angriff genommen.</p> <p>Die ersten 2 Lose des Integralprojektes (Schlierenloch und Gärtlisperre) sind abgeschlossen.</p>
32	<p>Investitionen zur Sicherstellung / Erhaltung Infrastrukturbauten, u.a.:</p> <p>Sanierung Geretschwand</p> <p>Erschliessung WSSW</p> <p>Werkhöfe Giswil / Sarnen</p>	<p>Zweiter Abschnitt (Trögli bis Schoni-rank) bis auf den Belagseinbau vollständig saniert.</p> <p>Das Projekt ist abgeschlossen.</p> <p>Die Projekte sind abgeschlossen.</p>
32	<p>Wasserbau:</p> <p>Hochwasserschutz an Fliessgewässern:</p> <p>Ramersberger-Bäche</p> <p>Dorfbach / Edisrieder- und Ewiler-Bäche, Sachseln (P 31)</p>	<p>Der Ausbau des Bitzighoferbaches, Sack – Sarneraa, ist fertig.</p> <p>Im Rahmen des Grossprojektes P 31 wurde mit der Tauchwand im Geschiebesammler Totenbuelbach das letzte Objekt in Angriff genommen.</p>

	<p>WSSW, Sarnen</p> <p>Kleine Schliere, Alpnach</p> <p>Laui-Zuflüsse, Giswil</p> <p>Tschachenbach, Giswil</p> <p>Rütibach, Giswil</p> <p>Rufibach, Kerns</p>	<p>Keine Massnahmen im Wasserbau ausgeführt.</p> <p>Die ersten 2 Lose des Integralprojektes (Schlierenloch und Gärtlisperre) sind abgeschlossen.</p> <p>Die Arbeiten an der Verbauung des Mülibachs wurden im Bereich der Panoramastrasse weitergeführt.</p> <p>Im Rahmen der Projektgenehmigung wurde über die verbleibenden Einsprachen am Tschachenbach entschieden. Nach Ausschöpfung der Rechtsmittel ist diese Projektbewilligung inzwischen in Rechtskraft erwachsen.</p> <p>Die Finanzbeschlüsse zum Projekt der Sofortmassnahmen liegen vor. Die Arbeiten am Rütigraben und Eichbüelgraben sind bereits weit fortgeschritten.</p> <p>Das Integralprojekt Rufibach Kerns konnte mit dem Ausbau des Geschiebesammlers im Sand abgeschlossen werden.</p>
32	Umsetzung Gefahrenkarten in der Schutz- und Nutzungsplanung	Die Zonenpläne Kerns, Alpnach und Giswil mit integrierter Gefahrenkarte stehen kurz vor der Genehmigung.
32	Quantitative Risikoanalyse der Naturgefahren Obwalden	Das Projekt „Risiko-Analyse Obwalden“ musste infolge der Anpassungen der Gefahrenkarte zurückgestellt werden.
33	Die kantonale Richtplanung ist genehmigt.	Der Regierungsrat überwies den überarbeiteten Richtplan 2006–2020 im August an den Kantonsrat. Die erste Lesung im Kantonsrat Ende November brachte keine grundsätzlichen Richtungswechsel.
34	Der Schutz- und Nutzungsplan der Moorlandschaft Glaubenberg ist vom Regierungsrat verabschiedet.	Die Resultate des sich noch in Bearbeitung befindenden „Integralen Flyschgebietsmanagement“ (Federführung beim Amt für Landwirtschaft und Umwelt) sind in die Schutz- und Nutzungsplanung zu integrieren.
34	<p>Kantonale Schutz- und Nutzungsplanungen sind weitergeführt und umgesetzt.</p> <p>Naturschutzzone Wichelsee</p>	Am 16. März 2006 durch den Kantonsrat genehmigt

	Naturschutzzone Usser Allmend	Schutz- und Pflegeplan sowie das dazugehörige Reglement wurden vom Regierungsrat nach erster Lesung zur Anhörung freigegeben.
	Naturschutzzone Hanenried	Amtsinterner Entwurf vorliegend. Weitere Bearbeitung im Zusammenhang mit der Umlegung Kleine Melchaa sistiert.
	Naturschutzzone Sackboden	Amtsinterner Entwurf vorliegend.
	Die Naturschutzverordnung ist an das Bundesrecht angepasst und der Höhlenschutz ist integriert.	Die Resultate des Vernehmlassungsverfahrens liegen vor. Die Weiterbearbeitung erfolgt 2007.
	Richtlinie zur Beurteilung von Bauten und Anlagen in Landschaftsschutzgebieten.	Die Arbeiten werden im Rahmen der Umsetzung des Richtplans 2007 weitergeführt.
	Infokonzert Moorlandschaft Glaubenberg	Der Informationslehrpfad (Moorbäerpfad Langis) ist installiert.
39	Park+Ride-Konzept	Der Schlussbericht P+R-Konzept Obwalden und Nidwalden liegt vor und wurde durch den Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Das BRD ist beauftragt, die Umsetzungsmassnahmen vorzubereiten.
	Umsetzung Integraler Tarifverbund (ITV)	In Bearbeitung, Umsetzung der neuen Organisation des Verbundes auf 1. Januar 2008; Einführung des integralen Tarifverbundsystems zum Fahrplanwechsel 2009 im Dezember 2008.
	Infrastrukturbauten ZB 480: Strecke Stans – Engelberg (samt Steilrampe)	Eine Expertengruppe erarbeitet Vorschläge zur betriebssicheren Ausgestaltung des Tunnels.
	Infrastrukturbauten ZB 470: Doppelspurausbau bis Hergiswil	Inbetriebnahme mit Fahrplanwechsel Ende 2006 erfolgt.
	Sanierung Bahnübergänge ZB (zusätzlich Bahnübergänge Engelberg)	Die acht Bahnübergänge ZB 470 sind saniert. Die Sanierung der Bahnübergänge in Engelberg verzögert sich.
	Neue Haltestelle ZB 740: Ewil-Maxon	Bereits Ende 05 eröffnet

6212 Walderhaltung

Lothar-Folgeschädenbekämpfung in Obwalden ist eine Erfolgsgeschichte

Die kantonale Borkenkäferbekämpfungsstrategie hat sich bewährt. Dank der konsequenten, fach- und zeitgerechten Bekämpfung der letzten Jahre ging die Käferholzmenge im Jahr 2006 markant auf 4 710 m³ (Vorjahr rund 8 357 m³) zurück. Seit Lothar sind verglichen mit der damals geworfenen Holzmenge schweizweit per Ende

2006 81 Prozent zusätzlich als sogenannte Folgeschäden angefallen. In Obwalden belaufen sich die Folgeschäden per Ende 2006 lediglich auf knapp 35 Prozent.

Walderhaltung

Bei 18 Gesuchen wurden Rodungsbewilligungen mit einer Gesamtfläche von 37 376 m² erteilt (5 263 m² temporär, 24 167 m² definitiv). Diesen Rodungsflächen stehen 7 290 m² Ersatzleistungen in Form von Wiederbestockung sowie Pflanzung von Einzelbäumen gegenüber. Zu Gunsten des Fonds für ökologische Ersatzleistungen bei Rodungen wurden per 2006 Entschädigungen von 7 300 Franken verfügt.

Zur Regelung des Waldabstands entlang von Bauzonen wurden im Nachgang zum in allen Gemeinden abgeschlossenen Waldfeststellungsverfahren verschiedenenorts Baulinien mit reduziertem Waldabstand genehmigt.

6214 Waldentwicklung

ForstBAR.04 in allen Obwaldner Forstbetrieben eingerichtet

Die Auswertungen und Verdichtungen der forstlichen Betriebsabrechnungen liefern Kanton und Bund wertvolle forstpolitische Kennzahlen. Seit dem 1. Januar 2006 haben alle Forstbetriebe die ForstBAR.04 eingeführt. Eine einheitliche Handhabung und Vergleichbarkeit der Daten ist somit auch zukünftig sichergestellt.

Aus-, Fort- und Weiterbildung des Forstpersonals

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wald und Energie Nidwalden wurde ein Kursprogramm für das gesamte forstliche Berufsfeld angeboten. Fachgerechtes Verbauen von Hangrutschungen war der Inhalt eines Kurses für Forstfachleute und Verbau-spezialisten. Ein weiterer Kurs im Zusammenhang mit der Bewältigung der Unwetter-schäden war der Arbeitssicherheit bei Tätigkeiten im übersteilen Gelände gewidmet. In einem von der Fachstelle für Gebirgswaldpflege begleiteten Kurs wurde den Forst-ingenieuren und Förstern die optimale waldbauliche Behandlung von Schutzwäldern vermittelt.

6218 Natur und Landschaft

Weitere Bearbeitung von kantonalen Schutz- und Nutzungsplanungen

Die Schutz- und Nutzungsplanung für die Naturschutzzone Wichelsee, Gemeinde Alpnach und Sarnen, wurde am 16. März 2006 durch den Kantonsrat genehmigt.

Die Schutz- und Nutzungsplanung für die Naturschutzzone Usser Allmend wurde am 31. Oktober 2006 vom Regierungsrat in 1. Lesung verabschiedet und zur Anhörung freigegeben.

Für die Naturschutzzonen Hanenried und Sackboden liegen die Entwürfe für die Schutz- und Nutzungsplanung vor. Die Schutz- und Nutzungsplanung Hanenried wurde jedoch bis auf weiteres zurückgestellt, da der Grundsatzentscheid über die Linienführung der Kleinen Melchaa noch nicht gefällt wurde. Eine Variante sieht eine Linienführung durch die Naturschutzzone vor.

Die Schutz- und Nutzungsplanung Moorlandschaft Glaubenberg wurde nicht weitergeführt, da die Resultate des integralen Flyschgebietsmanagement (Projektleitung ALU) in die Planung eingeflochten werden müssen.

Langlaufnutzung innerhalb der Naturschutzzone Hinteregg / Andresen und Hinteregg / Schlierental weiterhin akzeptiert

Die Vereinbarung zwischen dem Bau- und Raumentwicklungsdepartement und dem Verein Langlauffreunde Langis über den Betrieb der Loipen im Gebiet Hinteregg / Andresen und Hinteregg / Schlierental wurde nach Genehmigung durch den Bund erneuert.

Informationskonzept Moorlandschaft Glaubenberg steht konzeptionell

Dank grosszügiger finanzieller Unterstützung der Crédit Suisse Jubiläumstiftung sowie finanzieller Beteiligung der Grundeigentümerin, der Gemeinde, dem Tourismus und der ansässigen Gastronomie konnte am 8. Juli 2006 der „Moorbäerpfad“ eingeweiht werden. Trägerschaft des Moorbäerpfades ist der „Förderverein Moorbäerpfad Langis“, welcher am 18. Mai 2006 zwecks Unterhalt und Fortgestaltung des Pfades gegründet wurde.

Regionaler Naturpark Nidwalden – Uri – Engelberg

Rund um den Urirotstock wird über einen Perimeter von 15 Gemeinden das Potenzial für einen regionalen Naturpark ermittelt. Obwalden ist mit der Gemeinde Engelberg beteiligt. Der regionale Naturpark strebt die Erteilung eines Parklabels an. Dieses soll eine erhöhte touristische und wirtschaftliche Wertschöpfung ermöglichen. Unter der Leitung des Instituts für Tourismuswirtschaft der HSW Luzern ist eine Machbarkeitsstudie in Erarbeitung. Diese liegt bis Mitte 2007 vor.

6219 Jagd

Planungszonen zur Sicherung des Wildschutzes auf Melchsee-Frutt und in Engelberg

Der Regierungsrat hat am 12. Dezember 2006, auch auf Antrag der Bahnbetreiberin (Frutt) und der Einwohnergemeinde Engelberg, zur Vermeidung von massiven Störungen in wertvollen Wildtierlebensräumen Planungszonen zur Sicherung des Wildschutzes auf Melchsee-Frutt und in Engelberg erlassen. Die mit der Planungszone belegten Gebiete dürfen zwecks Ausübung von Sport- und Freizeitaktivitäten nicht betreten oder befahren werden. Dies gilt namentlich für das „Freeriden“ mit Ski- und Snowboard und für das Schneeschuhlaufen. Die offiziellen Ski- und Snowboardrouten gemäss Skitourenkarte von swisstopo sind von der Planungszone ausgenommen. Die Schutzmassnahmen gelten ausschliesslich für die Wintersaison, jeweils vom 15. November beziehungsweise dem Vorliegen einer geschlossenen Schneedecke bis zum 15. Mai. Die Planungszonen gelten bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden Wildruhezone mit Schutzreglement, längstens bis zum 1. Dezember 2011.

Der Regierungsrat hat das Bau- und Raumentwicklungsdepartement beauftragt, die im Kantonsgebiet notwendigen Wildruhezonen zu ermitteln und zusammen mit einem entsprechenden Schutzreglement dem Regierungsrat zu unterbreiten.

Auf der Website des Kantons Obwalden sind Karten mit den ausgeschiedenen Wildschongebieten in den einzelnen Gemeinden aufgeschaltet. Die Karten können kostenlos heruntergeladen werden. Mit dieser Information will der Kanton einen Beitrag leisten, damit es zu weniger Überschreitungen und Störungen der Wildtiere durch Freizeitsportler kommt. Grundlage für die Wildschongebietskarten sind die abgeschlossenen Waldentwicklungspläne.

Die Gäms- und Rehbestände sind weiter rückläufig

Im Gegensatz zu den Rotwildbeständen, die gemäss den Frühjährezählungen deutlich zugenommen haben, sind die Gäms- und Rehwildbestände weiterhin rückläufig. Die Gründe dafür sind vielfältig: Einengung, zunehmende Störung des Lebensraumes, Krankheiten (Gämsblindheit), steigender Luchsbestand, Konkurrenz bei der Inanspruchnahme des Lebensraums (Hirsch und Reh), Veränderung der Aktivität usw. Die Jagdplanung, auf die Ausgangslage Rücksicht nehmend, hatte zum Ziel, den Gämsbestand sowie Rehbestand leicht anzuheben und den Rotwildbestand zu reduzieren. Auf der Hochwildjagd erlegten 307 Jägerinnen und Jäger 303 Gämsen mit einem Jugendanteil von 8% und einem Geschlechtsverhältnis von 1 : 2.18 (w : m). Im Gegensatz zum Gämswild wurde das Ziel der Bejagung beim Rotwild mit 50 Stück trotz Regulationsjagd nicht erreicht. Auf der Rehjagd konnten 266 Jägerinnen und Jäger 365 Stück Rehwild mit einem Kitzanteil von 31% und einem Geschlechtsverhältnis von 1 : 1.85 erlegen. Hier wurde das Planungsziel erreicht.

6226 Naturgefahren

Jahr 2006 im Zeichen des Unwetters vom August 2005

Die Aktivitäten der Abteilung Naturgefahren im Jahr 2006 wurden fast ausschliesslich durch die Folgen des Hochwassers vom August 2005 geprägt. Im Januar 2006 konnte eine umfassende Ereignisdokumentation zum Hochwasser 2005 erstellt werden. Unmittelbar drohende Folgeschäden machten in allen Gemeinden des Kantons Sofortmassnahmen notwendig. Am 27. Januar 2006 fällte der Kantonsrat einen Beschluss betreffend Beiträge an Massnahmen nach der Hochwasserkatastrophe 2005 zur Wiederherstellung von Erschliessungsanlagen, für den Verbau von Rufen, zur Holzräumung in Runsen, zur Sanierung des Felsrutsches Cholrüti, Kerns, sowie an wasserbauliche Sofort- und Wiederherstellungsmassnahmen in Gerinnen. Die Ausführung dieser Massnahmen mit Kosten in Höhe von insgesamt 32,282 Millionen Franken ist in den Jahren 2006 und 2007 vorgesehen.

Die Hochwasserereignisse haben aufgezeigt, dass mittel- und langfristig in den meisten Gemeinden ein Handlungsbedarf zur Verbesserung der Hochwassersicherheit besteht. Der grosse politische und gesellschaftliche Druck fordert eine rasche Planung und Umsetzung entsprechender Massnahmen. Neben den Sofortmassnahmen wurden deshalb umfangreiche Planungsarbeiten mit hoher Dringlichkeit in Angriff genommen. Diese Planungen umfassen folgende Gemeinden bzw. Gebiete:

Sarnen: Sarnensee/Sarneraa
 Grosse Melchaa, Geschiebesammler Chalcheren
 Kernmattbach, Kägiswil
Kerns: Grosse Melchaa, Melchtal
 Diesselbach
 Acherlibach, Melchtal

	Lochgraben / Türligraben, St. Niklausen /Kernmattbach, Schmelzi
Alpnach:	Meisibach Kleine Schliere
Giswil:	Kleine Melchaa
Lungern:	Wichelsgraben Schynberggraben
Engelberg:	Aawasser/Dürrbach/Mehlbach Mittelgrüss - Müliwald Fangtobel Engelbergeraa Grafenort

Zahlreiche Sofortmassnahmen abgeschlossen

Die im Rahmen des Kredites über forstliche und wasserbauliche Sofortmassnahmen vorgesehenen Arbeiten konnten zu einem erheblichen Teil abgeschlossen werden. In allen Gemeinden waren Wiederherstellungen an Bachläufen und Ufern erforderlich. Diese Arbeiten erfolgten im Umfang von rund 11 Millionen Franken an über 137 Schadenstellen. Die Schwerpunkte der Massnahmen lagen in Sarnen (Sarneraa im Dorfbereich), Kerns (Gr. Melchaa im Melchtal, Foribach, St. Niklausen) und Engelberg (Engelbergeraa und Dürrbach).

Die seit dem Ereignis laufend ergänzte systematische Erhebung von Rufen umfasst im heutigen Zeitpunkt 1 040 Hanganbrüche, die beurteilt und unterschiedlichen Projektkategorien (forstlicher Verbau – landwirtschaftliche Strukturverbesserungen - Sanierung mit Hilfspgeldern) zugewiesen wurden. Rund 306 davon (30 Prozent) fallen unter das forstliche Rufenprojekt. Per Ende 2006 sind rund 225 Rufen verbaut. Dies entspricht etwa 75 Prozent der unter das forstliche Rufenverbauprojekt fallenden Hanganbrüche. Dafür wurden etwa 60 Prozent der bewilligten Kredite aufgebraucht. Die noch verbleibenden Rufen sind gross und deren Verbau kostenintensiv.

Ebenfalls weitgehend abgeschlossen sind die Wiederherstellungsarbeiten an landwirtschaftlichen und forstlichen Erschliessungsanlagen, die Schwemmholzlagerung in Gerinnen und die Entfernung labiler Bäume entlang von Bachläufen sowie die Hangsicherung im Gebiet Cholrüti, Kerns.

Fortschritte in der Planung wasserbaulicher Grossprojekte

Die umfangreichsten wasserbaulichen Planungsarbeiten befassten sich mit der Verbesserung der *Hochwassersicherheit Sarneraatal*. Hydrologische Untersuchungen bestätigten die Vermutung, dass es sich beim Hochwasser vom August 2005 bezüglich des Sarnersees und der Sarneraa um ein mehr als 300-jährliches Ereignis handelte. Im Rahmen einer Vorstudie wurde - zu einem erheblichen Teil auf private Initiative hin - eine Vielzahl von Vorschlägen zur Verbesserung der Hochwassersicherheit entwickelt. Aus über 20 Varianten wurden schliesslich drei Varianten zur vertieften Beurteilung im Rahmen eines Vorprojektes evaluiert:

- Gerinneaufweitung und Sohlenabtiefung Sarneraa (Variante 1);
- Entlastungsleitung und Landenbergstollen (Variante 2);
- Entlastungstollen durch Bergflanke Ost (Variante 3).

Parallel zu diesem Vorprojekt wurde auch ein Vorbericht zur Umweltverträglichkeit erarbeitet.

Der Kantonsrat nahm mit Beschluss vom 30. Juni 2006 von diesen drei zur Weiterbearbeitung empfohlenen Varianten und den Schutzziele zustimmend Kenntnis. Um frühzeitig alle betroffenen Interessen und Akteure einzubeziehen wurden die Pla-

nungsarbeiten im Rahmen von zwei Workshops begleitet. Daran nahmen zahlreiche Interessenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft teil. Ein erster Workshop vom 10. April 2006 ermöglichte eine aktive Diskussion über die Ansprüche und Ziele an einen nachhaltigen Hochwasserschutz am Sarnersee und an der Sarneraa. An einem zweiten Workshop vom 29. September 2006 wurden die zwischenzeitlich weiterbearbeiteten Varianten sowie die Grundlagen einer Nutzwertanalyse diskutiert. Diese Nutzwertanalyse ergab vergleichbare Vorteile für die Varianten 1 und 3, während für Variante 2 schlechtere Nutzwerte resultierten. Bereits am zweiten Workshop wurde die Idee einer Variante 3 mit zusätzlichen ökologischen Aufwertungsmassnahmen am Sarnersee und an der Sarneraa eingebracht. Damit kann der Nutzwert der Variante 3 erheblich erhöht werden. Diese erweiterte Variante 3 wurde als „Variante 3PLUS“ in der Folge eingehender geprüft.

Der auf November 2006 vorgesehene Variantenentscheid des Kantonsrates musste verschoben werden, nachdem das Bundesamt für Umwelt (BAFU) verlangte, vor dem kantonalen Variantenentscheid Stellung nehmen zu können. Vorstudie, Vorprojekt und Vorbericht zur Umweltverträglichkeit wurden dem BAFU mit dem Antrag auf Weiterverfolgung der Variante 3PLUS im Dezember 2006 zur Stellungnahme unterbreitet.

Für die Engelbergeraa und ihre Zuflüsse im Hochtal wurde im Verlauf des Jahres 2006 ein Vorprojekt erarbeitet. Das Projekt beinhaltet grundlegende Massnahmen zum Schutz der grossen Siedlungs- und Gewerbegebiete, die beim Hochwasser im August 2005 stark betroffen waren: Im Vordergrund stehen ein grosser Geschiebe- und Holzrückhalt im Gebiet "Bannwald" und die Vergrösserung und Sicherung des Bachprofils bis zum Eugensee. Auch grosse Wassermassen sollen schadlos abgeleitet und Folgeerosionen verhindert werden. Im Gebiet Mehlbach/Chilchbuel sind ein Murgangrückhalt/Geschiebesammler und der Ausbau des bestehenden Gerinnes vorgesehen. Der Überlastfall wird gemäss Forderung des BAFU mit geeigneten Massnahmen in Gebieten mit kleinem Schadenpotential abgewickelt.

Im Rahmen der wasserbaulichen Sofortmassnahmen wurden die Gerinne wiederhergestellt. Verschiedenenorts konnten Sicherungsmassnahmen schon definitiv ausgeführt werden, damit im Folgeprojekt keine weiteren Massnahmen mehr notwendig sind (z.B. Dürrbach, Bärenbach oberhalb Horbisseeli, Löcherflüh, Engelbergeraa rechte Böschung bei EW-Unterwerk Obermatt).

An der *Kl. Melchaa*, *Gemeinden Giswil und Sachseln*, wurden die Erkenntnisse des Hochwassers 2005 in die bereits früher angelaufenen Planungsarbeiten integriert. Verschiedene Varianten wurden im Rahmen des Vorprojektes geprüft und diskutiert.

Nebst diesen Grossprojekten wurden Vorprojekte über verschiedene kleinere Gebiete mit Hochwasser- und Murgangrisiken erarbeitet und zur Genehmigung vorgelegt, namentlich *Loch- und Türligraben* sowie *Kernmattbach* (Gemeinde Kerns), *Schynberggraben* und *Wichelsgraben* (Gemeinde Lungern) sowie *Müliwald/Mittelgrüss* (Gemeinde Engelberg).

Angesichts der zahlreichen laufenden Projekte/Projektbedürfnisse und der grossen Anzahl von Gebieten mit dringendem Handlungsbedarf nach der Hochwasserkatastrophe 2005 erarbeitete die Abteilung Naturgefahren des Amtes für Wald und Raumentwicklung im Verlauf des Winters 2005/2006 einen „Masterplan Schutz vor Naturgefahren OW“. Dieser rechnet für die kommenden 20 Jahre mit Investitionen von mehr als 250 Millionen Franken zur Verbesserung der Sicherheit vor Naturgefahren.

Gefahregrundlagen aktualisiert

Aufgrund der Erkenntnisse des Hochwassers 2005 wurde die Gefahrenkarte an einzelnen Stellen überprüft und nachgeführt. Änderungen ergaben sich aufgrund der neuen hydrologischen Erkenntnisse zum Einzugsgebiet des Sarnersees, aufgrund neuer Feststellungen zu Rutschgebieten und Rutschprozessen sowie aufgrund der Beobachtungen zu seitlichen Erosionsvorgängen entlang grösserer Gewässer. Die Entwürfe der nachgeführten Gefahrenkarten wurden den Gemeinden zur Stellungnahme unterbreitet.

Das Projekt Seismische Mikrozonierung Obwalden wurde 2006 abgeschlossen. Das Ergebnis steht den Ingenieuren und Behörden inzwischen als Karte der Baugrunderklassen via Internet zur Verfügung. Dies ermöglicht eine differenziertere Beurteilung der lokalen Erdbebengefährdung und eine präzisere Bemessung von Bauten in Bezug auf seismische Risiken.

Seen

Bauprojekt Reusswehr liegt vor

Die Sanierung des Reusswehrs in Luzern ist eine gemeinsame Aufgabe aller Anliegerkantone am Vierwaldstättersee. Das Projekt ist mit Kosten von 20 Millionen Franken verbunden. Das überarbeitete Bauprojekt liegt seit Ende 2005 vor. Die Planauflage ist vom 2. bis 22. November 2006 in allen Anliegergemeinden erfolgt. Mit dem Baubeginn kann nicht vor Ende 2007 gerechnet werden. Es ist mit einer Bauzeit von drei Jahren zu rechnen. An die Vorarbeiten hat der Kanton Obwalden bis Ende 2006 141 600 Franken geleistet.

Stauanlagen

Bei der Jahreskontrolle der Stauanlage Wichelsee durch den Bund wurde festgestellt, dass die Anforderungen des Bundes bezüglich Hochwassersicherheit nicht mehr erfüllt sind. Neue Berechnungen und ein Vorprojekt für die Bewältigung des Überlastfalls wurden erarbeitet. Zudem wurden neue Lösungen gesucht für die Erfüllung der Restwasserauflagen.

Kiesabbau aus Gewässern

Im Mittel der letzten 10 Jahre wurden durch konzessionierte Unternehmungen aus Obwaldner Gewässern 71 000 m³ Geschiebe entnommen. Damit wurde ein wesentlicher Beitrag an die regionale Rohstoffversorgung geleistet. Zur Zeit laufen sechs Bewilligungserneuerungen.

6231 Raumplanung

Richtplanung vom Kantonsrat in erster Lesung mit Anmerkungen verabschiedet

Mit Beschluss vom 22. August 2006 hat der Regierungsrat von den Ergebnissen des öffentlichen Mitwirkungsverfahrens, der Vorprüfung des Bundes und der Stellungnahme der kantonsrätlichen Kommission Richtplanung Kenntnis genommen und den daraus hervorgegangenen Ergänzungen zugestimmt. Gleichzeitig verabschiedete er die so überarbeitete Richtplanung zuhanden der ersten Lesung im Kantonsrat.

Mit Beschluss vom 1. Dezember 2006 hat der Kantonsrat die erneuerte Richtplanung mit Anmerkungen einstimmig gutgeheissen. Der Beratung im Plenum gingen sechs ganztägige Kommissionssitzungen voraus.

Verschiedene Anpassungen kommunaler Nutzungspläne

Auf Ende des Berichtsjahres präsentiert sich folgender Stand der kommunalen Nutzungsplanungen:

Gemeinde	Stand (Genehmigungsdatum)
Dorfschaft Sarnen	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 29.03.1994 - Geändertes Baureglement vom 06.07.1999 - Anpassungen im Zonenplan (Ortsbildschutzzone, Lärmvorbelastung, geänderte Baulinien) vom 28.05.2002
Schwendi	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 26.03.1996 - Anpassungen im Zonenplan (Langis, Bruderklausenhof, Boden, Datschwand, Lignoform) vom 26.01.1999 - Geändertes Baureglement vom 26.01.1999 - Anpassung Bauzone im Gebiet Seefurren an das Hochwasserschutzprojekt für das Seefurrengräbli vom 20.02.2003 - Erweiterung Wohnzone Bereich Bruderklausenhof vom 23.03.2004
Ramersberg	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 22.11.1994 - Anpassungen im Zonenplan (Berg, Ortsbildschutz Dorf, Stücki, Untere Hostatt) und geändertes Baureglement vom 9.3.99
Kägiswil	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 3. 12. 91 - Änderung Zonenplan (Schwandi, Dorf, Gewerbezone P.2534) vom 04.03.1996 - Ergänzung Wohnzone Schlierenhölzli vom 02.07.1996 - Aufhebung Höhenbeschränkung vom 21.10.1996 - Änderung im Bereich Tellen vom 24.06.1997 - Geändertes Baureglement vom 23.06.1998 - Baulinienplan Dorf vom 09.02.1999 - Änderung Wohnzone Brünigstrasse vom 02.11.1999 - Anpassungen Zonenplan beim Digitalisieren vom 21.08.2001
Kerns	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 24.06.1999 - Erweiterung Abbau- und Deponiezone Melbach vom 18.02.2003 - Vorprüfung Teilrevision vom 10.05.2005 - Teilweise Genehmigung der Zonenplanänderungen vom 30.05. und 5.12.2006
Sachseln	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung und angepasstes Baureglement vom 17.04.1996 - Anpassungen Birkenweg und Flüematte vom 24.06.1997 - Anpassung im Gebiet Rütimattli und an Waldfeststellungsverfahren vom 06.07.1999 - Quartierplanpflicht Birkenweg und Industriezone Diechtersmatt vom 16.11.1999 - Änderungen Verlegung Dorfbach und Mattli vom 14.12.1999 - Aufhebung Quartierplanpflicht Gebiet Spis vom 28.01.2003 - Umzonung Seehof von der Touristik- in die 3 – 4-geschossige Wohnzone und Anpassung Baureglement (Dachgeschoss und –gestaltung) vom 12.04.2005 - Anpassung Chuematt vom 30.08.2005 - Anpassung Sagenmattli (Gewässerraum) vom 30.08.2005

Alpnach	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 17.04.1996 - Änderung Laubligen vom 25.02.1997 - Änderung Schlieren (Altstoffsammelstelle) vom 20.05.1997 - Anpassung Aecherli vom 30.06.1998 - Anpassungen Baureglement an das Baugesetz vom 08.02.2000 - Erweiterung zweigeschossige Wohnzone Hostett, Schoried, vom 1.10.02 - Erweiterung Gewerbezone Werft, Alpnachstad vom 29.04.2003 - Genehmigung der digital erstellten Zonenpläne am 21.12.2004 - Erweiterung Zone öffentlicher Bauten und Anlagen Schlieren West vom 16.11.2004 - Erweiterung Industrie- und Gewerbezone Hofmatt, Vorprüfungsbericht erstellt - Änderung Hofmatt vom 14.02.2006
Giswil	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung und angepasstes Baureglement vom 17.04.1996 - Änderung Baulinie (Kleinteil) und einer Bestimmung des Baureglements vom 12.08.1997 - Anpassungen Ankenmattli und Landhaus vom 14.09.1999 - Änderung Schwerzbachstrasse vom 02.11.1999 - Überarbeiteter Teilzonenplan Rüti-Moosbiel-Halten vom 15.02.2000 - Ergänzung Campingzone Usser Allmend vom 10.04.2001 - Erweiterung Wohn- und Gewerbezone Hirserenried vom 25.06.2002 - Erweiterung Wohn- und Gewerbezone Hirserenried und Anpassung Hotelzone Landhaus vom 25.05.2004 - Teilweise Genehmigung Teilrevision 2004 vom 21.02.2006
Lungern	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 10.07.1990 - Ergänzung Gewerbezone Hag vom 29.01.1991 - Ergänzung Abbau- und Deponiezone Mutzenloch Süd vom 29.11.1994 - Angepasstes Baureglement vom 16.09.1997 - Verschiedene kleinräumige Anpassungen im Zonenplan (Dieggis, Wichel, Dörfli, Kamp, Seeplätzli, Obsee, Bürglen) vom 03.02.1998 - Änderung im Zonenplan Bereich Obsee vom 01.09.1998 - Anpassung Abbau- und Deponiezone Mutzenloch Nord vom 06.04.1999 - Anpassung Sport- u. Freizeitzone Obsee vom 21.12.1999 - Erweiterung der zweigeschossigen Wohnzone Stadel, Bürglen und Ergänzung Baureglement mit Aussagen zur Quartierplanpflicht vom 26.02.2002 - Erweiterung der Gewerbezone Hag vom 24.09.2002 - Revision Ortsplanung vom 02.12.2003
Engelberg	<ul style="list-style-type: none"> - Bauzonen vom 21.04.1987 - Reglement Zweitwohnungsbau vom 02.07.1991 - Anpassungen im Zonenplan (Unter Chilchbüel, Gandli, Dorfstrasse/Büel, Aeschi) vom 22.12.1992 - Anpassung Baureglement vom 22.04.1994 - Anpassung Zonenplan (Tennisplatz) vom 06.06.1995 - Anpassung Zonenplan (Talstation Titlisbahn, Kurpark, Erlen, Golfplatz) und Baureglement vom 21.10.1996 - Änderung Zonenplan (Entlassung Kulturobjekt Oberes Eggli) vom 01.05.2001 - Erweiterung Golfplatz vom 18.02.2003 - Gesamtrevision Ortsplanung vom 06.07.2004

Neue Quartierplanungen

Von den im Berichtjahr durch die Gemeinden gutgeheissenen Quartierplanungen wurde der Quartierplan Chuematt in Sachseln durch den Regierungsrat mit Auflagen genehmigt. Die wichtigsten Kriterien für die Genehmigungspflicht durch den Regierungsrat sind die Überschreitung der Anzahl Vollgeschosse und die Überschreitung der zulässigen Gebäudehöhe.

Koordinationsaufgaben

Neben den Arbeiten im Zusammenhang mit der Richtplanung und den Nutzungsplanungen wurden verschiedene Stellungnahmen aus Sicht Raumentwicklung bearbeitet, insbesondere zur Erarbeitung des bundeseigenen Sachplans Geologische Tiefenlager.

Die in Folge der Hochwasser vom August 2005 erlassene Planungszone zur Gewährleistung des Hochwasserschutzes und der Gewässerräume bei Sofortmassnahmen wurde entsprechend dem Stand der Überprüfung der Gefahrenkarten reduziert.

6232 Baukoordination

Ordentliche Baugesuche

Bei der kantonalen Baukoordination sind im Jahr 2006 insgesamt 560 Baugesuche (Vorjahr: 474 Gesuche) und 72 Gesuche zur Vorabklärung eingegangen. 288 Gesuche wurden durch raumplanerische Verfügungen des Bau- und Raumentwicklungsdepartements abgeschlossen. Im weiteren wurden 89 in der vom Regierungsrat erlassenen Planungszone gelegene Bauvorhaben zur Bewilligung vorgelegt und auf die Naturgefahren hin überprüft.

Neben der eigentlichen Bearbeitung der Gesuche erfolgte eine intensive Beratung von Bauherrschaften, Planern, Baubewilligungsbehörden sowie beteiligten Amtsstellen.

Baugesuchseingänge bei der Koordinationsstelle 2006				Gegenstand			
Gemeinden	Bauzone	ausserhalb Bauzone	Insgesamt	Art. 16 RPG	Art. 22 RPG	Art. 24, 24a, 24b, 24c 37, RPG	Insgesamt
Sarnen	82	53	135	15	0	37	52
Kerns	25	55	80	18	4	31	53
Sachseln	39	40	79	11	4	23	38
Alpnach	43	28	15	7	0	20	27
Giswil	18	47	65	9	3	32	44
Lungern	22	39	61	12	1	25	38
Engelberg	17	40	57	7	0	29	36
Insgesamt	246	302	492	79	12	197	288

Genehmigung von Ausnahmbewilligungen

Innerhalb von Bauzonen wurden 24 Ausnahmbewilligungen nach Baugesetz genehmigt.

Zum Bauen ausserhalb der Bauzone sind Richtlinien und ein Praxishandbuch in Erarbeitung. Weil die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes nicht im vorgesehenen Zeitrahmen durch das Bundesparlament verabschiedet wurde und der Regierungsrat

deren Ergebnisse in die Überlegungen miteinbeziehen wollte, wird das Projekt 2007 intensiv bearbeitet.

6233 Verkehrsplanung

Sachplan Verkehr, Bahnreform 2 und Beschluss über das Bundesstrassennetz

Der Sachplan Verkehr (Teil Programm) ist am 26. April 2006 vom Bundesrat genehmigt worden. Auf Grund der Aussagen in diesem Sachplan kann der Kanton Obwalden davon ausgehen, dass die Kantonsstrasse Stans – Engelberg weiterhin zum nationalen Strassennetz gehören wird und dass die Infrastrukturfinanzierung der Bahnstrecke Stans – Engelberg weiterhin eine Verbundaufgabe vom Bund und den Kantonen Obwalden und Nidwalden bleiben wird.

Agglomerationsprogramm Luzern

Der Kanton Luzern hat gemäss den Vorgaben des Bundes ein Agglomerationsprogramm Luzern erarbeitet, das in einer Gesamtschau die Verkehrsprobleme im Raum Luzern aufzeigt. Wichtige Bestandteile dieses vom Bund noch zu genehmigenden Agglomerationsprogramms bilden die neue Autobahn Bypass Luzern im Strassenbereich und die 3. Etappe der S-Bahn Luzern mit der Tieflegung und dem Doppelspurausbau der Zentralbahn in Luzern im Schienenbereich. Da die Kantone Obwalden und Nidwalden von diesen beiden Verkehrsprojekten sehr stark tangiert werden, sind sie in die entsprechenden Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden worden.

Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) Bypass Luzern A2/A14

Um die Kapazitätsprobleme auf der Nationalstrasse A2 zwischen der Verzweigung Rotsee (Verknüpfung A2/A14) und der Verzweigung Lopper (Verknüpfung A2/A8) umfassend beurteilen zu können und um Lösungen zu finden, die verkehrstechnisch, umweltrechtlich und baulich realisierbar sind, hat der Kanton Luzern in Zusammenarbeit mit den Kantonen Obwalden, Nidwalden und Zug diese Streckenabschnitte einer Zweckmässigkeits- bzw. Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen. Bei der Bewertung ist die Variante „Bypass kurz“ (Autobahnumfahrung von der Verzweigung Rotsee bis zum Anschluss Grosshof) als Bestvariante bestimmt worden. Auf einen Ausbau des südlichen Teilstückes der Nationalstrasse A2 kann verzichtet werden, wenn die Zentralbahnstrecke Luzern – Hergiswil doppelspurig ausgebaut wird und die Kantone Obwalden und Nidwalden für ihre Pendler ein attraktives P+R-System anbieten. Für die Kantone Obwalden und Nidwalden ist dabei nach wie vor entscheidend, dass die gute Erreichbarkeit der Agglomeration Luzern und des Mittellandes auch langfristig gesichert wird.

Planung und Bau der S-Bahn Luzern

Mit dem Fahrplan 2007 ist am 10. Dezember 2006 die zweite Etappe der S-Bahn Luzern in Betrieb genommen worden. Die Projektierungen und Bauarbeiten für die dritte Etappe der S-Bahn Luzern sind in vollem Gang.

Die Eröffnung der Steilrampe Tunnel Engelberg war bisher als Bestandteil der zweiten Etappe der S-Bahn Luzern auf Ende 2006 geplant. Sie verzögert sich aber aus geologischen, hydrologischen und bautechnischen Gründen und wird voraussichtlich erst im Jahr 2010 stattfinden. Neben den beträchtlichen Mehrkosten für eine neue

Bauweise, die weit höhere Anforderungen als bisher geplant erfüllen muss, wirkt sich auch das vor der Eröffnung des Tunnels nicht realisierbare Angebotskonzept negativ auf eine möglichst attraktive öV-Erschliessung von Engelberg aus.

Die Planung des Projekts „Tieflegung und Doppelspurausbau der Zentralbahn auf dem Gebiet der Stadt Luzern“ schreitet sehr intensiv voran, weil der Bau nach dem positiven Entscheid des Bundesparlamentes vom Oktober 2006 über die Aufnahme dieses Projektes in die erste Dringlichkeitsstufe des neuen Infrastrukturfonds spätestens im Dezember 2008 beginnen muss. An diesem sehr wichtigen Projekt des Agglomerationsprogramms Luzern beteiligen sich die Kantone Luzern, Obwalden und Nidwalden sowie die Stadt Luzern sowohl bei der Planung als auch bei der Finanzierung der Bauwerke. Auf Grund des Parlamentsentscheides wird der Bund an die Gesamtkosten von rund 230 Millionen Franken einen Beitrag von 111 Millionen Franken leisten. Nachdem der Kantonsrat im Mai 2006 einem ersten Planungskredit für dieses Projekt in der Höhe von 330 000 Franken zugestimmt hat, wird er schon bald über einen zweiten Planungskredit zu entscheiden haben, damit die Planungsarbeiten und die Arbeitsausschreibungen zügig vorangetrieben werden können und rechtzeitig im Herbst 2008 beendet sind.

Park+Ride-Konzept für die Kantone Obwalden und Nidwalden

Der Expertenbericht über ein Park+Ride-Konzept für die Kantone Obwalden und Nidwalden ist den Kantonen im Februar 2006 abgeliefert worden. Nach der Kenntnisnahme durch den Regierungsrat ist das Konzept den Gemeinden und den interessierten Kreisen vorgestellt und zur Stellungnahme unterbreitet worden. Das Echo aus den eingegangenen Stellungnahmen war grundsätzlich positiv, weshalb das Bau- und Raumentwicklungsdepartement dem Regierungsrat ein Umsetzungskonzept zur Genehmigung unterbreiten wird. Die vorgeschlagenen Massnahmen sollen in mehreren Etappen und pragmatisch bis 2015 verwirklicht werden.

SchweizMobil: Planung von nationalen Wander- und Mountainbikerouten

Das ehrgeizige Projekt SchweizMobil hat zum Ziel, die Schweiz im Jahre 2008 zum weltweiten Leader in nachhaltiger Mobilität mit Angeboten für Tourismus, Freizeit und Alltag zu machen. Der Kanton Obwalden gehört zur Trägerschaft des Projektes und plant, sich nach der erfolgreichen Einführung der Veloland Schweiz-Routen auch an der Einführung der entsprechenden Wanderland- und Mountainbikeland-Routen zu beteiligen. Die Planung und anschliessende Signalisierung dieser Routen ist im Gange, damit diese neuen Möglichkeiten des Langsamverkehrs im Frühling 2008 umfassend angeboten werden können.

Angebotsverbesserungen beim öffentlichen Verkehr

Auf Antrag der Einwohnergemeinde Sarnen hat der Regierungsrat einer Erweiterung des touristischen Busangebotes auf vier Kurspaare pro Tag auf der Strecke Stalden – Langis zugestimmt.

Entwicklung des Angebots im öffentlichen Verkehr mit Beteiligung des Kantons (Kurskilometer)			
Fahrplanjahr	Bahnkilometer	Buskilometer	Kurskilometer
2001/2002	1 356 622	524 209	1 880 831
2005	1 755 055	556 344	2 311 399
2006	1 738 443	571 566	2 310 009

Entwicklung der Nachfrage im öffentlichen Verkehr mit Beteiligung des Kantons (Passagiere und Personenkilometer)								
Jahr	Passagiere (Pax) in tausend				Personenkilometer (Pkm) in tausend			
	SBB	LSE/zb	PAG	Total	SBB	LSE/zb	PAG	Total
2001	3 139	2 272	647	6 058	71 159	24 905	2 451	98 516
2005*	3 481	2 267	660	6 409	67 521	32 492	3 011	103 024
2006	4 377	2 352	711	7 440	84 907	33 702	3 296	121 905

* Betriebsausfälle wegen Hochwasserkatastrophe Augst 2005

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Gesamtergebnis/Verwaltungsrechnung	227
Bestandesrechnung	232
Mittelflussrechnung	235
Laufende Rechnung	236
Investitionsrechnung	241
Bericht des Obergerichts	243
Genehmigungsbeschluss des Kantonsrats	249
Anhänge zur Staatsrechnung 2006	253
Erläuterungen, Abschreibungen, Abgrenzung IR/LR, Tierseuchenkasse	
Tabelle 1	Eventualverpflichtungen
Tabelle 2	Verpflichtungskredite
Tabelle 3	Beteiligungsspiegel nicht konsolidierte Gesellschaften
Tabelle 4	Entwicklung der Steuererträge 2003 – 2006 nach Gemeinden

5 Bericht zur Staatsrechnung 2006

Rechnungsabschluss 2006 im Zeichen von positiver Wirtschaftslage und Steuerstrategie

Die gute konjunkturelle Lage und die ersten positiven Auswirkungen der Strategie des Regierungsrats schlugen sich im Kanton Obwalden im Abschluss der Staatsrechnung 2006, aber auch bei den wichtigen volkswirtschaftlichen Kennzahlen nieder. Die Staatsrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 11,6 Millionen und einem Finanzierungsüberschuss von 4,9 Millionen Franken ab. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 117 Prozent. Im Vergleich zum Voranschlag 2006 sind diese Zahlen um ein Vielfaches besser als erwartet. Der Aufwärtstrend wird auch im volkswirtschaftlichen Bereich bestätigt.

Hauptgründe für diesen positiven Zwischenstand sind das allgemein günstige wirtschaftliche Umfeld und die anziehende Konjunktur. Das Wachstumsprojekt „Steuerstrategie Obwalden“ macht sich bereits nach einem Jahr der Umsetzung positiv bemerkbar. Der Regierungsrat sieht sich in seiner Strategie bestätigt.

Der Kanton kann somit die Kriterien einer nachhaltigen Finanzpolitik (ausgeglichene laufende Rechnung und Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 %) mehr als einhalten. Aufgrund der Steuergesetzrevision wurden rund 10 Millionen Franken weniger Steuereinnahmen budgetiert. Die tiefer angesetzte Limite konnte um 3,4 Millionen Franken übertroffen werden. Dies bestätigt den Regierungsrat in seinen Zielen und gibt ihm die Gewissheit, das Projekt Steuerstrategie zum richtigen Zeitpunkt initiiert zu haben. Die Wirkung des Erfolgs unterstützt die Strategie 2012+ nachhaltig:

Die Standortattraktivität konnte gesteigert werden, ebenso die Wirtschaftsdynamik und:

Obwalden ist mit seiner so gewonnenen grösseren Selbstständigkeit weiterhin ein verlässlicher Partner in der Region.

Dieser positive Trend bei den Finanzen zeigt sich auch in den volkswirtschaftlichen Eckdaten. Augenscheinlich wird das bei den Eintragungen im Handelsregister. Bewegte sich der Saldo der neu eingetragenen Firmen und Sitzverlegungen sowie Löschungen und Wegzügen in den vergangenen fünf Jahren zwischen 0 und 70, ergab sich 2006 ein Zuwachs von 345 Einträgen!

Etwas Ähnliches lässt sich bei der Bevölkerungsentwicklung ablesen. Von Mitte der neunziger Jahre bis 2003 wuchs die Bevölkerung regelmässig um etwa 200 Personen. 2004 und 2005 blieb sie praktisch gleich. Nun ist für 2006 aufgrund der Einwohnerkontrolle ein Zuwachs von 507 Personen zu verzeichnen. Was die Arbeitsplätze betrifft sind Aussagen schwieriger, weil keine jährlichen Erhebungen vorgenommen werden. Eine Umfrage bei den fünf grössten Arbeitgebern im Kanton weist aber ein Wachstum aus. Ebenso haben neu zugezogene und noch zuziehende Unternehmen die Schaffung von Arbeitsplätzen angekündigt.

Ein Überblick über die wichtigsten Kennzahlen der Staatsrechnung:

Kennzahlen (in 1'000 Fr.)	Jahr		
	R 2006	VA 2006	R 2005
Gesamtaufwand LR	272'866	262'598	283'676
Cashflow	25'670	4'341	164'748
Abschreibungen	22'350	12'883	15'811
Ertragsüberschuss Laufende Rechnung	11'620	-242	120'529
Eigenkapital	145'868	134'006	134'248
Verwaltungsvermögen	135'767	150'170	131'892
Bruttoinvestitionen IR	86'098	79'371	61'036
Nettoinvestitionen	28'749	31'161	16'354
Selbstfinanzierungsgrad	117%	41%	798%
Gesamtvermögen	101'608	79'448	98'084
Anzahl Einwohner	34'042		33'535
Vermögen in Fr./Einwohner	2'980	2'350	2'920
Passivzinsen	3'160	3'189	3'978
Vermögenserträge	13'685	9'201	10'451
Personalaufwand	46'884	46'482	45'280

Gesamtergebnis

Mit Beschluss vom 1. Dezember 2005 genehmigte der Kantonsrat den vom Regierungsrat vorgelegten Voranschlagsentwurf für das Jahr 2006, der für die Laufende Rechnung bei einem Gesamtaufwand von 262,4 Millionen Franken einen Aufwandüberschuss von 0,1 Millionen Franken vorsah. Zusammen mit dem vom Kantonsrat am 16. März 2006 bewilligten Nachtragskredit ergab sich ein veranschlagter Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung für das Jahr 2006 von 0,2 Millionen Franken.

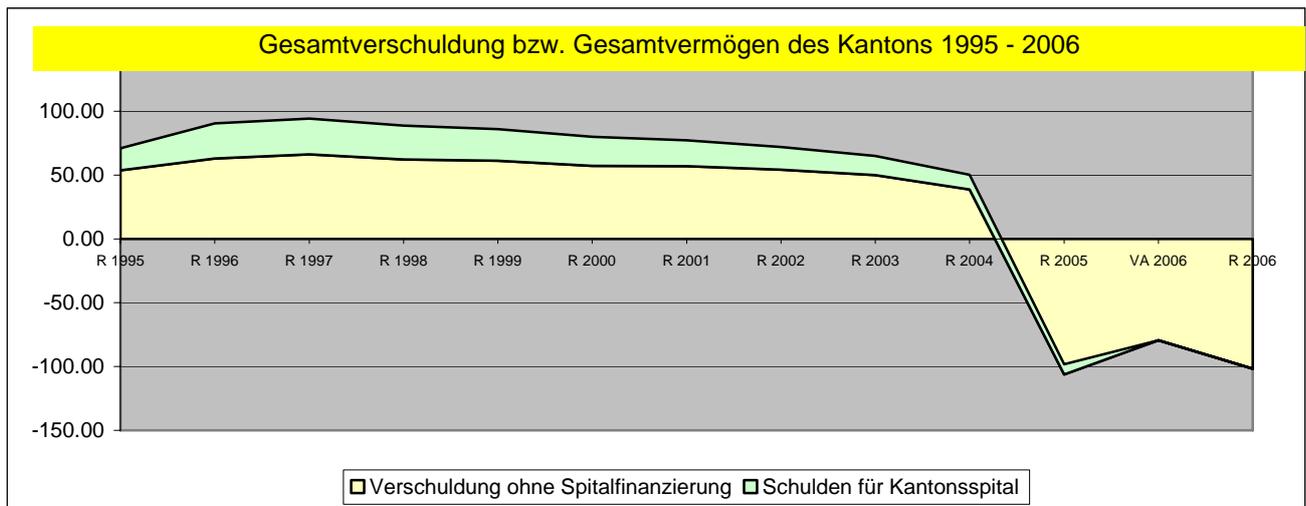
Nebst der bereits eingangs erwähnten positiven Entwicklung der Wirtschaft ergaben sich weitere, erfreuliche Ertragssteigerungen bzw. Aufwandunterschreitungen, auf die nachfolgend eingegangen wird.

In der Investitionsrechnung sah der Voranschlag Gesamtinvestitionen von 79,4 Millionen Franken und eine Zunahme der Nettoinvestitionen von 31,2 Millionen Franken vor. Die Nettoinvestitionen konnten dank höheren Investitionsbeiträgen um 2,3 Millionen Franken unterschritten werden und betragen 29,1 Millionen Franken – bei Gesamtinvestitionen von 86,1 Millionen Franken.

in 1'000 Fr.:	Rechnung 2006	Voranschlag 2006 (samt Nachtrags- kredite)	Rechnung 2005
<i>Laufende Rechnung (LR):</i>			
Aufwand	262'124	262'598	256'676
Ertrag	284'328	262'356	266'840
Ordentliches Ergebnis	22'204	-242	10'164
ausserordentlicher Ertrag	158 (1)		137'366 (3)
ausserordentlicher Aufwand	10'742 (2)		27'000 (4)
Ertragsüberschuss	11'620	-242	120'530
<i>Investitionsrechnung (IR):</i>			
Ausgaben	86'098	79'370	61'036
Einnahmen	57'350	48'210	44'682
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	28'748	31'160	16'354
Darlehen in Investitionsrechnung	-371	-211	-736
Zunahme Nettoinvestitionen (effektiv)	29'119	31'371	17'090
<i>Finanzierung:</i>			
Zunahme der Nettoinvestitionen	29'119	31'371	17'089
Abzüglich Abschreibungen	22'350	12'883	15'811
Ertragsüberschuss LR	11'620	-242	120'530
Finanzierungsüberschuss	4'851	-18'730	119'252
Selbstfinanzierungsgrad (ohne Darlehen)	116.7%	40.3%	797.8%
Selbstfinanzierungsgrad (ohne Berücksichtigung a.o. Aufwand/Ertrag)			131.5%
1) a.o. Substanz-Ausschüttung der Schweiz. Rheinsalinen		0,2 Mio. Fr.	
2) Ausserordentliche Abschreibungen Nationalstrassen		3,5 Mio. Fr.	
Ausserordentliche Abschreibung Spitalgebäude		7,2 Mio. Fr.	
3) Sonderausschüttung Schweiz. Nationalbank (SNB) aus Goldbewirtschaftung		2,5 Mio. Fr.	
Einmalige Substanzauszahlung SNB der Goldreserven		134,7 Mio. Fr.	
4) Rücklage Steuerstrategie-Ausgleich Gemeinden (2006-2010)		23,5 Mio. Fr.	
Ausserordentliche Abschreibung auf Buchwert Nationalstrassen		3,5 Mio. Fr.	

Haushalts-Kennziffern

Gesamtverschuldung



Die ungedeckte Schuld⁶ des Kantons konnte seit 1997 stetig abgebaut werden. Mit der einmaligen Substanz ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank im Rechnungsjahr 2005 von 134,7 Millionen Franken konnte die Gesamtverschuldung abgetragen und Ende Jahr ein Gesamtvermögen von 98,1 Millionen Franken ausgewiesen werden. Durch das Ergebnis der Staatsrechnung 2006 erhöht sich das Vermögen auf 101,6 Millionen Franken, was rund 2 980 Franken pro Kopf der Bevölkerung ausmacht.

Die 2006 in Kraft gesetzten und gesetzlich verankerten finanzpolitischen Ziele der Ausgabenbremse:

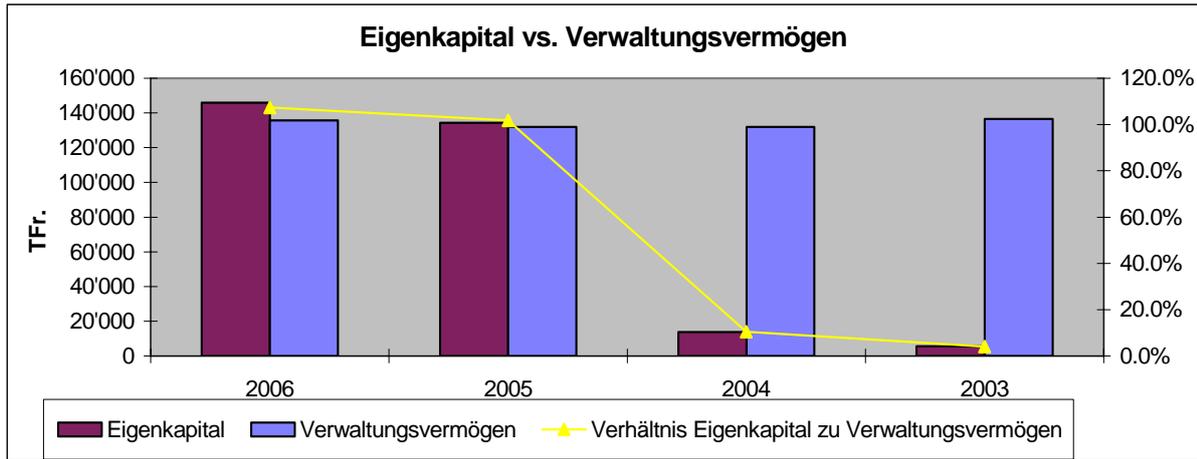
- Ausgeglichene Laufende Rechnung;
- gesetzliche Vorgabe zum Selbstfinanzierungsgrad;
- die breite Abstützung von Ausgabenentscheidungen durch das Erfordernis von qualifizierten Mehrheiten im Kantonsrat;
- eine Verschlechterung des vom Regierungsrat beantragten Voranschlags bedarf der absoluten Mehrheit des Kantonsrats;

können auch mit dem Rechnungsabschluss 2006 – trotz der für den Kanton sehr hohen Nettoinvestitionen – erreicht werden.

Verhältnis von Verwaltungsvermögen zu Eigenkapital

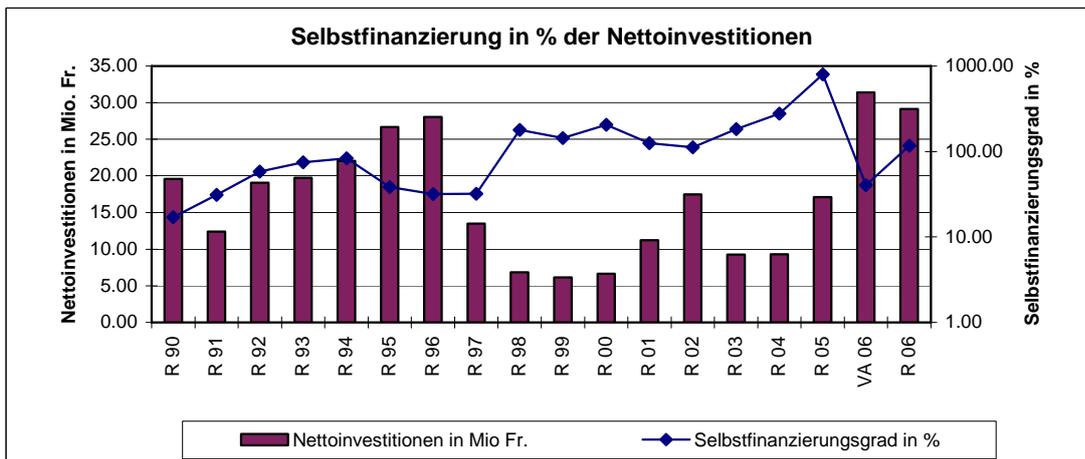
Das Eigenkapital hat um den Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung um 11,6 Millionen Franken auf 145,9 Millionen Franken zugenommen. Demgegenüber hat das Verwaltungsvermögen netto um 3,9 Millionen Franken zugenommen, womit nun eine Deckung des Verwaltungsvermögens von 107 Prozent besteht.

⁶ Ungedeckte Schuld nach Markus Stadler, (Controlling in der öffentlichen Verwaltung): Verwaltungsvermögen abzüglich nicht abzuschreibendes Verwaltungsvermögen, Eigenkapital und Vorfinanzierungen zuzüglich Finanzierungsfehlbetrag



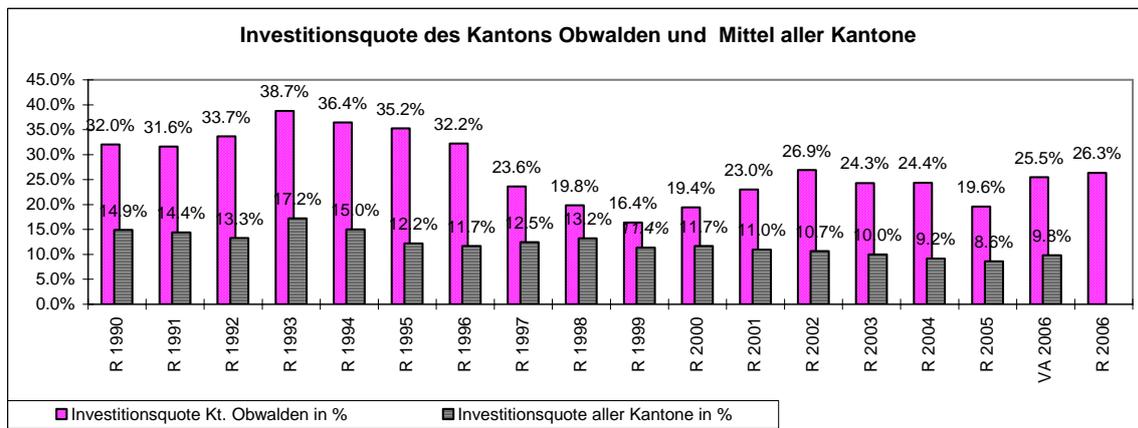
Selbstfinanzierungsgrad

Der angestrebte Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent über eine Periode von fünf Jahren konnte erreicht werden. Dass der Selbstfinanzierungsgrad 2006 trotz der mit 28,7 Millionen Franken ausgewiesenen höchsten Nettoinvestitionen der letzten Jahre mit 117 Prozent über 100 Prozent gehalten werden konnte, ist bemerkenswert und auf die in den letzten Jahren verbesserte Selbstfinanzierung (Abschreibungen und Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung) des Kantons zurückzuführen. Im Hinblick auf die noch zu tätigen und geplanten Investitionen (z.B. Folgemassnahmen der Hochwasserkatastrophe 2005) wird eine weiterhin hohe Selbstfinanzierung auch zukünftig nötig sein um den Erfordernissen der Ausgabenbremse nach einer 100-prozentigen Selbstfinanzierung nachkommen zu können.



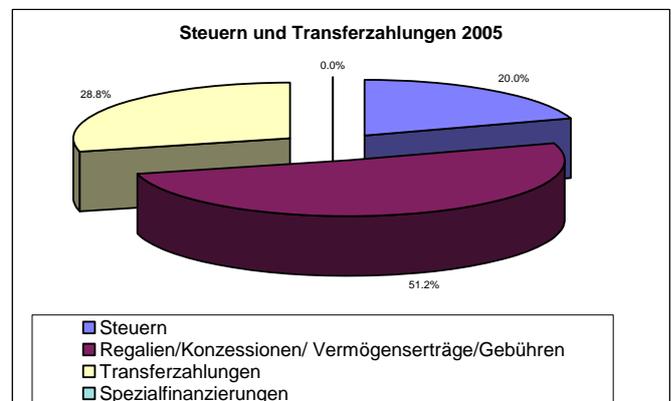
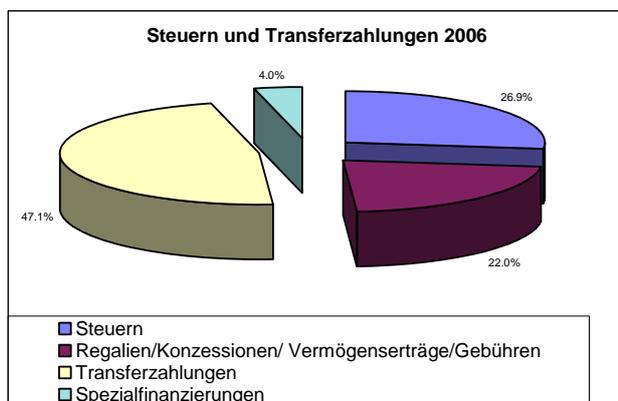
Investitionsquote

Die Investitionsquote widerspiegelt, wie viel der gesamten Ausgaben (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung ohne Interne Verrechnungen) für Investitionen ausgegeben werden. Diese Kennzahl bewegte sich mit 26,3 Prozent leicht über dem Niveau der letzten Jahre (Vorjahr 19,6). Mit dieser immer noch hohen Investitionsquote liegt der Kanton Obwalden wegen den einerseits weiterhin notwendigen Investitionen im Tiefbaubereich (Fertigstellung Nationalstrasse, Wasserverbauungen) und andererseits auch beschlossenen Investitionen im Hochbaubereich (Berufs- und Weiterbildungszentrum, Rathaus) weit über dem gesamtschweizerischen Mittel aller Kantone (Voranschlagswert von 9,8 Prozent). Dank den vor allem im Tiefbaubereich sachbezogenen Investitionseinnahmen kann der Kanton die verbleibenden Nettoinvestitionen zu seinen Lasten dennoch finanzieren.



Verhältnis von Steuern zu Transferzahlungen

Nachdem im Vorjahr die Erträge aus Regalien/Konzessionen/Vermögenserträge/Gebühren infolge der Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank sehr stark zugenommen hatten, ergibt sich dieses Jahr wiederum ein normales Bild. Der Anteil der Steuern an den Erträgen beträgt knapp 27 Prozent.



Bestandesrechnung

Dieser Rechnungsteil umfasst Aktiven und Passiven. Die Aktiven gliedern sich in das Finanzvermögen (Vermögenswerte, die nicht zur öffentlichen Aufgabenerfüllung benötigt werden) und das Verwaltungsvermögen (Werte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen). Die Passiven werden unterteilt nach Fremdkapital, Spezialfinanzierungen sowie das Eigenkapital.

Bestandesrechnung per 31.12.2006

in 1'000 Fr.	Bilanz 2006	Bilanz 2005	Veränderung + Zuwachs/-Abnahme		Bilanz 2004
Aktiven					
<i>Finanzvermögen</i>	213'896 ⁽⁵⁾	221'980	-8'084	-3.6%	68'635
Flüssige Mittel	10'700	7'977	2'723	34.1%	3'215
Guthaben	72'276 ⁽⁶⁾	77'093	-4'817	-6.2%	43'914
Anlagen	126'663 ⁽⁷⁾	134'751	-8'088	-6.0%	17'104
Transitorische Aktiven	4'257	2'159	2'098	97.2%	4'402
<i>Verwaltungsvermögen</i>	135'767	131'892	3'875	2.9%	129'274
Sachgüter	40'771 ⁽⁸⁾	43'952	-3'181	-7.2%	43'083
Darlehen u. Beteiligungen	64'522 ⁽⁹⁾	67'335	-2'813	-4.2%	65'741
Investitionsbeiträge	23'859 ⁽¹⁰⁾	20'264	3'595	17.7%	20'019
Spezialfinanzierungen	6'615 ⁽¹¹⁾	341	6'274	1839.9%	431
Total Aktiven	349'663	353'872	-4'209	-1.2%	197'909
Passiven					
<i>Fremdkapital</i>	169'564 ⁽¹²⁾	183'592	-14'028	-7.6%	180'063
Laufende Verpflichtungen	37'769	32'831	4'938	15.0%	25'624
Kurzfristige Schulden	6'000 ⁽¹³⁾	11'474	-5'474	-47.7%	3'656
Mittel- und langfristige Schulden	73'440 ⁽¹⁴⁾	92'840	-19'400	-20.9%	105'540
Verpflichtungen Sonderrechn.	35'063 ⁽¹⁵⁾	37'587	-2'524	-6.7%	35'422
Transitorische Passiven	15'221	6'850	8'371	122.2%	6'506
Delkredere	2'071	2'010	61	3.0%	3'315
<i>Spezialfinanzierungen</i>	34'231 ⁽¹⁶⁾	36'032	-1'801	-5.0%	4'127
<i>Eigenkapital</i>	145'868 ⁽¹⁷⁾	134'248	11'620	8.7%	13'719
Total Passiven	349'663	353'872	-4'209	-1.2%	197'909

5) Das Finanzvermögen ist um 8,1 Millionen Franken gesunken. Diese Abnahme ist in erster Linie auf die Verwendung von Anlagen zur Rückzahlung bestehender langfristiger Schulden¹⁴⁾ zurückzuführen.

6) Die Guthaben umfassen folgende Hauptpositionen:

	31.12.2006	31.12.2005
Kontokorrentguthaben mit dem Bund	6,7 Mio. Fr.	8,9 Mio. Fr.
Steuerguthaben aus ausstehenden Kantonssteuern	8,7 Mio. Fr.	9,2 Mio. Fr.
Festgeldanlagen bei Banken	10,0 Mio. Fr.	22,0 Mio. Fr.
Reingewinn-Anteile von eigenen Anstalten (EWO/OKB)	8,5 Mio. Fr.	5,4 Mio. Fr.
Eidgenössischer Finanzausgleich	20,3 Mio. Fr.	16,2 Mio. Fr.
übrige Guthaben	18,1 Mio. Fr.	15,4 Mio. Fr.

- 7) Die Anlagen werden nach internen Richtlinien, die unter anderem die Fälligkeitsstruktur und die Kreditlimite je Schuldner umfasst, angelegt. Die Anlagen sind auf die Hauptkategorien erfolgt:

	31.12.2006	31.12.2005
Bankanlagen (hauptsächlich Kantonalbank)	75,0 Mio. Fr.	85,0 Mio. Fr.
Darlehen an Beteiligungen (EWO, Zentralbahn, KWS)	20,4 Mio. Fr.	17,0 Mio. Fr.
Unverzinsliche Steuerstrategieausgleich-Darlehen Gemeinden	17,2 Mio. Fr.	23,5 Mio. Fr.
Verzinsliche Darlehen an Gemeinden	13,0 Mio. Fr.	8,5 Mio. Fr.
übrige Anlagen	1,1 Mio. Fr.	0,8 Mio. Fr.

- 8) Bei den Sachgütern wurden 2006 höhere Abschreibungen vorgenommen, als durch Neuinvestitionen hinzukamen. Die Sachgüter teilen sich dabei auf die nachfolgenden Kategorien auf:

	31.12.2006	31.12.2005
Tiefbauten (Kantons- und Nationalstrassen)	12,6 Mio. Fr.	17,2 Mio. Fr.
Hochbauten	21,8 Mio. Fr.	20,6 Mio. Fr.
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	6,4 Mio. Fr.	6,2 Mio. Fr.

- 9) Die Darlehen und Beteiligungen unterteilen sich wie folgt:

	31.12.2006	31.12.2005
Dotationskapitalien (OKB, EWO, ILZ)	21,9 Mio. Fr.	21,9 Mio. Fr.
Investitionshilfe-Darlehen	6,2 Mio. Fr.	6,5 Mio. Fr.
Investitionskredite an die Landwirtschaft	27,5 Mio. Fr.	27,5 Mio. Fr.
Betriebshilfedarlehen an die Landwirtschaft	2,8 Mio. Fr.	2,8 Mio. Fr.
Investitionskredite an die Forstwirtschaft	5,2 Mio. Fr.	7,8 Mio. Fr.
übrige	0,9 Mio. Fr.	0,8 Mio. Fr.

- 10) Die Investitionsbeiträge werden auf dem Buchwert Anfang Jahr mit 25 Prozent abgeschrieben und erhöhen sich um die im laufenden Jahr ausbezahlten Investitionsbeiträge.

	31.12.2006	31.12.2005
Investitionsbeiträge an Gemeinden	5,5 Mio. Fr.	5,9 Mio. Fr.
Investitionsbeiträge an Wuhrgenossenschaften	5,1 Mio. Fr.	3,5 Mio. Fr.
Investitionsbeiträge an öffentlichen Verkehr	7,3 Mio. Fr.	6,0 Mio. Fr.
Investitionsbeiträge an Private	5,6 Mio. Fr.	4,8 Mio. Fr.
übrige	0,3 Mio. Fr.	0,1 Mio. Fr.

- 11) Die Spezialfinanzierungen umfassen hauptsächlich Vorfinanzierungen für vom Kantonsrat bereits beschlossene Investitionsprojekte.

	31.12.2006	31.12.2005
Vorfinanzierung für Wasserbauprojekte	5,0 Mio. Fr.	--
Vorfinanzierung für Wiederinstandstellung infolge der Hochwasserkatastrophe 2005	1,6 Mio. Fr.	--
Aufgelaufene Defizite des Wärmeverbundes	--	0,3 Mio. Fr.

- 12) Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme konnte im Berichtsjahr weiter gesenkt werden und betrug noch 48 Prozent gegenüber 52 Prozent im Vorjahr bzw. 91 Prozent per Ende 2004.

- 13) Die kurzfristigen Schulden umfassen vor allem die Verbindlichkeiten des Kantons gegenüber den geführten Sonderrechnungen.

	31.12.2006	31.12.2005
Investitionskredite Forst	1,7 Mio. Fr.	5,5 Mio. Fr.
Investitionskredite Landwirtschaft	1,4 Mio. Fr.	4,2 Mio. Fr.
Betriebshilfe in der Landwirtschaft	1,4 Mio. Fr.	1,4 Mio. Fr.
Informatikleistungszentrum OW/NW (ILZ)	1,5 Mio. Fr.	0,4 Mio. Fr.

- 14)

Schuldscheine nach Fälligkeit und Zinssatz								
Bilanzwert 73'440	Zinssatz in %	Fälligkeitsjahr						
		Variabel	2007	2008	2009	2010	2011	2012
2'440	0.500%	2'440						
5'000	1.950%			5'000				
5'000	2.490%						5'000	
5'000	2.690%					5'000		
2'000	2.800%						2'000	
3'000	3.500%				3'000			
16'000	3.600%			10'000	5'000			1'000
9'000	3.625%		2'000	7'000				
5'000	4.000%		5'000					
5'000	4.120%				5'000			
3'000	4.125%		3'000					
5'000	4.250%		5'000					
6'000	4.300%			6'000				
2'000	4.375%			2'000				
Total per 31.12.2006		2'440	15'000	30'000	13'000	5'000	7'000	1'000

- 15) Die Verpflichtungen für Sonderrechnungen umfassen ausschliesslich die Ausstände gegenüber dem Bund aus den Investitionskrediten.

	31.12.2006	31.12.2005
Bundesmittle an Investitionskrediten Landwirtschaft	27,5 Mio. Fr.	27,5 Mio. Fr.
Bundesmittle an Betriebshilfe in der Landwirtschaft	2,3 Mio. Fr.	2,3 Mio. Fr.
Bundesmittle an Investitionskrediten im Forstbereich	5,2 Mio. Fr.	7,8 Mio. Fr.

- 16)

Kategorie Spezialfinanzierungen

	31.12.2006	31.12.2005
Steuerstrategieausgleich für Gemeinden	17,2 Mio. Fr.	23,5 Mio. Fr.
Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton	2,9 Mio. Fr.	4,9 Mio. Fr.
Vorfinanzierung genehmigte Investitionsprojekte	6,6 Mio. Fr.	—
Spenden Hochwasserkatastrophe 2005	2,3 Mio. Fr.	2,4 Mio. Fr.
Zivilschutzbauten - Ersatzbeiträge	2,0 Mio. Fr.	2,0 Mio. Fr.
Lotterie- und Sport-Toto-Fonds	1,5 Mio. Fr.	1,5 Mio. Fr.
Legate und Stiftungen	0,9 Mio. Fr.	0,9 Mio. Fr.
Übrige	0,8 Mio. Fr.	0,8 Mio. Fr.

- 17) Mit dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung konnte das Eigenkapital um 11,6 Millionen Franken aufgestockt werden.

Mittelflussrechnung

Über die Liquiditätsentwicklung, die Investierungsvorgänge sowie die Finanzierungsmassnahmen gibt die nachfolgende Mittelflussrechnung Aufschluss:

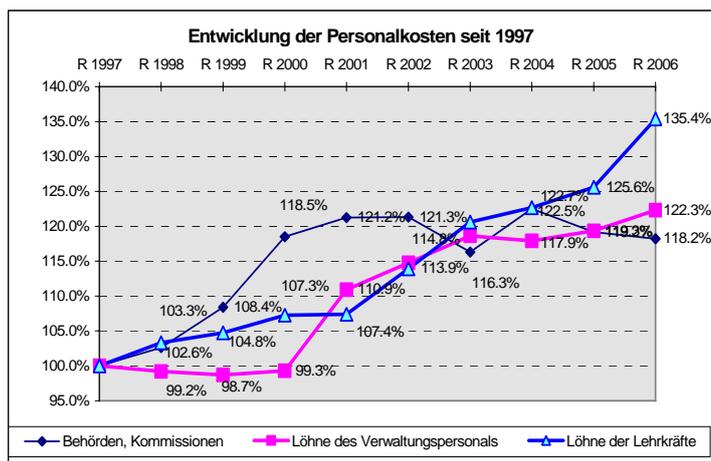
Mittelflussrechnung		
in 1'000 Fr.	2006	2005
Reingewinn Laufende Rechnung	11'620	120'529
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	22'350	15'811
Veränderung Rückstellungen		
Steuerstrategie-Ausgleich Gemeinden	-6'300	23'500
Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton	-2'000	4'908
Cashflow	25'670	164'748
Zunahme Guthaben (Kontokorrent, Steuern, Debitoren)	-7'183	-11'179
Zunahme Vorräte	-104	-24
Zunahme Transitorische Aktiven	-2'098	2'243
Abnahme Verpflichtungen Sonderrechnungen	-2'524	2'165
Zunahme Laufende Verpflichtungen	4'938	7'207
Zunahme Transitorische Passiven	8'371	344
Zunahme Delkredere	61	-1'305
Zunahme Verpflichtungen Spezialfinanzierungen	225	1'422
Veränderung Nettoumlaufvermögen	1'686	873
Total Mittelfluss aus betrieblicher Tätigkeit	27'356	165'621
Investitionen in Verwaltungsvermögen	-83'285	-60'814
Desinvestitionen von Verwaltungsvermögen	15	517
Abz. Beiträge an Investitionen	60'506	43'207
Total Mittelfluss aus Investitionstätigkeit	-22'764	-17'090
Veränderung Mittel- und Langfristige Schulden	-19'400	-12'700
Veränderung Kurzfristige Schulden (Banken/Post)	-5'474	7'818
Abnahme Guthaben (Festgeldanlagen)	12'000	-22'000
Abnahme Finanzanlagen	8'192	-117'623
Abnahme Darlehen aus Investitionsrechnung	2'813	736
Total Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-1'869	-143'769
Veränderung Flüssige Mittel	2'723	4'762
Liquiditätsnachweis:		
Bestand Flüssige Mittel Anfang Periode	7'977	3'215
Bestand Flüssige Mittel Ende Periode	10'700	7'977
Veränderung Flüssige Mittel	2'723	4'762

Laufende Rechnung

Einnahmen und Ausgaben nach Artengliederung

in 1'000 Fr.	Rechnung		Veränderung		Rechnung
	2006	Voranschlag 2006	gegenüber VA 2006 Fr.	%	
Laufende Rechnung					
<i>Aufwand</i>					
30 Personalaufwand	46'884 (18)	46'482	402	0.9%	45'280
31 Sachaufwand	30'477 (19)	31'461	-984	-3.1%	30'518
32 Passivzinsen	3'160 (20)	3'189	-29	-0.9%	3'978
33 Abschreibungen	22'350 (21)	12'883	9'467	73.5%	15'810
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	10'472 (22)	11'000	-528	-4.8%	3'438
35 Entschädigung an Gemeinwesen	13'483 (23)	14'098	-615	-4.4%	12'610
36 Eigene Beiträge	62'445 (24)	62'955	-510	-0.8%	57'980
37 Durchlaufende Beiträge	50'140 (25)	49'784	356	0.7%	49'491
38 Einlagen in Spezialfinanzie- rungen und Stiftungen	1'607 (26)	1'558	49	3.1%	31'208
39 Interne Verrechnungen	31'847	29'187	2'660	9.1%	33'363
	272'865	262'597	10'268	3.9%	283'676
Total ohne Interne Verrechnungen	241'018	233'410	7'608	3.3%	250'313
<i>Ertrag</i>					
40 Steuern	67'945 (27)	64'556	3'389	5.2%	74'112
41 Regalien u. Konzessionen	20'734 (28)	19'463	1'271	6.5%	156'711
42 Vermögenserträge	13'685 (29)	9'201	4'484	48.7%	10'451
43 Entgelte	21'156 (30)	20'774	382	1.8%	22'582
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	35'202 (31)	30'510	4'692	15.4%	30'262
45 Rückerstattung von Gemeinwesen	1'462	1'166	296	25.4%	1'369
46 Beiträge für eigene Rechnung	32'279 (32)	27'578	4'701	17.0%	25'779
47 Durchlaufende Beiträge	50'140 (26)	49'784	356	0.7%	49'491
48 Entnahmen aus Spezialfinan- zierungen und Stiftungen	10'035	10'137	-102	-1.0%	85
49 Interne Verrechnungen	31'847	29'187	2'660	9.1%	33'363
	284'485	262'356	22'129	8.4%	404'205
Total ohne Interne Verrechnungen	252'638	233'169	19'469	8.3%	370'842
Ergebnis	11'620	-241	-11'861	4921.6%	120'529

18) Der budgetierte Personalaufwand von 46,5 Millionen Franken wurde um 0,9 Prozent oder 0,4 Millionen Franken überschritten. Die Überschreitung ist vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens wurde zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe 2005 auch noch während 2006 zusätzliches Personal benötigt und zweitens musste infolge krankheits- bzw. unfallbedingter Ausfälle vermehrt Aushilfspersonal eingestellt werden.



19) Der Sachaufwand fiel um eine Million Franken tiefer aus als budgetiert. Die Unterschreitung ist auf den baulichen Unterhalt (Unterschreitung 2,7 Mio. Fr.) zurückzuführen. Eine Überschreitung von 2,3 Millionen Franken gab es dagegen bei den Mieten infolge der entstandenen Kosten der Provisorien für die Kantonsschule und Turnhalle. Diese Provisorien wurden benötigt, da die eigentlichen Gebäude infolge der Schäden nach der Hochwasserkatastrophe zurzeit nicht mehr benützt werden können.

20) Wie geplant konnten 2006 alle fälligen mittel- und langfristigen Schulden (siehe 14)) von 19,4 Millionen Franken zurückbezahlt werden. Die Passivzinsen entsprachen den budgetierten Werten und lagen um 0,8 Millionen Franken unter den Vorjahreswerten.

21) Die ordentlichen Abschreibungen lagen 1,3 Millionen Franken unter dem Voranschlag. Dank des guten Rechnungsergebnisses werden dem Kantonsrat 10,7 Millionen Franken als zusätzliche, ausserordentliche Abschreibungen zur Bewilligung unterbreitet. Diese sollen verwendet werden um den Buchwert der Nationalstrasse um weitere 3,5 Millionen Franken zu vermindern. Dies, da die Nationalstrassen auf 2008 im Rahmen der NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) entschädigungslos an den Bund übergehen werden. Die restliche ausserordentliche Abschreibung von 7,2 Millionen Franken wird dazu verwendet, den bis Ende 2005 durch die Sondersteuer von 0,2 Steuereinheiten finanzierten Spitalneubau von 1995 abzuschreiben. Die Sondersteuer wurde im Rahmen der Steuerstrategie per 1. Januar 2006 aufgehoben.

22) Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung beinhalten den Anteil der Gemeinden am Reingewinn des Elektrizitätswerkes Obwalden von einer Million Franken sowie den Finanzausgleich des Kantons an die Gemeinden.

Finanzausgleich an Gemeinden

	31.12.2006	31.12.2005
Einwohnergemeinde Sarnen	1,5 Mio. Fr.	--
Einwohnergemeinde Kerns	1,4 Mio. Fr.	0,7 Mio. Fr.
Einwohnergemeinde Sachseln	0,7 Mio. Fr.	--
Einwohnergemeinde Alpnach	1,1 Mio. Fr.	0,2 Mio. Fr.
Einwohnergemeinde Giswil	2,2 Mio. Fr.	1,6 Mio. Fr.
Einwohnergemeinde Lungern	1,3 Mio. Fr.	--
Einwohnergemeinde Engelberg	0,7 Mio. Fr.	--
Ref. Kirchgemeinden	0,6 Mio. Fr.	--

23) Die Entschädigungen an Gemeinwesen beinhalten die folgenden Hauptbereiche:

	31.12.2006	31.12.2005
Ausserkantonale Schulgelder	12,8 Mio. Fr.	11,9 Mio. Fr.
Strafvollzug	0,1 Mio. Fr.	0,2 Mio. Fr.
Zivilschutzausbildung	0,4 Mio. Fr.	0,2 Mio. Fr.

24) Die Eigenen Beiträge beinhalten die folgenden Hauptbereiche:

	31.12.2006	31.12.2005
Kantonsbeiträge an AHV/IV- sowie Kinderzulagenbeiträge an die Landwirtschaft	4,9 Mio. Fr.	4,5 Mio. Fr.
Gemeindeanteil am Kantonsanteil der Mineralölsteuer	2,8 Mio. Fr.	2,4 Mio. Fr.
Globalbeitrag ans Kantonsspital Obwalden	14,2 Mio. Fr.	13,3 Mio. Fr.
Informatikaufwand	2,3 Mio. Fr.	2,8 Mio. Fr.
Ausserkantonale Hospitalisationen	6,6 Mio. Fr.	6,0 Mio. Fr.
Beiträge an Private Institutionen	11,5 Mio. Fr.	13,1 Mio. Fr.
Beiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV	10,2 Mio. Fr.	9,7 Mio. Fr.
Weiterleitung Spenden Hochwasserkatastrophe 2005	4,0 Mio. Fr.	--

25) Die Durchlaufenden Beiträge beinhalten die folgenden Hauptbereiche:

	31.12.2006	31.12.2005
Bundesanteil an Prämienverbilligung	16,5 Mio. Fr.	15,0 Mio. Fr.
Landwirtschaftliche Direktzahlungen und Beiträge	26,8 Mio. Fr.	27,0 Mio. Fr.
Gemeinde-Anteile an Wasserzinsen	2,0 Mio. Fr.	2,0 Mio. Fr.
Bundesbeiträge an Denkmalpflege	0,8 Mio. Fr.	1,0 Mio. Fr.

26)

	31.12.2006	31.12.2005
<i>Einlagen in Spezialfinanzierungen</i>		
Steuerstrategie-Ausgleich an die Gemeinden	--	23,5 Mio. Fr.
Vorfinanzierung Steuerausfälle Kanton	1,5 Mio. Fr.	4,9 Mio. Fr.
Direktspenden Hochwasserkatastrophe 2005 an den Kanton	0,1 Mio. Fr.	2,4 Mio. Fr.

27) Mit der Umsetzung der Steuerstrategie und der auf 1. Januar 2006 stattgefundenen Teilrevision des Steuergesetzes wurden die Steuern massiv gesenkt. Im Rechnungsjahr 2006 konnte infolge des guten Wirtschaftsumfeldes einerseits und andererseits auch infolge der Steuerstrategie eine über den Erwartungen liegende Entwicklung der Steuererträge konstatiert werden. Mit zum guten Abschluss beigetragen haben dabei auch die konstant hohen Erträge aus Nachfakturierungen (die bei der Budgetierung nicht in diesem Umfang enthalten waren) für ältere Steuerperioden. Details (u.a. auch über die Verteilung nach Gemeinden) sind aus dem Vergleich der Staatssteuern 2003 bis 2006 im Anhang (Tabelle IV) ersichtlich.

<i>Steuererträge</i>	31.12.2006	31.12.2005
Einkommens- und Vermögenssteuern nat. Personen	52,8 Mio. Fr.	50,9 Mio. Fr. ⁷
Kapital- und Gewinnsteuern jur. Personen	3,2 Mio. Fr.	2,6 Mio. Fr. ⁷
Grundstückgewinnsteuer	1,4 Mio. Fr.	1,1 Mio. Fr.
Handänderungssteuer	1,8 Mio. Fr.	1,5 Mio. Fr.
Erbschafts- und Schenkungssteuer	0,3 Mio. Fr.	0,3 Mio. Fr.
Besitz- und Aufwandsteuern (Motorfahrzeugsteuern)	8,3 Mio. Fr.	8,1 Mio. Fr.

⁷ Ertrag per 31.12.2005 zu Vergleichszwecken angepasst auf Werte nach Steuergesetzrevision

- 28) Die Regalien und Konzessionen beinhalten hauptsächlich den Kantonsanteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Ebenfalls unter diesen Bereich fallen die Kantonsanteile an Lotterie- und Sport-Toto-Beiträgen von 1,7 Millionen Franken.

<i>Kantonsanteil am Reingewinn der SNB</i>	31.12.2006	31.12.2005
Ordentlicher Anteil am Reingewinn	16,9 Mio. Fr.	15,9 Mio. Fr.
Anteil an der Bewirtschaftung der Goldreserven	--	2,6 Mio. Fr.
Anteil an der Substanzausschüttung der Goldreserven	--	134,7 Mio. Fr.
<i>übrige Regalien und Konzessionen:</i>		
Wasserrechtskonzessionen	1,7 Mio. Fr.	1,6 Mio. Fr.
Erträge des Lotterie- und Sport-Toto-Fonds	1,7 Mio. Fr.	1,4 Mio. Fr.

- 29) Die Vermögenserträge stiegen gegenüber dem Voranschlag um 4,5 Millionen Franken auf 13,7 Millionen Franken. Diese Ertragsverbesserung ist massgeblich auf die erstmalige Abgeltung der Staatsgarantie der Obwaldner Kantonalbank sowie auf die Anlageerträge der Mitte 2005 ausbezahlten Sonderausschüttung der SNB zurückzuführen.

<i>Hauptsächliche Vermögenserträge</i>	31.12.2006	31.12.2005
Obwaldner Kantonalbank (ab 2006 inkl. Abgeltung Staatsgarantie)	7,5 Mio. Fr.	5,5 Mio. Fr.
Elektrizitätswerk Obwalden	2,0 Mio. Fr.	2,2 Mio. Fr.
Anlagen des Finanzvermögens	3,0 Mio. Fr.	1,7 Mio. Fr.
Pachtzinsen	0,6 Mio. Fr.	0,5 Mio. Fr.

- 30) Die Einnahmen aus Entgelten lagen um 0,4 Millionen Franken über dem Voranschlag.

<i>Hauptsächliche Einnahmen und Entgelte</i>	31.12.2006	31.12.2005
Gebühren für Amtshandlungen	4,5 Mio. Fr.	4,2 Mio. Fr.
Schulgelder	2,9 Mio. Fr.	2,5 Mio. Fr.
Benützungsgebühren	2,5 Mio. Fr.	1,8 Mio. Fr.
Verkäufe (samt Energieverkäufe Wärmeverbund)	2,0 Mio. Fr.	2,1 Mio. Fr.
Rückerstattungen (Versicherung, Betriebskosten)	3,5 Mio. Fr.	6,6 Mio. Fr.
Bussen	3,2 Mio. Fr.	2,9 Mio. Fr.
Eigenleistungen für Investitionen	1,1 Mio. Fr.	1,6 Mio. Fr.
übrige	1,4 Mio. Fr.	1,5 Mio. Fr.

- 31) Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung nahmen gegenüber dem Voranschlag gesamthaft um 4,7 Millionen Franken zu. Der Voranschlag beim Kantonsanteil an der eidg. Verrechnungssteuer war um rund 2,4 Millionen Franken und beim Finanzausgleich um 2,4 Millionen Franken zu tief budgetiert.

<i>Hauptsächliche Anteile ohne Zweckbindung</i>	31.12.2006	31.12.2005
Kantonsanteil an vereinnahmten Bundessteuern	5,1 Mio. Fr.	4,9 Mio. Fr.
Eidg. Finanzausgleich	24,0 Mio. Fr.	19,9 Mio. Fr.
Kantonsanteil an Verrechnungssteuer	5,7 Mio. Fr.	5,1 Mio. Fr.

- 32)

<i>Hauptsächliche Beiträge für eigene Rechnung</i>	31.12.2006	31.12.2005
Kantonsanteil an Mineralölsteuer	6,0 Mio. Fr.	5,1 Mio. Fr.
Kantonsanteil an LSVA	2,0 Mio. Fr.	1,8 Mio. Fr.
Bundesbeitrag an Asylsuchende/Flüchtlinge	2,7 Mio. Fr.	3,0 Mio. Fr.
Spenden Hochwasserkatastrophe 2005	3,9 Mio. Fr.	2,4 Mio. Fr.
Bundesbeitrag an Ergänzungsleistungen AHV/IV	3,6 Mio. Fr.	3,4 Mio. Fr.
Bundesbeitrag an Betrieb und Unterhalt A8	9,6 Mio. Fr.	6,3 Mio. Fr.

Nettoergebnis nach Departementen

Einnahmen (-) bzw. Ausgaben (+) in 1'000 Fr.	Nettoaufwand		Veränderung		Rechnung 2005
	Rechnung 2006	VA 2006 (inkl. Nach- träge)	gegenüber VA 2006 (minus = Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen)		
Laufende Rechnung	-11'620	242	-11'862	4901.7%	-120'529
1 Räte / Staatskanzlei	3'867	4'125	-258	-6.3%	3'815
2 Finanzdepartement	-101'303	-94'386	-6'917 (33)	7.3%	-205'626
3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	33'460	35'570	-2'110 (34)	-5.9%	27'203
4 Volkswirtschaftsdepartement	16'892	18'090	-1'198 (35)	-6.6%	15'562
5 Bildungs- und Kulturdepartement	30'396	31'054	-658	-2.1%	29'214
6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement	3'270	4'082	-812	-19.9%	7'575
9 Gerichte	1'798	1'707	91	5.3%	1'728

³³⁾ Beim Finanzdepartement wirken sich sowohl die Abweichungen der Steuererträge²⁷⁾, der Regalien und Konzessionen²⁸⁾, der Vermögenserträge²⁹⁾ als auch der Anteile und Beiträge ohne Zweckbindungen³¹⁾ aus.

³⁴⁾ Der tiefere Nettoaufwand des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements liegt vor allem in dem um 0,4 Millionen Franken unterschrittenen Globalkredit des Kantonsspitals begründet und den um 1,7 Millionen Franken unterschrittenen Kosten für ausserkantonale Hospitalisationen.

³⁵⁾ Erheblich unterschritten wurde der Voranschlag des Volkswirtschaftsdepartements sowohl bei den AHV/IV- und den Ergänzungsleistungen²⁴⁾.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung als zweiter Teil der Verwaltungsrechnung schliesst bei Gesamtausgaben von 86,1 Millionen Franken mit einem Nettoaufwand von 28,7 Millionen Franken ab. Wie aus der nachstehenden Artengliederung ersichtlich ist, fiel der Nettoaufwand um 2,4 Millionen Franken tiefer aus als veranschlagt.

in 1'000 Fr.	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Veränderung gegenüber VA 2006		Rechnung 2005
			Fr.	%	
<i>Ausgaben</i>					
50 Sachgüter	45'620 (36)	44'509	1'111	2.5%	42'895
52 Darlehen und Beteiligungen	466 (37)	660	-194	-29.4%	222
56 Eigene Beiträge	8'726 (38)	11'327	-2'601	-23.0%	6'026
57 Durchlaufende Beiträge	24'671 (39)	22'875	1'796	7.9%	11'894
58 Vorfinanzierungen	6'615 (40)	0	6'615		
	86'098	79'371	6'727	8.5%	61'037
<i>Einnahmen</i>					
62 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	837	871	-34	-3.9%	958
63 Rückerstattungen für Sachgüter	91	7	84	1200.0%	550
64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen					30
66 Beiträge für eigene Rechnung	31'750 (41)	24'457	7'293	29.8%	31'251
67 Durchlaufende Beiträge	24'671 (39)	22'875	1'796	7.9%	11'894
	57'349	48'210	9'139	19.0%	44'683
Nettoinvestitionen	28'749	31'161	-2'412	-7.7%	16'354

36)

<i>Investitionen in Sachgüter</i>	31.12.2006	31.12.2005
Tiefbauten - Nationalstrasse	25,3 Mio. Fr.	28,8 Mio. Fr.
Tiefbauten - Kantonsstrassen (ordentlich)	1,3 Mio. Fr.	0,7 Mio. Fr.
Tiefbauten - Kantonsstrassen (unwetterbedingt)	4,1 Mio. Fr.	9,4 Mio. Fr.
Hochbauten	13,2 Mio. Fr.	1,5 Mio. Fr.
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	1,8 Mio. Fr.	2,5 Mio. Fr.

37) Bei den Ausgaben für Darlehen und Beteiligungen erfuhren veranschlagte Investitionshilfe-Projekte zeitliche Verzögerungen. Entsprechend wurde der Voranschlagsbetrag unterschritten.

38)

<i>Investitionen Eigene Beiträge</i>	31.12.2006	31.12.2005
Strukturverbesserungen Land- und Forstwirtschaft (inkl. Gefahrenabwehr unwetterbedingt)	1,7 Mio. Fr.	2,3 Mio. Fr.
Kantonsbeiträge an Wasserverbauungen	2,6 Mio. Fr.	0,9 Mio. Fr.
Kantonsbeiträge öffentlichen Verkehr	1,1 Mio. Fr.	0,5 Mio. Fr.
übrige	3,0 Mio. Fr.	1,9 Mio. Fr.
	0,3 Mio. Fr.	0,4 Mio. Fr.

- 39) Die Durchlaufenden Beiträge liegen über dem Voranschlag, da Rückzahlungen Investitionskredite in der Forstwirtschaft von 2,6 Millionen Franken an den Bund nicht budgetiert waren.

<i>Durchlaufende Beiträge</i>	31.12.2006	31.12.2005
Rückzahlung Investitionskredite	2,6 Mio. Fr.	--
Gefahrenabwehr unwetterbedingt	12,3 Mio. Fr.	1,3 Mio. Fr.
Kantonsbeiträge an Wasserverbauungen	2,8 Mio. Fr.	1,7 Mio. Fr.
Strukturverbesserungen / Gefahrenabwehr Wald	3,6 Mio. Fr.	4,8 Mio. Fr.
Strukturverbesserungen Landwirtschaft	3,3 Mio. Fr.	1,7 Mio. Fr.

- 40) Mit der Einführung der Ausgabenbremse hat der Kantonsrat dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt, für bereits vom Kantonsrat genehmigte Ausgabenbeschlüsse Vorfinanzierungen zu tätigen. Mit der Staatsrechnung 2006 wird dieses neue Instrument nun erstmals eingesetzt und Vorfinanzierungen in der Investitionsrechnung von insgesamt 6,6 Millionen Franken verbucht.

<i>Vorfinanzierungen</i>	31.12.2006	31.12.2005
Vorfinanzierungen für genehmigte Wasserbauprojekte	5,0 Mio. Fr.	--
Vorfinanzierungen für genehmigte Projekte zur Behebung der Hochwasserkatastrophe	1,6 Mio. Fr.	

- 41) Die Beiträge für eigene Rechnung liegen mit 7,3 Millionen Franken über den veranschlagten Werten. Dazu beigetragen haben insbesondere Beiträge Dritter für die 2005 geleisteten Arbeiten zur Wiederinstandstellung der Engelbergerstrasse (4,9 Mio. Fr.) sowie auch die durch höheren Investitionen in der Nationalstrasse fälligen Bundesbeiträge daran.

Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Geschäftsberichts des Regierungsrats und der Staatsrechnung 2006

vom ...

Der Kantonsrat des Kantons Obwalden,

gestützt auf Artikel 70 Ziffer 3 und 4 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968¹, Artikel 24 Absatz 5 der Finanzhaushaltsverordnung vom 25. März 1988² sowie Artikel 26 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz vom 25. Juni 1999³,

auf Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 20. März 2007 sowie des Obergerichts vom 20. März 2007,

beschliesst:

1. Der Geschäftsbericht des Regierungsrats 2006 wird genehmigt.
2. Die Staatsrechnung 2006 wird wie folgt genehmigt:
 - a. Vornahme der ordentlichen Abschreibungen von Fr. 11 608 672.21;
 - b. Vornahme zusätzlicher Abschreibungen von Fr. 10 741 804.07;
 - c. Abbuchung des Saldos der Laufenden Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 11 619 970.63 auf das Konto „Eigenkapital“;
 - d. Aktivierung der Nettoinvestitionen als Saldo der Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung von Fr. 28 748 529.86.
3. Abbuchung des Saldos der Laufenden Rechnung der Tierseuchenkasse mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 176 343.95 vom Fondsbestand.

Sarnen, ...

Im Namen des Kantonsrats
Der Ratspräsident:
Der Ratssekretär:

¹ GDB 101
² GDB 610.11
³ GDB 818.1

Erläuterungen, Abschreibungen, Abgrenzung IR/LR

Die Rechnungsdarstellung des Kantons Obwalden ist grundsätzlich in der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (FHV) vom 25. März 1988, Fassung vom 25. November 1999, geregelt und richtet sich in den Grundzügen nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell der Kantone (HRM). Die wichtigsten Artikel sind dabei:

Artikel 21 Bewertungsgrundsätze

Die Aktiven werden zu ihrem Beschaffungs- oder Herstellungswert unter Berücksichtigung der den Umständen angemessenen Wertberichtigungen bilanziert. Darlehen und Beteiligungen sind in der Regel nach kaufmännischen Grundsätzen bewertet. Die wichtigsten Angaben dazu sind aus dem Beteiligungsspiegel (Tabelle III) ersichtlich.

Artikel 24 Abschreibungen

Das Verwaltungsvermögen wird nach dem Grundsatz einer finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben auf dem jeweiligen Restbuchwert zu Beginn des laufenden Jahres abgeschrieben. Die Abschreibungssätze auf dem Restbuchwert betragen:

Grundstücke	10%
Tiefbauten	10%
Hochbauten	10%
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	25%
Investitionsbeiträge	25%

Es kann in besonderen Fällen auch objektweise linear oder nach der Annuitätenmethode abgeschrieben werden. Dies trifft in der vorliegenden Jahresrechnung auf folgende Aktiven zu:

Lineare Abschreibung:

Erfolgt auf der hochwasserbedingten Wiederherstellung der Kantonsstrassen (Engelberger-, Melchtaler- und Kernmattstrasse) mit 20%

Annuitätenmethode:

Energiezentrale/Wärmeverbund

Soweit es die Finanz- und Konjunkturlage erlauben, können im Voranschlag zusätzliche Abschreibungen vorgesehen werden. Bei Ertragsüberschüssen kann der Kantonsrat zusätzliche Abschreibungen genehmigen.

Auf Grund des Abschreibungsbedarfs bis 2008 auf den Nationalstrassen (im Rahmen der NFA ist Übertragung des Eigentums an den Nationalstrassen an den Bund vorgesehen) werden dem Kantonsrat nun insgesamt 3,5 Millionen Franken als zusätzliche Abschreibungen beantragt. Zusätzlich sollen die Buchwerte des Ausbaus des Kantonsspitals von 7,2 Millionen ausserordentlich abgeschrieben werden.

Übersicht über Abschreibungen

in Fr. 1'000.--	Erstellungskosten (brutto)	Anlagewert (netto)	Bestand am 01.01.2006	Rechnung 2006				Bestand am 31.12.2006
				Zuwachs	Abgang	Abschreibung		
						ordentlich	zusätzlich	
1 Grundstücke			0					0
2 Tiefbauten			17'191	5'508	4'322	2'326	3'500	12'550
Davon								
Nationalstrassen			6'628	763		663	3'500	3'228
Wiederherstellung Kantonsstrassen			6'058	4'124	4'322	1'213		4'648
3 Hochbauten	174'913	131'669	20'572	13'179	2'777	9'201	7'272	21'773
Davon:								
Sonderfinanz. Kantonsspital	41'430	40'595	8'046			774	7'272	0
Wärmeverbund	5'844	2'831	2'068			113		1'955
4 Mobilien, Informatik, Maschinen, Fahrzeuge			6'189	1'805		1'547		6'447
5 Münzensammlung			0					0
6 Darlehen und Beteiligungen			67'335	43	2'857			64'521
7 Investitionsbeiträge			20'264	10'236	1'204	5'436		23'859
8 Spezialfinanzierungen			341	6'615		341		6'615

Artikel 27 Investitionsrechnung / Laufende Rechnung

Die Investitionsrechnung enthält jene Finanzvorfälle, die bedeutende eigene oder subventionierte Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzungsdauer schaffen. Investitionen unter Fr. 100'000.– werden dabei in der Regel direkt über die Laufende Rechnung abgeschrieben.

Pensionskassenverpflichtungen

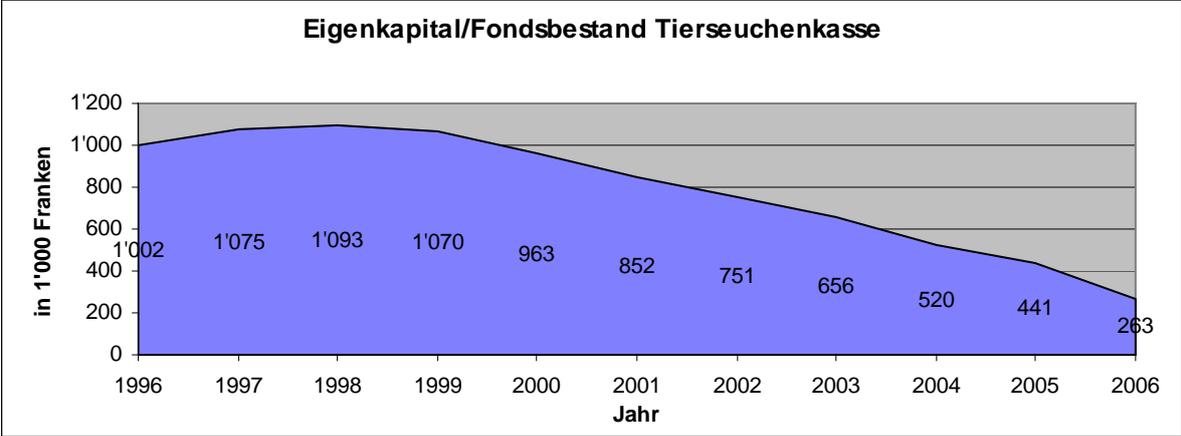
Der Vorsorgeplan der Vorsorgeeinrichtung des Kantons ist als **Beitragsprimatplan** bzw. als Spar- und Risikosystem aufgebaut. Risikoträger ist die **privatrechtlich** organisierte Personalversicherungskasse Obwalden. Der Deckungsgrad liegt per Ende 2006 bei über **110 Prozent**.

Tierseuchenkasse

Gemäss Artikel 26 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz (GDB 818.1) führt der Kanton eine Tierseuchenkasse. Seit der Kanton und die Gemeinden ihre Beiträge an die Tierseuchenkasse ausgesetzt haben, schliesst die Tierseuchenkasse jährlich mit einem Defizit. Der Aufwandüberschuss 2006 betrug infolge höheren Aufwänden des Laboratoriums der Urkantone 176 343.95 Franken.

Neben Beiträgen der Tierbesitzer leisten auch der Kanton und die Gemeinden Beiträge, sofern der Fondsbestand unter 250 000 Franken fällt. Da der Fondsbestand voraussichtlich 2007 unter diese Limite fallen wird, sind entsprechende Massnahmen vorgesehen.

Entwicklung Fondsbestand Tierseuchenkasse:



Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
1000.300.00	Taggelder	Weniger Kantonsrats-Sitzungstage (7 ganze und 2 halbe) als geplant (6 ganze und 6 halbe).	58'930.00	19.84
1200.304.00	Personalversicherungsbeiträge	Sparversicherung gemäss Art. 8a des Behörden-gesetzes wurde nicht budgetiert.	-36'916.50	-38.74
1200.365.00	Periodische Beitragsleistungen: Konferenzen	Rückerstattung aus zuviel bezahlten Jahresbeiträge KdK 1995-2002 Fr. 37 735.-	38'304.00	94.81
1400.363.00	Informatikaufwand ILZ	Mehraufwand Erneuerung Internetauftritt WEB CMS (hinausgeschobene Online-Schaltung auf 2006).	-27'205.35	-46.91
1420.301.00	Personal: Besoldungen	Ersatzanstellung während Mutterschaftsurlaub (Rückvergütung Mutterschaftsversicherung Kto. 1420.493.00).	-29'771.65	-13.56
1420.318.60	Arbeiten durch Dritte	Verzicht auf budgetierte Drittleistungen für die Umsetzung der Parlamentsreform.	26'000.00	100.00
1422.310.20	Anschaffung von Büromaterial und Formulare (Ausweise)	2006 wurden 1186 Ausweise mehr ausgestellt als im Vorjahr (wegen Stichtag Einführung Biometrie-pass).	-82'641.70	-51.65
1422.310.50	Druckkosten für öffentliche Publikationen	Inseratenteil 2006: 81 Seiten weniger als Vorjahr Amtlicher Teil 2006: 352 Seiten mehr als Vorjahr (Gesamterneuerungswahlen) Druckerei: Verzicht auf Farbzuschlag als Einführungsaktion	69'209.00	12.68
1422.431.00	Gebühreneinnahmen (Ausweise)	Vermehrte Gebühreneinnahmen aufgrund der grossen Nachfrage (vor Einführung Biometrie-pass).	134'860.30	48.16
2200.301.80	Lohnsummenentwicklung (Verwaltung)	Unter diesem Konto wird die Lohnsummenentwicklung der gesamten Verwaltung budgetiert. Effektive Belastung erfolgt auf den einzelnen Kostenstellen.	447'000.00	100.00
2200.302.80	Lohnsummenentwicklung (Lehrpersonen)	Unter diesem Konto wird die Lohnsummenentwicklung der gesamten Verwaltung budgetiert. Effektive Belastung erfolgt auf den einzelnen Kostenstellen.	110'000.00	100.00

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2200.303.80	Lohnsummenentwicklung Sozialversicherungsbeiträge	Unter diesem Konto wird die Lohnsummenentwicklung der gesamten Verwaltung budgetiert. Effektive Belastung erfolgt auf den einzelnen Kostenstellen.	40'100.00	100.00
2200.304.80	Lohnsummentwicklung Personalversicherungsbeiträge	Unter diesem Konto wird die Lohnsummenentwicklung der gesamten Verwaltung budgetiert. Effektive Belastung erfolgt auf den einzelnen Kostenstellen.	37'900.00	100.00
2200.439.00	Verschiedene Einnahmen	Der Ertrag des Personalamtes hängt davon ab, wie viele Aufträge von Dritten zu erledigen waren. Zudem wurde die Rechnung für die Leistungen zu Gunsten des ILZ erst im Jahr 2007 versandt.	-40'035.80	-57.77
2402.436.00	Rückerstattungen aus Versicherungsleistungen	Erneute Zunahme der Krankheits- + Unfallausfälle beim Personal. Dies führte auf der einen Seite zu höheren Einnahmen der Versicherungsleistung, auf der anderen Seite aber auch zu höheren Personalkosten bei den Ämtern.	164'841.05	47.50
2402.439.00	Verschiedene Einnahmen	Rückvergütung des Informatikleistungszentrum ILZ aus Umsatz-Leistungen 2005.	235'098.95	100.00
2420.318.30	Inkasso- und Betreuungskosten	Zusätzlich zu den normalen Kosten kamen die Aufwändungen für einen externen RA der bei Gerichtsfällen engagiert werden musste. Entsprechend auch höhere Rückerstattungen (Kto. 436.20).	-98'083.25	-51.62
2420.363.00	Informatikaufwand ILZ	Tiefere Kosten für die Betreuung des NE Programmes NEST.	44'980.45	68.15
2420.436.20	Rückerstattung von Mahn- und Betreibungsgebühren	Durch höhere Inkasso- und Betreuungskosten (318.30) stiegen auch entsprechend die Rückerstattungen durch das Betreibungsamt bzw. Gerichte.	131'927.93	59.97
2440.341.00	Finanzausgleichsbeiträge	Der Lastenausgleich Schule wurde erst auf 1. Aug. eingeführt. Budgetiert war eine Einführung auf den 1. Januar.	778'555.00	19.71
2462.331.00	Ordentliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	Die zusätzliche Abschreibung auf dem Nationalstr.-Netz von 3,5 Mio. Fr. (2462.332.00) war unter ordentliche Abschreibung budgetiert.	2'830'781.15	22.16

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2462.331.02	Abschreibung für Sonderrechnung Wärmeverbund Kantonsspital	Infolge stark gestiegener Gaspreise bei fixen Verkaufspreisen resultierte ein hohes Defizit beim Wärmeverbund. Die aufgelaufenen Defizite werden über die Staatsrechnung 2006 abgeschrieben.	-343'747.16	-312.50
2462.331.04	Lineare Abschreibung (5 J.) Kantonsstrassen Hochwasserkat.	Die Wiederinstandstellung der Engelberger-, Melchtaler- und Kernmattstrasse nach der Hochwasserkatastrophe werden linear über fünf Jahre abgeschrieben.	-1'212'706.20	-100.00
2462.332.00	Zusätzliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	Die Buchwerte der Nationalstrasse werden um 3,5 Mio. Fr. zusätzlich abgeschrieben (Übergang Eigentum zu Bund per 1.1.2008). Zusätzlich wird der Behandlungstrakt des Spitäles auf Fr. 1.00 abgeschrieben.	-10'741'804.07	-100.00
2464.321.00	Konto-Korrentschulden: Zinsen und Kommissionen	Da die Gemeinden vermehrt kurzfristige Darlehen beim Kanton aufnahmen, musste für die Refinanzierung ebenfalls mehr Darlehen aufgenommen werden. Entsprechend aber auch höhere Einnahmen aus Zinserträgen (Kto. 2466.420.00).	-96'572.99	-193.15
2464.322.00	Verzinsung der Darlehen	Alle fällig werdenden Darlehen konnten zurückbezahlt werden.	164'787.25	5.61
2464.329.00	Vergütungszinsen	Die Vergütungszinsen errechnen sich auf den Vorauszahlungen der Steuerrechnungen. Diese gingen infolge der insgesamt tieferen Steuerrechnung wohl gegenüber dem Vorjahr zurück, blieben aber immer noch über dem Voranschlag.	-41'644.65	-23.14
2466.420.00	Zinsen auf Konto-Korrentguthaben	Höhere Erträge auf Grund der Ausleihungen an Gemeinden sowie der gegen Ende des Jahres anziehenden Zinsen.	135'446.28	45.15

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2466.421.00	Vergütungs-/Verzugszinsen	Die Vergütungszinse ergeben sich aus den Nachfakturierungen der Steuerrechnungen. Der Betrag entspricht der Grössenordnung des letzten Jahres. Der Voranschlagsbetrag war zu tief angesetzt. (siehe auch Kto. 2464.329.00).	80'702.45	44.83
2466.422.00	Anlagen des Finanzvermögens	Nachdem die ausserordentlichen Erlöse der SNB im Juni/Juli 2005 überwiesen wurden, war 2006 das erste Jahr in dem die Erträge vollumfänglich anfielen. Die Budgetierung war zu tief.	772'798.75	51.61
2466.426.00	Anlagen Verwaltungsvermögens	Mit Inkrafttreten des neuen OKB-Gesetzes wird das Dotationskapital der OKB nicht mehr separat verzinst und die Abgeltung erfolgt über den Reingewinn (siehe Konto 2486.426.00).	-660'798.00	-59.91
2466.429.00	Ausserordentliche Erträge auf Veräusserungen	Ausserordentliche zusätzliche Substanz ausschüttung der Schweiz. Rheinsalinen.	158'400.00	100.00
2480.400.00	Staatssteuer natürliche Personen	Die Entwicklung der Staatssteuern ist im ersten Jahr nach der Steuergesetz-Revision über der Erwartung. Dazu beigetragen haben auch die unerwartet hohen Nachfakturierungen für Vorperioden.	1'636'853.05	3.20
2480.401.00	Ertrags- und Kapitalsteuer jur. Personen (bis 2003 in Kto. 2480.400.00)	Wie bei den natürlichen Personen ist auch der Ertrag bei den juristischen Personen über den Erwartungen geblieben. Auch hier trugen hohe Nachfakturierungen für Vorjahre zu diesem Ertrag bei.	1'031'288.85	47.97
2480.403.00	Grundstückgewinnsteuer	Der Ertrag der Grundstückgewinnsteuer 2006 wurde in den letzten 15 Jahren nur 1994 übertroffen und liegt klar über dem budgetierten Durchschnitt der letzten 5 Jahre.	388'729.20	37.56
2480.404.00	Handänderungssteuer	Der Ertrag der Handänderungssteuer war in den letzten 15 Jahren nicht so hoch wie 2006 und liegt entsprechend über dem budgetierten Durchschnitt der letzten 5 Jahre.	514'997.25	39.55

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2480.405.00	Erbschafts- und Schenkungssteuer	Die Erbschafts- und Schenkungssteuer liegt rund die Hälfte unter dem budgetierten 5-jährigen Mittel der letzten Jahre.	-271'541.30	-44.15
2480.437.00	Steuerbussen	Die Steuerbussen wurden zu tief budgetiert.	50'665.25	63.33
2482.362.00	Anteile der Gemeinden MinÖl	Der Gemeindeanteil ist abhängig vom Kantonsanteil an der eidg. Mineralölsteuer (460.10) und ist in der Strassenbeitragsverordnung geregelt.	-698'830.00	-33.76
2482.363.10	Abgeltung Verkehrssicherheitszentrum	2006 wurde der Inkassobeitrag des VSZ rückwirkend auf 1.1.2005 von Fr. 10 auf Fr. 5 je Nummernschild gesenkt. 2006 konnte die Rückvergütung für die 2005 zuviel bezahlte Abgeltung verbucht werden.	264'680.00	98.36
2482.406.00	Motorfahrzeugsteuer	Nach einer Stagnation des Ertrages im Vorjahr war der Zuwachs 2006 wiederum bei etwas über einem Prozent.	106'336.95	1.34
2482.460.10	Anteil an Mineralölsteuerertrag	Der Anteil der Kantone betrug 2006 480 Mio. Fr. Im Voranschlag wurde davon ausgegangen, dass der Anteil der ausserord. Beiträge von 57 Mio. Fr. nicht mehr ausgerichtet wird.	1'400'605.00	30.73
2482.460.20	Kantonsanteil an LSVA	Gesamtschweizerisch betragen die LSVA-Einnahmanteile der Kantone 426 Mio. Franken und waren über den veranschlagten Werten.	186'144.00	10.42
2484.440.00	Anteil an Bundessteuern (17%)	Der Ertrag an im Kanton bezogenen dir. Bundessteuern entspricht den Erwartungen und liegt nur 0,7 Prozent über dem Budget.	33'971.02	0.68
2484.440.10	Anteil an Bundeseinnahmen: Finanzausgleich	Der Gesamtertrag der dir. Bundessteuer lag bei 14,4 Mrd. Fr. (Zunahme von 2 Mrd. Fr.). Die Abw. gegenüber dem Budget ist auch in der Neuberechnung des Finanzkraftindex begründet (vor allem Aufstieg des Kt. BE von finanzschwach zu mittelstark).	2'353'598.47	10.82

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2484.440.20	Anteil an Bundeseinnahmen durch Kantone (Repartitionen)	Die Repartitionen erreichten die veranschlagten Werte nicht.	-119'911.60	-38.07
2484.440.40	Anteil an eidg. Verrechnungssteuern/Sicherungssteuer/EU-Zinsbesteuerung	Der Rückbehalt der eidg. VST erreichte 2006 wie im Vorjahr sehr hohe Werte (3,9 Mrd. Fr.). Der Ertrag ist auf die gestiegenen Dividendenausschüttungen der Gesellschaften und die tiefere Rückforderungsquote zurückzuführen.	2'391'453.00	71.28
2486.341.00	übrige Gemeindeanteile	Der Anteil der Gemeinden am Reingewinn des EWO's beträgt 50 %. Infolge der höheren Ausschüttung (Konto 426.10) ist auch der Gemeindebeitrag entsprechend.	-250'000.00	-33.33
2486.416.10	Anteil an Gewinn von öffentliche Anstalten, SNB	Die höhere Ausschüttung ergab sich auf Grund der Neuberechnung des Finanzkraftindex und ist vor allem die Folge des Anstieges des Kt. BE von den finanzschwachen zu den mittelstarken Kantonen.	906'367.00	5.68
2486.426.00	Reingewinn OKB	Die Dividende der OKB wurde infolge des sehr guten Jahresabschlusses von 25 auf 26 Prozent erhöht. Im Voranschlag war die Verzinsung des Dotationskap. noch separat unter den Vermögenserträgen budgetiert worden (Kto. 2466.426.00).	1'698'000.00	42.22
2486.426.01	Abgeltung Staatsgarantie OKB	Mit Inkrafttreten des neuen Kantonalbankgesetzes wird die gewährte Staatsgarantie neu abgegolten. Die Abgeltung war zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht abschliessend bestimmt.	1'789'411.76	100.00
2486.426.10	Reingewinn EWO	Gewinnanteil von Kanton und Gemeinden gemäss VR-Antrag des EWO's für's Rechnungsjahr 2005/06.	500'000.00	33.33
2490.365.21	Beiträge an kulturelle Aufwändungen	Der Kantonsbeitrag umfasst u.a. Zahlungen von: Fr. 90'000 ans Kulturfest OBWALD sowie je Fr. 100'000 ans Frauenkloster zur Wiederinstandstellung der Kulturgüter und an die Gemeinde Sachseln für die Dorfplatzgestaltung.	-147'000.00	-91.88

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2490.365.27	Beitrag an Sprungschanze Engelberg	An den Umbau der Sprungschanze Engelberg hat der RR insgesamt Fr. 250'000 in den Jahren 2006 bis 2008 gesprochen.	-50'000.00	-100.00
2490.414.00	Anteil der Landeslotterie und des Zahlenlottos	Kantonsanteil am Reingewinn der Interkantonalen Landeslotterie. Der Gesamtreingewinn stieg infolge der höheren Spieleinnahmen (u.a. EURO-Millions).	324'378.00	29.49
2490.480.00	Entnahme aus Fonds und Spezialfinanzierungen	Entnahme aus dem Lotteriefonds zum Ausgleich der jährlichen Rechnung.	-135'862.47	-63.05
2600.363.00	Informatikaufwand ILZ	Lieferanten konnten nicht vollumfänglich liefern.	174'542.15	42.68
2650.301.00	Personal: Besoldungen	Zusätzliche Anstellung infolge krankheitsbedingtem Ausfall eines Mitarbeiters (siehe Kto. 2650.493.00).	-26'563.30	-7.83
2650.493.00	Lohnausfallentschädigungen: interne Verrechnungen	Versicherungsleistung.	32'180.00	100.00
2655.363.00	Informatikaufwand ILZ	Infolge ILZ-Ressourcenengpass wurden die Arbeiten nicht ausgeführt.	29'463.00	46.04
2655.434.10	Arbeiten für Dritte	Arbeiten Engelberg nicht abgeschlossen/fakturiert.	-25'000.00	-100.00
3100.431.00	Gebühren (u.a. Einbürgerungen, Amtsnotariat)	Neu kostendeckende Gebühren bei den Einbürgerungen.	42'640.60	213.20
3140.301.00	Personal: Besoldungen	Aufstockung Leiterin/Sekretariat der Dienststelle.	-25'466.70	-37.73
3140.351.00	Beiträge an Kantone: Straf- und Massnahmenvollzug	Weniger Verurteilungen/kürzere Strafe als erwartet.	55'013.15	27.51
3142.450.00	Vergütungen innerkantonal für Ausschaffungsgefangene	Budgetiert in Kto. 3142.495.01.	30'720.00	100.00
3200.301.00	Personal: Besoldungen	Es konnten zwei Polizeianwärter als Ersatzrekrutierungen vorgenommen werden.	-54'916.75	-5.30
3200.495.40	Anteil Verkehrsabgaben für die Polizeidienste	Aus der Motorfahrzeugsteuer werden zuerst die Abschreibungen/Verzinsungen der Strassenbauschuld gedeckt.	284'704.40	102.56

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3201.309.00	Ausbildung des Personals, Kurse	Verschiebung Start der Interkant. Polizeischule Hitzkirch auf 2007; dadurch 1/2 Anteil für 2006.	35'473.30	44.23
3201.311.40	Fahrzeuge, Geräte, Apparate	Ersatzbeschaffung infolge Unwetterschaden, Reduktion des Aufwandes in der KDOA/KRIPO.	-30'934.10	-34.37
3201.363.00	Informatikaufwand ILZ	Aus pers./fachlichen Gründen übernahm die Polizei in der Umsetzung von ABI 3.0 Aufgaben des ILZ. Schulung ABI 3.0 durch Polizei anstelle ILZ.	48'292.20	17.93
3201.434.10	Arbeiten für Dritte	LB Schwerverkehrskontrollen Nr. 250 vom 22.11.2005 Reduktion Luftsicherheitsdienst.	-31'242.60	-7.10
3201.434.20	Alarmanlagen: Beiträge	Reduktion der Gebühren für Alarmanlagen gemäss Regierungsratsbeschluss Nr. 302 vom 20.12.2005.	-39'000.00	-72.22
3201.437.00	Bussenertrag	Mehreinnahmen bei den fixen Geschwindigkeits-Messanlagen.	192'442.66	9.87
3201.493.00	Lohnausfallentschädigungen: interne Verrechnung	Versicherungsleistung für langfristige Absenzen bzw. Ausfälle durch Unfälle.	38'138.00	181.61
3201.495.40	Anteil Verkehrsabgaben für die Polizeidienste	Aus der Motorfahrzeugsteuer werden zuerst die Abschreibungen/Verzinsungen der Strassenbauschuld gedeckt. Diese fielen nach der Hochwasserkatastrophe massiv höher aus als budgetiert.	-884'067.70	-53.07
3202.301.00	Personal: Besoldungen	Personalverschiebungen innerhalb der Kapo Überzeitauszahlungen von Fr. 20'000.	-81'208.40	-6.21
3202.363.00	Informatikaufwand ILZ	Aus pers./fachlichen Gründen übernahm die Polizei in der Umsetzung von ABI 3.0 Aufgaben des ILZ. Schulung ABI 3.0 durch die Polizei anstelle ILZ.	49'306.60	36.60
3202.495.00	Verschiedene Verrechnungen	Polizeilicher Aufwand an der Gefängnisbetreuung.	47'307.85	100.00
3250.301.00	Personal: Besoldungen	Schaffung einer zusätzlichen Stelle Materialwart im Zivilschutz gem. RRB Nr. 518 vom 11.04.2006 ab Juli 2006 gutgeheissen.	-34'492.65	-9.18

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3250.315.70	Anlagen/öffentl. SR: Betriebsbereitschaft	Wechsel Buchungsmodus "Ersatzbeiträge" auf Kto. 3250.366.01.	44'791.75	91.79
3250.315.90	Logistik	Wechsel Buchungsmodus "Ersatzbeiträge" auf Kto. 3250.366.01.	156'922.95	78.42
3250.366.01	Anschaffungen über Ersatzbeitr	Wechsel Buchungsmodus "Ersatzbeiträge" während des Jahres (siehe 315.70/315.90). Zusätzliche Überführungskosten in den Bereichen - Material- und Maschinenreparaturen - Ersatzbeschaffung u. Neubeschaffung pers. Ausr.	-402'379.62	-100.00
3250.439.00	Einnahmen Ersatzbeiträge	Grössere Bautätigkeit.	181'300.00	81.92
3250.451.00	Rückerstattungen der Kantone (Instruktoren)	Mehr Einsatztage des kant. Instructors für andere Kantone.	28'560.00	51.00
3256.370.00	Weiterleitung der Beiträge an Bund	Zur Zeit der Budgetphase gab es weder einen Anhaltspunkt der steuerbaren Einkommen, der Zahlungsmoral, der Anzahl Dienstverschieber noch der abzugsberechtigten Anzahl Schutzdiensttage.	-129'684.95	-40.53
3256.440.00	Anteile an Bundeseinnahmen (Bezugsprovision)	Siehe Konto 3256.370.00.	32'767.25	40.96
3256.475.00	Inkasso Wehrpflichtersatz (Bundesanteil)	Siehe Konto 3256.370.00.	129'684.95	40.53
3257.318.02	Funkanlagen: Konzessionsgebühren	Die Funkanschaffung konnte mit einer einfacheren sowie günstigeren Variante realisiert werden.	43'174.15	44.06
3258.301.00	Personal: Besoldungen	Buchung für Besoldungen wurden über Kto. 3258.301.05 abgewickelt.	64'300.00	100.00
3258.301.05	Aushilfspersonal: Löhne	Personalkosten für Einsatzdienste Koord. Stelle gem. RRB Nr. 299 vom 20.12.2005. Konnte zeitlich nicht mehr konform budgetiert werden.	-109'533.45	-100.00
3258.318.60	Arbeiten durch Dritte	Sandsacklieferungen bei Hochwasserkatastrophe an Zivilschutz, Armee, Feuerwehr.	-46'515.15	-2'022.40

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3400.318.63	Aufträge an Dritte: Verschiedene (insb. Spitalversorgung)	Spitalplanung günstiger, weil Volksabstimmung nicht stattfand.	37'013.70	66.10
3400.362.00	Laboratorium der Urkantone	Rückerstattung des LdU für das Jahr 2005.	140'737.80	33.27
3400.362.01	Veterinärdienst der Urkantone	Konkordatsbeitrag höher als budgetiert. Nachzahlung für Jahr 2005, Bekämpfung Vogelgrippe.	-52'019.95	-29.06
3410.364.00	Beiträge an Projekte durch Gesundheitsförderung Schweiz	Übertrag vom Jahr 2005 für angefangene Projekte.	-40'798.15	-271.99
3410.439.00	Verschiedene Einnahmen	Schulen bezahlen ihren Anteil an aus Projektgeld finanzierten Projekten aufs Einnahmenkto., Beiträge aus Alkoholzehntel OW+NW gehen auf Einnahmenkonto.	54'218.40	5'421.84
3410.461.00	Beitrag des Kantons Nidwalden an die Fachstelle	Im Ertrag ist erst die Akonto-Rechnung enthalten. Schlussrechnung folgt 2007.	-38'186.25	-23.14
3410.465.00	Beitrag der Gesundheitsförderung Schweiz für Projekte	Gegenkonto zu Kto. 3410.364.00.	40'798.15	271.99
3420.363.10	Beiträge an eigene Anstalten: Kantonsspital	Überschussbeteiligung Kanton an Spitalabschluss 2005.	419'194.30	2.87
3422.361.00	Beiträge für Spitalaufenthalte im Kantonsspital Nidwalden	Weniger Engelberger Patienten ohne Zusatzversicherung in Stans behandelt.	114'596.20	76.40
3424.364.00	Stationäre/ambulante Spitalbehandlungen	Schweregrad/Aufenthaltsdauer und Anzahl Fälle variiert von Jahr zu Jahr.	1'571'427.39	19.16
3424.436.00	Div. Rückerstattungen	Rückzahlung St. Anna gemäss Spitalvereinbarung, Rückzahlung KSLU, da Versicherung Rg. übernimmt.	96'619.45	100.00
3500.318.60	Arbeiten durch Dritte	Aus der Rückstellung von 50 000.-- mussten für die KKBZ familienerg. Kinderbetreuung lediglich rund Fr. 25'000.-- aufgewendet werden, da für die KKBZ Kt. NW 50% übernahm. Die Beiträge für die Fachkom. Soziales, Auftragserweiterung SA in Familienfragen und Kinderschutz musste nicht wie budgetiert aufgewendet werden (10'000.--).	29'625.45	55.90

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3500.365.10	Objektfinanzierung Tagesstätten/Familienplätze	An den kostendeckenden Ansatz für das Chinderhuis (Kinderkrippe) wurde im Jahr 2006 eine Akontozahlung von Fr. 25'000.- geleistet. Im Jahr 2007 wird diese Zahlung mit den effektiv belegten Tagen gemäss Ziff. 2 des RRB vom 20.12.2006 (Nr. 304) abgerechnet.	110'000.00	73.33
3502.301.00	Personal: Besoldungen	Fluktuationsgewinn/zeitliche Verzögerung bei Neuanstellung.	-48'541.95	-22.86
3504.365.20	Verwaltungskostenpauschale Asylsuchende/Flüchtlinge	Aufwand abhängig von Anzahl Asylsuchende, Flüchtlinge und Personen mit Nichteintretensentscheiden.	-117'177.70	-23.44
3504.365.21	Gesundheits- und Unterstützungskosten	Aufwand abhängig von Anzahl Asylsuchende und Flüchtlinge.	-59'869.15	-3.33
3504.460.00	Bundesbeiträge an Verwaltungskosten	Ertrag ist abhängig von Anzahl Asylsuchende und Flüchtlinge, Anzahl Sprachpauschalen für Flüchtlinge und Anzahl Personen mit Nichteintretensentscheiden.	158'249.00	25.52
3504.460.01	Bundesbeiträge an Gesundheits- und Unterstützungskosten	Ertrag ist abhängig von Anzahl Asylsuchende und Flüchtlinge.	59'273.00	3.29
3506.365.20	Auswärtige Sonderschulen und Heime	Die Platzierungen in auswärtige Sonderschulen können von uns nicht gesteuert werden.	-229'534.60	-15.30
3506.365.23	Wohnheim für Erwachsene Rütimattli	Wohnheim Erwachsene: Eine detaillierte Begründung erfolgt durch den Regierungsrat bei der Genehmigung der Rechnung 2006.	136'715.00	60.49
3506.365.24	Werkstatt Hüetli	Eine detaillierte Begründung erfolgt durch den Regierungsrat bei der Genehmigung der Rechnung 2006.	68'765.05	16.06
3506.365.26	Kantonsbeiträge Arbeitsplätze	Eine detaillierte Begründung erfolgt durch den Regierungsrat bei der Genehmigung der RG 2006.	-30'464.20	-63.47

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3506.452.00	Gemeindebeiträge	Infolge Mehraufwand von Konto 365.20 (Verbundsaufgabe Kanton-Gemeinden) für auswärtige Platzierungen erfolgt z.G. des Kantons eine höhere Rückerstattung der Gemeinden.	144'130.98	21.84
3600.318.70	Expertisen, Zeugengelder, Dolmetscher- / Parteientsch.	Es mussten deutlich weniger (i.d.R. teure) Expertisen in Auftrag gegeben und weniger amtliche Verteidiger bestellt werden als aufgrund Vorjahresvergleich erwartet.	31'633.60	79.08
3600.431.00	Gebühreneinnahmen	Im Vergleich zum Vorjahr wurden 2006 insgesamt 606 Strafbefehle mehr erlassen, was zu einem entsprechenden Mehrertrag geführt hat.	27'506.85	11.46
3600.436.60	Untersuchungskosten	Gegenüber 2005 war eine erhebliche Zunahme der Bussenumwandlungsverfahren zu verzeichnen, bei denen die Kosten jeweils abgeschrieben werden müssen.	-52'821.20	-22.01
3600.437.00	Bussenertrag	Im Jahre 2006 wurden 606 Strafbefehle mehr erlassen als 2005, was zu entsprechendem Mehrertrag geführt hat.	50'157.95	6.27
3610.301.03	Besoldungen: Staatsanwalt	Fluktuationsgewinn.	27'722.75	15.61
4000.318.60	Arbeiten durch Dritte	Beitrag an Standort Promotion in Obwalden gemäss KRB vom 01.12.2005.	-90'000.00	-90.00
4009.366.00	Verwendung Spenden	Weiterleitung der Vorschusszahlung der Glückskette an die Gemeinden von Fr. 3'500'000.-- und Auszahlungen.	-4'007'142.65	-100.00
4009.465.00	Spenden-Eingänge	Vorschusszahlung der Glückskette und neue Spenden.	3'854'923.70	100.00
4009.480.00	Entnahme Spendengelder	Auszahlungen zu Lasten des kantonalen Spendenkontos gemäss Beschlüssen der Kommission finanzielle Hilfen Hochwasser 2005.	150'949.20	100.00
4102.366.00	Beiträge an Eigentümer	Einige Gesuchsteller erfüllen die Bedingungen für die Zusatzverbilligung nicht mehr.	25'169.00	11.44

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
4110.360.00	Beitrag an Bund: Handelsregistergebühren	Anteil Bund erhöht, da mehr Gebühreneinnahmen.	-26'787.00	-127.56
4110.431.00	Handelsregistergebühren	Als Folge der Steuergesetzrevision deutlich mehr Einträge und dadurch höhere Erträge.	199'922.75	95.20
4121.301.00	Personal: Besoldungen	Minderaufwand: Grundbuchbereinigerstelle Engelberg nicht besetzt (RRB Nr. 391 vom 15.02.2005).	97'999.00	8.73
4121.431.00	Gebühreneinnahmen: Grundbuch	Budgetvorgabe: Entwicklung (Bautätigkeit 2006) nicht eingetroffen.	-160'882.70	-11.49
4122.318.93	Gesamtaufwand Dritter (AV)	Zahlungsverpflichtungen auf der Grundlage der Werkverträge für den Abschluss der AV93.	59'108.00	14.78
4122.380.00	Einlage in Fonds und Spezialfinanzierung (AV)	Fonds für gleichmässige Belastungen der Aufwändungen AV93 über die lange Projektdauer.	-84'684.35	-100.00
4123.318.60	Arbeiten durch Dritte (inkl. Lizenzen)	Neu werden die Aufwändungen für Datenüberführungen und Beratungsdienstleistungen als Vollkostenrechnung erfasst (vgl. auch Einnahmen bei Kto. 4123.439.00).	-65'473.55	-22.27
4123.439.10	Verschiedene Einnahmen (MWST-frei)	Neu geschaffen für Mehrwertsteuer-freie Verrechnungen von Projekten für Verwaltungsstellen (vgl. Kto. 4123.439.00).	30'827.80	100.00
4210.460.00	Bundesbeiträge	Der Bundesbeitrag ist massgeblich von der Rückerstattung der Ausschaffungskosten abhängig. 2005 waren es 337 Hafttage, 2006 565 Hafttage.	40'635.80	50.79
4222.318.60	Arbeiten durch Dritte	Weniger Aufwand durch Eichamt Luzern bei nicht gebührenpflichtigen Tätigkeiten.	29'294.70	86.16
4290.360.01	IV: Kantonsbeiträge	Die Budgetierung erfolgt auf den Vorgaben der zentralen Ausgleichsstelle. Es wurden 2006 weniger Beiträge abgerechnet.	126'644.00	5.04
4292.318.60	Verwaltungskosten Ergänzungsleistungen AHV und IV	Es wurden weniger Ergänzungsleistungen beansprucht als budgetiert.	30'900.00	6.62

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
4292.366.00	Beiträge an AHV-Ergänzungsleistungen	Die Zunahme der Ergänzungsleistungen lag unter dem budgetierten Wachstum.	418'585.75	6.07
4292.366.01	Beiträge an IV-Ergänzungsleistungen	Die Zunahme der Ergänzungsleistungen lag unter dem budgetierten Wachstum.	514'016.45	12.24
4292.460.00	Bundesbeiträge an Ergänzungsleistungen	Wie die Zunahme der Ergänzungsleistungen lag auch der Bundesbeitrag unter dem budgetierten Wachstum.	-326'411.00	-8.40
4294.360.00	Beiträge für Kinderzulagen	Die Budgetierung erfolgt auf den Vorgaben der zentralen Ausgleichsstelle. Es wurden 2006 weniger Beiträge abgerechnet.	29'699.00	5.69
4312.318.60	Arbeiten durch Dritte	Zusatzarbeiten im Zusammenhang mit dem Unwetter 2005 waren nicht so umfangreich und wurden durch die Mitarbeitenden des Amts mit entsprechender Prioritätensetzung selber geleistet.	39'354.95	93.70
4321.363.00	Informatikaufwand ILZ	Vorgesehenes Projekt Digitalisierung Hangneigung wird später ausgeführt.	37'113.00	65.11
4333.366.00	Beiträge für Ausbildung Feuerwehr und Strahlenschutz	Ausbildungskosten für externe Einsatzspezialisten (bei den Feuerwehren) fielen infolge unterdurchschnittlicher Personalfuktuation tiefer aus.	31'124.50	62.25
5000.301.00	Personal: Besoldungen	Krankheitsbedingter Ausfall musste durch die Anstellung eines Stv.-Departementssekretärs kompensiert werden (Rückvergütung durch Versicherung 5000.490.00).	-57'338.75	-21.23
5000.493.00	Lohnausfallentschädigungen: interne Verrechnung	Versicherungsleistung.	49'485.00	100.00
5002.366.10	Stipendien	Weniger Stipendien als budgetiert.	169'650.00	13.15
5002.460.00	Bundesbeiträge	Weniger Stipendien - weniger Bundesbeitrag, zudem lineare Kürzung, da Kredit Bund von den Kantonen überschritten.	-82'957.00	-15.77

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
5003.365.21	Vergabungen an Kulturförderung	Div. Projekte (z.B. Autorenlesungen) werden zwar nur zur Hälfte vom Kt. finanziert, aber Gesamtauszahlung erfolgt über Kt., danach erfolgt Rückerstattung auf Kto. 5003.439.00.	-27'725.39	-7.28
5003.439.00	Einnahmen Dritter	Rückerstattungen aus Projekten (z.B. Autorenlesungen) von Gemeinden, Schulen (siehe Kto. 5003.365.21).	28'660.00	100.00
5011.364.00	Beiträge an private Institutionen	Weniger Schülerinnen und Schüler als budgetiert.	60'896.70	5.03
5012.351.10	Schulen: Entschädigungen an ausserkantonale Institutionen	Durch Schliessung Seminarien, weniger Seminaristen; zu viel budgetiert.	105'600.05	48.71
5012.365.20	Kantonsbeiträge an private Lehrerseminarien	Wechsel von 2 Seminaristinnen an priv. Seminar sowie Wechsel an PHZ.	-30'325.00	-49.88
5013.351.10	Schulen: Entschädigungen an Kantone	Weniger Studierende als budgetiert. Abweichung schliesst Betrag von Kto. 351.11 ein, da im Budget integriert.	774'754.95	8.41
5013.351.11	Schulen: Entschädigungen an Kantone (Höhere Fachschulen)	Dieses Konto anfangs 2006 neu eröffnet. Die Beiträge wurden unter Konto 351.10 budgetiert daher Abweichung gesamthaft zu sehen, Begründung siehe unter Kto. 351.10.	-393'431.00	-100.00
5013.451.00	Rückerstattung FHZ	Ausserordentliche Rückerstattung aus Risikofonds. Dieses Konto wurde neu eröffnet und war nicht budgetiert.	168'600.00	100.00
5302.318.64	LWB Fachkurse mit Diplomabschluss	Die Lehrpersonen in der NQ-Primarenglisch stellten wider Erwarten noch nicht im geplanten Ausmass Rechnung (Abschlüsse und Rechnungsstell. im 2007) Zudem Verrech. einer NQ-Rückzahlung: Haben 7810.-	94'704.70	94.70
5302.452.00	Beiträge Gemeinden/NW/UR	Rückgang des Aufwandes bewirkt auch Rückgang des Ertrages (reduzierter Gesamtumsatz); zudem Wegfall der Rückzahlung Intensivweiterbildungen (GAP), da bei Budgetierung nicht berücksichtigt (= 24'598.- Ertrag im 2005).	-50'738.00	-36.24

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
5350.301.00	Personal: Besoldungen (Rektorat)	Neuorganisation Schulleitung (2-er Team) Umlagerung von Poolpensen z.G. Schulleitung und leichte Pensenerhöhung in der Schulleitung.	-52'306.45	-19.07
5350.302.00	Lehrpersonal: Besoldungen	Gegenüber Vorjahr (Planungsgrundlage für 2006) regulär erhöhte Lektionenzahl gemäss Stundentafel.	-58'773.20	-1.34
5350.302.03	Stellvertreter: Löhne	Ausserordentlich viele und lange Krankheitsfälle.	-97'032.95	-485.16
5350.394.10	Verrechnung Raumaufwand	Weniger Raumfläche in Folge Bezug Provisorien.	85'900.00	10.81
5350.394.20	Benützung Turnhalle (5620)	Weniger Raumfläche in Folge Bezug Turnprovisorium.	57'143.35	34.63
5400.365.20	Beiträge für Prüfungen	Mehraufwand bedingt durch die Revision der Bildungsverordnungen (aufwändigere Prüfungsverfahren) und die Erhöhung der externen Expertenkosten (z.B. Kanton LU).	-26'084.00	-8.69
5400.460.00	Bundesbeiträge	Der Mehrertrag resultiert aus dem Pauschalbeitrag des Bundes (nicht vorhersehbar).	268'303.00	149.06
5402.351.10	Schulgelder: Entschädigungen an Kantone	Budgetierte Zunahme an Lernenden (+90) wurde um 10 Lernende nicht erreicht.	47'972.20	1.41
5402.365.20	Beiträge an auswärtige Schulen und Kurse	Effektiver Mehraufwand Fr. 57'000.--. Budget beinhaltet auch Kto. 5402.365.21 und 365.22. Rechnungsstellung aus Vorjahren (ca. 30'000), neue Berufe mit ük (15'000), ük-Kosten pro Beruf variieren von Jahr zu Jahr.	1'332'868.06	85.99
5402.365.21	Beiträge an auswärtige Schulen und Kurse (BFS Gesundheit)	In Konto 5402.365.20 budgetiert.	-1'215'157.00	-100.00
5402.365.22	Beiträge an auswärtige Schulen und Kurse (höhere Fachprüfung, Berufsprüfung)	In Konto 5402.365.20 budgetiert.	-197'831.65	-100.00
5430.363.00	Informatikaufwand ILZ	Einführung neue BISS-Lösung wurde ins 2007 verschoben. Wenig Personalaufwand ILZ wegen Nutzung max. EDV-Kompetenzen in der Abteilung.	30'527.60	50.05

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
5440.318.60	Arbeiten durch Dritte: (BiNetON)	Keine BiNetON-Aktivitäten in 2006, siehe auch Kto. 5440.434.10.	50'000.00	100.00
5440.434.10	Arbeiten für Dritte: (BiNetON)	Keine BiNetOn-Aktivitäten in 2006.	-50'000.00	-100.00
5441.302.00	Lehrpersonal: Besoldungen	Zus. 4 Lektionen Sprachen (Leistungsgruppen). Ältere Lehrpersonen = teurer.	-42'626.20	-9.16
5441.302.06	Stellvertretungen: Besoldung	Stellvertretung einer Mitarbeiterin.	-36'621.00	-100.00
5441.433.00	Verrechnung an Gemeinden	Fehlbetrag Fr. 38'000, vergleiche Kto. 5441.433.01.	-54'515.00	-20.57
5442.302.00	Lehrpersonal: Besoldungen	Löhne LP sind abhängig von der Klassenzahl bzw. Lernendenzahl. Diese können zum Budgetdatum noch nicht genau budgetiert werden.	-127'711.90	-6.96
5442.313.30	Lebensmittel, Materialien	Vgl. Gegenkonto 432.00; Kostgelder +18'000.	-25'913.35	-51.83
5442.318.60	Arbeiten durch Dritte	Falschbudgetierung (vgl. Kto. 5443.318.60).	37'110.65	20.62
5442.433.00	Schulgelder	Können zum Budgetdatum noch nicht genau budgetiert werden.	-61'250.00	-3.40
5442.460.00	Bundesbeiträge	BBT Mindereinnahmen.	-28'548.00	-4.39
5443.433.00	Schulgelder	24 der 28 SchülerInnen waren ObwaldnerInnen. Die Schulgelder entsprechen nur 4 Lernenden.	-58'000.00	-59.67
5443.460.00	Bundesbeiträge	BBT Mindereinnahmen.	-48'527.00	-48.53
5444.302.05	Lehrbeauftragte: Besoldungen	Rückgang der WB-Kurse.	38'294.75	14.18
5444.433.00	Schulgelder	Siehe Kto. 5444.302.05 Rückgang Löhne.	-44'048.95	-11.01
5510.365.00	Kostenbeiträge an Restaurierungen Kulturgüter	Nach Hochwasser kurzfristig budgetierter Betrag wurde infolge Versicherungsleistungen nur teilweise gebraucht.	65'000.00	65.00
5600.318.60	Arbeiten durch Dritte	Streichung eines Leiterkurses, Teilnehmerrückgang bei den Schneesportkursen.	33'792.50	12.67

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
5610.414.00	Gewinnanteil Sport-Toto-Gesell	Gemäss Beschluss der Sportkommission und des BKD wurde im Beitragswesen 2006 an die Organisationen statt 220'000.00, 297'020.00 ausbezahlt.	77'020.00	35.01
5610.480.00	Entnahme aus kantonalem Sport-Toto-Fonds	Gemäss Beschluss der Sportkommission und des BKD wurde im Beitragswesen 2006 an die Organisationen statt 220'000.00, 297'020.00 ausbezahlt.	-55'000.00	-100.00
5620.462.00	Beitrag Gemeinde Sarnen	Infolge Hochwasser wurde die Gemeindehalle nicht benutzt und daher konnten auch keine Mieteinnahmen erhoben werden.	-65'000.00	-100.00
6000.363.00	Informatikaufwand ILZ	Budget zu hoch.	29'108.90	71.00
6100.490.04	Verrechnung Kostenanteile: Strassenbau	Zu hoch budgetierte Kostenanteile für Abteilung Strassenbau. Siehe Kto. 6102.390.00.	-246'264.05	-25.92
6102.363.00	Informatikaufwand ILZ	Aufwand in Kto. 6100.363.00 verrechnet.	37'000.00	100.00
6102.390.00	Verrechnung Kostenanteile	Siehe Kto. 6100.490.04.	246'264.05	25.92
6120.301.00	Personal: Besoldungen	Nicht budgetierter Mehraufwand für Winterdienst und Pikettdienst.	-99'471.75	-6.09
6120.312.00	Heizung, Strom, Wasser: Elektrische Energie für Strassen	Höhere Energiekosten für sanierten Tunnel Lopper (Bundesbeitrag 95 % Kto. 6120.460.00).	-40'629.95	-10.16
6120.313.40	Treibstoff	Hohe Treibstoffpreise, siehe auch Kto. 6120.434.05.	-39'053.10	-35.50
6120.313.45	Betriebskosten für Fahrzeuge und Geräte	Nicht vorhersehbarer hoher Reparaturaufwand älterer Fahrzeuge.	-27'592.25	-42.45
6120.314.20	Leistungen durch Dritte: Winterdienst	Überdurchschnittlich hoher Winterdienst.	-42'561.05	-17.02
6120.314.23	Leistungen durch Dritte: Beheben von Unwetterschäden	Hochwasser 2005, restliche Arbeiten.	-270'843.95	-117.76
6120.318.80	Gebühren an Dritte: Entsorgung	Reduzierte Reinigungsarbeiten Tunnel Lopper wegen Sanierungsarbeiten.	32'310.85	38.93

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6120.427.00	Miet- und Pachtzinseinnahmen	Abgrenzung Rechnung 2005/2006; Rechnungen für Mietkosten Leitungen von Dritten wurden früher am Jahresende für das kommende Jahr gestellt. Neu erfolgt die Rechnungsstellung im gleichen Jahr.	31'898.55	53.16
6120.434.00	Rückvergütung Dritter für Dienstleistungen und Materialien	Grösserer Schadenfall an EWO-Leitung auf A8, Rückvergütung.	67'224.35	101.86
6120.436.00	Rückerstattungen aus Versicherungsleistungen	Hochwasser 2005, Schaden Werkhof.	149'669.30	100.00
6120.438.00	Eigenleistungen	Weniger Eigenleistungen wegen Programmverschiebungen bei Massnahmen baulicher Unterhalt A8.	-74'594.90	-24.86
6120.460.00	Bundesbeiträge: Betrieb A8	Nachträgliche Überweisung Akontozahlung aus dem Jahr 2005 durch den Bund (siehe auch Begründung Rechnung 2005).	317'355.20	14.67
6122.314.00	Baulicher Unterhalt: Kantonsstrassen	Bundesbeitrag für zwei Steinschlagschutzobjekte (Fr. 275'000.-) in Kto. 6122.460.08 enthalten.	-287'427.85	-19.16
6122.314.08	Baulicher Unterhalt: Nationalstrasse A8	Programmverschiebungen baulicher Unterhalt A8 nach Weisungen Bund.	1'942'945.73	21.70
6122.460.08	Bundesbeiträge: Baulicher Unterhalt A8	Siehe Begründungen bei Kto. 6122.314.00 und 6122.314.08.	-1'598'506.79	-18.40
6140.301.00	Personal: Besoldungen (Hauswarte)	Mehraufwand Hauswartung und -reinigung für BWZ-Provisorien und Büroräume Flüelistrasse 1.	-93'613.10	-9.36
6140.314.10	Wartung durch Dritte	Wegen Umbauten (Rathaus, BWZ) und Hochwasser (Turnhalle) weniger Wartung.	26'041.30	21.70
6140.314.30	Baulicher Unterhalt	Budgetierter Unterhalt bei hochwassergeschädigten Objekten (Rathaus, Kantonsschule, Turnhalle) wurde nicht ausgeführt.	69'642.15	8.71
6140.316.00	Büro- und Raummieten	Fremdmieten nach Hochwasser 2005.	-84'772.55	-33.91

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6140.395.30	Verrechnung Zinskosten	Die effektiven Bilanzwerte per 01.01.2006 waren tiefer als bei der Budgetierung angenommen. Zudem lag auch der durchschn. Zinssatz etwas unter der Annahme.	32'057.70	12.19
6140.396.00	Verrechnung der Abschreibungen	Die effektiven Bilanzwerte per 01.01.2006 waren tiefer als bei der Budgetierung angenommen. Entsprechend fielen auch die Abschreibungen unter den Erwartungen aus.	373'712.40	32.61
6140.434.10	Benützungsgebühren: Seeflächen	Kantonsrat hat Höhe der Gebühren im Gesetz niedriger festgesetzt als vom Regierungsrat vorgeschlagen.	-55'411.00	-27.71
6140.490.00	Verrechnung Kostenanteile	Minderaufwand für Sachbearbeitung Energie: GAP-Projekt (siehe auch Kto. 6145.390.00).	-56'800.00	-71.00
6140.494.10	Verrechnung Raumaufwand	Minderertrag wegen reduzierter benutzter Fläche bei Kantonsschule und Turnhalle.	-123'050.00	-3.67
6145.390.00	Verrechnung Kostenanteile	Minderaufwand für Sachbearbeitung Energie: GAP-Projekt (siehe auch Kto. 6140.490.00).	50'200.00	71.71
6146.410.01	KWS: Konzessionsertrag	Die Wasserrechtskonzession des KWS wurde 2006 definitiv abgeschlossen und läuft bis 2061. In den Vorjahren konnte auf Grund des bestehenden Darlehensvertrages erst 1/80 der Konzessionsgebühren als Einnahme verbucht werden.	41'666.50	100.00
6146.410.02	Kraftwerk Sarneraa AG: Wasserrechts- und Konzessionsgebühr Kantonsanteil	Wasserzinszahlung ist erst provisorisch.	-26'363.55	-28.66
6148.312.00	Energiekosten (Propan, Oel, Strom)	Wesentlich höhere Propan- und Heizölpreise als budgetiert.	-212'356.65	-46.94
6148.314.00	Betrieb und Unterhalt	Nur ein BHKW revidiert; das 2. BHKW folgt im 2007.	38'632.60	18.05
6148.480.00	Vorfinanzierung über Schwankungsreserve/-defizit	Infolge des hohen aufgelaufenen Defizites des WV wird das ganze Defizit im 2006 abgeschrieben.	-64'300.00	-100.00

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6190.310.00	Bürobedarf, Drucksachen	Hochwasser 2005.	86'628.50	86.63
6190.311.00	Büromobiliar	Hochwasser 2005.	191'265.90	63.76
6190.311.01	Geräte	Hochwasser 2005.	30'909.65	15.45
6190.314.00	Notmassnahmen (Gebäude)	Hochwasser 2005. Kosten der Provisorien für Turnhalle/Kantonsschule.	1'324'061.15	94.58
6190.314.01	Wiederherstellung (Gebäude)	Hochwasser 2005.	-83'009.80	-8.30
6190.316.50	Provisorien	Hochwasser 2005.	-2'172'219.40	-1'086.11
6190.318.60	Arbeiten durch Dritte	Hochwasser 2005.	225'340.60	90.14
6190.363.00	Informatikaufwand ILZ	Hochwasser 2005.	200'000.00	100.00
6190.436.00	Rückerstattungen aus Versicherungsleistungen	Hochwasser 2005.	-1'264'450.30	-42.86
6200.318.60	Arbeiten durch Dritte	Verlagerung der Arbeitsschwergewichte auf Beseitigung Unwetterschäden siehe Kto. 6290.318.63.	120'983.35	83.44
6200.363.00	Informatikaufwand ILZ	Zu hoch budgetiert.	37'916.80	39.09
6200.434.10	Arbeiten für Dritte	Es wurden 2006 die Aufwändungen (2005 und 2006) des Rüfenprojekt (ca. 320'000.--) weiterverrechnet. Der Rest ergibt sich aus den Einnahmen in anderen Projekten, welche im Vergleich zum Budget geringer ausfielen, da die Arbeitsschwerpunkte auf SOMA gelegt wurden.	471'578.55	192.48
6212.364.00	Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	8'000 m3 Käferholz (nach Lothar) erwartet, 4'700 m3 abgerechnet. Dank Erkenntnissen aus Ereignis und Anwendung einheitlicher Strategie "Vivian" weniger Folgeschäden.	85'319.25	39.68
6212.374.00	Weiterleitung von Beiträgen an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	Siehe Kto. 6212.364.00.	245'889.10	42.03
6212.380.00	Einlage in Fonds für ökol. Ersatzleistungen	Mehr effektive Ersatzleistungen als Ersatz durch Geldeinlage in Fonds.	32'220.00	64.44

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6212.465.00	Ersatzleistungen für Rodungen	Nicht genau budgetierbar. Mehr effektive Ersatzleistungen als Ersatz durch Geldeinlage in Fonds.	-32'220.00	-64.44
6212.470.00	Bundesbeiträge zur Weiterleitung	Siehe Kto. 6212.364.00.	-205'729.35	-42.86
6212.472.00	Gemeindebeiträge zur Weiterleitung	Siehe Kto. 6212.364.00.	-40'159.75	-38.25
6214.318.60	Arbeiten durch Dritte	Verzögerung bei der Auswertung der Regionalinventur durch WSL.	29'742.00	45.76
6218.318.60	Arbeiten durch Dritte	Finanzierung der Aufwändungen Moorbäderpfad durch Dritte (Sponsor CS-Jubiläumstiftung).	37'914.60	25.28
6218.460.00	Bundesbeiträge	Höherer Anteil beitragsberechtigter Eigenleistungen als budgetiert.	41'289.70	24.29
6226.318.60	Arbeiten durch Dritte	Sistierung von Drittaufträgen für Projekte ausserhalb Hochwasserbewältigung.	77'996.65	70.91
6226.365.20	Kantonsbeiträge an Unwetter-schäden	Entsprechende Kantonsbeiträge wurden über Investitionsrechnung 6290.564.xx verbucht.	30'000.00	100.00
6226.460.00	Bundesbeiträge	Bundesbeiträge SoMa Unwetter 05 (Leistungen 05 und 06). Die Massnahmen konnten in grösserem Umfang abgerechnet werden als erwartet.	387'886.00	596.75
6233.318.60	Arbeiten durch Dritte: Gutachten	Arbeiten für budgetierte Projektierungen Tarifverbund (Anpassung Prisma/SBB) wurden noch nicht ausgeführt.	47'765.65	38.21
6233.364.00	Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	Nachtragskredite beschlossen durch RR/KR: Beitrag an Ortsbus Engelberg Fr. 30'000 Beitrag an Skibus Mörlialp Fr. 5'300 Beitrag an Bedienung Bahnhof Lungern Fr. 7'200	-48'423.00	-4.48
6290.318.61	Arbeiten durch Dritte: Schwemmholz	Aufwandschätzung zu hoch.	55'835.55	37.22
6290.318.62	Arbeiten durch Dritte: Walderhaltung	Falschbuchung, gehört in Kto. 6290.318.61.	-25'088.40	-100.00

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6290.318.63	Arbeiten durch Dritte: Naturgefahren	Mehraufwand infolge Arbeiten an Ereignisdokumentation UW 05, Erarbeitung VS + VP Sarneraa, Vorfinanzierung Vorprojekte Engelbergeraa und Gr. Melchaa Kerns (Entscheide fielen grösstenteils nach Budgetierung).	-801'502.75	-500.94
6290.365.00	Beiträge Wasserbau	Auflösung Rückstellung 2005. Effektive Verbuchung der Aufwände unter Konto 6290.318.63.	1'155'000.00	100.00
6290.434.10	Rückerstattungen	Siehe höhere Rückerstattungen Kto. 6200.434.10.	-45'644.00	-91.29
6290.460.00	Bundesbeiträge	Bundesbeiträge SoMa Unwetter 05 (Leistungen 05+06). Die Massnahmen konnten in grösserem Umfang abgerechnet werden als erwartet.	172'782.35	383.96

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3200.506.01	Funknetz	RRB Nr. 391 vom 07.02.2006: Funksystem.	-33'861.85	-100.00
3201.506.01	Fixe Radaranlage	Siehe Voranschlag/Rechnung 2005 bzw. Ausschreibung fixe Radaranlage vom 14. März 2005, Ziff. 2.6.3.	-34'157.35	-100.00
4101.522.00	Darlehen Investitionshilfe	Neugestaltung Dorfzentrum Sachseln wird erst 2007 abgerechnet und ausbezahlt.	150'000.00	29.41
4331.562.00	Kantonsbeitrag	Schlusszahlung an ARA Sarneraatal und Cholwald. Restbetrag aufgrund der KR-Beschlüsse 2000 und 2002.	51'455.60	17.15
6141.503.00	Projektierung, Baukosten	Im Voranschlag ist Projekt Sanierung und Umbau Rathaus noch nicht enthalten.	1'683'712.80	52.62
6141.669.00	Verschiedene Rückerstattungen	Im Voranschlag ist Projekt Sanierung und Umbau Rathaus noch nicht enthalten.	-635'617.40	-63.56
6144.503.00	Projektierung, Baukosten	Ausbau und Sanierung Polizeigebäude ist verschoben.	166'213.65	83.11
6145.503.00	Umgestaltung, Projektierung	Ausbau/Neubau Kantonsschule noch nicht gestartet.	2'920'217.05	97.34
6145.669.00	Verschiedene Rückerstattungen	Ausbau/Neubau Kantonsschule noch nicht gestartet.	-2'500'000.00	-100.00
6146.503.00	Projektierung, Baukosten	Budgetierung erfolgte unter diesem Konto. Abrechnung wird detaillierter verbucht. Gesamtbaubrechnung kann 2007 erstellt werden.	10'186'000.00	100.00
6146.503.01	Provisorium	Budgetierung erfolgt unter 503.00. Gesamtabrechnung kann 2007 erfolgen.	-84'745.50	-100.00
6146.503.02	Ausbau	Budgetierung erfolgte unter 503.00. Gesamtabrechnung kann 2007 erfolgen.	-5'586'675.20	-100.00
6146.503.03	Sanierung	Budgetierung erfolgte unter 503.00. Gesamtabrechnung kann 2007 erfolgen.	-3'913'090.70	-100.00
6146.506.02	Mobilien: Ausbau	Budgetierung erfolgte unter 503.00. Gesamtabrechnung kann 2007 erfolgen.	-82'355.70	-100.00

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6146.506.03	Mobilien: Sanierung	Budgetierung erfolgte unter 503.00. Gesamtabrechnung kann 2007 erfolgen.	-123'140.60	-100.00
6146.660.00	Bundesbeiträge	Anteil Bundesbeitrag bereits 2006 erhalten.	1'615'000.00	100.00
6149.503.00	Projektierung, Baukosten	Ersatz MSRL auf 2007 verschoben.	107'611.05	35.87
6150.503.00	Projektierung, Baukosten	Planung auf 2008 verschoben.	28'809.65	57.62
6151.503.00	Projektierung, Baukosten	Sanierung auf 2010 verschoben.	312'818.45	96.25
6152.503.00	Projektierung, Baukosten	Alternativplanung auf 2007 verschoben.	30'000.00	100.00
6173.503.00	Projektierung, Baukosten	Höhere Investitionen infolge nicht budgetierter unvorhergesehener und notwendiger Sanierung. (Beschluss Regierungsrat vom 24.10.2006, Nr. 203).	-150'622.75	-21.52
6745.501.14	Dorfzentrum, Sachseln	Infolge Baufortschritt hohe Teilzahlungen 2005.	50'283.85	50.28
6745.501.21	Melchtalerstrasse	Unwetter 2005.	59'315.15	7.41
6745.501.22	Kernmattstrasse	Unwetter 2005, Bauausführung 2007.	219'274.25	43.85
6745.501.50	Brünigstrasse, Giswil	Kreiselbau 2006 90% vollendet.	-113'250.70	-32.36
6745.501.70	Engelbergerstrasse	Unwetter 2005 vorgezogene Sicherheitsarbeiten Bachverbau.	-2'502'934.90	-417.16
6745.501.80	Lärmschutzmassnahmen	Fortsetzung der Umsetzung des Lärmsanierungs- programms ca. 20% Fenstersanierung ausgeführt.	-114'432.45	-38.14
6745.660.00	Bundesbeiträge	Engelbergerstrasse ca. 2,9 Mio. für Bachverbau und Arbeiten 2005; Lärmschutzmassnahmen ca. 0,6 Mio. siehe Kto. 501.80.	3'092'976.00	702.95
6745.669.00	Verschiedene Rückerstattungen	Engelbergerstrasse Kostenanteil Bahn, Gemeinde und Dritte für Leistungen 2005.	1'403'157.35	100.00
6758.501.01	Projektierung	Vorgezogene Projektierung mit Ausschreibung Stein- schlagschutz.	-26'449.00	-132.25
6758.501.03	Baukosten	2006 vorerst nur Rohbau erstellt.	133'315.00	37.03

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6758.660.00	Bundesbeiträge	Beitragszahlung Bund 50% vorgezogene Vergütung.	219'884.45	100.00
6846.501.21	Projekt, Bauleitung	Abschlussarbeiten gemäss revidiertem 7. langfristigen Bauprogramm Bund 2005.	227'234.00	45.45
6846.501.22	Landerwerb	Bearbeitung Mutationsvertrag auf 2007 verschoben.	38'712.55	77.43
6846.501.23	Baukosten	Abschlussarbeiten gemäss revidiertem 7. langfristigen Bauprogramm Bund 2005.	754'121.40	75.41
6846.660.20	Bundesbeitrag	Abhängig von Konto 501.21 und 501.23.	-986'653.07	-65.62
6847.501.41	Projekt, Bauleitung	Vorgezogene Leistung für Erhöhung Tunnelsicherheit.	-28'421.35	-100.00
6847.501.43	Baukosten	Vorgezogene Leistungen für Erhöhung Tunnelsicherheit.	-173'136.30	-100.00
6847.660.40	Bundesbeitrag	Abhängig von Konto 501.41 und 501.43.	195'998.55	100.00
6848.501.51	Projekt, Bauleitung	Vorgezogene Projektierung Rohranlagen Sarnen-Lopper.	-26'674.10	-100.00
6848.660.50	Bundesbeiträge	Abhängig von Konto 501.51.	25'873.87	100.00
6849.501.51	Projektierung, Bauleitung	Start gemäss revidiertem 7. langfristigen Bauprogramm Bund 2005.	-64'863.90	-12.97
6849.501.52	Landerwerb	Kein Landerwerb, verschoben auf 2008 ff.	49'714.00	99.43
6849.501.53	Baukosten	Start gemäss revidiertem 7. langfristigen Bauprogramm Bund 2005.	-314'265.50	-31.43
6849.660.50	Bundesbeitrag	Abhängig von Konto 501.51 und 501.53.	319'559.10	21.25
6852.501.21	Projektierung, Bauleitung	Fortsetzung Projektierung gemäss revidiertem 7. langfristigen Bauprogramm Bund 2005.	-238'742.10	-23.87
6852.501.22	Landerwerb	Weiterer Landerwerb verschoben auf 2008 ff.	63'161.55	63.16
6852.501.23	Baukosten	Fortsetzung Hauptarbeiten gemäss revidiertem 7. langfristigen Bauprogramm Bund 2005.	-3'043'761.15	-50.73

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6854.501.81	Projektierung, Bauleitung	Fortsetzung gemäss revidiertem 7. langfristigen Bauprogramm Bund 2005.	268'235.60	17.88
6854.501.83	Baukosten	Fortsetzung gemäss revidiertem 7. langfristigen Bauprogramm Bund 2005.	-1'720'603.10	-18.30
6854.660.80	Bundesbeitrag	Abhängig von Konto 501.81 und 501.83.	1'408'529.78	13.32